

**T-01** Tagesordnung - Formalia

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 08.03.2017

**Vorschlag zur Tagesordnung**

1 **Freitag, 16.6.2017**

2 Beginn: 16 Uhr

3 TOP 1 Tagesordnung und Formalia

4 TOP 2 Politische Rede

5 TOP 3 Wahlprogramm – Präambel

6

7 **Samstag, 17.6.2017**

8 TOP 4 Wahlprogramm – Umwelt im Kopf

9 TOP 5 Wahlprogramm – Welt im Blick

10 TOP 6 Wahlprogramm – Freiheit im Herzen

11 TOP 7 Verschiedenes

12

13 **Sonntag, 18.6.2017**

14 TOP 8 Wahlprogramm – Gerechtigkeit im Sinn

15 TOP 9 Schlussabstimmung

16

17 Ende: 14 Uhr

## **T-01-NEU** Tagesordnung - Formalia

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 06.06.2017

### Vorschlag zur Tagesordnung

- 1 **Freitag, 16.6.2017**
- 2 Beginn: 16 Uhr
- 3 TOP 1 Tagesordnung und Formalia
- 4 TOP 2 Politische Rede
- 5 TOP 3 Wahlprogramm – Präambel
- 6 TOP 4 Wahlprogramm - Globalanträge
- 7 TOP 5 Wahlprogramm – Umwelt im Kopf
- 8 TOP 6 Verschiedenes
- 9 **Samstag, 17.6.2017**
- 10 Beginn: 9.30 Uhr
- 11 TOP 7 Wahlprogramm – Umwelt im Kopf - Fortsetzung
- 12 TOP 8 Wahlprogramm – Welt im Blick
- 13 TOP 9 Wahlprogramm – Freiheit im Herzen
- 14 TOP 10 Wahlprogramm – Gerechtigkeit im Sinn
- 15 **Sonntag, 18.6.2017**
- 16 Beginn: 9.30 Uhr
- 17 TOP 11 Wahlprogramm – Gerechtigkeit im Sinn - Fortsetzung
- 18 TOP 12 Wahlprogramm- Schlusskapitel
- 19 TOP 13 Schlussabstimmung
- 20 Ende: 14 Uhr

## **S-01** Dringlichkeitsanträge

Antragsteller\*in: Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha)

### **Wofür wir Verantwortung übernehmen wollen - Zehn-Punkte-Plan für Grünes Regieren**

- 1 Wir leben in Zeiten, in denen sich vieles ändert. Bedrohliches wie auch Positives.  
2 Veränderung wird von manchen erhofft, von anderen befürchtet. Wir sind überzeugt, dass unser  
3 Land in einem vereinten Europa das Beste noch vor sich hat – wenn wir jetzt beherzt  
4 anpacken. Wir wollen dafür Verantwortung übernehmen.
- 5 Es braucht Mut zu Veränderungen, um unser Land voranzubringen. Herausforderungen löst nicht,  
6 wer bloß über Erfolge von gestern redet und sich darauf ausruht. Wir wollen Fortschritt  
7 erkämpfen. Mit vielen Verbündeten. Auch für diejenigen, die noch nicht an ihm teilhaben.
- 8 Deshalb wollen wir regieren. Dafür brauchen wir Partner. Diese Partnerschaft muss darauf  
9 gründen, dass sich heute vieles ändern muss, damit wir alle auch morgen gut leben können.  
10 Wer mit uns koalieren will, der muss bereit sein, bei diesen Vorhaben entschieden mit  
11 voranzugehen.

#### **12 1. Klimaschutz voranbringen**

- 13 Das Klima zu schützen, ist eine Menschheitsaufgabe. Wir wollen, dass Deutschland seine  
14 Klimaschutzziele einhält – ohne Wenn und Aber. Spätestens im Jahr 2050 wollen wir nur noch  
15 saubere Energie in Deutschland haben. Wir beschleunigen die Energiewende, schaffen die  
16 Deckelung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ab und achten dabei auf einen fairen  
17 Übergang. Wir führen einen nationalen Mindestpreis für Klimaverschmutzung ein. Die  
18 Stromsteuer schaffen wir ab und führen im Gegenzug eine aufkommensneutrale CO<sub>2</sub>-Bepreisung  
19 ein. Wir steigen aus der klimafeindlichen Kohle aus. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke  
20 schalten wir sofort ab, damit Deutschland das Klimaschutzziel 2020 noch erreichen kann.

#### **21 2. E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen**

- 22 Eine erfolgreiche Wirtschaft ist in Zukunft erneuerbar, effizient und digital – auch in der  
23 Mobilität. Das saubere Auto soll auch in Deutschland entwickelt und gebaut werden.  
24 Deutschland hat dafür weltweit die besten Ingenieurinnen und Ingenieure. Aber es braucht  
25 einen ehrgeizigen politischen Rahmen und damit Planbarkeit. Wir beenden die Ära des fossilen  
26 Verbrennungsmotors mit klaren ökologischen Leitplanken. Wir schaffen die steuerlichen,  
27 fiskalischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die emissionsfreie Mobilität der  
28 Zukunft. Wir beenden die Subventionen für Spritfresser wie beim Dienstwagenprivileg. Wir  
29 kurbeln die E-Mobilität an, indem wir für Neuwagen ein Bonus-Malus-System in die KFZ-Steuer  
30 integrieren, von dem profitiert, wer weniger CO<sub>2</sub> ausstößt. Das befördert Innovation und  
31 sichert mit deutscher Hightech Arbeitsplätze und Wertschöpfung.

#### **32 3. Landwirtschaft nachhaltig machen**

- 33 Immer mehr Menschen wollen gesunde Lebensmittel, die im Einklang mit der Natur hergestellt  
34 werden. Sie wünschen sich eine Landwirtschaft, die unser Grundwasser und unsere Böden  
35 schützt, die den Reichtum unserer Tier- und Pflanzenwelt erhält, anstatt Bienen- und  
36 Vogelsterben zu verursachen. Mit uns wird Deutschland auf eine nachhaltige Landwirtschaft  
37 umsteigen – ohne Ackergifte und Gentechnik. Die industrielle Massentierhaltung ersetzen wir  
38 über die nächsten zwanzig Jahre durch artgerechte Tierhaltung. Wir setzen höhere

39 Tierschutzstandards per Gesetz durch und führen eine Haltungskennzeichnung beim Fleisch ein.  
40 Wir schichten die europäischen Steuermilliarden so um, dass Umweltschutz und Tierwohl zu  
41 neuen Einkommensmöglichkeiten für Landwirte werden, denn die neue Landwirtschaft gibt es nur  
42 mit den Bäuerinnen und Bauern.

#### 43 **4. Europa zusammenführen**

44 Wir wollen das vereinte Europa stärken. Denn ohne ein vereintes Europa wird es für uns alle  
45 weder Frieden noch Wohlstand noch Sicherheit in der globalisierten Welt geben. Mit uns wird  
46 es eine klare Kurskorrektur in der deutschen Europapolitik geben. Denn es braucht  
47 Partnerschaft mit Respekt auf Augenhöhe und mehr Solidarität und Nachhaltigkeit statt  
48 einseitiger Sparpolitik. Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung und die  
49 digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der  
50 Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen – statt zwei Prozent der Wirtschaftsleistung  
51 und damit allein in Deutschland 30 Milliarden Euro mehr in Verteidigung zu stecken. Wir  
52 wollen mehr Transparenz für Bürgerinnen und Bürger und mehr Entscheidungsrechte für die  
53 Parlamente in der Europapolitik.

#### 54 **5. Familien stärken**

55 Wir wollen, dass das Aufstiegsversprechen für alle gleichermaßen gilt. Dazu braucht es faire  
56 Chancen für alle. Wir investieren zusätzlich in gute Bildung, in bessere Kita-Qualität und  
57 intakte und gut ausgestattete Schulen – statt mit der Gießkanne Geld auszugeben. Wir  
58 bekämpfen Kinderarmut. Wir verbessern die Familienförderung und machen sie mit 12 Milliarden  
59 Euro zusätzlich mit dem Familienbudget gerechter. Damit eröffnen wir endlich allen Kindern  
60 gute Chancen für ihr Leben - egal wie sie heißen, wo sie wohnen und wer ihre Eltern sind.  
61 Insbesondere Frauen machen wir es so einfacher, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

#### 62 **6. Soziale Sicherheit schaffen**

63 Mit der Digitalisierung der Arbeitswelt stehen wir vor einem großen Umbruch. Wir wollen  
64 dafür sorgen, dass der Sozialstaat sein Versprechen auf Sicherheit auch in Zukunft noch  
65 einlösen kann. Und wir wollen soziale Ungleichheit in Deutschland verringern. Deshalb bauen  
66 wir die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen Bürgerversicherung  
67 für alle um. Wir stabilisieren das Rentenniveau. Wir beenden die Zwei-Klassen-Medizin und  
68 beteiligen Arbeitgeber wieder paritätisch an den Kosten. Und wir verbessern die soziale  
69 Absicherung von Selbstständigen. Wir gewährleisten das Recht auf Rückkehr in Vollzeit.  
70 Gleichwertige Arbeit soll endlich gleich bezahlt werden – egal, ob sie von Frauen oder  
71 Männern geleistet wird. Dass vor allem Frauen im Alter arm sind, akzeptieren wir ebenso  
72 wenig wie die gläserne Decke, an die Frauen immer noch stoßen. Quoten bleiben das wirksamste  
73 Mittel, ob im DAX-Vorstand oder an den Spitzen von Verwaltungen.

#### 74 **7. Integration zum Erfolg führen**

75 Wer anpackt für unsere gemeinsame Heimat, gehört dazu. Wer hier glücklich werden will, muss  
76 unser Grundgesetz und seine Grundwerte anerkennen. In unserem gemeinsamen Land gilt das für  
77 alle, egal ob sie aus Dresden oder aus Damaskus kommen. Wir beurteilen Menschen nicht  
78 danach, wo sie herkommen, sondern wohin sie im Leben wollen. Wir legen künftig in unserer  
79 Einwanderungsgesellschaft mehr Wert auf Erziehung zur Demokratie für alle Kinder und  
80 Jugendlichen. Wir reformieren das Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird,  
81 ist deutscher Staatsbürger. Anerkannte Flüchtlinge dürfen ihre Familien nachholen, denn auch  
82 das hilft ihnen, sich zu integrieren. Wir stehen für eine humane und zudem gemeinsame  
83 europäische Flüchtlingspolitik ein. Mit uns gibt es keine Grundgesetzänderung für eine  
84 Obergrenze beim Asylrecht. Weitere Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und  
85 Krisengebiete lehnen wir ab. Das sind wir unserer Geschichte und unseren Werten schuldig.

86 **8. Liebende heiraten lassen**

87 Wir wollen die Ehe für alle auch in Deutschland ermöglichen. Wenn zwei Menschen sich lieben  
88 und füreinander Verantwortung übernehmen wollen, dann verdient das Respekt. Das sehen in  
89 Deutschland die meisten Menschen so: Sie wollen, dass Schwule und Lesben heiraten dürfen. In  
90 22 Länder weltweit, davon 13 in Europa, können sich Schwule und Lesben das Ja-Wort geben.  
91 Warum soll in Deutschland nicht möglich sein, was vielerorts geltendes Recht ist? Das  
92 Eheverbot für Schwule und Lesben passt nicht zu unserem modernen Land Deutschland.

93 **9. Freiheit sichern**

94 Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Islamistischer Terrorismus ist eine der  
95 größten Bedrohungen unserer Zeit. Rechtsextreme Gewalt und Terror konnten sich in unserem  
96 Land viel zu lange ohne effektive Gegenwehr ausbreiten. Frauen können sich in der  
97 Öffentlichkeit nicht überall und immer sicher fühlen. Geflüchtete, Homosexuelle, sogar  
98 Obdachlose werden bedroht oder angegriffen. Vielen Menschen macht zurecht die hohe Zahl der  
99 Einbrüche Angst. Wir stehen für eine effektive Sicherheitspolitik. Eine Sicherheitspolitik,  
100 die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürgerrechte reagiert.  
101 Wir sorgen dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben gut ausgestattet  
102 ist, um effektiv schützen zu können. Wir stärken die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der  
103 Sicherheitsbehörden. Wir setzen auf gezielte Überwachung statt massenhaftem Ausspähen aller  
104 Bürgerinnen und Bürger. Wir stärken das Prinzip der Prävention als integraler Bestandteil  
105 der inneren Sicherheit. Dazu gehört auch, das Waffenrecht zu verschärfen.

106 **10. Fluchtursachen bekämpfen**

107 Deutschland ist international ein verlässlicher Bündnispartner. Doch wir tragen derzeit mit  
108 Rüstungsexporten an Diktaturen und Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb  
109 beenden wir solche Exporte mit einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Wir wollen nicht  
110 auf Kosten der Menschen in anderen Ländern Profite machen und Konflikte dort anheizen.  
111 Deshalb stärken wir mit fairen Handelsabkommen ökologische und soziale Standards weltweit.  
112 Wir wollen die Überfischung vor den Küsten Afrikas beenden und solche Agrarsubventionen  
113 streichen, die andernorts Landflucht und Hunger befördern. Der Kampf gegen die  
114 Klimaerhitzung ist auch ein Kampf gegen Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist  
115 diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen.

116 **Unser verbindliches Angebot**

117 Diese Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen – aber die wichtigsten. Sie sind unser  
118 Maßstab für eine Regierungsbeteiligung. Sie sind unser verbindliches Angebot an Sie, die  
119 Bürgerinnen und Bürger. Wenn Sie die Grünen wählen, bekommen Sie dafür vollen Einsatz.

120 Wir wollen den Stillstand und die Unentschlossenheit ablösen, die die Große Koalition  
121 bietet. Deshalb sind wir bereit, nach der Wahl mit allen Parteien außer der AfD zu sprechen,  
122 ob wir unsere Vorhaben umsetzen können. Das entspricht unserem Verständnis von Demokratie  
123 und Verantwortung.

124 Wir haben bereits einmal sieben Jahre lang in einer Koalition mit der SPD unsere Republik  
125 erfolgreich regiert und nach vorne gebracht. Daran würden wir gerne wieder anknüpfen. Doch  
126 über mögliche Mehrheiten entscheiden Sie als Wählerinnen und Wähler. Je stärker die Grünen  
127 im nächsten Deutschen Bundestag und einer Bundesregierung sind, umso mehr Gewicht haben wir  
128 auch, um diese Ziele durchzusetzen. Regieren können und werden wir, wenn die Richtung stimmt  
129 und unsere Kernvorhaben umgesetzt werden können. Das ist für uns Anforderung, um  
130 verantwortungsvoll mit Ihrer Stimme umzugehen. Wenn die Gemeinsamkeiten nicht reichen, dann  
131 geht es nicht. Sollte es erfolgreiche Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das Ergebnis  
132 unseren Mitgliedern in einer Urabstimmung vorlegen.

- 133 Wir wollen eine moderne und ökologische, eine vielfältige und gerechte Gesellschaft. Wer mit  
134 uns regieren will, muss sich mit auf den Weg dorthin machen.
- 135 Zukunft wird aus Mut gemacht!

## Begründung

### **Begründung der Dringlichkeit:**

Die Ergebnisse der drei Landtagswahlen dieses Frühjahrs machen eine Konkretisierung unserer politischen Vorhaben für das Bundestagswahlprogramm die Bundestagswahl erforderlich. Dieser Wahlkampf findet in einer Zeit starker Veränderungen des Parteiensystems und daher ohne absehbare Koalitionsmodelle statt. Deshalb brauchen wir Grüne eine starke inhaltliche Verbindlichkeit und Fokussierung in der Auseinandersetzung mit den anderen Parteien. Diese Fokussierung sollte Teil des Wahlprogramms sein und daher von der BDK getragen werden.

Da die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen erst nach Antragsschluss stattfanden, reichen wir diesen Antrag als Dringlichkeitsantrag ein.

*Dieser Antrag soll als Schlusskapitel in das Wahlprogramm aufgenommen werden.*

Der Bundesvorstand, der Vorstand der Bundestagsfraktion, der Parteirat und das Treffen der Landesvorsitzenden mit dem Bundesvorstand unterstützen geschlossen den Zehn-Punkte-Plan für Grünes Regieren.

### **Unterstützer\*innen**

Cem Özdemir (KV Stuttgart); Anton Hofreiter (KV München-Land); Simone Peter (KV Saarbrücken); Winfried Kretschmann (KV Esslingen); Robert Habeck (KV Flensburg); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Britta Haßelmann (KV Bielefeld); Michael Kellner (KV Berlin-Pankow); Reinhard Bütikofer (KV Berlin-Mitte); Tarek Al-Wazir (KV Offenbach-Stadt); Sven Giegold (KV Düsseldorf); Renate Künast (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jürgen Trittin (KV Göttingen); Fritz Kuhn (KV Stuttgart); Ska Keller (KV Spree-Neiße); Ramona Pop (KV Berlin-Mitte); Anja Siegesmund (KV Jena); Stefan Wenzel (KV Göttingen); Katharina Fegebank (KV Hamburg-Nord)

## S-02 Dringlichkeitsanträge

Antragsteller\*in: Marc Kersten (Köln KV)

### Abschlusskapitel: "Zukunft im Programm" (ZP) (ehemals BTW-10-1 und 2)

- 1 Für all diese mutigen Ziele kämpfen wir mit Leidenschaft und werden im Falle der  
2 rechnerischen Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung versuchen, so viele wie möglich  
3 durchzusetzen. Zu regieren ist für uns aber kein Selbstzweck. Deshalb werden wir einem  
4 Koalitionsvertrag nur dann zustimmen, wenn er
- 5 • einen klaren, realistischen und verbindlichen Plan zur Einhaltung der Ziele des  
6 Pariser Weltklimaschutzabkommens enthält und die Energie- sowie Mobilitätswende  
7 beschleunigt
  - 8 • Nachhaltigkeit als ein Grundprinzip allen Regierungshandelns festschreibt, damit wir  
9 die Gesundheit von Menschen, Umwelt, Tieren und Ernährung auch für künftige  
10 Generationen sichern
  - 11 • die Rahmenbedingungen für eine ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft setzt und  
12 damit die Schaffung vieler neuer zukunftssicherer Arbeitsplätze ermöglicht
  - 13 • durch Chancengleichheit für alle und eine fairere Verteilung unseres Wohlstands für  
14 mehr soziale Gerechtigkeit sorgt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärkt
  - 15 • die Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, Krankheit, im Alter und bei  
16 Pflegebedürftigkeit armutsfest und menschenwürdig gestaltet, um den Menschen  
17 Abstiegsängste zu nehmen
  - 18 • eine humane Flüchtlingspolitik ohne Obergrenzen umsetzt, die Fluchtursachen bekämpft,  
19 Integration beschleunigt und Geflüchtete im Einklang mit der Genfer Konvention  
20 behandelt
  - 21 • eine generationengerechte Rente garantiert sowie ein modernes Einwanderungsgesetz  
22 einführt, damit wir verantwortungsvoll mit dem demografischen Wandel umgehen
  - 23 • unsere liberale Gesellschaft auf Basis des Grundgesetzes schützt und fortschreibt, mit  
24 konsequenter Gleichstellung von Frauen, gegenseitiger Akzeptanz, Vielfalt der  
25 Lebensformen und einer Ehe für alle
  - 26 • eine menschenrechtsorientierte Außenpolitik nicht nur als Krisen- sondern  
27 Präventionsmanagement definiert und daher Entwicklungshilfe ausbaut, fairen Handel  
28 fördert, die Vereinten Nationen stärkt, auf Deeskalation statt Militäreinsätze setzt  
29 und Rüstungsexporte reduziert
  - 30 • uns als verlässlichen Partner in Europa positioniert und Reformen anstößt, um die EU  
31 handlungsfähiger, transparenter und solidarischer zu gestalten, mit klaren und  
32 durchsetzbaren demokratischen Standards
  - 33 • Sicherheit als Querschnittsaufgabe definiert und gewährleistet, im Straßenverkehr  
34 ebenso wie vor Terror, sexueller Belästigung und Rassismus, bei Medikamenten ebenso  
35 wie vor Krieg, Krankenhauskeimen und belasteten Nahrungsmitteln

- 36 • unsere Sicherheit nicht gegen unsere Freiheit ausspielt, sondern Bürgerrechte wahrt  
37 und neue Gesetze nur einführt wenn sie angemessen, erfolgversprechend und  
38 verfassungsgemäß sind
- 39 • die Werte und Vorzüge der parlamentarischen Demokratie von Kindheit an stärker zu  
40 vermitteln hilft und für mehr Bürgerbeteiligung und ergänzende Elemente direkter  
41 Demokratie sorgt
- 42 • mutig und zukunftsorientiert ist!

43 Dafür bitten wir am 24. September um Ihre Unterstützung. Wie knapp es werden kann, haben wir  
44 beim BREXIT, der US-Präsidentschaftswahl und dem Referendum in der Türkei gesehen. Deshalb  
45 nutzen Sie Ihr demokratisches Recht zur Wahlteilnahme, um sich hinterher nicht ärgern zu  
46 müssen. Schenken Sie uns Ihre Stimme, damit wir Ihre Stimme sein können! Nur starke Grüne  
47 können sich für Sie stark machen!

## Begründung

### **Dieser Antrag wird unterstützt vom Kreisverband Fürth-Stadt.**

So viel Mühe wie wir uns für einen guten Einstieg in unser Wahlprogramm gegeben haben (was uns mit der Präambel auch gelungen ist), so wenig Sorgfalt haben wir offensichtlich beim Abschluss walten lassen. Derzeit endet das Programm mit einem Schlüsselprojekt zu Selbständigen im Unterkapitel „Digitalisierung“. Wir entlassen die Leser\*innen mit dem Satz „Die Künstlersozialkasse wollen wir erhalten und weiter stärken“ in Richtung Wahlurne. Kann es das wirklich sein? Nein!

Ein würdiger Abschluss für unser Wahlprogramm sollte folgende Kriterien erfüllen:

- er bittet wie jede vernünftige Bewerbungsrede mit einer expliziten Bitte um die Stimme der Wähler\*innen
- er fasst pointiert zusammen, was wir zuvor auf über 100 Seiten an Forderungen aufgelistet haben
- er macht deutlich was uns am Wichtigsten ist und wo wir rote Linien ziehen
- er ist nicht zu allgemein formuliert, aber auch nicht so konkret, dass er bei Verhandlungen unzumutbar einengt

Früher hieß das auch Essentials. Und die sind in einer Situation, wo wir keine klaren Koalitionsaussagen machen, um so wichtiger!

Da ein 100- oder 150-Seiten-Programm von den allerwenigsten Wähler\*innen gelesen wird, steht nach der BDK eh die Aufgabe an, daraus eine oder gar mehrere Kurzfassungen zu destillieren. Und wie das bei Zusammenfassungen so ist, kann am Ende dieses Prozesses Unzufriedenheit und Unfrieden entstehen, weil die Basis darauf dann keinerlei Einfluss mehr hatte. Demokratischer und transparenter wäre es deshalb, die BDK-Delegierten und damit die Partei in ihrer ganzen Breite - vom einfachen OV-Mitglied bis zur Spitzenkandidatin - an dieser Stelle gewichten und mitbestimmen zu lassen. Das läge auch im gemeinsamen Interesse einer einig auftretenden Partei im Wahlkampf! Denn da müssen wir zusammenhalten!

Die 14 hier aufgeführten Punkte sind nach bestem Wissen und Gewissen ausgewählt und enthalten m.E. nichts, was nicht bereits im Programmwurf steht. Natürlich kann sich das durch Beschlüsse der BDK ändern. Um diesem Antrag gerecht zu werden und ihn adäquat zu behandeln, wäre es sicher zielführend, mit Meinungsbildern zu arbeiten und noch Modifikationen am Ende der Programmdebatte zuzulassen.



Dieser Antrag hat den Anspruch die vier Parteigrundsätze abzubilden, auch in der Gewichtung: ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei. Aber auch die aktuellen Debatten unserer Zeit aufzugreifen. Er ist konsequent positiv formuliert, also wofür wir sind und nicht wogegen.

Natürlich wird jedem und jeder Delegierten irgendein Punkt fehlen. Und welche das nicht sein dürfen, das möge die BDK entscheiden. Es sollte aber allen klar sein: Wenn wir den Antrag gar nicht beschließen, dann hat das Programm keinen vernünftigen Abschluss und dann geben wir als Delegierte das Heft aus der Hand, mit welchen Prioritäten wir diesen Wahlkampf führen!

## Unterstützer\*innen

Holger Lange (München-Land KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Sebastian Zimmermann (Kurpfalz-Hardt KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Gerd Wittka (Gelsenkirchen KV); Liam Harrold (Hannover RV); Corinna Rüffer (Trier KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Justin Jacob (Dortmund KV); Benjamin Rauer (Minden-Lübbecke KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Søren Brand (Bremen-Ost KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Stephan Buck (Alb-Donau KV); Markus Wagener (Köln KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Zsuzsanna Bona (Köln KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Kerstin Dehne (München KV); Jonas Graeber (Osnabrück-Stadt KV); Christian Hohn (Olpe KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Torsten Leveringhaus (Darmstadt-Dieburg KV); Valérie Vivienne Nitsche (Euskirchen KV); Stefanie Hansmeier-Maas (WuppertalKV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Alexander Bühner (Euskirchen KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Bernd Kraft (Main-Kinzig KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Deniz Ertin (Köln KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Till Hoffmann (Köln KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ulrike Tadema (Duisburg KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Peter Heilrath (München KV); Christian-Ulrich Sauter (Erlangen-Stadt KV); Luisa Schwab (Köln KV); Birgit Gerhard-Hentschel (Rastatt/Baden-Baden KV); Fabio Voss (Köln KV); Peter Ruther (Köln KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Roman Kittel (Nürnberg-Stadt KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Georg Sieglen (Köln KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Burkhard Kalle (Soest KV); Rudolf Ladwig (Hagen KV); Martin Kühn (Köln KV); Birgitt Höhn (Kleve KV); Jens Schabacher (Bremen-Mitte KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Patrick Michalski (Rhein-Sieg KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Tobias Grupe (Köln KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Petra Schmidt-Niersmann (Wesel KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Christian Stunz (Köln KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Bert Lahmann (Köln KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); André Moser (Düsseldorf KV); Andrea Asch (Köln KV); Ingo Wolff (Viersen KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Tobias Politt (Köln KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Svenja Borgschulte (Berlin-Pankow KV); Robin Luge (Harz KV); Stefan Thome (Kaiserslautern KV); Ulrich Schnirch (Bottrop KV); Stephan Eßer (Vorpommern-Rügen KV); Daniel Brandes (Hannover RV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Silvia Nadine Halusiak (Mettmann KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Moritz Darge (Mülheim KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Niklas Graf (Wesel KV); Elke Schaffner-Werner (Düren KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Roland Schwarz (Köln KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Karsten Finke (BochumKV); Elke Olbrich-Tripp (Mark KV); Maximilian Krupp (Köln KV); Frank Hauser (Köln KV); Ingo Volp (Mainz KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Christian Knapp (Bodenseekreis KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Antje Westhues (Bochum KV); Andreas Falkowski (Rhein-Sieg KV); Sonja Karas (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Yves Reich (Köln

KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Mario Michalak (Köln KV); Regina Klünder (Kiel KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Diethelm Schneider (Bonn KV); Christina Fichtner (Regensburg-Stadt KV); Nadin Bisewski (Celle KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Karin Fetzner (Wesel KV); Rainer Hager (Neunkirchen/Saar KV); Thomas Schremmer (Hannover RV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Hans-Werner Ignatowitz (Euskirchen KV); Jan Sieckmann (Köln KV); Dominik Wellhäuser (Köln KV); Wilfried Weisbrod (Kurpfalz-Hardt KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Dorothée Sührig (Garmisch-Partenkirchen KV); Stefan Wolters (Köln KV); Marc Benjamin Benirschke (Hamburg-Harburg KV); Sebastian Schubert (Euskirchen KV); Christiane Schmidt (Köln KV); Cornelia Schröder (Köln KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Dennis Pirdzuns (Wuppertal KV)

## **S-03** Dringlichkeitsanträge

Antragsteller\*in: Karl-W. Koch (KV Vulkaneifel)

### Wofür wir Verantwortung übernehmen wollen

#### 1 **Grüne Regierungsbeteiligung NUR bei erkennbar "Grüner Handschrift" im Koalitionsvertrag: Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren**

Wir leben in Zeiten großer Änderungen und Verwerfungen – auch und gerade in der weltweiten Politik. Bedroht ist vor allem die Fortentwicklung eines gemeinsamen Europas, welche uns immerhin die längste Friedenszeit der letzten Jahrhunderte gebracht hat. Aber wir treten für die Zukunft des vereinten Europas ein und wollen diese mit entwickeln und mit gestalten.

Die Große Koalition produziert Armut, wir wollen sie beenden. Der einfachste Weg der Umsetzung ist eine Regierungsbeteiligung, die wir anstreben – allerdings nicht um jeden Preis. Unsere Ziele müssen in einer möglichen Koalition in einer deutlich erkennbaren Größenordnung umsetzbar sein. Eine Regierungsbeteiligung um der Regierungsbeteiligung willen – ohne unsere eigenen Ziele mehrheitlich umsetzen zu können – wird es mit uns nicht geben! Werden uns in einer Regierungsbeteiligung zu viele Zugeständnisse abverlangt, werden unsere Stimmen nicht zu haben sein. Dann bleibt uns die Opposition, in der wir ebenfalls für unsere Vorstellungen kämpfen werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass auch auf diesem Weg manches erreichbar ist.

Die nachfolgend aufgeführten Punkte haben dabei für uns Priorität, sie stellen aber nur einen Auszug aus dem Programm dar.

#### 1. **Klima schützen, Menschen retten, Lebensraum erhalten**

Das Klima zu schützen, ist – gerade NACH dem Ausstieg der USA – eine Menschheitsaufgabe. Alle aktuellen Erkenntnisse zeigen, dass der Klimawandel bereits in den nächsten Jahrzehnten für Millionen von Menschen die Lebensgrundlage vernichten wird.

Wir wollen, dass Deutschland seine Klimaschutzziele einhält – ohne Wenn und Aber. Spätestens im Jahr 2040 wollen wir nur noch saubere Energie in Deutschland haben. Wir beschleunigen die Energiewende, schaffen die Deckelung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ab, achten dabei auf einen fairen Übergang und nehmen die Menschen, deren Arbeitsplätze betroffen sein werden, mit. Wir führen einen wirksamen nationalen Mindestpreis für CO<sub>2</sub> und andere klimaschädliche Gase ein. Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir sofort ab, damit Deutschland das Klimaschutzziel 2020 noch erreichen kann. Bis 2025 wollen wir ganz aus der klimafeindlichen Kohlekraft aussteigen.

#### 2. **Frieden sichern, Fluchtursachen bekämpfen**

Deutschland ist international ein verlässlicher Bündnispartner. Wir werden jedoch keiner Regierungsvereinbarung zustimmen, die – wie jetzt erneut von Trump gefordert - den Verteidigungsetat auf 2% der Wirtschaftsleistung (oder auch nur in dieser Größenordnung) und damit um 30 Milliarden Euro erhöht. Dieses Geld ist in der Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern, für Klimaschutz, Schaffung von Arbeitsplätzen, Stärkung der Landwirtschaft, friedensfördernde Maßnahmen, Bekämpfung von Krankheiten und Kindersterblichkeit und vieles mehr um Zehnerpotenzen wirkungsvoller angelegt.

39 Auch tragen wir seit langen Jahrzehnten mit Rüstungsexporten an Diktaturen und  
40 Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit  
41 einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Wir wollen nicht auf Kosten der Menschen in  
42 anderen Ländern Profite machen und Konflikte dort anheizen.

43 Wir stärken mit fairen Handelsabkommen ökologische und soziale Standards weltweit. Wir  
44 wollen die Überfischung vor den Küsten Afrikas und andernorts beenden, unter Schutz der  
45 kleinen Familienbetriebe. Wir werden solche Agrarsubventionen streichen, die andernorts  
46 Landflucht und Hunger befördern. Der Kampf gegen die Klimaerhitzung ist auch ein Kampf gegen  
47 Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre  
48 Heimat verlassen zu müssen.

### 49 **3. Europa zusammenführen**

50 Wir müssen das vereinte Europa stärken. Mit uns wird es eine klare Kurskorrektur in der  
51 deutschen Europapolitik geben, weg von der einseitigen Sparpolitik, hin zu mehr Solidarität  
52 mit den Menschen in den finanziell schwachen Ländern. Wir werden massiv in die ökologische  
53 Modernisierung und in die digitale Zukunft investieren und damit auch zur Bekämpfung der  
54 Arbeitslosigkeit in anderen Ländern beitragen. Zudem müssen wir dringend die Transparenz der  
55 europäischen Politik und der daraus entstehenden Entscheidungen für Bürgerinnen und Bürger  
56 schaffen und den Parlamenten mehr Mitsprachemöglichkeiten in der Europapolitik sichern, um  
57 der Enttäuschung weiter Teile der Bevölkerung in Europa entgegen zu wirken. Wir fordern  
58 Investitionen in die soziale und ökologische Infrastruktur, z. B. zum Abbau der dramatischen  
59 Jugendarbeitslosigkeit. Überlebenswichtig für Europa ist die Zusammenarbeit mit Frankreich,  
60 weshalb wir die Reformvorschläge für Europa von Emanuel Macron konstruktiv aufgreifen  
61 werden.

### 62 **4. Soziale Sicherheit schaffen, Ungleichheit abbauen**

63 Wir wollen die soziale Ungleichheit in Deutschland verringern. Die Menschen bekommen immer  
64 weniger Unterstützung vom Staat. Viele soziale Leistungen sind gekürzt worden. Das Geld zum  
65 Leben wird weniger. Das gleiche gilt für die Rente. In vielen Städten werden die Mieten für  
66 Wohnungen immer teurer. Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher: Zeit für  
67 Steuergerechtigkeit. Dabei müssen geringe Einkommen und die breite (Facharbeiter-)  
68 Mittelschicht auf der „Haben“-Seite bleiben, d.h. entlastet werden. Der Progressionsbauch  
69 (schleichende Steuererhöhung) der letzten Jahrzehnte wird auf ein vernünftiges Maß  
70 zurückgestutzt. Zur Finanzierung werden z.B. große Vermögen, große Erbschaften und sehr hohe  
71 Einkommen angemessen besteuert. Dass etliche große, reiche Firmen mit internationalen  
72 Verflechtungen wenig oder gar keine Steuern zahlen, werden wir ebenfalls angehen. Mit uns  
73 werden die Menschen, die darauf angewiesen sind, besser sozial abgesichert. Wir schaffen  
74 bezahlbaren Wohnraum und stärken die Rechte derer, die sich bisher kaum gegen ihre Armut  
75 wehren können, vor allem wenn diese nicht selbstverschuldet ist. Die Hartz-IV-Sanktionen  
76 werden wir zu den Akten legen, sie sind uneffektiv und bevormunden erwachsene Menschen in  
77 unerträglichem Maß.

78 Insgesamt wollen wir die Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, im Alter sowie  
79 bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit armutsfest und menschenwürdig gestalten, um den  
80 Menschen Abstiegsängste zu nehmen und das Sozialsystem zu einem gerechten und motivierenden  
81 Teilhabesystem zu entwickeln.

82 Um das zu erreichen, bauen wir die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer  
83 solidarischen Bürgerversicherung für alle um und stabilisieren das Rentenniveau. Wir beenden  
84 die Zwei-Klassen-Medizin und beteiligen Arbeitgeber wieder paritätisch an den Kosten der  
85 Krankenversicherung. Und wir verbessern die soziale Absicherung von Selbstständigen. Wir  
86 gewährleisten das Recht auf Rückkehr in Vollzeit. Gleichwertige Arbeit muss endlich gleich

87 bezahlt werden. Dass vor allem Frauen im Alter arm sind, akzeptieren wir ebenso wenig wie  
88 die unsichtbare Aufstiegsbarriere für qualifizierte Frauen. Quoten bleiben das wirksamste  
89 Mittel, ob im DAX-Vorstand oder an den Spitzen von Verwaltungen.

## 90 **5. Atomausstieg vollenden, Atomwaffen weltweit abrüsten**

91 Auch wenn in Deutschland 2022 alle AKWs abgeschaltet werden, bleibt bis zum Atomausstieg  
92 auch hier viel zu tun. Die beiden Typ-Fukushima-Reaktoren in Gundremmingen müssen vorzeitig  
93 vom Netz, die Terrorgefahr muss für alle Atomanlagen ernst genommen und in wirkungsvolle  
94 Sicherheitsmaßnahmen umgesetzt werden. Die Produktion des Rohstoffs für Dutzende anderer  
95 Länder, die damit im „Worst Case“ auch Zugang zu Atomwaffen haben, in Lingen und Gronau  
96 werden wir schnellstmöglich beenden.

97 Wir werden dafür eintreten, dass vollkommene atomare Abrüstung Wirklichkeit wird. Eine  
98 Bundesregierung mit grüner Beteiligung wird sich für den UN-Resolutionsentwurf zum Verbot  
99 von Atomwaffen einsetzen. Die letzten Atomwaffen in Büchel werden wir umgehend abgeben und  
100 damit auch die völkerrechtswidrige „Nukleare Teilhabe“ beenden. Den aufkeimenden  
101 Diskussionen um eine europäische Atommacht erteilen wir kompromisslos eine vollständige  
102 Absage.

## 103 **6. Integration zum Erfolg führen**

104 Wir stehen für eine humane Flüchtlingspolitik ein, gemeinsam mit den europäischen Partnern.  
105 Mit uns gibt weder eine Grundgesetzänderung für eine Obergrenze beim Asylrecht noch  
106 Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete. Wir lehnen das  
107 Konzept der sog. sicheren Herkunftsstaaten ab, weil für uns das Schicksal des einzelnen  
108 Menschen im Mittelpunkt steht. Anerkannte Flüchtlinge dürfen ihre Familien nachholen, denn  
109 auch das hilft ihnen, sich zu integrieren.

110 Deutschland ist heute schon faktisch eine Einwanderungsgesellschaft. Das ist auch nötig, um  
111 unser Sozialsystem dauerhaft zu stabilisieren und wirtschaftlich nicht abgehängt zu werden.  
112 Dabei ist selbstverständlich, dass Flüchtlinge und Einwander\*innen, unsere neuen  
113 Mitbürger\*innen, unsere Werte anerkennen und respektieren. Wir reformieren das  
114 Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird, ist deutscher Staatsbürger. Wir  
115 stehen uneingeschränkt zum Doppelpass.

## 116 **7. Familien stärken, Liebende heiraten lassen**

117 Wir wollen faire Chancen für alle. Wir investieren zusätzlich in gute Bildung, in bessere  
118 Kita-Qualität und schaffen intakte und gut ausgestattete Schulen. Wir beseitigen die  
119 Kinderarmut, verbessern die Familienförderung und machen sie mit 12 Milliarden Euro  
120 zusätzlich durch das Familienbudget gerechter. Insbesondere Frauen machen wir es so  
121 einfacher, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

122 Wir wollen die Ehe-für-alle auch in Deutschland ermöglichen. Wenn zwei Menschen sich lieben  
123 und füreinander Verantwortung übernehmen wollen, darf es rechtlich nicht behindert werden.  
124 Das sehen in Deutschland die meisten Menschen so: Sie wollen, dass Schwule und Lesben  
125 heiraten dürfen. In 22 Ländern weltweit, davon 13 in Europa, können sich Schwule und Lesben  
126 das Ja-Wort geben. Das Eheverbot für Schwule und Lesben passt nicht zu unserem modernen Land  
127 Deutschland.

## 128 **8. Mobilität neu definieren – ÖPNV stärken, E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen**

129 Der Verkehr ist – nicht nur bezogen auf Klimaabgase – eines der größten Zukunftsprobleme.  
130 Auch dieses Problem muss schnell und aktiv gelöst werden: Viele Fahrten lassen sich  
131 vermeiden, andere auf öffentliche nutzerfreundliche Verkehrsmittel und Massentransporte wie  
132 Güterzüge umlenken. Autos – wo noch nötig – lassen sich gemeinsam und mehrfach nutzen

133 (Fahrgemeinschaften, Carpools, Car-Sharing etc.). Wo der Verkehr noch bleibt, ist er in  
134 Zukunft erneuerbar, effizient und digital. Die Entwicklung des „sauberen Autos“ hat  
135 Deutschland verschlafen, hier haben wir einen großen Nachholbedarf, auch gerade in Richtung  
136 universell nutzbarer Lademöglichkeiten und Bezahlssysteme für Elektroautos. Wir setzen den  
137 parteiübergreifenden Bundesratsbeschluss vom September 2016 um, ab 2030 nur noch  
138 emissionsfreie Autos neu zuzulassen. Bis dahin integrieren wir für Neuwagen ein CO2-  
139 abhängiges Bonus-Malus-System in die KFZ-Steuer mit jährlichem Anstieg für die  
140 umweltschädlichen Fahrzeuge. Wir beenden die Subventionen wie das Dienstwagenprivileg. Die  
141 Einführung der pauschal jeden treffenden PKW-Maut lehnen wir ab. Bei der Benzinststeuer kippen  
142 wir den nicht mehr zeitgemäßen Bonus für Diesel. Der Mehrertrag wird in die Subventionierung  
143 von Strom an Ladestationen investiert. Damit wird die Klima- und Atemluftbelastung gerechter  
144 nach gefahrenen Kilometern bezahlt und nicht pauschal.

## 145 **9. Gefahren vorbeugen, Sicherheit stärken, Freiheit bewahren**

146 Wer frei leben will, muss sich sicher fühlen können. Terrorismus, auch mit islamistischem  
147 Hintergrund, ist eine der wesentlichen Bedrohungen unserer Zeit. Rechtsextreme Gewalt konnte  
148 sich in unserem Land viel zu lange ohne effektive Gegenwehr ausbreiten, auch weil sie zu oft  
149 von einer schweigenden Mehrheit geduldet und verharmlost wurde. Frauen können sich in der  
150 Öffentlichkeit nicht überall und immer sicher fühlen. Geflüchtete, Homo- und Transsexuelle,  
151 sogar Obdachlose werden bedroht oder angegriffen. Wir stehen für eine effektive  
152 Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der  
153 Bürgerrechte reagiert. Wir sorgen dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden  
154 Aufgaben gut ausgestattet ist, um effektiv schützen zu können. Wir stärken die  
155 grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden. Aber wir setzen uns auch  
156 weiterhin verstärkt ein gegen Überwachungen mit pauschalen Verdächtigungen und massenhaftem  
157 Ausspähen aller Bürger\*innen. Gezielte Einsätze von Videokameras im vielfrequenzierten  
158 öffentlichen Raum mögen sinnvoll und unterstützenswert sein, aber das grundlose Schleifen  
159 der Datenschutzrechte lehnen wir ab. Wir stärken das Prinzip der Prävention als integraler  
160 Bestandteil der inneren Sicherheit. Dazu gehört auch, das Waffenrecht zu verschärfen. Ebenso  
161 werden wir unser Augenmerk verstärkt auf die organisierte Kriminalität wie beim Schmuggel,  
162 beim Menschenhandel und bei dem Betrug mit gefälschten Medikamenten richten.

## 163 **10. Landwirtschaft nachhaltig machen - den Naturschutz stärken**

164 Immer mehr Menschen wünschen sich eine Landwirtschaft, die unser Grundwasser und unsere  
165 Böden schützt, die den Reichtum unserer Tier- und Pflanzenwelt erhält, anstatt Bienen- und  
166 Vogelsterben zu verursachen. Mit uns wird Deutschland auf eine nachhaltige Landwirtschaft  
167 umsteigen – ohne Ackergifte, Gentechnik und Hormon-Massenverabreichung. Die Verbreitung der  
168 tödlichen Krankenhauskeime hat auch hier eine ihrer Ursachen. Wir wollen alle Subventionen  
169 und Ausnahmen für die Massentierhaltung streichen. Stattdessen setzen wir uns ein für ein  
170 neues Tierschutzrecht, um die industrielle Massentierhaltung über die nächsten zwanzig Jahre  
171 durch artgerechte Tierhaltung zu ersetzen. Wir helfen mit europäischen Steuermilliarden den  
172 Bäuerinnen und Bauern, die Umweltschutz, Tierwohl und Nachhaltigkeit zu ihrer Maxime beim  
173 Wirtschaften machen.

## 174 **Unser verbindliches Angebot**

175 Diese Vorhaben beschreiben nicht alle unsere Anliegen – aber unsere wichtigsten. Ihre  
176 Durchsetzbarkeit ist der Maßstab für eine mögliche Regierungsbeteiligung. Damit wissen Sie,  
177 liebe Bürgerinnen und Bürger, was unsere gemeinsame Aufgabe sein wird, die auch Sie  
178 mitgestalten können – und was nicht – wenn Sie die Grünen wählen.

179 Es ist unerlässlich, den Stillstand und die Unentschlossenheit der sichtlich von  
180 Partikularinteressen gesteuerten Großen Koalition abzulösen. Deshalb sind wir bereit, nach

181 der Wahl mit allen Parteien außer der AfD zu prüfen, ob wir die wesentlichen Kernpunkte  
182 unserer Vorhaben umsetzen können. Mitregieren können und werden wir, wenn das Wahlergebnis  
183 es ermöglicht, wenn die Richtung stimmt und wir unsere Kernvorhaben umsetzen können. Das  
184 entspricht unserem Verständnis von Demokratie und Verantwortung. Je stärker die Grünen im  
185 nächsten Deutschen Bundestag und in einer Bundesregierung sind, umso mehr Gewicht werden wir  
186 haben, um diese Ziele durchzusetzen. Wenn die Gemeinsamkeiten nicht reichen, dann geht es  
187 nicht. Sollte es erfolgreiche Koalitionsverhandlungen geben, werden wir das Ergebnis unseren  
188 Mitgliedern in einer ergebnisoffenen Urabstimmung zur Prüfung vorlegen. Falls eine  
189 erkennbare Mehrheit unserer Ziele erreicht und uns keiner unserer feststehenden Grundsätze  
190 verweigert wird, werden die Grünen einer Regierungsbeteiligung zustimmen.

191 Was wir anstreben, ist eine zeitgemäße, ökologische, eine vielfältige und gerechte  
192 lebenswerte, dem Frieden und den Menschenrechten verpflichtete Gesellschaft.

193 Die Bundesversammlung (BDK), das oberste Organ von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## Begründung

### ***Begründung der Dringlichkeit:***

Ergibt sich aus der Einreichung und Anerkennung der Dringlichkeit des S-01

### **Begründung:**

Der 10-Punkte-Plan macht Sinn, wenn die wichtigsten programmatischen Forderungen der grünen Beschlusslage dargelegt werden. Die bisher formulierten 10 Punkte sind ein Minimalkonsens und anschlussfähig nach allen Seiten, enthalten jedoch nicht den Kern der grünen Beschlusslage. Wenn die BDK die 10 wichtigsten Punkte verabschieden und eine Öffentlichkeitswirkung davon ausgehen soll, müssen diese klare Kante und Botschaften für den Wahlkampf enthalten.

Das Grundprinzip unserer Partei lautet: „die Basis ist Boss“ und diese entscheidet auf der BDK. Auch um für eine gute Klimapolitik zu kämpfen und das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens einzuhalten, brauchen wir klare Beschlüsse. Bei der Verkehrspolitik wird nicht mehr einseitig auf den Individualverkehr und E-Autos gesetzt, stattdessen nehmen wir die Verkehrswende in den Blick. Der Atomausstieg ist ein Grünes Ur-Thema, sein Fehlen wird – gerade in der aktuellen Entwicklung – von den Wähler\*innen nicht verstanden und noch weniger akzeptiert werden.

## Unterstützer\*innen

Barbara Hanning (Hagen KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kerstin Dehne (München KV); Patrick Voyé (Marburg-Biedenkopf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Matthias Grünberg (Würzburg-Stadt KV); Thorsten Duhn (Oldenburg-Stadt KV); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Lorenz Paul Burghardt (Kiel KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Reinhard Prüllage (Grafschaft Bentheim KV); Robin Luge (Harz KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Wolfgang Ehle (Kassel-Land KV); Matthias Restorff (Schwarzwald-Baar KV); Karl-Josef Aicher (Bodenseekreis KV); Burkhard Kalle (Soest KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Roman Kittel (Nürnberg-Stadt KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Regina Klünder (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Michah Weissinger (Gelsenkirchen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Sebastian Krieg (Wartburgkreis/Stadt Eisenach RV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Andreas Müller (Essen KV); Denis

Wermuth (Neckar-Bergstraße KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Herbert Bohr (Wiesbaden KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Joachim Behncke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Jürgen Radtke (München-Land KV); Stephanie Otto (Bad Kreuznach KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV)



## **UK-KS-01-016-2** Dringlichkeitsanträge

Antragsteller\*in: Georg Kössler (Berlin-Neukölln KV)

### **Aktualisierung in UK-KS-01 WIR MACHEN DEUTSCHLAND ZUM VORREITER BEIM KLIMASCHUTZ**

- 1 Ersetze im Antrag UK-KS-01 in Zeile 16:
- 2 *"Während Trump das Klimaabkommen in Frage stellt, wollen wir Deutschland und Europa wieder*
- 3 *zum globalen Vorreiter in Sachen Klimaschutz machen."*
- 4 Durch:
- 5 Während Trump aus dem Klimaabkommen aussteigt, wollen wir Deutschland und die EU erst recht
- 6 wieder zum globalen Vorreiter in Sachen Klimaschutz machen. Denn die Klimakrise wartet
- 7 nicht, bis es sich die US-Regierung vielleicht irgendwann wieder anders überlegt. Dafür
- 8 wollen wir noch stärker mit ambitionierten Staaten und auch US-Bundesstaaten wie Kalifornien
- 9 zusammenarbeiten. Wenn die USA sich aus der finanziellen Unterstützung der am meisten vom
- 10 Klimawandel betroffenen armen Staaten zurückziehen, dann muss die EU dafür sorgen, dass
- 11 diese Lücke geschlossen wird. In der Handelspolitik müssen CO<sub>2</sub>-Minderungsziele eine
- 12 Voraussetzung für neue Abkommen sein.

### **Begründung**

BEGRÜNDUNG DER DRINGLICHKEIT: Trump ist erst nach Antragschluss aus dem Pariser Klimaabkommen ausgetreten. Dazu müssen wir als Grüne uns verhalten.

### **Unterstützer\*innen**

Frederik Landshöft (Krefeld KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Thomas Künstler (Berlin-Mitte KV); Hermann E. Ott (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Jürgen Trittin (Göttingen KV); Kai Wehnmann (Oldenburg-Stadt KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Eva Molau (Berlin-Lichtenberg KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Patrick Luzina (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Anne Schierenbeck (Bremen-Nordost KV); Stefan Taschner (Berlin-Kreisfrei KV); Lisa Badum (Forchheim KV); Werner Weindorf (München-Stadt KV); Molina Gosch (Berlin-Mitte KV)

## **WB-EW-01-050-2** Dringlichkeitsanträge

Antragsteller\*in: KV Duisburg

Beschlussdatum: 13.06.2017

### **Ergänze in WB-EW-01 nach Z. 50:**

- 1 Wir werden für langzeitgeduldete Menschen endlich eine sichere Perspektive schaffen. Dafür
- 2 brauchen wir Bleiberechtsregelungen, die langjährig in Deutschland lebende, beispielsweise
- 3 geduldeten Menschen eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis ohne Einschränkungen
- 4 ermöglichen und Schluss machen mit dem Phänomen der Kettenduldung.

### **Begründung**

#### **Begründung:**

Ein Großteil der über 100.000 langjährig geduldeten Flüchtlinge lebt bereits länger als acht Jahre in Deutschland. Darunter mindestens 30.000 Kinder und Jugendliche.

Am 29. Mai 2017 wurden die 14-jährige Bivsi Rana und ihre Familie nach Nepal abgeschoben – in ein Land, das die in Deutschland geborene Bivsi noch nie gesehen hat und dessen Sprache sie kaum spricht. Die Abschiebung hat zurecht bundesweit große Empörung ausgelöst. Es ist schwer zu verstehen, warum eine Schülerin mitten aus ihrem Leben gerissen wird, nur weil sie die vermeintlich falschen Papiere hat. Die Familie ist „perfekt integriert“, hat hier seit fast 20 Jahren gelebt und gearbeitet. Diese Abschiebung ist nicht nur eine humanitäre Katastrophe, sondern auch das völlig falsche Signal in einem Land, das auf Einwanderung angewiesen ist! Bivsi Rana, Gymnasialschülerin aus Duisburg, ist ein stellvertretendes Beispiel von vielen. Geboren und aufgewachsen in Deutschland, spricht sie Deutsch als Muttersprache und hat keinerlei Bezug zu ihrer vermeintlichen Heimat Nepal, dem Herkunftsland ihrer Eltern.

Dieser und ähnliche Fälle sind symptomatisch dafür, dass die Große Koalition und hier insbesondere die SPD gescheitert ist, einem Großteil der Langzeitgeduldeten einen dauerhaften Aufenthaltsstatus einzuräumen. Wir brauchen endlich Bleiberechtsregelungen, die langjährig in Deutschland geduldeten Menschen eine Aufenthaltsperspektive bieten, Schluss machen mit dem Phänomen der Kettenduldung und einen Beitrag zur Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft leisten. Damit wollen wir zum einen Abschiebungen wie jene der Familie Rana verhindern und zum anderen neue Perspektiven für Langzeitgeduldete schaffen.

Denn viele Arbeitgeber\*innen scheuen sich vor Einstellungen von Geduldeten ohne sicheren Aufenthaltstitel, so dass ganz allgemein die Existenzsicherung deutlich erschwert ist. Dieser „Teufelskreis“ muss endlich durchbrochen werden!

#### *Begründung der Dringlichkeit:*

Die Abschiebung von Familie Rana fand nach der Änderungsantragsfrist statt. Die Reaktionen der Bevölkerung in Duisburg und darüber hinaus zeigen, dass die aktuelle Abschiebep Praxis, „gut integrierte“ Familien abzuschieben, auf breites Unverständnis stößt. Grund genug, dass auch wir laut und deutlich dafür streiten, die aktuellen Bleiberechtsregelungen zu reformieren und uns klar Forderungen nach verschärften Abschiebungen entgegenstellen. Da der bisherige Programmentwurf sich zu diesen Fragen nicht klar äußert, eine Positionierung der Partei aber unablässig erscheint, ist die Behandlung geboten.

## **WB-EZ-01-031-3** Dringlichkeitsanträge

Antragsteller\*in: Frithjof Schmidt (Bochum KV)

### **Wahlen in Frankreich**

- 1 Wir beantragen die Einfügung des folgenden Abschnitts im Antrag WB-EZ-01 nach Zeile 30:
- 2 Mit seiner Botschaft von Zuversicht und Hoffnung und seinem klaren Ja zu Europa ist es
- 3 Emmanuel Macron gelungen, die nationalistische, fremdenfeindliche und anti-europäische
- 4 Politik von Marine LePen zu verhindern. Es ist ein gutes Zeichen, dass sich so viele
- 5 Französinnen und Franzosen für Europa und für eine offene Gesellschaft entschieden haben. Es
- 6 kommt nun auf eine gute Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Frankreich und Deutschland an,
- 7 für ein starkes sozial-ökologisches Europa zu kämpfen. Macron fordert zurecht ein Ende der
- 8 Austeritätspolitik und eine große europäische Investitionsoffensive. Deutschland muss hier
- 9 den bisherigen Kurs von Merkel, Schäuble und Gabriel endlich ändern und Macrons Initiative
- 10 unterstützen.

### **Begründung**

Eilbedürftigkeit: Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in Frankreich stand erst nach Frist für Änderungsanträge fest.

### **Unterstützer\*innen**

Franziska Brantner (Heidelberg KV); Neda Noraie-Kia (Düsseldorf KV); Doris Wagner (München KV); Jan Seifert (Berlin-Mitte KV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Alexander Diek (Bochum KV); Wolfgang Rettich (Bochum KV); Antje Westhues (Bochum KV); Nik Riesmeier (Lippe KV); Martin Petermann (Bochum KV); Christian Hohn (Olpe KV); Ute Koczy (Lippe KV); Johannes Dorn (Münster KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV)

## **WB-EZ-01-034-4** Dringlichkeitsanträge

Antragsteller\*in: Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV)

### **Einfügung des folgenden Abschnitts im Antrag WB-EZ-01 nach Zeile 34**

1 Mit dem neuen französischen Präsidenten gibt es die große Chance, neue Bewegung in die  
2 europäische Politik zu bringen. Diese müssen wir nutzen, denn es geht um nichts weniger als  
3 um die Zukunft Europas. Der französische Präsident fordert zu Recht mehr europäische  
4 Investitionen und eine bessere Koordination der Wirtschafts- und Währungspolitik in der  
5 Europäischen Union. Eine Regierung mit grüner Beteiligung wird diesen Impuls aufgreifen und  
6 gemeinsam mit Macron umsetzen, statt wie die bisherige Bundesregierung alle Ideen für  
7 europäische wirtschaftspolitische Initiativen abzublocken oder auf die lange Bank zu  
8 schieben. Dabei ist für uns zentral, dass der deutsch-französische Motor die gesamte EU im  
9 Blick behält und weder die kleineren noch osteuropäischen EU-Partner vor den Kopf stößt.  
10 Eine verstärkte Zusammenarbeit – auch zwischen den Ländern der Eurogruppe – muss so  
11 gestaltet sein, dass sie den anderen EU-Mitgliedstaaten jederzeit erlaubt, die  
12 entsprechenden Integrationsschritte mitzugehen. Ein Vorgehen bestimmter Mitgliedstaaten  
13 muss zudem immer im Rahmen des Gemeinschaftsrechts und damit unter voller Beteiligung des  
14 Europäischen Parlaments stattfinden.

15 Wir setzen uns dafür ein, im EU-Haushalt einen Zukunftsfonds einzurichten, der mittels  
16 öffentlicher Investitionen die öko-soziale Modernisierung der europäischen Wirtschaft  
17 vorantreibt und darüber hinaus Mitgliedstaaten in Notsituationen unterstützt sowie  
18 Wirtschaftskrisen bekämpft. Am Zukunftsfonds sollen sich alle EU-Staaten beteiligen dürfen,  
19 die im Gegenzug stärkere Maßnahmen gegen aggressive Steuervermeidung und Steuerhinterziehung  
20 ergreifen. Eine Maßnahme für diese Finanzierung ist für uns ein europäischer Mindestsatz bei  
21 der Unternehmensbesteuerung. Der EU-Investitionsfonds (EFSI) soll aufgestockt werden, auch  
22 Deutschland soll endlich einzahlen. Auch einen Risiko-Kapitalfonds für innovative  
23 europäische Start-ups halten wir für richtig. Außerdem muss sich die nächste Bundesregierung  
24 bereit erklären, mehr in den EU-Haushalt einzuzahlen. Kein anderes Land profitiert vom  
25 Binnenmarkt und vom Euro so sehr wie Deutschland. Es wird Zeit, davon etwas zurückzugeben.  
26 Außerdem wollen wir die demokratische Kontrolle der Euro-Politik durch das Europäische  
27 Parlament stärken. Dafür sollte ein Euro-Ausschuss im Europäischen Parlament eingerichtet  
28 werden, der starke Informationsrechte erhält und EU-Kommission und Eurogruppe stärker als  
29 bisher kontrolliert. Wichtige Entscheidungen soll dieser Ausschuss mit Abgeordneten der  
30 nationalen Parlamente diskutieren. Um die Rückbindung der Euro-Gruppe zum Europäischen  
31 Parlament zu stärken, schlagen wir vor, den EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung als  
32 nächsten Präsidenten der Eurogruppe zu wählen.

### **Begründung**

#### **Begründung der Dringlichkeit:**

Emmanuel Macron wurde erst nach der Frist für Änderungsanträge zum französischen Präsidenten gewählt. Deshalb braucht das Wahlprogramm eine Aktualisierung. Zudem wird es in der Diskussion nun um die entscheidende Frage gehen, wie der deutsch-französische Motor die europäische Zukunftagenda gestalten wird.

## Unterstützer\*innen

Annalena Baerbock (Potsdam KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Stephan Bischoff (Magdeburg KV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Benjamin Bremer (Potsdam KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Torben Wöckner (Berlin-Lichtenberg KV); Levin Velt (Halle KV); Julia Löffler (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Jörn Pohl (Kiel KV); Anais Bordes (Berlin-Pankow KV); Marius Kühne (Münster KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Ralf Lottes (Berlin-Pankow KV); Daniel Gerber (Leipzig KV); Regina Klünder (Kiel KV); Frank Diefenbach (Odenwald KV); Jochen Aulbach (Mainz KV); Nik Riesmeier (Lippe KV); Martin Pitzer (Kassel-Stadt KV); Luca Brunsch (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Sebastian Fietkau (Mannheim KV); Ursula Streng (Starnberg KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Daniel Kosak (Hamburg-Wandsbek KV); Jim Martens (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jörg Behrschmidt (Hamburg-Mitte KV); Sivan Pätsch (Münster KV); Reimar Chladek (Karlsruhe KV); Malte-Jannik Krüger (Kiel KV); Kevin Köhler (Hamburg-Eimsbüttel KV)

## **WB-EZ-01-055-4** Dringlichkeitsanträge

Antragsteller\*in: BAG Wirtschaft und Finanzen

Beschlussdatum: 01.06.2017

### **Europakapitel WB-EZ-01 nach Zeile 55 einfügen**

- 1 Das gilt ebenso für die deutsche Bundesregierung.
- 2 *Dabei geht es nicht darum, die Geldbörse zu zücken und unseren „teuren Freunden“ Schulden zu*  
3 *erlassen oder andere Geschenke zu machen. Frankreich, Italien und andere Krisenländer*  
4 *benötigen nicht unsere „Hilfe“. Sie benötigen aber eine andere Politik in Deutschland.*  
5 *Anstatt Fehler nur bei anderen zu suchen, müssen wir anerkennen, dass wir mit unserer*  
6 *übertriebenen Lohnzurückhaltung und unseren zu geringen Investitionen ganz Europa*  
7 *destabilisieren. Wenn wir jetzt dafür sorgen, dass die Löhne bei uns wieder ansteigen, geht*  
8 *es nicht nur auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland besser, sondern*  
9 *ganz Europa. Und wenn wir in unsere Infrastruktur, Schulen, Krankenhäuser und Internet*  
10 *investieren, anstatt manisch auf die schwarze Null fixiert zu sein und unseriöse*  
11 *Steuersenkungen zu versprechen, geht es nicht nur uns und unseren Kindern besser, sondern*  
12 *auch Europa.*
- 13 *Wir wollen die Chance der neuen europafreundlichen Regierung in Frankreich nutzen, um*  
14 *beherzte Reformen der Eurozone voranzutreiben. Wir wollen wieder mehr Demokratie und*  
15 *Transparenz in Europa. Europa steht für Freiheit, Gerechtigkeit, den respektvollen Umgang*  
16 *mit der Umwelt und, ganz besonders wichtig, sozialen Zusammenhalt.*
- 17 *Wir wollen dafür sorgen, dass die Europäische Zentralbank ihre Geldpolitik wieder*  
18 *normalisieren kann, weil sie nicht mehr auf sich allein gestellt ist, um große Finanz- und*  
19 *Konjunkturkrisen in Europa zu bewältigen. Dafür wollen wir sogenannte automatische*  
20 *Stabilisatoren in Europa einführen und die Möglichkeit bei schweren Konjunkturkrisen*  
21 *antizyklisch agieren zu können.*
- 22 *Wir wollen ebenfalls die Chance für ökologischen Fortschritt nutzen, da die neue Regierung*  
23 *in Frankreich die Bepreisung von CO<sub>2</sub> ganz selbstverständlich und mit einem konkreten Preis*  
24 *(von 100€ pro Tonne CO<sub>2</sub>) in ihrem Programm stehen hat.*
- 25 Wir glauben ...

### **Begründung**

#### **Begründung der Dringlichkeit:**

Emmanuel Macron wurde erst nach der Frist für Änderungsanträge zum französischen Präsidenten gewählt. Konservative Politiker\*innen haben umgehend versucht, das europäische Programm Macrons zu diskreditieren. Die politische Diskussion in Deutschland wird sich in den nächsten Monaten eingehend mit den Vorschlägen Macrons auseinandersetzen. Unser Wahlprogramm sollte dazu Stellung beziehen.

Deshalb braucht das Wahlprogramm eine Aktualisierung.

## **WB-WH-01-092-4** Dringlichkeitsanträge

Antragsteller\*in: Katharina Dröge (KV Köln)

Nach Zeile 92 im Kapitel WB-WH-01 soll eingefügt werden:

- 1 Der amerikanische Präsident hat den Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen
- 2 verkündet. Als Antwort hierauf muss die Europäische Union und damit auch Deutschland nicht
- 3 nur eine klima-, sondern auch eine handelspolitisch deutliche Ansage an die USA machen.
- 4 Prämisse muss sein, dass es kein neues Handelsabkommen zwischen der EU und den USA oder
- 5 einem anderen Land geben wird, ohne dass das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet wurde und
- 6 der Vertrag der Einhaltung der Pariser Ziele dient. Was wir brauchen ist eine Kurswende in
- 7 der Handelspolitik: Denn es ist nur dann realistisch, die Klimaziele zu erfüllen, wenn wir
- 8 unsere Handelspolitik so ausgestalten, dass sie Ressourceneffizienz, hohe Umweltstandard und
- 9 klimaverträgliche Mobilität und Energieerzeugung fördert und nicht behindert! Alle Versuche,
- 10 die Verhandlungen über Abkommen wie TTIP ohne diese Grundsätze wiederzubeleben, wären ein
- 11 Affront gegen das Weltklima und die Weltgemeinschaft.

### **Begründung**

#### **Begründung der Dringlichkeit:**

US Präsident Trump hat seinen Beschluss, das Pariser Klimaabkommen aufzukündigen, Anfang Juni verkündet. Es ist notwendig, im Wahlprogramm auf diese aktuelle und einschneidende Entwicklung zu reagieren.

### **Unterstützer\*innen**

Annalena Baerbock (Potsdam KV); Katja Dörner (Bonn KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Benjamin Bremer (Potsdam KV); Oliver Krischer (Düren KV); Daniel Gerber (Leipzig KV); Levin Velt (Halle KV); Martin Häusling (Schwalm-Eder KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Nada Catic (Rhein-Sieg KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Sven-Christian Kindler (Hannover KV); Jörn Pohl (Kiel KV); Laura Helena Martin Martorell (Koblenz KV); Katharina Beck (Hamburg-Eimsbüttel KV); Jean Pierre Ganser (Birkenfeld KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)

**BTW-01** TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller\*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

Beschlussdatum: 18.03.2017

**Ersetzen des Begriffs "Flüchtlinge" durch "Geflüchtete"**

- 1 Ersetzen des Begriffs "Flüchtlinge" durch "Geflüchtete" im gesamten Wahlprogramm

**Begründung**

Im Grünen Sprachgebrauch haben wir uns in den letzten Jahren auf diesen Begriff geeinigt. Wir sollten ihn jetzt auch konsequent im Wahlprogramm so anwenden. (redaktioneller Antrag)



**BTW-02** TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller\*in: BAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 29.04.2017

**Ersetze "Geschöpfe" durch "Tiere"**

- 1 Ersetze "Geschöpfe" durch "Tiere" im ganzen Programm

**Begründung**

Der Begriff "Geschöpf" wird mit einem Schöpfergott verbunden. Im Sinne einer religionsneutralen Darstellung sollte darauf verzichtet werden.

Als redaktionelle Änderung bezieht sich dies auch auf die anderen Stellen, an denen von "Geschöpfen" oder "Mitgeschöpfen" die Rede ist.

## **BTW-03** TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller\*in: KV Harburg-Land

Beschlussdatum: 02.05.2017

### Überschrift des Wahlprogramms

- 1 Die Überschrift des Wahlprogramms sollte geändert werden in:
- 2 "Unsere Zukunft: ökologisch - vielfältig - solidarisch"
- 3 statt "Zukunft wird aus Mut gemacht"

### Begründung

Zukunft wird nicht gemacht. Auch wenn niemand irgendetwas tut kommt die Zukunft trotzdem. Der Satz ist also einfach falsch. Es klingt mal wieder, wie ein verzweifelter Versuch, es allen recht zu machen, positive Aufbruchsstimmung zu erzeugen und allgemein verständlich zu sein. Aber es ist einer dieser Slogans, den nur ein Grüner versteht. Wir sitzen in unserem Wolkenkuckucksheim und glauben der geneigte Leser wüsste schon, was damit gemeint ist. Aber der Slogan sagt nicht, wofür wir den Mut aufbringen sollen. Nun wissen wir aber, dass Otto-Normalverbraucher keine Parteiprogramme liest, sondern bestenfalls die Einleitung/Zusammenfassung (die hier fälschlicherweise Präambel genannt wird). Ein Wahlprogramm ist kein Roman, dem man einen möglichst geheimnisvollen Namen gibt, um den geneigten Leser zum Kauf anzuregen.

Daher fordern wir eine Überschrift mit einer Aussage wofür wir denn Mut aufbringen sollen.

Sie sollte einen Hinweis auf unsere Kernthemen und Prioritäten geben, mit denen wir uns von den anderen Parteien unterscheiden.

**BTW-04-01** TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller\*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

## Vewende im ganzen Text den Genderstar

- <sup>1</sup> Vewende im ganzen Text den Genderstar, im Sinne geschlechterneutraler Sprache. Gemäß dem
- <sup>2</sup> Beschluss der BDK vom 20. - 22.11.2015 in Halle.

## Begründung

Momentan geht es im Text wild durcheinander. Wir haben hierzu eine eindeutige Beschlusslage. Es sollte selbstverständlich sein, dass diese auch beim Programm Anwendung findet.

**BTW-04-02** TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller\*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

## Verwendung des Genderstars im gesamten Text

- 1 Verwendung des Genderstars im gesamten Text des Wahlprogramms wie 2015 in Halle beschlossen.

## Begründung

Momentanen stehen verschiedene Formen des Genderns im Text nebeneinander. Dies lässt nicht nur ein uneinheitliches Bild entstehen, sondern es entspricht auch nicht unserer Beschlusslage.

Es macht einen Unterschied, ob wir z.B. von „Bürgerinnen und Bürgern“ oder von „Bürger\*innen“ sprechen. Die letzte Variante schließt auch all diejenigen mit ein, die sich in der binären Geschlechterkategorisierung nicht wiederfinden. Im Sinne einer diskriminierungsfreien und genderneutralen Sprache, die alle mitnimmt und mitdenkt und nicht ausgrenzend ist sollte deswegen im gesamten Text ausschließlich der Genderstar verwendet werden.

## **BTW-04-03** TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller\*in: BAGen Lesben- und Schwulenpolitik  
Beschlussdatum: 02.05.2017

### Geschlechtergerechte Sprache

- 1 **Generalantrag zur Verwendung des Genderstars gemäß BDK-Beschluss Halle zur Anwendung im**
- 2 **kompletten Bundestagswahlprogramm von Bündnis 90/DIE GRÜNEN.**

### Begründung

**Anwendung des Gender Star gemäß Beschlusslage BDK 07.09.2015 Halle:**

**„BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwenden geschlechtergerechte Sprache, weil Sprache durch ihren großen Einfluss auf unser Denken und unsere Wahrnehmung die Gesellschaft mit formt. Wer nur von „Ärzten“, „Anwälten“ und „Experten“ spricht, fördert indirekt die Vorstellung, nur Männer seien gemeint. Das kann in Perzeptionsstudien nachgewiesen werden. Mit einer solchen Sprachwahl wird entsprechend auch das Denken über Geschlechter nachhaltig bestimmt. Um beide Geschlechter gleichberechtigt in der Sprache sichtbar zu machen, reden wir beispielsweise von Ärztinnen und Ärzten.**

**Um sicherzustellen, dass alle Menschen gleichermaßen genannt und dadurch mitgedacht werden, wird in unseren Beschlüssen ab jetzt der Gender-Star benutzt. Transsexuelle, transgender und intersexuelle Personen werden so nicht mehr unsichtbar gemacht und diskriminiert. Durch den Gender-Star werden somit Menschen mit einbezogen, die sich nicht in ein binäres System der Geschlechter einordnen können oder wollen und es wird (Selbst-)Definitionen Raum gegeben.**

**Wie wir geschlechtergerecht formulieren, könnt ihr diesem Leitfaden entnehmen.**

**Wir gendern, indem wir**

- **im Regelfall den Gender-Star verwenden (Bürger\*innen, Student\*innen...)**
- **die weibliche Form explizit mit nennen (Bürgerinnen und Bürger, Studentinnen und Studenten...)**
- **oder versuchen, dies durch Partizipien im Plural zu vermeiden („Studierende“,...)**
- **Wir gendern grundsätzlich in allen Wörtern, jedoch nicht zweimal in einem Wort (Verbraucherschützer\*innen statt Verbraucher\*innenschützer\*innen)**
- **Wir gendern nur, wenn es um Personen geht: Investorstaatsklagen statt Investor\*innenstaatsklagen”**

**BTW-05** TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller\*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

**Ersetze im ganzen Text "Homophobie" und "Transphobie" durch "Homofeindlichkeit" und "Transfeindlichkeit"**

- 1 Ersetze im ganzen Text "Homophobie" und "Transphobie" durch "Homofeindlichkeit" und
- 2 "Transfeindlichkeit".

**Begründung**

Phobie steht für Angst vor etwas. Wenn aggressives, diskriminierendes und gewalttätiges Verhalten gegenüber Schwulen und Lesben oder Trans- und Interpersonen gemeint ist, dann sollte das auch deutlich benannt werden.

**BTW-06** TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller\*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

**Verschiebe das Unterkapitel "Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen" in das Hauptkapitel "Gerechtigkeit im Sinn" (GS)**

- 1 Verschiebe das Unterkapitel "Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen"
- 2 in das Hauptkapitel "Gerechtigkeit im Sinn" (GS)

**Begründung**

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis und damit vor allem eine soziale Frage. Wohnungsnot und Mietendruck führen in vielen deutschen Groß- und Schwarmstädten zu erheblichen gesellschaftlichen Verwerfungen und sozialer Segregation. Gleichzeitig sorgen Strukturwandel, Landflucht und Alterung dafür, dass mancherorts der ländliche Raum verwaist.

Wir plädieren deshalb dringend dafür, das fragliche Unterkapitel des Wahlprogramms unter der Überschrift „Gerechtigkeit“ aufzuführen. Anderenfalls könnten unsere Wähler\*innen den falschen Eindruck bekommen, wir würden die soziale Dimension der Wohnungs- und Mietenpolitik nicht ernst genug nehmen.

**BTW-07** TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller\*in: BAG Globale Entwicklung

Beschlussdatum: 02.05.2017

**Ersetze "Entwicklungshilfe" durch "Entwicklungszusammenarbeit" im gesamten  
Programmmentwurf**

- 1 Ersetze "Entwicklungshilfe" durch "Entwicklungszusammenarbeit" im gesamten Programmmentwurf



**BTW-08** TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller\*in: Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV

Beschlussdatum: 02.05.2017

**Verschieben von FH-BW-01 "Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen" in das Kapitel "Gerechtigkeit im Sinn"**

- <sup>1</sup> Verschiebe Unterkapitel "FH-BW-01 Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte
- <sup>2</sup> Kommunen" in das Kapitel "Gerechtigkeit im Sinn" (neu: GS-BW-01)

**Begründung**

mündlich

## **BTW-09** TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller\*in: KV Brandenburg an der Havel  
Beschlussdatum: 02.05.2017

### **Einfügen von Vergleichszahlen**

- 1 Den im Bundeswahlprogramm genannten „Zielzahlen“ werden aktuelle Vergleichszahlen gegenüber
- 2 gestellt.

### **Begründung**

Im Programm werden wiederholt „Zielzahlen“ zu unterschiedlichen Themen genannt. z. B. sollen die Ausgaben für die Entwicklungshilfe 0,7 % des BIP (WB-FM-01 Zeile 129) betragen. Aus dem Text ergibt sich jedoch nicht, wie hoch aktuell der Anteil vom BIP ist. Ähnlich verhält es sich im Themenblock GS-DG-01 Zeile 150 und 45 oder auch GS-KS-01 Zeile 31.

## **BTW-10-1** TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller\*in: Marc Kersten (Köln KV)

### (ist jetzt Antrag S-02) Abschlusskapitel: "Zukunft im Programm" (ZP)

- 1 Für all diese mutigen Ziele kämpfen wir mit Leidenschaft und werden im Falle der  
2 rechnerischen Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung versuchen, so viele wie möglich  
3 durchzusetzen. Zu regieren ist für uns aber kein Selbstzweck. Deshalb werden wir einem  
4 Koalitionsvertrag nur dann zustimmen, wenn er
- 5 • einen klaren, realistischen und verbindlichen Plan zur Einhaltung der Ziele des  
6 Pariser Weltklimaschutzabkommens enthält und die Energie- sowie Mobilitätswende  
7 beschleunigt
  - 8 • Nachhaltigkeit als ein Grundprinzip allen Regierungshandelns festschreibt, damit wir  
9 die Gesundheit von Menschen, Umwelt, Tieren und Ernährung auch für künftige  
10 Generationen sichern
  - 11 • die Rahmenbedingungen für eine ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft setzt und  
12 damit die Schaffung vieler neuer zukunftssicherer Arbeitsplätze ermöglicht
  - 13 • durch Chancengleichheit für alle und eine fairere Verteilung unseres Wohlstands für  
14 mehr soziale Gerechtigkeit sorgt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärkt
  - 15 • die Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, Krankheit, im Alter und bei  
16 Pflegebedürftigkeit armutsfest und menschenwürdig gestaltet, um den Menschen  
17 Abstiegsängste zu nehmen
  - 18 • eine humane Flüchtlingspolitik ohne Obergrenzen umsetzt, die Fluchtursachen bekämpft,  
19 Integration beschleunigt und Geflüchtete im Einklang mit der Genfer Konvention  
20 behandelt
  - 21 • eine generationengerechte Rente garantiert sowie ein modernes Einwanderungsgesetz  
22 einführt, damit wir verantwortungsvoll mit dem demografischen Wandel umgehen
  - 23 • unsere liberale Gesellschaft auf Basis des Grundgesetzes schützt und fortschreibt, mit  
24 konsequenter Gleichstellung von Frauen, gegenseitiger Akzeptanz, Vielfalt der  
25 Lebensformen und einer Ehe für alle
  - 26 • eine menschenrechtsorientierte Außenpolitik nicht nur als Krisen- sondern  
27 Präventionsmanagement definiert und daher Entwicklungshilfe ausbaut, fairen Handel  
28 fördert, die Vereinten Nationen stärkt, auf Deeskalation statt Militäreinsätze setzt  
29 und Rüstungsexporte reduziert
  - 30 • uns als verlässlichen Partner in Europa positioniert und Reformen anstößt, um die EU  
31 handlungsfähiger, transparenter und solidarischer zu gestalten, mit klaren und  
32 durchsetzbaren demokratischen Standards
  - 33 • Sicherheit als Querschnittsaufgabe definiert und gewährleistet, im Straßenverkehr  
34 ebenso wie vor Terror, sexueller Belästigung und Rassismus, bei Medikamenten ebenso  
35 wie vor Krieg, Krankenhauskeimen und belasteten Nahrungsmitteln

- 36 • unsere Sicherheit nicht gegen unsere Freiheit ausspielt, sondern Bürgerrechte wahrt  
37 und neue Gesetze nur einführt wenn sie angemessen, erfolgversprechend und  
38 verfassungsgemäß sind
- 39 • die Werte und Vorzüge der parlamentarischen Demokratie von Kindheit an stärker zu  
40 vermitteln hilft und für mehr Bürgerbeteiligung und ergänzende Elemente direkter  
41 Demokratie sorgt
- 42 • mutig und zukunftsorientiert ist!

43 Dafür bitten wir am 24. September um Ihre Unterstützung. Wie knapp es werden kann, haben wir  
44 beim BREXIT, der US-Präsidentschaftswahl und dem Referendum in der Türkei gesehen. Deshalb  
45 nutzen Sie Ihr demokratisches Recht zur Wahlteilnahme, um sich hinterher nicht ärgern zu  
46 müssen. Schenken Sie uns Ihre Stimme, damit wir Ihre Stimme sein können! Nur starke Grüne  
47 können sich für Sie stark machen!

## Begründung

So viel Mühe wie wir uns für einen guten Einstieg in unser Wahlprogramm gegeben haben (was uns mit der Präambel auch gelungen ist), so wenig Sorgfalt haben wir offensichtlich beim Abschluss walten lassen. Derzeit endet das Programm mit einem Schlüsselprojekt zu Selbständigen im Unterkapitel „Digitalisierung“. Wir entlassen die Leser\*innen mit dem Satz „Die Künstlersozialkasse wollen wir erhalten und weiter stärken“ in Richtung Wahlurne. Kann es das wirklich sein? Nein!

Ein würdiger Abschluss für unser Wahlprogramm sollte folgende Kriterien erfüllen:

- er bittet wie jede vernünftige Bewerbungsrede mit einer expliziten Bitte um die Stimme der Wähler\*innen
- er fasst pointiert zusammen, was wir zuvor auf über 100 Seiten an Forderungen aufgelistet haben
- er macht deutlich was uns am Wichtigsten ist und wo wir rote Linien ziehen
- er ist nicht zu allgemein formuliert, aber auch nicht so konkret, dass er bei Verhandlungen unzumutbar einengt

Früher hieß das auch Essentials. Und die sind in einer Situation, wo wir keine klaren Koalitionsaussagen machen, um so wichtiger!

Da ein 100- oder 150-Seiten-Programm von den allerwenigsten Wähler\*innen gelesen wird, steht nach der BDK eh die Aufgabe an, daraus eine oder gar mehrere Kurzfassungen zu destillieren. Und wie das bei Zusammenfassungen so ist, kann am Ende dieses Prozesses Unzufriedenheit und Unfrieden entstehen, weil die Basis darauf dann keinerlei Einfluss mehr hatte. Demokratischer und transparenter wäre es deshalb, die BDK-Delegierten und damit die Partei in ihrer ganzen Breite - vom einfachen OV-Mitglied bis zur Spitzenkandidatin - an dieser Stelle gewichten und mitbestimmen zu lassen. Das läge auch im gemeinsamen Interesse einer einig auftretenden Partei im Wahlkampf! Denn da müssen wir zusammenhalten!

Die 14 hier aufgeführten Punkte sind nach bestem Wissen und Gewissen ausgewählt und enthalten m.E. nichts, was nicht bereits im Programmwurf steht. Natürlich kann sich das durch Beschlüsse der BDK ändern. Um diesem Antrag gerecht zu werden und ihn adäquat zu behandeln, wäre es sicher zielführend, mit Meinungsbildern zu arbeiten und noch Modifikationen am Ende der Programmdebatte zuzulassen.

Dieser Antrag hat den Anspruch die vier Parteigrundsätze abzubilden, auch in der Gewichtung: ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei. Aber auch die aktuellen Debatten unserer Zeit aufzugreifen. Er ist konsequent positiv formuliert, also wofür wir sind und nicht wogegen.

Natürlich wird jedem und jeder Delegierten irgendein Punkt fehlen. Und welche das nicht sein dürfen, das möge die BDK entscheiden. Es sollte aber allen klar sein: Wenn wir den Antrag gar nicht beschließen, dann hat das Programm keinen vernünftigen Abschluss und dann geben wir als Delegierte das Heft aus der Hand, mit welchen Prioritäten wir diesen Wahlkampf führen!

## Unterstützer\*innen

Holger Lange (München-Land KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Sebastian Zimmermann (Kurpfalz-Hardt KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Gerd Wittka (Gelsenkirchen KV); Liam Harrold (Hannover RV); Corinna Rüffer (Trier KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Justin Jacob (Dortmund KV); Benjamin Rauer (Minden-Lübbecke KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Johannes Wiegel (Trier KV); Frithjof Rittberger (Tübingen KV); Søren Brand (Bremen-Ost KV); Christoph Stolzenberger (Heinsberg KV); Stephan Buck (Alb-Donau KV); Markus Wagener (Köln KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Zsuzsanna Bona (Köln KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Kerstin Dehne (München KV); Jonas Graeber (Osnabrück-Stadt KV); Christian Hohn (Olpe KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Torsten Leveringhaus (Darmstadt-Dieburg KV); Valérie Vivienne Nitsche (Euskirchen KV); Stefanie Hansmeier-Maas (Wuppertal KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Mathias Raudies (Berlin-Marzahn/Hellersdorf KV); Alexander Bühner (Euskirchen KV); Barbara Fuchs (Fürth-Stadt KV); Bernd Kraft (Main-Kinzig KV); Lydia Bauer-Hechler (Fürth-Stadt KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); Deniz Ertin (Köln KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Till Hoffmann (Köln KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ulrike Tadema (Duisburg KV); Ingrid Tews (Mülheim KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Peter Heilrath (München KV); Christian-Ulrich Sauter (Erlangen-Stadt KV); Luisa Schwab (Köln KV); Birgit Gerhard-Hentschel (Rastatt/Baden-Baden KV); Fabio Voss (Köln KV); Peter Ruther (Köln KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Roman Kittel (Nürnberg-Stadt KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Georg Sieglen (Köln KV); Nabihah Ghanem (Soest KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Hans-Dieter Manger (Aschaffenburg-Land KV); Burkhard Kalle (Soest KV); Rudolf Ladwig (Hagen KV); Martin Kühn (Köln KV); Birgitt Höhn (Kleve KV); Jens Schabacher (Bremen-Mitte KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Patrick Michalski (Rhein-Sieg KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Tobias Grupe (Köln KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Petra Schmidt-Niersmann (Wesel KV); Jörg Obereiner (Ennepe-Ruhr KV); Reinhard Loos (Erfurt KV); Christian Stunz (Köln KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Bert Lahmann (Köln KV); Daniel Elfendahl (Potsdam-Mittelmark KV); André Moser (Düsseldorf KV); Andrea Asch (Köln KV); Ingo Wolff (Viersen KV); Florian Weber-Baronowsky (Köln KV); Max Hieber (Augsburg-Stadt KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Tobias Politt (Köln KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Svenja Borgschulze (Berlin-Pankow KV); Robin Luge (Harz KV); Stefan Thome (Kaiserslautern KV); Ulrich Schnirch (Bottrop KV); Stephan Eßer (Vorpommern-Rügen KV); Daniel Brandes (Hannover RV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Silvia Nadine Halusiak (Mettmann KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Moritz Darge (Mülheim KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Niklas Graf (Wesel KV); Elke Schaffner-Werner (Düren KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Roland Schwarz (Köln KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Karsten Finke (Bochum KV); Elke Olbrich-Tripp (Mark KV); Maximilian Krupp (Köln KV); Frank Hauser (Köln KV); Ingo Volp (Mainz KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Sylvia Olbrich (Mark KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Christian Knapp (Bodenseekreis KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Antje Westhues (Bochum KV); Andreas Falkowski (Rhein-Sieg KV); Sonja Karas (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Yves Reich (Köln KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Mario Michalak (Köln KV); Regina Klünder (Kiel KV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Diethelm Schneider (Bonn KV); Christina Fichtner (Regensburg-Stadt KV); Nadin Bisewski (Celle KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Karin Fetzer (Wesel KV); Rainer Hager (Neunkirchen/Saar KV); Thomas Schremmer (Hannover RV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Hans-Werner

Ignatowitz (Euskirchen KV); Jan Sieckmann (Köln KV); Dominik Wellhäuser (Köln KV); Wilfried Weisbrod (Kurpfalz-Hardt KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Dorothee Sühlig (Garmisch-Partenkirchen KV); Stefan Wolters (Köln KV); Marc Benjamin Benirschke (Hamburg-Harburg KV); Sebastian Schubert (Euskirchen KV); Christiane Schmidt (Köln KV); Cornelia Schröder (Köln KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Dennis Pirdzuns (Wuppertal KV)

## **BTW-10-2** TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller\*in: KV Fürth-Stadt

Beschlussdatum: 27.04.2017

### (ist jetzt Antrag S-02) Abschlusskapitel: "Zukunft im Programm" (ZP)

- 1 Für all diese mutigen Ziele kämpfen wir mit Leidenschaft und werden im Falle der  
2 rechnerischen Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung versuchen, so viele wie möglich  
3 durchzusetzen. Zu regieren ist für uns aber kein Selbstzweck. Deshalb werden wir einem  
4 Koalitionsvertrag nur dann zustimmen, wenn er
- 5 • einen klaren, realistischen und verbindlichen Plan zur Einhaltung der Ziele des  
6 Pariser Weltklimaschutzabkommens enthält und die Energie- sowie Mobilitätswende  
7 beschleunigt
  - 8 • Nachhaltigkeit als ein Grundprinzip allen Regierungshandelns festschreibt, für auch in  
9 Zukunft gesunde Menschen, Tiere Umwelt und Ernährung
  - 10 • die Rahmenbedingungen für eine ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft setzt und  
11 damit die Schaffung vieler neuer zukunftssicherer Arbeitsplätze ermöglicht
  - 12 • durch Chancengleichheit für alle und eine fairere Verteilung unseres Wohlstands für  
13 mehr soziale Gerechtigkeit sorgt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärkt
  - 14 • die Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, Krankheit, im Alter und bei  
15 Pflegebedürftigkeit armutsfest und menschenwürdig gestaltet, um den Menschen  
16 Abstiegssängste zu nehmen
  - 17 • eine humane Flüchtlingspolitik ohne Obergrenzen umsetzt, die Fluchtursachen bekämpft,  
18 Integration beschleunigt und Geflüchtete im Einklang mit der Genfer Konvention  
19 behandelt
  - 20 • eine generationengerechte Rente garantiert sowie ein modernes Einwanderungsgesetz  
21 einführt, damit wir verantwortungsvoll mit dem demografischen Wandel umgehen
  - 22 • unsere liberale Gesellschaft auf Basis des Grundgesetzes schützt und fortschreibt, mit  
23 konsequenter Gleichstellung von Frauen, gegenseitiger Toleranz, Vielfalt der  
24 Lebensformen und einer Ehe für alle
  - 25 • eine menschenrechtsorientierte Außenpolitik nicht nur als Krisen- sondern  
26 Präventionsmanagement definiert und daher Entwicklungshilfe ausbaut, fairen Handel  
27 fördert, internationale Institutionen stärkt, auf Deeskalation statt Militäreinsätze  
28 setzt und Rüstungsexporte reduziert
  - 29 • uns als verlässlichen Partner in Europa positioniert und Reformen anstößt, um die EU  
30 handlungsfähiger, transparenter und solidarischer zu gestalten, mit klaren und  
31 durchsetzbaren demokratischen Standards
  - 32 • Sicherheit als Querschnittsaufgabe definiert und gewährleistet, im Straßenverkehr  
33 ebenso wie vor Terror, sexueller Belästigung und Rassismus, bei Medikamenten ebenso  
34 wie vor Krieg, Krankenhauskeimen und vergiftetem Essen

- 35 • unsere Sicherheit nicht gegen unsere Freiheit ausspielt, sondern Bürgerrechte wahrt  
36 und neue Gesetze nur einführt wenn sie angemessen, erfolgversprechend und  
37 verfassungsgemäß sind
- 38 • die Werte und Vorzüge der parlamentarischen Demokratie von Kindheit an stärker zu  
39 vermitteln hilft und für mehr Bürgerbeteiligung und ergänzende Elemente direkter  
40 Demokratie sorgt
- 41 • mutig und zukunftsorientiert ist!

42 Dafür bitten wir am 24. September um Ihre Unterstützung. Wie knapp es werden kann, haben wir  
43 beim BREXIT, der US-Präsidentschaftswahl und dem Referendum in der Türkei gesehen. Deshalb  
44 nutzen Sie Ihr demokratisches Recht zur Wahlteilnahme, um sich hinterher nicht ärgern zu  
45 müssen. Schenken Sie uns Ihre Stimme, damit wir Ihre Stimme sein können! Nur starke Grüne  
46 können sich für Sie stark machen!

## Begründung

So viel Mühe wie wir uns für einen guten Einstieg in unser Wahlprogramm gemacht haben (was uns mit der Präambel auch gelungen ist), so wenig Sorgfalt haben wir offensichtlich beim Abschluss walten lassen. Derzeit endet das Programm mit einem Schlüsselprojekt zu Selbständigen im Gemischtwarenunterkapitel „Digitalisierung“. Wir entlassen die Leser\*innen mit dem Satz „Die Künstlersozialkasse wollen wir erhalten und weiter stärken“ in Richtung Wahlurne. Kann es das sein? Nein!

Ein würdiger Abschluss für unser Wahlprogramm sollte folgende Kriterien erfüllen:

- er bittet wie jede vernünftige Bewerbungsrede mit einer expliziten Bitte um die Stimme
- er fasst pointiert zusammen, was wir zuvor auf über 100 Seiten an Forderungen aufgelistet haben
- er macht deutlich was uns am Wichtigsten ist und wo wir rote Linien ziehen
- er ist nicht zu allgemein formuliert, aber auch nicht so konkret, dass er bei Verhandlungen unzumutbar einengt

Früher hieß das auch Essentials. Und die sind in einer Situation, wo wir keine klaren Koalitionsaussagen machen, umso wichtiger!

Da ein 100- oder 150-Seiten-Programm von den allerwenigsten Wähler\*innen gelesen wird, steht nach der BDK eh die Aufgabe an, daraus eine oder gar mehrere Kurzfassungen zu destillieren. Und wie das bei Zusammenfassungen so ist, kann am Ende dieses Prozesses Unzufriedenheit und Unfrieden entstehen, weil die Basis darauf dann keinerlei Einfluss mehr hat. Fairer und transparenter wäre es deshalb, die BDK-Delegierten an dieser Stelle gewichten und mitbestimmen zu lassen, auch im gemeinsamen Interesse einer einig auftretenden Partei im Wahlkampf!

Die 14 hier aufgeführten Punkte sind nach bestem Wissen und Gewissen ausgewählt und enthalten u.E. nichts was nicht bereits im Programmwurf steht. Natürlich kann sich das durch Beschlüsse der BDK ändern. Um diesem Antrag gerecht zu werden und ihn adäquat zu behandeln, wäre sicher zielführend, mit Meinungsbildern zu arbeiten und noch Modifikationen am Ende der Programmdebatte zuzulassen.

Dieser Antrag hat den Anspruch die vier Parteigrundsätze abzubilden, auch in der Gewichtung. Ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei. Aber auch die aktuellen Debatten unserer Zeit aufzugreifen.

Natürlich wird jedem und jeder Delegierten irgendein Punkt fehlen. Und welche das nicht sein sollten, das möge die BDK in ihrer unendlichen Weisheit beschließen. Es muss aber klar sein: Wenn wir den Antrag gar



nicht beschließen, dann hat das Programm keinen vernünftigen Abschluss und dann geben wir als Delegierte das Heft aus der Hand, mit welchen Prioritäten wir diesen Wahlkampf führen!

## **BTW-11** TOP Bundestagswahlprogramm

Antragsteller\*in: Oliver Glodzei (Lüneburg KV)

### Keine Obergrenze für Menschlichkeit

- <sup>1</sup> Bündnis 90/Die GRÜNEN werden keinen Koalitionsvertrag eingehen, in dem eine Obergrenze für die Aufnahme von Menschen in Not festgelegt wird.
- <sup>2</sup>

### Begründung

**Leid kennt keine Obergrenze. Menschlichkeit darf daher auch keine kennen.**

### Unterstützer\*innen

Oliver Kraemer (Lüneburg KV); Claus-Cornelius Poggensee (Lüneburg KV); Mark Stark (Lüneburg KV); Julia Verlinden (Lüneburg KV); Ralf Gros (Lüneburg KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Volker Butenschön (Lüneburg KV); Hardy Glodzei (Lüneburg KV); Georg P. Kössler (Berlin-Neukölln KV); Oliver Timm (Berlin-Neukölln KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Karen Rabbe (Lüneburg KV); Carola Scheibe-Köster (Berlin-Neukölln KV); Rhea Niggemann (Berlin-Kreisfrei KV); Vasili Franco (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Patrick Roedern (Berlin-Neukölln KV); Kai Herzog (Lüneburg KV); Jens Mrusek (Lüneburg KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Imke Byl (Gifhorn KV); Holger Tempel (Lüneburg KV); Jürgen Kopp (Lüneburg KV)

## **P-01** Präambel

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### Präambel

- 1 Liebe Bürgerinnen und Bürger,
- 2 am 24. September ist Bundestagswahl. Bevor wir Ihnen sagen, was wir vorhaben, haben wir eine
- 3 Bitte an Sie: Diskutieren Sie mit, mischen Sie sich ein, gehen Sie wählen. Treten Sie mit
- 4 uns für die Werte ein, die unser Land und Europa stark gemacht haben, die uns weit über
- 5 Partei- und Ländergrenzen hinweg verbinden: Demokratie und Menschenwürde, Freiheit und
- 6 Mitmenschlichkeit.
- 7 Diese Werte schienen uns bis eben noch selbstverständlich. Nun erleben wir, wie sie
- 8 hierzulande, in Europa und vielen Teilen der Welt massiv in Frage gestellt werden. Radikaler
- 9 Nationalismus kehrt zurück. Die ökologische Krise spitzt sich zu. Europa ist in sozialer und
- 10 wirtschaftlicher Hinsicht tief gespalten. Viele Menschen sind auf der Flucht vor Kriegen und
- 11 Krisen. Diese Bundestagswahl ist wichtig, vielleicht historisch.
- 12 Deutschland geht es vergleichsweise gut. Aber damit das so bleibt, damit es auch für alle
- 13 gilt, und damit es auch anderswo besser wird, müssen wir uns jetzt entscheiden: gegen
- 14 weitere Umweltzerstörung und für eine soziale und ökologische Modernisierung unserer
- 15 Wirtschaft, die Arbeitsplätze sichert und neue schafft. Gegen ungebremstes Profitstreben auf
- 16 Kosten des Zusammenhalts und für eine Politik, die in unsere Infrastruktur und in die
- 17 Zukunft investiert. Gegen Hassprediger und Nationalismus und für ein Europa, das nach innen
- 18 zusammenarbeitet und nach außen gemeinsam handelt.
- 19 Manche meinen, es sei heute schon viel erreicht, wenn Rückschritte vermieden werden. Wir
- 20 nicht. Mit den ökologischen Krisen und vor allem der Klimakrise stellt sich der Menschheit
- 21 die Existenzfrage, nicht weniger. Mit der Krise Europas und dem Rückfall in den
- 22 Nationalismus stellt sich die Frage des Friedens und der Bedingungen für ein gutes Leben.
- 23 Durch die globale Ungleichheit stellt sich die Frage nach fairer Verteilung des Wohlstandes
- 24 durch fairen Handel. Es sind große Fragen, aber sie sind nicht weit weg. Sie betreffen auch
- 25 unser Zusammenleben und unseren Alltag.
- 26 Wir haben es gemeinsam in der Hand, jetzt eine bessere Zukunft zu gestalten. Wir können so
- 27 wirtschaften, dass Luft und Wasser sauber bleiben, dass wir die Grundlagen unseres Lebens
- 28 auch für die kommenden Generationen erhalten. Eine Gesellschaft ist möglich, in der alle
- 29 Menschen am Wohlstand beteiligt sind, in der jede und jeder eine Chance bekommt, und
- 30 selbstbestimmt die eigenen Ziele verfolgt. Wir können unseren Teil dazu beitragen, dass
- 31 weltweit Fluchtursachen bekämpft werden und nicht die Flüchtenden. Globalisierung und
- 32 Digitalisierung sind keine Naturgewalten, die sich gegen den Menschen richten. Sie können
- 33 unser Leben besser machen, wenn wir den Rahmen setzen und die Regeln bestimmen.
- 34 Es wäre die Aufgabe der Großen Koalition gewesen, diese Herausforderungen anzugehen. Sie hat
- 35 es nicht getan. Die drei beteiligten Parteien CDU, CSU und SPD verfolgen längst nur noch
- 36 ihre eigenen Interessen. Während die Koalition erschöpft ist wachsen die Probleme. Statt den
- 37 Raubbau an der Umwelt zu stoppen, blockiert sie beim Klimaschutz, würgt die Energiewende ab
- 38 und verpasst die Chancen auf zukunftsfähige Jobs. Sie ruht sich auf der derzeit guten
- 39 Wirtschaftslage aus, statt sie für den sozialen Zusammenhalt und mehr Chancengleichheit zu

40 nutzen. Nach einem Jahr Willkommenskultur gibt sie zunehmend rechten Stimmungen nach. Auf  
41 neue Bedrohung reagiert sie mit immer schärferen Gesetzen, anstatt mit kühlem Kopf gezielt  
42 Probleme zu lösen. Mit ihrer Politik setzt sie eine gute Zukunft aufs Spiel.

43 Die Große Koalition lähmt unser Land und stärkt vor allem den rechten Rand im politischen  
44 Spektrum unserer Gesellschaft. Frust wächst, die Stimmung wird aggressiv und der Ruf nach  
45 einer harten Hand kommt selbst aus der Mitte der Gesellschaft. In Großbritannien hat solch  
46 eine Stimmung das Land aus der EU herausgesprengt und in den USA einen gefährlichen  
47 Narzissten an die Macht gebracht. Damit es bei uns nicht auch so weit kommt, braucht es  
48 jetzt echte politische Alternativen und eine neue, positive Dynamik.

49 Es gibt guten Grund für Mut und Zuversicht. Millionen Bürgerinnen und Bürger haben in den  
50 vergangenen Jahren geholfen, Menschen auf der Flucht Schutz und eine neue Heimat zu bieten.  
51 Hunderttausende sind aufgestanden gegen eine neoliberale Handelspolitik, die Profite für  
52 Großkonzerne über das Wohl der Menschen und der Umwelt stellt. Überall arbeiten  
53 Unternehmer\*innen und Tüftler\*innen an einem besseren Morgen. Eltern rackern sich ab, um  
54 ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Diese Menschen sind unser Antrieb. Für  
55 sie und mit ihnen wollen und können wir vieles zum Guten bewegen.

56 Wir wollen Deutschland wieder zum ökologischen Spitzenreiter machen. Wir sind die erste  
57 Generation, die die Auswirkungen der Klimakrise spürt – und die letzte, die etwas dagegen  
58 tun kann. Deswegen braucht es jetzt ein großes sozial-ökologisches Modernisierungsprojekt.  
59 Mit allem was wir haben kämpfen wir für Klimaschutz: Wir machen die Energiewende wieder  
60 flott, steigen aus der Kohle aus, fördern das abgasfreie Auto. Wir gestalten eine innovative  
61 Wirtschaft, die mit "Öko – Made in Germany" Produkte und Dienstleistungen für die Zukunft  
62 entwickelt und jede Menge neue Arbeitsplätze schafft. Wir machen Schluss mit industrieller  
63 Massentierhaltung und landwirtschaftlichen Monokulturen. Mit uns gibt es gutes Essen ohne  
64 Gift und Gentechnik.

65 Wir kämpfen für ein gerechteres Land. Wir wollen, dass jedes Kind die gleichen Chancen hat,  
66 – gleich welcher Herkunft, welchen Geschlechts oder welcher Hautfarbe. Für uns kommt es  
67 nicht darauf an wo jemand herkommt, sondern wo jemand hin will. Sicher werden nicht alle  
68 Chefärztin oder Chefarzt, aber alle sollen es werden können. Auch ein Kind aus Aleppo soll  
69 in unserem Land seinen Traum verwirklichen können, Architektin oder Lehrer zu werden. Wir  
70 sorgen dafür, dass Eltern mehr Zeit für ihre Kinder haben, dass Schulen intakt sind und  
71 Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden. Wir finden uns nicht damit ab, dass bei  
72 uns, in einem der reichsten Länder der Erde, jedes fünfte Kind in Armut lebt.

73 Wir wollen ein Netz sozialer Sicherheit, das bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter  
74 für alle da ist und das den Menschen auch die Zuversicht gibt, Neues zu wagen.

75 Wir kämpfen dafür, dass multinationale Unternehmen ihre Steuern hier zahlen und die  
76 Gesellschaft nicht länger um Milliarden prellen, um ihren Vorständen obszöne Gehälter und  
77 Abfindungen zu zahlen. Wir wollen, dass gesellschaftlicher Reichtum gerecht geteilt wird,  
78 damit wir unsere öffentlichen Orte und Institutionen auch gut finanzieren können:  
79 Kindergärten, Schulen und Hochschulen, Pflegeheime und Krankenhäuser, Straßenbahnen und  
80 Busse genauso wie schnelles Internet überall im Land.

81 Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle frei leben können. Das ist eine  
82 Gesellschaft, in der jeder Mensch glauben kann, was er will, und lieben kann, wen er will.  
83 Eine Gesellschaft, in der Frauen für ihre Arbeit genauso gut bezahlt werden wie Männer, in  
84 der wir uns vor Terrorismus, rechtsextremem Gewalt und Kriminalität schützen, ohne dabei  
85 unsere Freiheit aufzugeben. Wir streiten dafür, dass Deutschland weiterhin Menschen, die auf  
86 der Flucht vor Krieg und Gewalt sind, Schutz und Heimat bietet. Das Zusammenleben von  
87 Menschen verschiedener Herkunft, Religion und Kultur bringt uns weiter, aber es verlangt

88 auch allen etwas ab. Deshalb stärken wir das Band, das unsere Gesellschaft eint und  
89 zusammenhält. Das Grundgesetz und seine Werte gelten für alle. Keine Toleranz der  
90 Intoleranz.

91 All das erreichen wir nur in einem vereinten Europa. Europa ist ein Ort des Friedens und der  
92 Freiheit geworden. Das ist nicht selbstverständlich. Weil Europa unsere Heimat und unsere  
93 Zukunft ist, werden wir es mit aller Kraft gegen Nationalismus verteidigen. Nur wenn wir in  
94 einem starken Europa zusammenarbeiten, können wir helfen, die Konflikte in unserer  
95 Nachbarschaft zu lösen, den Terrorismus bekämpfen und die Fluchtursachen in Afrika  
96 vermindern. Wir wollen, dass sich Deutschland und Europa den Problemen der Welt zuwenden und  
97 Verantwortung übernehmen, statt sich mit Grenzzäunen abzuschotten und die Rüstungsspirale zu  
98 beschleunigen. Nur mit einem solidarischen Europa können wir Mensch und Umwelt besser  
99 schützen. Und wenn wir Banken und Großkonzerne auf das Gemeinwohl verpflichten wollen, wenn  
100 wir dem globalen Kapitalismus wirklich ökologische und soziale Zügel anlegen wollen, damit  
101 die Wirtschaft den Menschen dienen kann, dann geht das nur mit einem starken Europa.

102 In elf Landesregierungen, in etlichen Kommunen arbeiten grüne Ministerinnen und Minister,  
103 Landräte und Bürgermeisterinnen bereits an diesen drängenden Problemen. Dort machen wir uns  
104 auf: für eine tier- und umweltfreundliche Agrarpolitik, für Klimaschutz, ob bei der  
105 Energieversorgung oder beim Verkehr, für mutige, innovative Unternehmen, für gute Schulen  
106 und eine starke Polizei. Grün wirkt.

107 Doch für viele Veränderungen braucht es auch im Bund eine Regierung mit uns Grünen. Wir  
108 wollen die Große Koalition ablösen. In den Ländern stellen wir elf Umweltministerinnen und -  
109 minister. Aber so wie es für den Atomausstieg einen Grünen Bundesumweltminister brauchte,  
110 braucht es für die Agrarwende, wieder Grüne in der Bundesregierung. Unser Land ökologischer,  
111 weltoffener, gerechter machen – das ist unser Anspruch an eine grüne Regierungsbeteiligung.  
112 Dafür treten wir an!

113 Politik ist nicht machtlos. Sie verändert Wirklichkeit. Zukunft wird aus Mut gemacht. Jeden  
114 Tag. Welche Entwicklung unser Land nimmt, liegt in unser aller Hand. Verteidigen wir unsere  
115 Werte, leben wir sie gemeinsam! Wir werden manches ändern, anderes neu voran bringen. Helfen  
116 Sie uns, zu erhalten, was in unserem Land wertvoll und wichtig ist und zu verbessern, was  
117 besser werden muss.

118 Es gibt keine Abkürzungen zu einem besseren Morgen. Manchmal braucht es Umwege und  
119 Kompromisse. Manchmal braucht es Widerstand und Kontroverse. Wir wissen auch nicht für alles  
120 schon die Lösung. Die Ziele sind für uns jedoch klar. Wir beschreiben sie Ihnen mit diesem  
121 Programm. Für andere Ziele gibt es andere Parteien.

122 Unsere Ziele weisen einen Weg in eine ökologische, friedliche, weltoffene und gerechte  
123 Zukunft. In eine gute Zukunft für uns, unsere Kinder, unsere europäischen Nachbarn und für  
124 Menschen anderswo in der Welt. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen! Stimmen Sie am 24.  
125 September 2017 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!

## **UK-01** Umwelt im Kopf

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 08.03.2017

### Umwelt im Kopf

1 Das Klimaabkommen von Paris ist ein Meilenstein für die Rettung unseres Planeten. Wir haben  
2 das Wissen, die Technik und den Erfindergeist, um die Klimakatastrophe noch abzuwenden. Wir  
3 stehen deshalb jetzt vor einer Entscheidung, die unser Leben und das Leben unserer Kinder  
4 prägen wird. Kämpfen wir um den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen oder sägen wir  
5 weiter an dem Ast, auf dem wir sitzen. Setzen wir auf dreckige Kohle wie Union und SPD oder  
6 auf schmutziges Öl wie Trump und Putin? Oder brechen wir auf in ein neues, grünes Zeitalter?

7 Wir wollen anpacken: Denn Hochwasser, Dürren und das Ansteigen des Meeresspiegels sind keine  
8 fernen Bedrohungen mehr. Sie finden statt. Täglich. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird es  
9 auf der Erde bis zum Ende des Jahrhunderts um etwa weitere vier Grad wärmer. Wir sind dabei,  
10 mit unserer Art zu wirtschaften unsere Lebensräume zu zerstören – von den Regenwäldern über  
11 unser Grundwasser und unsere Böden bis hin zu den Weltmeeren. Und wir verursachen ein neues  
12 Artensterben, das unsere Umwelt ärmer und zerbrechlicher macht.

13 Die Folgen wären Hunger, Armut und Konflikte um knapper werdende Ressourcen. Die Kriege und  
14 Fluchtbewegungen der vergangenen Jahre wären nur ein laues Lüftchen gegenüber dem Sturm, der  
15 kommenden Generationen drohte. Uns geht es darum, zu verhindern, dass blinder  
16 Wachstumsglaube und ungebremstes Profitstreben unseren einzigartigen Planeten zerstört. Wir  
17 wollen dafür eine Wirtschaft, die mit der Umwelt statt gegen sie arbeitet, die nachhaltigen  
18 Wohlstand für alle ermöglicht. Frieden, Sicherheit und ein gutes Leben für alle können wir  
19 in Zukunft erreichen, wenn wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen, statt sie  
20 weiter zu zerstören.

21 Wenn wir jetzt entschlossen handeln, ist das gleichzeitig auch eine große Chance und der  
22 richtige Weg für unser Land in eine lebenswerte Zukunft, die Wohlstand und Sicherheit für  
23 alle schafft.

24 Auf diesen Weg haben sich längst viele Menschen und Unternehmen gemacht. Und schon einiges  
25 erreicht. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten Wälder geschützt, Abgase und  
26 Schadstoffbelastungen reduziert und wertvolle Arten gerettet. Bürgerinnen und Bürger  
27 schließen sich zusammen und erzeugen Strom durch Wind, Sonne und Wasser, Ingenieurinnen und  
28 Ingenieure tüfteln an Elektrofahrrädern und E-Autos. Architektinnen und Bauarbeiter bauen  
29 Häuser, die mehr Energie erzeugen, als sie verbrauchen. Es sind viele, die davon  
30 profitieren: Hunderttausende, die ihr Geld mit Erneuerbaren Energien verdienen – vom  
31 Stahlarbeiter bis zur Installateurin. Genauso ganze Wirtschaftszweige, die mit grünen Ideen  
32 schwarze Zahlen schreiben und schon heute die Märkte von morgen erschließen.

33 Wir werden jetzt die nächsten Schritte der ökologischen Modernisierung gehen. Wir machen  
34 eine Wirtschaftspolitik mit ehrgeizigen Zielen, die den Unternehmen zwar etwas zumutet, aber  
35 gerade durch Innovationen neue Möglichkeiten eröffnet, Planungssicherheit schafft und neues  
36 Wissen und neue Technologien fördert. Wir wollen einen fairen Wettbewerb, der die  
37 Folgekosten umweltschädlichen Handelns nicht weiter der Allgemeinheit aufbürdet. Das  
38 bedeutet: Die Unternehmen, die den Weg in die ökologische Erneuerung gehen, unterstützen  
39 wir. Wir werden aber auch weiterhin mit den Lobbyverbänden und den Unternehmen den Konflikt  
40 austragen, die ihre Geschäftsinteressen ohne Rücksicht auf die Umwelt verfolgen.

41 Wir werden unsere Wirtschaft, unseren Verkehr, sowie unsere Energie- und  
42 Lebensmittelproduktion konsequent auf grünes Wirtschaften und grüne Technologien umstellen.  
43 Mit einem konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien, dem Kohleausstieg und dem Umstieg  
44 auf Elektromobilität. Mit dem Ausstieg aus der industriellen Massentierhaltung und der  
45 Förderung einer menschen-, umwelt- und tiergerechten Landwirtschaft.

46 Klima- und Umweltpolitik sind auch eine Frage der Gerechtigkeit. Gerade diejenigen, die  
47 wenig haben, leben in Vierteln mit hoher Luftverschmutzung oder großer Lärmbelastung. Global  
48 sind es die Ärmsten, die von der Umweltzerstörung besonders betroffen sind – obwohl sie am  
49 wenigsten dazu beitragen. Die Kleinbauern in Afrika, deren Land verdorrt, die Waisenkinder,  
50 die auf hochgiftigen Deponien im Elektroschrott der Industrieländer wühlen. Dagegen tun wir  
51 etwas: Wir recyceln unsere Rohstoffe, beenden die ruinösen Subventionen für den Export von  
52 europäischen Lebensmitteln in alle Welt und stoppen die Überfischung vor Afrikas Küsten.

53 Wir sorgen dafür, dass es bei Umwelt- und Klimaschutz gerecht zugeht. Wo Jobs, zum Beispiel  
54 in der Kohleindustrie, verloren gehen, kümmern wir uns schon heute um gute soziale  
55 Absicherung und neue Jobperspektiven. Wo Preise endlich die ökologische Wahrheit sagen,  
56 sorgen wir mit besseren Löhnen und angemessenen Sozialleistungen dafür, dass die Preise auch  
57 von allen bezahlt werden können. Um eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder zu  
58 ermöglichen, werden wir unsere Art zu leben und zu wirtschaften so verändern, dass wir die  
59 ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren. Ökologische Politik bedeutet für uns  
60 Gemeinwohlorientierung, Teilhabe und Verantwortung für kommende Generationen zu fördern. All  
61 das ist es, was wir mit der sozial-ökologischen Transformation angehen wollen.

62 Der Schutz unserer Lebensgrundlagen ist unsere gemeinsame Herausforderung. Wir können das  
63 schaffen. Dort wo das alte Denken nur den eigenen Besitzstand im Blick hat, sehen wir die  
64 Chancen der ökologischen Modernisierung. Chancen auf sauberes Wasser und Luft, auf gesundes  
65 Essen, auf unzerstörte Naturlandschaften, auf neue Jobs und Innovationen, auf ein gutes und  
66 friedliches Leben auf unserem blauen Planeten.

## **UK-UN-01** Wir erhalten unsere Natur

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir erhalten unsere Natur**

1 Der Mensch ist auf sauberes Wasser, gesunde Böden und gute Luft angewiesen. Nur dann können  
2 alle frei, unbesorgt und gesund leben, können gestalten und genießen. Natur und Umwelt zu  
3 schützen heißt, die Grundlagen unseres Lebens zu schützen. Doch wir Menschen setzen dies mit  
4 unserer Art, zu wirtschaften und zu konsumieren, mehr und mehr aufs Spiel. Der  
5 zukunftsvergessene Umgang mit der uns gegebenen Natur und ihren Schätzen fällt am Ende auf  
6 uns selbst zurück. Das Quecksilber, das die Kohlekraftwerke in die Luft pusten, der  
7 Plastikmüll, den wir in Flüssen und Meeren „entsorgen“, die Pestizide, mit denen wir unsere  
8 Böden und Gewässer belasten – all das löst sich nicht einfach auf. Es gelangt in unser  
9 Trinkwasser, in unsere Atemluft und in unser Essen. Es ist allerhöchste Zeit, das zu  
10 beenden. In einigen Bereichen haben wir heute schon längst die Belastungsgrenze unseres  
11 Planeten überschritten. Darum stellen wir Grünen die Umwelt und den Erhalt unserer  
12 Lebensgrundlage in das Zentrum unserer Politik.

13 Wer die Umwelt schützt, kämpft für eine lebenswerte und gerechte Welt für alle. Wir Grünen  
14 wollen unser Naturerbe, die biologische Vielfalt der Erde, bewahren. Wir wollen das  
15 Verramschen unserer Umwelt beenden. Wir wollen saubere Flüsse und Seen, ohne Gülle,  
16 Medikamentenrückstände und Mikroplastik. Wir wollen Felder und Wiesen, auf denen Insekten  
17 und Vögel einen Lebensraum finden. Unser Ziel ist es, eine lebenswerte Welt auch für unsere  
18 Kinder und die kommenden Generationen zu erhalten. Dafür streiten wir mit Leidenschaft.

#### **Kein Leben ohne Wasser**

20 Wasser ist die Wiege allen Lebens und unser Lebensmittel Nummer eins. Wir müssen es daher  
21 vor Verschmutzung schützen. Dabei steht die Vorsorge an erster Stelle. Wir werden deshalb  
22 ambitionierte Schutzstandards für unsere Gewässer festlegen. Die europäischen  
23 Verpflichtungen, überall einen guten ökologischen Zustand der Gewässer zu erreichen, nehmen  
24 wir ernst. Zusätzliche Risiken wollen wir ausschließen. Darum lehnen wir Fracking  
25 nachdrücklich ab. Chemikalien in den Boden zu pressen und damit das Trinkwasser zu  
26 gefährden, nur um so auch noch den letzten Rest Erdgas und Öl zu fördern, ist  
27 unverantwortlich.

28 Diesen vorsorgenden Blick nehmen wir auch beim Hochwasserschutz ein. Wir beugen vor, indem  
29 wir Bächen und Flüssen Raum lassen, sich wieder naturnah zu entwickeln. Wir verlegen Deiche  
30 zurück und weisen Überschwemmungsgebiete aus. Das ist gut für den Hochwasserschutz und für  
31 eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt, die in ausgedehnten Flussauen wichtige  
32 Rückzugsräume findet. Um unser Grundwasser, unsere Flüsse und Seen vor giftigem Nitrat zu  
33 schützen, werden wir die Güllefluten aus der industriellen Landwirtschaft eindämmen. Wir  
34 wollen unser Wasser besser und wirksamer vor gefährlichen Schadstoffen, die auch Menschen  
35 unfruchtbar machen können oder krebserregend sind, schützen. So können wir auch  
36 Milliardenkosten bei der Reinigung des Trinkwassers einsparen.

37 Über die Flüsse gelangen Müll und Schadstoffe auch in die Meere, wo sie großen Schaden  
38 anrichten. Medikamentenrückstände und Schwermetalle reichern sich in der Nahrungskette an.  
39 Nitrat und Phosphat aus der Landwirtschaft befeuern die Algenblüte und schaffen Todeszonen



40 in den Meeren. Acht Millionen Tonnen Plastik landen jedes Jahr in unseren Ozeanen. Wir  
41 akzeptieren nicht, dass die Meere ein Raum ohne Leben werden, in dem es mehr Plastik als  
42 Fische gibt. Deshalb wollen wir auch mit Mikroplastik in Kosmetikprodukten Schluss machen.  
43 Wir fördern umweltverträgliche Kunststoffe, die im Meer rückstandsfrei zerfallen.

44 Das Leben in den Meeren steht auch durch zweifelhafte Fischereipraktiken, wie dem Einsatz  
45 von Grundschleppnetzen, und zu hohen Fischereiquoten massiv unter Druck. Nach wie vor  
46 fischen europäische Trawler die Meere vor Afrikas Küsten leer und gefährden damit nicht nur  
47 das Meeresökosystem, sie nehmen auch den Fischern vor Ort ihre Lebensgrundlage. Darum wollen  
48 wir die Überkapazitäten der europäischen Fangflotte abbauen und alle Fischereiabkommen  
49 ökologisch und sozial verträglich gestalten. Nutzungsfreie Meeresschutzgebiete sollen dafür  
50 sorgen, dass sich das Ökosystem Meer erholen kann.

### 51 **Saubere Luft und gesunder Boden**

52 Jedes Jahr sterben weltweit zehntausende Menschen, weil Stickoxide und Feinstaub die Luft  
53 verpesten und zu Lungen- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen. Auch wenn sich bei uns der  
54 Himmel über den Städten nicht gelb einfärbt wie in vielen Städten Asiens, ist auch bei uns  
55 der Kampf für saubere Luft längst noch nicht gewonnen. Jährliche Messungen zeigen, dass  
56 vielerorts Grenzwerte bei Feinstaub und Stickoxiden überschritten werden. Hauptursache sind  
57 Millionen von Dieselaautos, die infolge der Tricks und Manipulationen der Autoindustrie die  
58 Grenzwerte im Alltagsbetrieb oft um ein Vielfaches überschreiten. Wir wollen, dass die  
59 betroffenen Autos so schnell wie möglich auf Kosten der Hersteller nachgerüstet werden,  
60 damit die Halter nicht die Leidtragenden von Fahrverboten sind, die die Bundesregierung mit  
61 ihrer Untätigkeit zu verantworten hat. Zum Schutz der Menschen wollen wir eine blaue  
62 Plakette einführen. Nur so kann es gelingen, die Luft in unseren Städten sauber zu bekommen.

63 Auch unsere Böden sind weltweit in Gefahr und brauchen dringend Schutz. Immer mehr  
64 landwirtschaftliche und naturnahe Flächen in Deutschland werden zubetoniert. Die  
65 Industrialisierung der Landwirtschaft überlastet unsere Böden mit Gülle und Pestiziden,  
66 entwässert und verdichtet sie. So können sie ihre wichtige Funktion für einen  
67 funktionierenden Naturhaushalt und als Kohlenstoffspeicher nicht erfüllen. Wir Grünen  
68 wollen, dass künftig nicht mehr Flächen in Anspruch genommen werden, als an anderer Stelle  
69 wieder freigelegt werden. So stoppen wir den Flächenfraß. Hektarweise liegen alte  
70 Industrieflächen brach, die man noch nutzen kann. So ermöglichen wir wirtschaftliche  
71 Entwicklung, ohne dabei grüne Wiesen einzuebnen.

### 72 **Wir schützen Pflanzen und Tiere**

73 Das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, die Bedrohung der gesamten biologischen  
74 Vielfalt, hat unabsehbare Konsequenzen für das ökologische Gleichgewicht der Erde. Der  
75 Schutz der biologischen Vielfalt ist bei uns genauso wichtig wie in den tropischen  
76 Regenwäldern oder in der Arktis. Jede dritte Art ist in Deutschland vom Aussterben bedroht.  
77 Zu den Hauptgründen zählt die industrielle Landwirtschaft mit ihren Pestiziden und  
78 Monokulturen. Heute kann man von Flensburg nach Freiburg fahren, ohne immer wieder die  
79 Frontscheibe seines Autos von Insekten reinigen zu müssen. Das ist keine gute Nachricht.  
80 Denn „Pflanzenschutz“ heißt in der industriellen Landwirtschaft heute vor allem  
81 Insektenvernichtung. In den vergangenen Jahren hat die Zahl der fliegenden Insekten um 80  
82 Prozent abgenommen. Damit wird die Nahrungskette schon zu Beginn durchtrennt: Findet die  
83 Schwalbe keine Mücke, sind auch ihre Tage gezählt. So löschen wir die „Festplatte“ unserer  
84 Natur jeden Tag ein Stück mehr und hinterlassen biologische Einöde statt blühender  
85 Landschaften. Auch unsere Ernährung hängt von funktionierenden Ökosystemen ab: Ohne die  
86 Bestäubungsleistung der Bienen sähen unsere Supermarktregale ganz schön leer aus.  
87 Wir Grünen setzen dagegen auf konsequenten Natur- und Artenschutz. Damit erhalten wir nicht  
88 nur die natürliche Vielfalt und Schönheit der Landschaft, eine intakte Natur leistet auch

89 unbezahlbare Dienste, zum Beispiel im Wasser-, Boden- und Luftschutz, und stellt wichtige  
90 Grundstoffe für unzählige Produkte, etwa in der Chemie und Medizin, zur Verfügung.

91 Immer neue Gewerbegebiete, Straßen und Siedlungen planieren die Natur zu und zerstören die  
92 letzten wilden Lebensräume für viele Tiere und Pflanzen. Wir Grünen wollen stattdessen  
93 Wildnis zulassen und schützen Wälder, die sich wieder zu Urwäldern entwickeln. So wie in  
94 Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, wo unsere Landesregierungen zwei neue Nationalparks  
95 erkämpft haben. Natur hat für uns auch dann einen Wert, wenn dieser nicht in Euro und Cent  
96 ausgedrückt werden kann. Die Praxis der Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft soll sich  
97 künftig am Schutz der biologischen Vielfalt ausrichten. Bei Eingriffen in die Natur werden  
98 wir die Ausgleichsregelungen so gestalten, dass stets der größte Nutzen für die Natur und  
99 den Naturschutz finanziert wird.

#### 100 **Ressourcen schonen - Vom Müllberg zum Kreislauf**

101 Stetig steigt die Müllflut. Einige Hersteller gestalten ihre Produkte so, dass sie nicht  
102 reparierbar sind. Damit schaden sie der Umwelt und den Verbraucherinnen und Verbrauchern.  
103 Ökologisch vorteilhafte Pfandsysteme werden von Getränkeindustrie und -handel mit  
104 Unterstützung der Bundesregierung gezielt unterlaufen. Wir Grünen wollen, dass unsere  
105 Ressourcen geschützt werden. Mit einer Ressourcenabgabe für die Produzenten wollen wir eine  
106 echte Kreislaufwirtschaft fördern. Alle, die Ressourcen nutzen, sollen für die Kosten des  
107 Recyclings mitbezahlen. Auch heute noch wird Abfall nicht ausreichend in den Kreislauf  
108 zurückgeführt. Mit einem Wertstoffgesetz, das anspruchsvolle Verwertungsquoten fest schreibt,  
109 machen wir Haus- und Gewerbemüll zu einer Quelle für Neues. Wir wollen eine  
110 Kreislaufwirtschaft, die mit neuen Produkten neue Märkte erschließt und neue Arbeitsplätze  
111 schafft und zugleich unseren Rohstoffverbrauch entscheidend verringert.

#### 112 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

113

---

#### 114 **Für sauberes Wasser ohne Gift und Plastik**

115 Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Damit unsere Gewässer einen guten ökologischen  
116 Zustand erreichen, richten wir das Düngerecht an ihrem Schutz aus. Wir zeigen dem unnötigen  
117 Einsatz von Mikroplastik in Kosmetikprodukten die rote Karte und unterstützen die  
118 Entwicklung umweltverträglicher Kunststoffe. Hersteller von problematischen Medikamenten,  
119 Chemikalien und Pestiziden wollen wir mit in die Verantwortung nehmen, die Schäden zu  
120 beseitigen.

121

---

#### 122 **Aus Abfall Rohstoffe machen**

123 Um innerhalb der ökologischen Grenzen unserer Erde zu wirtschaften, sind weniger Abfall und  
124 mehr Recycling entscheidend. Deshalb sagen wir: Schluss mit der Verschwendung! Wir werden  
125 ein Wertstoffgesetz auf den Weg bringen, das der Wiederverwendung Vorrang einräumt und die  
126 Müllverbrennung zu Dumpingpreisen in Kraft- und Zementwerken beendet. Mit einer  
127 Ressourcenabgabe für die Produzenten werden wir eine Kreislaufwirtschaft fördern, die alle  
128 Wertstoffe in den Blick nimmt und die Ressourcen schont.

129

---

#### 130 **Artenvielfalt schützen**

131 Das große Artensterben ist neben der Klimakrise die zweite existentielle Bedrohung für  
132 unsere globalen Ökosysteme und damit auch für uns Menschen. Wir wollen unsere Natur und  
133 unseren Artenreichtum schützen. Dazu werden wir den Naturschutz übergreifend in allen

134 Politikbereichen verankern. Den Biotopverbund wollen wir bundesweit ausbauen und  
135 Wildnisgebiete aus der Nutzung nehmen. Einer der größten Artenkiller ist die  
136 industrialisierte Landwirtschaft, besonders der flächendeckende massive Einsatz von Gülle  
137 und Pestiziden. Wir werden deshalb Sofortmaßnahmen ergreifen, um ihn möglichst schnell  
138 einzudämmen.

139

---

## **UK-GL-01** Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei**

1 Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, die ohne Gift, Gentechnik und Tierquälerei gesundes  
2 Essen für alle erzeugt. Eine Landwirtschaft, die die Leistungen unserer Landwirtinnen und  
3 Landwirte würdigt und ihnen ein gutes Auskommen verschafft. Die unsere Versorgung mit  
4 gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln sichert. Die unserem Klima nützt, statt ihm zu  
5 schaden. Die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie. Eine Landwirtschaft, die die Würde  
6 unserer Mitgeschöpfe achtet und nicht Tiere durch Amputationen an die Industriehaltung  
7 anpasst. Und die für faire Entwicklungschancen sorgt, damit afrikanische Kleinbäuerinnen und  
8 Kleinbauer nicht mit hochsubventionierten europäischen Agrarfabriken konkurrieren müssen.

9 Viele Bäuerinnen und Bauern haben sich mit uns bereits auf den Weg gemacht zu einer  
10 nachhaltigen Landwirtschaft. Doch leider sieht es auch oft noch anders aus: Industrielle  
11 Massentierhaltung im Stall, Glyphosat und Bienengift in ausgedehnten Agrarwüsten ohne Baum  
12 und Strauch – das alles ist nicht nachhaltig. Diese Art der Landwirtschaft vernichtet ihre  
13 eigenen Grundlagen durch Monokulturen von Mais und Raps auf den Äckern und eine Beschränkung  
14 auf wenige Hochleistungs-Tierrassen. Das ist weder gut für die Verbraucher\*innen noch für  
15 die Bäuer\*innen, die in großer Zahl ihre Höfe aufgeben müssen. Damit gehen zum Teil  
16 jahrhundertealte Traditionen verloren. Übrig bleiben industrielle Agrarfabriken. Eine solche  
17 Landwirtschaft richtet unsere wertvollen Naturräume zu Grunde. Immer tödlichere Gifte auf  
18 den Feldern sorgen dafür, dass Vögel inzwischen in jeder Großstadt mehr Nahrung finden als  
19 auf dem Land. Deshalb stellt auch das Umweltbundesamt fest: Die industrielle Landwirtschaft  
20 ist eine Sackgasse. Außer der Agroindustrie kennt sie nur Verlierer. Damit ist eine  
21 bestimmte, industrielle Form der Landbewirtschaftung zum größten Naturkiller unserer Zeit  
22 geworden.

23 Dabei leisten unsere Landwirtinnen und Landwirte viel. Sie arbeiten hart und versorgen uns  
24 zuverlässig mit Lebensmitteln. Doch anders als es uns die Agrarindustrie glauben machen  
25 will, gelingt das trotz und nicht wegen der vermeintlichen Innovationen aus Genlabor,  
26 Giftschrank und Zuchtanstalten. All das spricht dafür, die Agrarwende so schnell wie möglich  
27 durchzusetzen – immer mehr Landwirt\*innen und Verbraucher\*innen sind dabei auf unserer  
28 Seite. In den Ländern zeigen wir, dass es zusammen geht. So unterstützt Niedersachsen auf  
29 Initiative der Grünen die Bäuerinnen und Bauern finanziell, die ihren Schweinen nicht die  
30 Ringelschwänze abschneiden. Und damit Milch-Bäuerinnen und Milch-Bauern wirtschaftlich  
31 überleben können, kämpfen unsere Landwirtschaftsministerinnen und -minister in den Ländern  
32 für einen fairen Milchpreis.

33 Der ökologische Landbau bleibt unser Leit- und Vorbild. Wir Grünen fördern den Ökolandbau  
34 mit einer Milliarde Euro in den nächsten sieben Jahren. Aber auch für die konventionelle  
35 Landwirtschaft gilt: Die landwirtschaftliche Produktion muss auf der gesamten Fläche  
36 umweltverträglicher werden. Wir wollen bäuerlich wirtschaftende Betriebe schützen, die im  
37 Einklang mit der Natur produzieren und unsere gewachsenen Kulturlandschaften- von den Knicks  
38 in Schleswig-Holstein bis zur Almbewirtschaftung in Bayern- bewahren.

39 **Raus aus der industriellen Massentierhaltung**

40 Wir Grünen wollen die Art und Weise, wie wir unser Essen produzieren, verändern. Bei unserem  
41 Einsatz für eine zukunftsfähige Landwirtschaft wissen wir uns unterstützt von vielen  
42 Verbraucherinnen und Verbrauchern, die möglichst gut und gesund essen wollen. Sie verstehen  
43 nicht, warum der Exportweltmeister Deutschland ausgerechnet bei der Versorgung mit  
44 Biolebensmitteln auf Importe angewiesen ist. Und warum regionale Produkte in Supermärkten  
45 Mangelware sind. Am schlimmsten ist die Entwicklung bei der industriellen Massentierhaltung  
46 aus dem Ruder gelaufen. Zusammen mit der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wollen wir es  
47 nicht akzeptieren, dass gequälte Geschöpfe zusammengepfercht vor sich hin vegetieren und  
48 Schmerzen leiden müssen, ohne je die Sonne zu sehen. Wir wollen, dass die Tiere ein besseres  
49 Leben haben: mehr Platz in den Ställen, Zugang zu frischer Luft und Tageslicht, kein  
50 Kükenschreddern, keine Amputationen und Qualzuchten, tiergerechte Fütterung und deutlich  
51 weniger Antibiotika. Wir wollen die industrielle Massentierhaltung in den nächsten 20 Jahren  
52 beenden. Das fördern wir mit einem Pakt für faire Tierhaltung, damit sich tier- und  
53 umweltgerechte Haltung auch wirtschaftlich rechnet. Die Gutachten - selbst die der  
54 Bundesregierung - zeigen: Man kann schon mit wenigen Cents beim Fleischpreis dafür sorgen,  
55 dass Tiere weniger leiden müssen und Verbraucherinnen und Verbraucher besseres Fleisch auf  
56 den Tisch bekommen.

### 57 **Für eine Landwirtschaft ohne Gift**

58 Der flächendeckende massive Einsatz von Pestiziden hat verheerende Folgen für den  
59 Artenreichtum und den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit. Doch statt die zahlreichen Warnungen  
60 aus Forschung und Wissenschaft ernst zu nehmen, verschließt die Große Koalition beide Augen  
61 und kämpft kräftig für die chemische Keule auf den Äckern. Wir Grünen wollen eine  
62 Lebensmittelproduktion, an der die Bäuerinnen und Bauern verdienen und nicht die chemische  
63 Industrie. Darum beenden wir den Einsatz von besonders schädlichen und  
64 gesundheitsgefährdenden Stoffen wie Glyphosat und Neonicotinoiden. Wir legen ein Programm  
65 auf, das den Pestizideinsatz eindämmt und eine Pestizidabgabe enthält. Wir stärken die  
66 Forschung für den nicht chemischen Pflanzenschutz, zum Beispieldurch robuste Sorten,  
67 vielseitige Fruchtfolgen und die Förderung von Nützlingen. Die Zulassung neuer chemischer  
68 Wirkstoffe in der EU wollen wir einschränken und aus dem Einflussbereich der Hersteller  
69 herausholen. Nur was wirklich unbedenklich ist, darf auf den Markt gelangen.

70 Ein solcher Nachweis wird für gentechnisch veränderte Organismen jedoch bis heute nicht  
71 erbracht. Gen-Food braucht kein Mensch. Wir halten an unserem Standpunkt fest: Pflanzen aus  
72 den Laboren der Agroindustrie haben auf unseren Äckern in Deutschland und Europa nichts  
73 verloren. Dabei ist es egal, ob sie mit Verfahren der „alten“ oder der „neuen“ Gentechnik  
74 geschaffen wurden. Wir werden ein Gentechnikgesetz auflegen, das unsere Äcker und unsere  
75 Teller garantiert gentechnikfrei macht. Und wir setzen uns dafür ein, dass die  
76 Verbraucherinnen und Verbraucher dank einer umfassenden Kennzeichnung auch erkennen können,  
77 wenn ihr Fleisch, ihre Milch oder ihre Eier mit Hilfe von Gen-Futtermittel produziert  
78 wurden.

### 79 **Klare Kennzeichnung**

80 Unsere wichtigsten Verbündeten auf dem Weg zu einer nachhaltigen Landwirtschaft sind die  
81 Verbraucherinnen und Verbraucher. Doch die Lebensmittelindustrie macht es ihnen schwer, eine  
82 bewusste Kaufentscheidung zu treffen. Wir Grünen wollen, dass die Lebensmittelverpackung  
83 sagt, was in ihr steckt. Darum werden wir eine eindeutige Kennzeichnung von Fleisch  
84 einführen, die deutlich macht, wie die Tiere gehalten wurden - so wie bei der Kennzeichnung  
85 von Eiern. Und wir führen die Kennzeichnung auch für verarbeitete Produkte ein. Dann können  
86 Konsument\*innen beim Einkaufen Tierquäl\*innen die rote Karte zeigen. (à Kapitel: Wir  
87 machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark)

### 88 **Mehr Geld für grüne Landwirtschaft**

89 Wir Grünen wissen: eine tier- und umweltfreundliche Landwirtschaft ist nicht umsonst zu  
90 haben. Der Umbau kostet Geld. Wir wollen mit den Bäuerinnen und Bauern zusammenarbeiten, die  
91 sich mit uns auf den Weg machen. Wir wollen, dass sie wieder von ihrer Arbeit leben können.  
92 Die notwendigen Gelder mobilisieren wir durch eine Umschichtung der europäischen  
93 Agrarmittel. Bislang wird nur der Besitz von Flächen belohnt, unabhängig davon, wie sie  
94 bewirtschaftet werden. Allein in Deutschland werden jedes Jahr mehr als sechs Milliarden  
95 Euro aus diesem Topf verteilt. Doch 20 Prozent der Betriebe erhalten 80 Prozent der Mittel.  
96 Verantwortlich hierfür ist die verantwortungslose Agrarpolitik der Großen Koalition, die  
97 nicht für das Gemeinwohl arbeitet, sondern der Agrarindustrie-Lobby hörig ist.

98 Wir wollen für die Agrarförderung das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“  
99 durchsetzen. Unser Ziel ist eine europäische Agrarpolitik, die bei Lebensmitteln Klasse  
100 statt Masse fördert. Die dafür sorgt, dass es den Tieren in den Ställen besser geht. Die die  
101 Artenvielfalt erhält und Klima, Wasser und Boden schützt. Wir wollen bäuerliche, ökologische  
102 Wirtschaftsweisen unterstützen - und nicht die industrielle Landwirtschaft. Die europäische  
103 Agrarpolitik darf nicht mehr zu Lasten anderer gehen. Wir wollen das Recht auf Nahrung und  
104 Ernährungssouveränität weltweit sichern.

### 105 **Tierschutz stärken**

106 Auch außerhalb der Landwirtschaft wollen wir den Tierschutz stärken. Tiere empfinden  
107 Schmerzen, Leid und Angst. Deshalb kämpfen wir Grünen dafür, Tiere um ihrer selbst willen  
108 und aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Lebewesen zu schützen. Das  
109 Staatsziel Tierschutz, das wir nach langem Kampf erreicht haben, muss endlich mit Leben  
110 gefüllt werden. Deshalb wollen wir das Tierschutzgesetz gründlich überarbeiten. Für mehr  
111 Tierschutz gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens, den die Bundesregierung dreist  
112 ignoriert.

113 Eine Mehrheit der Menschen in unserem Land will wie wir keine Pelzfarmen dulden und das Leid  
114 von Wildtieren im Zirkus und von Delfinen in Gefangenschaft beenden. Wir Grünen wollen so  
115 schnell wie möglich aus den quälenden Tierversuchen aussteigen. Dafür wollen wir  
116 Alternativmethoden und tierfreie Testverfahren stärken. Die wichtige Arbeit der Tierheime  
117 soll endlich entsprechend finanziert werden. Aus Tier- und Artenschutzgründen wollen wir den  
118 Handel mit exotischen Tieren besser regulieren. Illegaler Tierhandel muss wirksamer  
119 unterbunden werden. Um den Tierschutz effektiver durchsetzen zu können, werden wir ein  
120 bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen schaffen.

### 121 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

122

---

### 123 **Kein Gift in der Landwirtschaft**

124 Wir wollen eine giftfreie Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel auf unseren Tellern. Eine  
125 Landwirtschaft, die ohne Glyphosat und Bienengift arbeitet. Denn Glyphosat ist der größte  
126 Killer der Artenvielfalt im ländlichen Raum. Neonicotinoide verursachen massenhaftes  
127 Bienensterben. Darum werden wir sie verbieten. Für alle anderen Stoffe ändern wir das  
128 Zulassungsverfahren so, dass wirklich nur für Mensch und Natur unbedenkliche Stoffe  
129 eingesetzt werden.

130

---

### 131 **Ausstieg aus der Massentierhaltung**

132 Tiere brauchen mehr Platz für Auslauf, Rückzug und zum Ausleben art eigener Verhaltensweisen.  
133 Wir beenden die Qualzucht auf Kosten der Tiergesundheit und den Missbrauch von Antibiotika.  
134 Lebendtransporte begrenzen wir auf ein Minimum. Gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern

135 wollen wir den Strukturwandel zu einer Landwirtschaft schaffen, die besser mit Tieren  
136 umgeht. Wir wollen sämtliche - auch verarbeitete - Tierprodukte verlässlich kennzeichnen,  
137 damit Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkauf bewusst entscheiden können.

138

---

139 **Alternativen zu Tierversuchen fördern**

140 Jedes Jahr werden Millionen Tiere in Tierversuchen regelrecht verbraucht. Dabei sind Mensch  
141 und Tier so verschieden, dass auf diesem Wege gewonnene Erkenntnisse nur bedingt auf den  
142 Menschen übertragbar sind. Nützliche Substanzen kommen nicht zur Anwendung wenn sie im  
143 Tierversuch versagt haben. Tierversuche sind daher ein ethisches Problem, und auch ein  
144 wissenschaftliches. Wir wollen das Tierschutzrecht stärken und zügig Alternativen zu  
145 Tierversuchen, wie zum Beispiel Organchips, bei denen der menschliche Organismus im  
146 Kleinstmaßstab simuliert wird, voranbringen.

147

---

## **UK-GL-02** Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

Antragsteller\*in: Bodenseekreis KV

Beschlussdatum: 26.04.2017

### **Wir haben viel erreicht. Und wollen noch mehr gute Lebensmittel**

1 Wir haben viel erreicht. Und wollen noch mehr gute Lebensmittel

#### **2 Unser Ziel: Gutes Essen aus einer intakten Landschaft, zu fairen Bedingungen**

3 Unser Ziel ist eine Landwirtschaft die ohne Gentechnik, mit deutlich weniger Chemie und  
4 einer artgerechten Tierhaltung gesundes Essen für alle erzeugt. Eine Landwirtschaft, die die  
5 Leistungen unserer Landwirtinnen und Landwirte würdigt und ihnen ein gutes Auskommen  
6 verschafft. Die unsere Versorgung mit gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln sichert. Die  
7 unserem Klima nützt, statt ihm zu schaden. Die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie.  
8 Eine Landwirtschaft, die die Würde unserer Mitgeschöpfe achtet und nicht Tiere durch  
9 Amputationen an die Industriehaltung anpasst. Und die für faire Entwicklungschancen sorgt,  
10 damit afrikanische Kleinbäuerinnen und Kleinbauer nicht mit hochsubventionierten  
11 europäischen Agrarfabriken konkurrieren müssen.

#### **12 Unser Weg: Mit der bäuerlichen Landwirtschaft Kulturlandschaft und Umwelt erhalten**

13 Was wir als Natur kennen und schätzen, ist längst Kulturlandschaft, geprägt durch  
14 Jahrhunderte alte bäuerliche Traditionen. Heute müssen wir feststellen: Immer weniger  
15 Menschen wollen die Höfe übernehmen, selbst gut ausgebildete Kinder von Landwirten weichen  
16 der Hofübernahme aus. Aber ohne die Arbeit von Bäuerinnen und Bauern gibt es weder gute  
17 Lebensmittel noch eine lebens- und liebenswerte Kulturlandschaft.

18 Wir wissen, dass wir die vor uns liegenden Herausforderungen nur mit den Bauern lösen  
19 können, - oder gar nicht. Gemeinsam mit Ihnen muss es uns gelingen, höhere Preise für  
20 bessere Qualität beim Verbraucher durchzusetzen. Und wir müssen die Rahmenbedingungen so  
21 verändern, dass die hohen Qualitätsanforderungen, die wir an die Landwirte im Lande stellen,  
22 nicht durch niedrigere Qualitätsanforderungen von Importen unterlaufen werden.

#### **23 Unsere Zwischenbilanz: Öko ist die neue Orientierung**

24 **Du bist, was Du isst.** Landwirtschaft und Lebensmittel spielen im Alltag der Deutschen heute  
25 eine immer wichtigere Rolle. Wir können feststellen: Geiz ist bei Lebensmitteln nicht mehr  
26 geil. Immer mehr Menschen entdecken, wie wichtig gesunde und nachhaltig hergestellte  
27 Lebensmittel für ihr alltägliches Wohlbefinden sind. Und für viele Menschen bedeuten  
28 regional hergestellte Lebensmittel inzwischen Heimat.

29 **Unser Dank gehört vor allem den Ökobäuer\*innen**, die als Pioniere für bessere Lebensmittel  
30 erst verlacht, dann verleugnet wurden. Knapp 9 % aller Betriebe mit einem Flächenanteil von  
31 6,4% in Deutschland (Stand 2015) sind inzwischen Öko-Betriebe. Sie produzieren nachhaltig  
32 gute Lebensmittel. Sie erhalten eine vielfältige Kulturlandschaft. Sie halten die  
33 Umweltbelastungen gering. Und sie haben auch ökonomisch gezeigt, dass sich Ökolandbau lohnen  
34 kann.

35 **Der Trend zur Qualität hat vor dem Lebensmitteleinzelhandel nicht Halt gemacht. Neben einem**  
36 **etablierten Biohandel haben** starke Bio-Supermärkte und Bio-Sortimente im herkömmlichen  
37 Lebensmitteleinzelhandel den Ball aufgenommen und bieten ein wachsendes Angebot ökologisch



38 und nachhaltig erzeugter Lebensmittel, - das von den Verbraucher\*innen auch rege nachgefragt  
39 wird.

40 **Zurecht haben die Bürger\*innen Bündnis 90/DIE GRÜNEN ihr Vertrauen geschenkt.** Mit der  
41 Berufung der ersten Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
42 2001 haben die Grünen die Landwirtschaftspolitik neu ausgerichtet. In sieben Bundesländern,  
43 darunter den "Intensivhaltungsländern" Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-  
44 Holstein, tragen grüne Minister\*innen inzwischen die Verantwortung für die  
45 Landwirtschaftspolitik. Mit regionalen Förderprogrammen haben sie die nachhaltige,  
46 bäuerliche Landwirtschaft gefördert. Der Mut zur unideologischen, wenn notwendig, harten  
47 Debatte hat den grünen Landwirtschaftsminister\*innen inzwischen große Anerkennung gebracht.

48 **Die Legehennen zeigen, wo es langgeht.** Wir haben nicht nur in Öko gedacht. Mit der  
49 Legehennenverordnung haben wir 2002 die Weichen neu stellen. Fast 85% wurden damals in  
50 Käfigen gehalten, der Anteil ist 2016 auf 10,1% gesunken. Dank einer klaren Kennzeichnung, 3  
51 für gesetzliche Vorgaben, 2 für Bodenhaltung, 1 für Freilandhaltung und 0 für Ökoanbau, weiß  
52 der Verbraucher, was er kauft. Das zahlt sich aus. 2016 entscheiden sich rund 63% für Eier  
53 aus Bodenhaltung, 17 % für Freilandhaltung und 10 Prozent für Öko-Eier.

54 **Für eine bundes- und europaweite Agrarwende: Eine\*n grüne\*n Landwirtschaftsminister\*in.** Denn  
55 wichtige Fragen sind weiter ungelöst. Der Nitratgehalt im Grundwasser steigt weiter, die  
56 weltweite Verwendung von Glyphosat und anderen chemischen Wirkstoffen führt zu neuen  
57 Resistenzen, weiteren Artensterben. Massentierhaltung und weitere Intensivierung prägen noch  
58 immer das landwirtschaftspolitische Denken. In Brüssel werden mit den Verhandlungen über  
59 eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) 2020 der europäischen Union wichtige Entscheidungen  
60 getroffen. Und viele Hungersnöte in Afrika haben mit den Agrar-Exporten aus der Europäischen  
61 Union zu tun.

62 Das wollen wir mit unserer Landwirtschaftspolitik in der nächsten Legislaturperiode  
63 erreichen:

#### 64 **Den Pakt für faire Tierhaltung umsetzen**

65 Mit dem Pakt für faire Tierhaltung hat die grüne Bundestagsfraktion ein Konzept für eine  
66 bessere Tierhaltung vorgelegt. Wir wollen damit erreichen, dass es den Tieren nachhaltig  
67 besser geht, die Umwelt geschont wird, dass sich tiergerechte Haltung für Bäuerinnen und  
68 Bauern lohnt und dass Tierschutz für alle beim Einkaufen gut erkennbar und bezahlbar ist.

69 Eine klare, vierstufige Kennzeichnung für Fleisch und verarbeitete Produkte aus der  
70 Tierhaltung nach dem Prinzip der Eierkennzeichnung gibt dem Verbraucher die Chance, sich für  
71 Qualität zu entscheiden, - und schafft für Landwirte berechenbare Märkte.

72 Ergänzend dazu definieren wir gesetzliche Haltungsbedingungen, die den Bedürfnissen der  
73 Tiere angemessen sind. Wir fördern die Züchtung gesunder und robuster Nutztierassen und  
74 fördern Investitionen in Ställe und Tierhaltung, um bessere Haltungsstandards zu erreichen.

75 Damit entfachen wir einen Qualitätswettbewerb, der sich für Bäuerinnen und Bauern und  
76 Verbraucher auszahlt.

#### 77 **Naturverträgliche Landwirtschaft zum "Best Practice"-Modell machen**

78 Wir wissen: Die Veränderung von Verbraucherverhalten und eine Umstellung der bäuerlichen  
79 Produktionsweise ist ein Prozess, der sich über viele Jahre hinziehen wird und die  
80 Anstrengungen von Landwirten, Verbrauchern und Politik bedarf.

81 In den vergangenen 12 Jahren haben die grünen Landwirtschaftsminister bessere Bedingungen in  
82 ihren Bundesländern schaffen können. Jetzt ist es an der Zeit, diese Entwicklung auf

83 Bundesebene, und über eine grüne Verantwortung in der Landwirtschaftspolitik auf  
84 Bundesebene, auch europäisch umzusetzen.

#### 85 **Die europäische Agrarpolitik umbauen!**

86 Heute erhalten rund 20% der Agrarbetriebe, zumeist industrielle Großbetriebe, 80% der 6 Mrd.  
87 € EU-Agrarsubventionen, die in Deutschland ausgeschüttet werden. Unsere Ziele sind klar: Wir  
88 wollen eine europäische Agrarpolitik, die die Leistung der Landwirt\*innen für gute  
89 Lebensmittel und für eine vielfältige und ökologisch vielfältige Kulturlandschaft honoriert.  
90 Wir wollen politischen Rahmenbedingungen für eine Landwirtschaft, die die unterschiedliche  
91 Beschaffenheit der Anbauflächen berücksichtigt, den Erhalt der ländlichen Räume ebenso  
92 ermöglicht wie eine ökonomisch und ökologisch ertragreiche bäuerliche Landwirtschaft. In der  
93 kommenden Legislaturperiode werden die Spielregeln für EU-Agrarpolitik neu ausgehandelt.  
94 Deswegen wollen wir in Regierungsverantwortung erreichen, dass in Europa künftig Qualität  
95 statt Quantität gefördert wird.

96 Wir orientieren uns dabei an dem Papier "Für eine gesellschaftlich unterstützte  
97 Landwirtschaftspolitik", die die Verbände aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft,  
98 Entwicklungspolitik, Verbraucherschutz und Tierschutz vorgelegt haben.

#### 99 **Alternativen zum Pestizideinsatz entwickeln, den Einsatz von Pestiziden reduzieren und** 100 **Genfood verhindern**

101 Unser Ziel für die kommende Legislaturperiode:

102 Wir legen ein Programm auf, das den Pestizideinsatz eindämmt. Wir stärken die Forschung für  
103 den nicht chemischen Pflanzenschutz, zum Beispiel durch robuste Sorten, vielseitige  
104 Fruchtfolgen und die Förderung von Nützlingen.

105 Gen-Food braucht kein Mensch, Biopatentierung lehnen wir ab. Wir halten an unserem  
106 Standpunkt fest: Pflanzen aus den Laboren der Agrarindustrie haben auf unseren Äckern in  
107 Deutschland und Europa nichts verloren. Dabei ist es egal, ob sie mit Verfahren der „alten“  
108 oder der „neuen“ Gentechnik geschaffen wurden. Wir werden ein Gentechnikgesetz auflegen, das  
109 unsere Äcker und unsere Teller garantiert gentechnikfrei macht. Und wir setzen uns dafür  
110 ein, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher dank einer umfassenden Kennzeichnung auch  
111 erkennen können, wenn ihr Fleisch, ihre Milch oder ihre Eier mit Hilfe von Gen-Futtermittel  
112 produziert wurden.

#### 113 **Durch bessere und stufenförmige Kennzeichnungen unterschiedliche Qualitäten für** 114 **Verbraucher\*innen sichtbar machen**

115 Politik kann Rahmenbedingungen setzen und Anreize geben. Entscheiden müssen die Verbraucher.  
116 Wir Grünen wollen, dass die Verbraucher\*innen mit dem Einkaufswagen tagtäglich entscheiden  
117 können. Dazu wollen wir unterschiedliche Qualitäten von Lebensmitteln sichtbar machen. Darum  
118 werden wir als nächstes eine eindeutige Kennzeichnung von Fleisch einführen, die deutlich  
119 macht, wie die Tiere gehalten wurden - vier eindeutig wahrnehmbare Qualitätsstufen, so wie  
120 bei der Kennzeichnung von Eiern: 3 für gesetzliche Standards, 2 für verbesserte  
121 Stallhaltung, 1 für Freilaufställe und 0 für Fleisch aus ökologisch geführten Betrieben. Und  
122 wir führen die Kennzeichnung auch für verarbeitete Produkte ein.

#### 123 **Alternativen zu Tierversuchen fördern**

124 Das Staatsziel Tierschutz, das wir nach langem Kampf erreicht haben, muss endlich mit Leben  
125 gefüllt werden. Deshalb wollen wir das Tierschutzgesetz gründlich überarbeiten. Für mehr  
126 Tierschutz gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens, den die Bundesregierung bisher  
127 ignoriert.

128 Mit einem breiten Forschungsprogramm zu Tierversuchen wollen wir die Grundlagen dafür legen,  
129 dass künftig darauf verzichtet werden kann.

130 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

131 **Den Pakt für faire Tierhaltung umsetzen**

132 Wir setzen klare Kennzeichnung von Fleisch und verarbeiteten tierischen Produkten (Ei, Wurst  
133 etc.) durch. Wir wollen unseren "Pakt für faire Tierhaltung" in dieser Legislaturperiode  
134 umsetzen. Tiere brauchen mehr Platz für Auslauf, Rückzug und zum Ausleben art eigener  
135 Verhaltensweisen. Das Tierwohl muss künftig wieder in den Mittelpunkt und wir beenden den  
136 Missbrauch von Antibiotika. Lebendtransporte begrenzen wir auf ein Minimum. Gemeinsam mit  
137 den Bäuerinnen und Bauern wollen wir den Strukturwandel zu einer Landwirtschaft schaffen,  
138 die besser mit Tieren umgehen kann.

139 **Die Rahmenbedingungen für eine naturverträgliche Landwirtschaft in der EU verbessern**

140 Wir wollen die Rahmenbedingungen für bessere Lebensmittel in einer besseren Umwelt  
141 europaweit verbessern. Dafür werden wir uns bei den Verhandlungen über die Spielregeln für  
142 EU-Agrarpolitik einsetzen.

143 Wir werden ein bundesweites Sikkationsverbot für Glyphosat durchsetzen [1] und wollen das  
144 auch für ganz Europa erreichen. Wir werden naturverträgliche landwirtschaftliche  
145 Produktionsmethoden fördern. Wir werden klare Rahmenbedingungen schaffen, die  
146 Planungssicherheit für Landwirtschaft und Handel geben. Unseren Pakt für Tierhaltung werden  
147 wir zum Modell für Europa machen.

148 **Alternativen zu Tierversuchen fördern**

149 Jedes Jahr werden Millionen Tiere in Tierversuchen regelrecht verbraucht. Dabei sind Mensch  
150 und Tier so verschieden, dass auf diesem Wege gewonnene Erkenntnisse nur bedingt auf den  
151 Menschen übertragbar sind. Nützliche Substanzen kommen nicht zur Anwendung, wenn sie im  
152 Tierversuch versagt haben. Tierversuche sind daher ein ethisches Problem, und auch ein  
153 wissenschaftliches. Wir wollen das Tierschutzrecht stärken und zügig Alternativen zu  
154 Tierversuchen, wie zum Beispiel Organchips, bei denen der menschliche Organismus im  
155 Kleinstmaßstab simuliert wird, voranbringen.

## Begründung

Die Grünen haben in der Landwirtschaftspolitik bereits viel erreicht. Das sollten wir in unserem Antrag sichtbar machen. Eine bessere, weil nachhaltige Landwirtschaftspolitik bedarf der Einbeziehung der Verbraucher als Nachfrager hochwertiger Lebensmittel. Und der bäuerlichen Landwirtschaft, die diese Lebensmittel, ob konventionell oder ökologisch anbauen. Die Sprache und die Haltung des Antrags sollte zeigen, dass sich unsere Politik an die gesamte bäuerliche Landwirtschaft richtet und ihnen ein Angebot machen will. Das leistet der ursprüngliche Textentwurf nicht.

## **UK-KS-01** Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir machen Deutschland zum Vorreiter beim Klimaschutz**

1 Die vom Menschen verursachte Klimakrise wird zur Klimakatastrophe, wenn wir den Ausstoß von  
2 Treibhausgasen nicht drastisch reduzieren. Schon heute nehmen weltweit extreme  
3 Wetterereignisse wie Stürme, Hitze und Dürren stark zu. Der Meeresspiegel steigt an,  
4 Gletscher schmelzen ab und an vielen Orten werden Wassermangel und Trockenheit immer  
5 dramatischer. Das Meereis in der Arktis und Antarktis schwindet rasant, die Permafrostböden  
6 von Kanada bis Sibirien tauen immer schneller auf. Wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen,  
7 könnten bis 2050 nach Zahlen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen bis zu 250  
8 Millionen Menschen gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Auch hierzulande spüren wir  
9 schon Veränderungen wie häufigen Hagel, Starkregen, Stürme und eine sich verändernde Tier-  
10 und Pflanzenwelt. Das Umweltbundesamt warnt vor extremer Trockenheit und Hitze, vor  
11 Überflutungen an Flüssen und der Küsten.

12 Zum Glück haben fast alle Staaten der Erde die Notwendigkeit des Klimaschutzes erkannt. Das  
13 Klimaabkommen von Paris 2015 war ein großes Hoffnungszeichen. Die Welt will umsteuern und  
14 die Erderhitzung auf deutlich unter zwei Grad, möglichst 1,5 Grad, begrenzen. Das schnelle  
15 Inkrafttreten der Vereinbarung macht Mut. Jetzt muss es umgesetzt werden, dennoch kann die  
16 Weltgemeinschaft umsteuern. Während Trump das Klimaabkommen in Frage stellt, wollen wir  
17 Deutschland und Europa wieder zum globalen Vorreiter in Sachen Klimaschutz machen.

18 Leider riskieren CDU/CSU und SPD beim Klimaschutz weiterhin die Zukunft unserer Kinder und  
19 die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft. Angela Merkel und Martin Schulz halten an der  
20 klimaschädlichen Kohle von gestern fest. Landwirtschaft und Verkehr stoßen immer mehr  
21 Treibhausgase aus, die energetische Sanierung von Gebäuden kommt nicht voran. Wir wollen in  
22 die klimaneutrale Zukunft gehen und unsere Wirtschaft ökologisch modernisieren. Dafür werden  
23 wir aus der Kohle aussteigen, die Erneuerbaren Energien weiter ausbauen, zusätzliche Mittel  
24 für die energetische Gebäudesanierung bereitstellen, Energieeffizienz und Elektromobilität  
25 fördern und die Landwirtschaft umwelt- und klimaverträglich machen. So sichern wir durch  
26 zukunftsfähiges Wirtschaften Arbeitsplätze und gesellschaftlichen Wohlstand.

#### **27 Klimaabkommen von Paris jetzt umsetzen**

28 Wir Grünen wollen das Abkommen von Paris mit Leben füllen. Das zentrale Instrument dazu ist  
29 ein bundesweites Klimaschutzgesetz, so wie wir Grünen es auf Landesebene zuerst in NRW und  
30 dann in zahlreichen weiteren Bundesländern bereits eingeführt haben. Damit beschreiben wir  
31 den Klimaschutzpfad bis 2050 und setzen verbindliche und planbare Ziele. Neben Industrie und  
32 Energiewirtschaft müssen auch der Verkehr, die Landwirtschaft und der Gebäudesektor ihren  
33 Beitrag leisten. Sie sind es, die gegen den Trend steigende Emissionen zu verzeichnen haben.  
34 Werden die Ziele nicht erreicht, muss die Politik nachsteuern. Nur so gelingt es, auf dem  
35 Modernisierungspfad zu bleiben.

36 Dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Unternehmen wollen wir endlich einen Preis geben, der die ökologische  
37 Wahrheit sagt. Derzeit kommt viel zu gut weg, wer die Atmosphäre aufheizt, denn CO<sub>2</sub>-  
38 Zertifikate sind viel zu billig. Der EU-Emissionshandel muss reformiert werden, damit der  
39 Ausstoß von Klimagasen wieder echtes Geld kostet. Hierfür müssen überschüssige CO<sub>2</sub>-  
40 Zertifikate dauerhaft gelöscht und die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten beendet werden.

41 Durch einen gesetzlichen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis sorgen wir dafür, dass Klimaschutzinvestitionen  
42 sich betriebswirtschaftlich lohnen und planbar werden. Und aus diesen Einnahmen finanzieren  
43 wir weitere Klimaschutzmaßnahmen, zum Beispiel die Umstellung auf kohlenstoffarme  
44 Industrieprozesse und stellen zusätzliche Mittel für die sozialverträgliche, energetische  
45 Gebäudemodernisierung bereit. Neben den nationalen Klimazielen müssen auch die europäischen  
46 Ziele an die Vereinbarungen von Paris zur Rettung des Klimas angepasst werden. Für alle 27  
47 Staaten der EU muss bis 2050 eine CO<sub>2</sub>-Reduktion von mindestens 95 Prozent gegenüber 1990  
48 verpflichtend sein.

#### 49 **Kohleausstieg jetzt einleiten!**

50 Ohne einen zügigen Kohleausstieg sind all diese Mühen umsonst. 80 Prozent aller fossilen  
51 Brennstoffe müssen im Boden bleiben, wenn „Klimaschutz“ mehr als eine Worthülse sein soll.  
52 Wir Grünen wollen in den nächsten vier Jahren unsere volle Energie dafür einsetzen, den  
53 Kohleausstieg unumkehrbar einzuleiten. Weil Treibhausgase sich in der Erdatmosphäre  
54 anreichern, ist es für das Klima entscheidend, dass unverzüglich der Ausstoß des  
55 klimaschädigenden CO<sub>2</sub> reduziert wird; weniger entscheidend ist, wann exakt das allerletzte  
56 Kohlekraftwerk vom Netz geht. Um das international zugesagte deutsche Klimaziel für das Jahr  
57 2020 überhaupt noch schaffen zu können, werden wir unverzüglich die 20 dreckigsten  
58 Kohlekraftwerke vom Netz nehmen und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der verbleibenden Kohlekraftwerke analog  
59 zu den Klimazielen deckeln. Hierfür haben wir einen Kohleausstiegsfahrplan vorgelegt, mit  
60 dem wir das Ende des Kohlezeitalters in Deutschland planungssicher und unumkehrbar gestalten  
61 und schrittweise die restlichen Kohlekraftwerke innerhalb der nächsten 20 Jahre abschalten.  
62 Mit einem Strukturwandelfonds schaffen wir einen sozialverträglichen Ausstieg und neue,  
63 zukunftsfähige Arbeitsplätze.

64 Den Aufschluss neuer Braunkohletagebaue und den Bau neuer Kohlekraftwerke werden wir  
65 verhindern und keine neuen Umsiedlungen mehr zulassen. Ein Kohleausstiegsgesetz schafft  
66 hierfür die Grundlage. Das schafft Klarheit für die Unternehmen, die Beschäftigten und die  
67 Menschen in den betroffenen Regionen.

68 Um das Klima international zu schützen, werden wir zudem die Hermes-Bürgschaften für den  
69 Export deutscher Kohletechnik stoppen. Kohle hat keine Zukunft!

#### 70 **Klimaschutz auf allen Ebenen**

71 Wir müssen auf allen Ebenen handeln, alle Möglichkeiten nutzen und zeigen, wie es geht. Mit  
72 einer klimaneutralen Verwaltung des Bundes gehen wir voran, zum Beispiel bei der  
73 öffentlichen Beschaffung, bei der Gebäudesanierung, beim Fuhrpark. Gezielte Angebote sollen  
74 die kommunale Ebene ermutigen, uns zu folgen. Denn auch dort, wo es nicht so offensichtlich  
75 ist, sind mit wenig Aufwand große Erfolge beim Klimaschutz zu erzielen.

76 Wir Grünen stellen uns auch der internationalen Verantwortung Deutschlands. Darum wollen wir  
77 in den weniger entwickelten Ländern eine alternative und kohlenstoffarme Entwicklung  
78 unterstützen und ihnen helfen, sich gut auf die Folgen der Klimakrise vorzubereiten, die  
79 nicht mehr zu vermeiden sind. Das ist gerecht, denn die Klimaveränderungen und Schäden in  
80 diesen Ländern sind die Folgen des fossilen Zeitalters, von dem wir in Europa wirtschaftlich  
81 mit am meisten profitiert haben. Wir werden deswegen Klimaschutzinvestitionen in armen  
82 Ländern unterstützen. Die Schäden unseres bisherigen Handelns müssen wir abfedern, um faire  
83 Chancen zu schaffen. Hilfen bei der Anpassung an die Klimakrise eröffnen neue  
84 Lebensperspektiven auch in den besonders betroffenen Ländern. Diese Mittel ergänzen die  
85 allgemeine Entwicklungsfinanzierung.

#### 86 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

87

---

88 **Klimaschutzgesetz einführen**

89 In Paris haben sich alle Staaten der Welt verpflichtet, die Erderhitzung auf deutlich unter  
90 zwei Grad zu begrenzen. Mit einem Klimaschutzgesetz wollen wir die dazu notwendigen  
91 nationalen Reduktionsziele rechtsverbindlich festlegen und Ziele für alle relevanten  
92 Sektoren definieren: Energie, Verkehr, Landwirtschaft und Gebäudeenergie. Dies unterlegen  
93 wir mit ambitionierten Aktionsplänen in den einzelnen Sektoren: vom Umstieg auf die E-  
94 Mobilität bis zur energetischen Gebäudesanierung. So geben wir Impulse für Investitionen in  
95 den Klimaschutz.

96

---

97 **Klimaverschmutzung mit einem vernünftigen Preis belegen**

98 Wer die Atmosphäre aufheizt, kommt viel zu gut weg, denn CO<sub>2</sub>-Zertifikate sind viel zu  
99 billig. Der EU-Emissionshandel muss reformiert werden, damit die Kosten für den Ausstoß von  
100 Klimagasen von denjenigen getragen werden, die sie verursachen. Das schafft auch fairen  
101 Wettbewerb für klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen. Überschüssige CO<sub>2</sub>-Zertifikate  
102 müssen daher dauerhaft gelöscht und die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten beendet  
103 werden. Mit einem ergänzenden gesetzlichen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis auf Bundesebene sorgen wir dafür,  
104 dass der Emissionshandel nicht weiter leerläuft und, dass Klimaschutzinvestitionen sich  
105 betriebswirtschaftlich lohnen und planbar werden. Und aus diesen Einnahmen finanzieren wir  
106 weitere Klimaschutzmaßnahmen, zum Beispiel die Umstellung auf kohlenstoffarme  
107 Industrieprozesse und die sozialverträgliche, energetische Gebäudemodernisierung.

108

---

109 **Kohleausstieg jetzt**

110 Keine andere Technologie erzeugt mehr CO<sub>2</sub>, Quecksilber und Stickoxide als die Kohle. Wir  
111 wollen die Kohle in der Erde lassen und aus der Kohlekraft aussteigen. Grünes Ziel ist es,  
112 die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke sofort vom Netz zu nehmen und schrittweise die restlichen  
113 innerhalb der nächsten 20 Jahre abzuschalten. Dafür haben wir einen Fahrplan Kohleausstieg  
114 vorgelegt, mit dem wir den Weg zum Ende des Kohlezeitalters beschreiten. Um die Weichen  
115 richtig zu stellen, lassen wir keine neuen Tagebaue zu. Wir wollen den notwendigen  
116 Strukturwandel in den Regionen gemeinsam mit allen Beteiligten gestalten - ökologisch und  
117 sozialverträglich. Dafür richten wir einen Fonds ein, der auch für die Sanierung der  
118 Bergbaufolgeschäden eingesetzt werden soll.

119

---

**UK-WU-01** Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 08.03.2017

## Wir begrünen unsere Wirtschaft für Umweltschutz, Lebensqualität und neue Arbeitsplätze

1 Die technologischen Sprünge der vergangenen beiden Jahrhunderte haben den Wohlstand und die  
2 Lebensqualität vieler Menschen außerordentlich verbessert. Doch seit langem ist klar, dass  
3 die industrielle Wirtschaftsweise nicht nur Wohlstand schafft, sondern auch systematisch  
4 unsere gemeinsamen Lebensgrundlagen zerstört. Immer mehr Menschen erkennen auch, dass  
5 materielles Wachstum nicht in jedem Fall die Lebensqualität steigert.

6 Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ist die existentielle Aufgabe unserer  
7 Zeit. Denn heute verschwendet unsere Art zu wirtschaften noch wertvolle Ressourcen, heizt  
8 unser Klima auf und bedroht weltweit unser Trinkwasser, unsere Luft und unsere Böden. In  
9 unserem eigenen Menschheitsinteresse müssen wir das dringend ändern. Und es ist möglich. Wir  
10 können unser Leben verbessern, ohne immer weiter materiell wachsen zu müssen.

11 Wir Grünen treten seit unserer Gründung für die ökologische Modernisierung der  
12 Industriegesellschaft ein. Viele Menschen gehen diesen Weg mit uns. Bürgerinitiativen und  
13 Nicht-Regierungsorganisationen kämpfen für Natur- und Umweltschutz. Unternehmen schreiben  
14 mit grünen Ideen schwarze Zahlen, Unternehmensinitiativen setzen sich für Klimaschutz ein.  
15 Unser Land ist dabei seit den 1970er Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Abgase werden  
16 inzwischen gefiltert, Abwässer nicht mehr einfach in die Flüsse geleitet, es wird  
17 ökologischer gebaut und produziert. Innovative Unternehmer und Tüftlerinnen entwickeln  
18 Produkte und Dienstleistungen, die dabei helfen, unsere Lebensqualität weiter vom  
19 Ressourcenverbrauch abzukoppeln. Sie sind die Pioniere des grünen Wandels, eines neuen,  
20 nachhaltigen Wohlstands.

21 Jetzt geht es darum, die Begrünung der Wirtschaft und vor allem der Industrie quer durch  
22 alle Branchen voranzutreiben. Die grüne Energiewende hat gezeigt, dass es geht: Deutschland  
23 hat sich auf den Weg gemacht, seine hochentwickelte Industriegesellschaft ohne Klimagase und  
24 Atommüll mit Strom zu versorgen. Nun braucht es mutige grüne Politik und engagierte  
25 Bürgerinnen, Ingenieure und Unternehmerinnen, um die ökologische Modernisierung zum Ziel zu  
26 bringen.

### 27 **Grünen Rahmen setzen für die ökologische Modernisierung**

28 Grüne Wirtschaftspolitik macht ehrgeizige Vorgaben in Form von Grenzwerten, CO<sub>2</sub>-  
29 Reduktionszielen und Produktstandards, die in realistischen Zeiträumen erreicht werden  
30 können. Das mutet den Unternehmen zwar etwas zu, schafft aber Planungssicherheit und gibt  
31 Impulse für Investitionen. Gleichzeitig fördern wir dabei neue Technologien und Wissen. So  
32 können wir es schaffen, die ökologische Modernisierung in den verschiedenen Sektoren  
33 umzusetzen.

34 Wir werden dafür sorgen, dass Preise zunehmend die ökologische Wahrheit sagen, denn die  
35 Verursacher von Umweltzerstörung dürfen die Kosten nicht länger auf die Allgemeinheit  
36 abwälzen. So setzen wir auch die richtigen Anreize dafür, dass andere – umweltfreundlichere  
37 – Techniken entwickelt und schnell marktfähig werden. Ein Wettstreit um die beste

38 ökologische Lösung kommt in Gang. Ökologisch ehrliche Preise belohnen Unternehmen, die mit  
39 Ressourcen pfleglich umgehen und Emissionen senken. Auch die Verbraucherinnen und  
40 Verbraucher profitieren, wenn langlebige Geräte Neuanschaffungen ersparen und  
41 klimafreundliche Heizungen die Stromrechnung senken. Umweltschädliches Verhalten wollen wir  
42 nicht weiter subventionieren. So sind zum Beispiel schwere Dienstwagen, Flugbenzin und  
43 Diesel heute steuerlich bevorzugt, obwohl sie ökologisch schädlicher sind als ihre  
44 Alternativen. Subventionen wie diese belaufen sich auf über 50 Milliarden Euro pro Jahr.  
45 Eine ökologische Finanzreform muss deshalb den Abbau dieser ökologisch schädlichen  
46 Subventionen angehen. Wir wollen in einem ersten Schritt rund 12 Milliarden Euro von diesen  
47 umweltschädlichen Subventionen abbauen. Dieses Geld wollen wir in den Klimaschutz  
48 investieren und dazu nutzen, ärmere Haushalte bei Investitionen zum Energie- und  
49 Ressourcensparen zu unterstützen.

### 50 **Mit grüner Industriepolitik den Industriestandort und Arbeitsplätze sichern**

51 Die ökologische Modernisierung ist die Zukunftssicherung für alle Industriezweige in  
52 Deutschland. Alle Branchen müssen ihren Beitrag zu Klima- und Ressourcenschutz beitragen.  
53 Und für alle Branchen gilt: wenn wir den Anschluss verpassen, wie es zum Beispiel beim  
54 Elektroauto droht, gehen Arbeitsplätze und Wohlstand verloren. Konkret heißt das: weg vom  
55 Verbrennungsmotor und hin zum Elektroauto in der Autoindustrie. Weg vom Öl und hin zu  
56 nachwachsenden Rohstoffen in der Chemieindustrie. Die Bauwirtschaft kann mit Holzbau oder  
57 Textilbeton Ressourcen und Emissionen einsparen. Wo wir regieren, bringen wir solche  
58 Innovationen ganz konkret voran, zum Beispiel Elektro-LKW mit Oberleitungen in Hessen und  
59 Schleswig-Holstein. Damit sichern wir den Industriestandort Deutschland. Denn auch in der  
60 Zukunft wird unser Wohlstand von guten und sicheren Arbeitsplätzen abhängen. Wir tun das im  
61 Dialog mit Unternehmen, Gewerkschaften und der Wissenschaft. Doch wenn nötig, auch im  
62 Konflikt mit den Lobbies der alten Industrien.

63 Von besonderer Bedeutung ist in Deutschland die Automobilbranche. Ihr wollen wir helfen, den  
64 Sprung ins 21. Jahrhundert zu schaffen, in der Mobilität ohne Schadstoffausstoß  
65 funktionieren muss. Das ist eine zentrale Frage mit Blick auf Umweltzerstörung und  
66 Klimakrise. Dass dieser Sprung gelingt, ist aber auch von großer Bedeutung für den sozialen  
67 Zusammenhalt in unserem Land. Denn wir wollen verhindern, dass Wolfsburg oder Stuttgart das  
68 Detroit von morgen werden. Deshalb braucht es jetzt klare Rahmenbedingungen für diesen  
69 Industriezweig. Diese setzen wir mit einem klaren Fahrplan für den Ausbau der  
70 Elektromobilität und mit dem Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor (à Kapitel: Wir  
71 sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität).

72 Die ökologische Modernisierung ist ein gigantisches Innovations- und Investitionsprogramm.  
73 Und sie ist ein Jobmotor. Sie schafft neue Arbeit, nicht nur für Ingenieurinnen und Tüftler  
74 sowie Programmierer, sondern auch für Handwerkerinnen und Bauarbeiter. Jede in die  
75 Gebäudesanierung investierte Milliarde schafft 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze im  
76 Baugewerbe, im Handwerk und in der Industrie. Seit zehn Jahren wächst der globale Markt für  
77 Umwelttechnik und Ressourceneffizienz rasant. Deutsche Firmen sind bei Green Tech gut  
78 aufgestellt. Wenn die deutschen und europäischen Unternehmen es schaffen, ihren Marktanteil  
79 zu halten oder gar weiter auszubauen, entstehen hier viele zusätzliche Jobs. Daran wollen  
80 wir arbeiten. Für uns ist dabei entscheidend, dass bei der ökologischen Modernisierung gute  
81 Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und tariflicher Schutz gelten. In den  
82 kohlenstoffintensiven Unternehmen und Geschäftsbereichen werden allerdings auch  
83 Arbeitsplätze abgebaut werden. Hier kümmern wir uns um eine gute soziale Absicherung, um  
84 Weiterbildung und neue Chancen.

85 Unser Ziel ist es auch, dass so viel Kapital wie möglich aus fossilen Energieträgern  
86 abgezogen wird und stattdessen dorthin fließt, wo es nachhaltigen Wohlstand und neue Jobs



87 schafft. Ganz nach dem Motto: Die Steinzeit endete, obwohl es noch unzählige Steine gab –  
88 und das fossile Zeitalter muss enden, obwohl es noch jede Menge Kohle und Öl im Boden gibt.  
89 Das Stichwort dazu lautet „Divestment“ und meint den Abzug von Investitionen aus Öl, Kohle  
90 und Gas. Viele deutsche Konzerne, aber auch viele Städte und Kommunen, haben viel Geld in  
91 fossile Energieträger investiert. Das wird mehr und mehr zu einem Risiko. Die Umsetzung des  
92 Pariser Klimaabkommens und eine Orientierung am 2-Grad-Ziel machen diese Investitionen  
93 wertlos. Deshalb fordern wir: Divest now!

#### 94 **Für die Entkopplung von Wohlstand und Ressourcenverbrauch anders wirtschaften**

95 Wachstum muss weltweit vom Umweltverbrauch entkoppelt werden – und Wohlstand wie  
96 Lebensqualität vom Wachstum. Wir wollen eine Wirtschaft, die nicht blind immer weiter  
97 wachsen muss und in der langfristige Nachhaltigkeit mehr zählt als kurzfristige  
98 Renditeziele. Wir Grünen möchten dem gesellschaftlichen Zwang zum „Immer Mehr und immer  
99 schneller“ entgegenarbeiten. Dazu werden technische Innovationen allein nicht reichen. Es  
100 braucht auch die Unterstützung durch nachhaltigen Konsum und eine andere Art des  
101 Wirtschaftens. Es geht zum Beispiel nicht nur darum, den Verbrennungsmotor einfach durch den  
102 Elektromotor abzulösen, sondern auch darum auf innovative Formen der Mobilität wie  
103 Carsharing umzusteigen und so die Zahl der Autos zu reduzieren.

104 Wir wollen zuallererst die Art, wie wir Wohlstand überhaupt messen, ändern. Wir schlagen  
105 dafür eine neue Form der Wirtschaftsberichterstattung vor. In den Zahlen des  
106 Bruttoinlandsproduktes (BIP), das bisher die zentrale Messgröße ist, bilden sich  
107 Lebensqualität und Wohlstand nicht wirklich gut ab. In unserem Jahreswohlstandsbericht  
108 werden neben ökonomischen auch ökologische und soziale Entwicklungen anhand messbarer  
109 Kriterien dargestellt. Auch für Unternehmen können davon Impulse für Innovationen ausgehen.  
110 So sollen größere Unternehmen in ihrem Jahresabschluss zukünftig auch über nichtfinanzielle  
111 Indikatoren wie CO<sub>2</sub>-Emissionen berichten.

112 Nur mit Kreativität und Erfindergeist wird es uns gelingen, anders und besser zu  
113 wirtschaften. Wissenschaft und Forschung als Ideengeber, Vorreiter und kritische Begleiter  
114 brauchen deshalb Freiräume. Gerade kleine und mittlere Unternehmen wollen wir bei der  
115 ökologischen Modernisierung unterstützen. Ausgaben für Forschung und Innovation werden wir  
116 steuerlich fördern. Mit einer Start-up-Finanzierung, Infrastruktur und einer neuen,  
117 geeigneten Rechtsform geben wir den Pionieren des Wandels Rückenwind. Die Gründung von  
118 Genossenschaften erachten wir als einen weiteren zentralen Baustein eines anderen  
119 Wirtschaftens. Genossenschaften verbinden unternehmerisches Handeln mit  
120 Gemeinwohlorientierung und sind ein krisenfester Motor einer gemeinwohlorientierten  
121 Ökonomie. Um eine Gründungswelle von Genossenschaften anzuregen, wollen wir die Rechtsform  
122 der eingetragenen Genossenschaft entbürokratisieren und von überkommenen  
123 Verfahrensvorschriften befreien.

#### 124 **Ökologische Chancen der Digitalisierung nutzen**

125 Durch Digitalisierung können wir vieles in der Wirtschaft viel ökologischer machen und zu  
126 einer ökologischen Mobilitäts- und Energiewende beitragen. Um die Energieeffizienz zu  
127 verbessern, werden wir die Wirtschaft unterstützen und Green-IT-Konzepte weiter  
128 vorantreiben. Smart Grids, also intelligente, digital gesteuerte Netze, helfen zum Beispiel,  
129 die schwankenden Strommengen aus Wind und Sonne auszugleichen. Wir können Verkehrsträger  
130 digital miteinander vernetzen und Verkehrsströme so intelligenter steuern. Bits und Bytes  
131 können Energie und Material nicht nur reduzieren, sondern ganz ersetzen. Durch 3-D-Druck  
132 werden Baupläne über das Netz statt Bauteile in Containern über das Meer verschickt.  
133 Videokonferenzen ersetzen Geschäftsreisen, Arbeit im Home-Office reduziert Pendlerströme.  
134 Nie zuvor war es so einfach, Dinge und Erfahrungen über Sharing-Plattformen zu teilen. Das  
135 reduziert materiellen Konsum. Doch hierfür bedarf es höchster Datensicherheits- und

136 Verbraucherschutzstandards. So schaffen wir zukunftssichere Arbeitsplätze, sowie neue  
137 Geschäftsmodelle und schützen unsere Lebensgrundlagen. Wie wir die Digitalisierung mit  
138 fairem Wettbewerb und Zukunftsinvestitionen in einer krisenfesten Wirtschaft gestalten  
139 wollen, haben wir im Kapitel Digitalisierung gestalten beschrieben.

140 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

141

---

142 **Umweltschädliche Subventionen abbauen, in Klimaschutz investieren**

143 Absurde 57 Milliarden Euro an Steuergeldern werden jährlich für Klima- und Umweltschädler  
144 ausgegeben. Unter anderem erhalten schwere Dienstwagen, Flugbenzin und Diesel ungerechte  
145 Steuerprivilegien. Wir Grünen wollen rund zwölf Milliarden Euro umweltschädliche  
146 Subventionen abbauen. Denn wir wollen dafür sorgen, dass Preise zunehmend die ökologische  
147 Wahrheit sagen. So schaffen wir Anreize für grüne Innovationen, Klimaschutz, nachhaltige  
148 Mobilität und eine umweltfreundliche Landwirtschaft. Und gehen gegen eine der schädlichsten  
149 Formen der Steuerverschwendung vor.

150

---

151 **Divestment: Keine Kohle für die Kohle!**

152 Trotz des Pariser Klimaabkommens stecken Investoren - vom großen Versicherer bis zur kleinen  
153 Kommune - weiter viel Geld in Klimakiller. Deshalb fordern wir: Divest now! - Zieht das Geld  
154 aus klimaschädlichen Geschäftsmodellen ab! Unternehmen sollen dafür in ihren Jahresberichten  
155 die Klimarisiken von Gütern oder Produkten offenlegen. So erhöhen wir den Druck auf  
156 Großinvestoren, CO<sub>2</sub>-intensive Finanztitel abzustoßen. Ländern, Kommunen und Pensionsfonds  
157 wollen wir helfen, klimafreundlich zu investieren. Damit grüne Investitionsmöglichkeiten für  
158 alle Anlegerinnen und Anleger erkennbar sind, wollen wir eine transparente Zertifizierung  
159 einführen.

160

---

161 **Wahrer Wohlstand ist mehr als Wachstum: Für einen Jahreswohlstandsbericht**

162 Wohlstand ist mehr als die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Wir wollen darum einen  
163 neuen Wohlstandsbericht einführen. Er misst neben ökonomischen auch ökologische, soziale und  
164 gesellschaftliche Entwicklungen. Denn Kriterien wie unser ökologischer Fußabdruck,  
165 Artenvielfalt, Einkommensverteilung oder ein Bildungsindex bilden unseren Wohlstand besser  
166 und umfassender ab. Diese neue, ganzheitlichere Form des Jahresberichts macht  
167 Fehlentwicklungen und politische Handlungserfordernisse deutlicher sichtbar.

168

---

## **UK-GE-01** Wir steigen um - komplett auf grüne Energien

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir steigen um - komplett auf grüne Energien**

1 Energie ist der Treibstoff unseres Lebens. Wir alle sind auf sie angewiesen. In den  
2 vergangenen zwei Jahrhunderten haben die Menschen ihre Energie gewonnen, indem sie vor allem  
3 Kohle, Gas und Öl verbrannten. Das hat die wirtschaftliche Entwicklung der  
4 Industriegesellschaften ermöglicht. Doch diese Art der Energiegewinnung hat uns auch mit  
5 ungeheuren Abgasmengen in die Klimakrise geführt. In den vergangenen 60 Jahren kam zur  
6 fossilen Energie die Atomkraft dazu. Sie war und bleibt ein hochriskanter und extrem teurer  
7 Irrweg. Kohle und Atom haben heute ausgedient. Wir Grünen haben einen Plan für die  
8 Energiewelt der Zukunft. Es ist möglich, die Energieversorgung der Menschen komplett mit  
9 Sonne, Wind, Wasser, nachhaltig erzeugter Bioenergie und Erdwärme zu decken. Für die  
10 Verwirklichung dieser Energiewende arbeiten wir seit unserer Gründung. Unser Ziel ist es,  
11 nicht nur die Stromversorgung, sondern auch den Verkehr und die Wärmeversorgung auf  
12 natürliche Energiequellen umzustellen. So können wir dauerhaft unseren Wohlstand sichern,  
13 ohne unsere Lebensgrundlagen dabei zu zerstören. Die Energiewende hat bereits  
14 hunderttausende Jobs geschaffen – weitaus mehr, als bei Kohle und Atom weggefallen sind.  
15 Damit ist die Energiewende nicht nur gut fürs Klima. Sie stärkt auch unsere Wirtschaft und  
16 schafft sichere Arbeitsplätze.

#### **17 Energiewende: Mit langem Atem zum Erfolg**

18 Wir Grünen haben die Energiewende 2001 in Regierungsverantwortung mit den Beschlüssen zum  
19 Atomausstieg und der Förderung grüner Energien eingeleitet. Das hat sich gelohnt. Heute sind  
20 bereits zwölf Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet, die übrigen gehen in fünf Jahren  
21 vom Netz. Wir sagen: "Atomkraft? Nein Danke!" Schon ein Drittel des Stroms wird bei uns aus  
22 Wind, Sonne, Wasser und Bioenergie gewonnen. Im von den Grünen mitregiertem Schleswig-  
23 Holstein sind es schon 100 Prozent. Bei uns kommt grüner Strom aus der Steckdose. Und der  
24 ist mittlerweile sogar günstiger als Strom aus Kohle und Atom. Grüner Strom wird von vielen  
25 kleinen Erzeugern produziert. Dezentral und in der Hand von Bürgerinnen und Bürger findet  
26 die Energierevolution statt. Ihr Engagement hat das Monopol der vier großen Stromkonzerne  
27 gebrochen. Die Energiewende ist ein industriepolitischer Meilenstein auf dem Weg zu einer  
28 grünen Wirtschaft.

29 Doch trotz ihres Erfolgs ist die Energiewende kein Selbstläufer. Und sie hat Gegner. 2010  
30 versuchten CDU/CSU gemeinsam mit der FDP, den Atomausstieg rückgängig zu machen. Der  
31 permanente Druck der Anti-Atom-Bewegung und letztlich die Katastrophe von Fukushima ließ sie  
32 von diesen Plänen abrücken. Schwarz-Gelb musste sich den Realitäten beugen. Doch statt  
33 daraufhin auf 100 Prozent Erneuerbare zu setzen, trieb die Bundesregierung die  
34 Solarindustrie aus dem Land und vernichtete so mehrere zehntausend Arbeitsplätze in einer  
35 Zukunftsbranche. Die Große Koalition bremst und deckelt den Ausbau Erneuerbarer Energie, wo  
36 sie nur kann. Sie zerstört die Dynamik der Energiewende - so erreicht Deutschland seine  
37 Klimaschutzziele nicht.

38 Wir Grünen halten das für grundlegend falsch. Deutschland muss den Weg der Energiewende  
39 entschlossen weitergehen. So wie das Grüne in den Landesregierungen mit ambitionierten  
40 Ausbauplänen bereits tun. Wir wollen die Energiewirtschaft auf Erneuerbare umstellen und

41 viele tausend neue Arbeitsplätze schaffen. In Deutschland haben wir die Technik, die  
42 Fähigkeiten und den Willen der Bürgerinnen und Bürger. Wir Grünen sind die politische Kraft,  
43 die mit den Menschen gemeinsam die Energiewende zum Erfolg führt.

#### 44 **Rein in die neue Stromwelt - vollständig auf Erneuerbare umsteigen**

45 100 Prozent Ökostrom bis 2030, das ist unser Ziel. Dafür werden wir den Kohleausstieg  
46 einleiten und die schwarz-rote Ausbaubremse für Erneuerbare abschaffen. So bringen wir die  
47 Dynamik in die Energiewende zurück. Dazu braucht es eine Weiterentwicklung des Erneuerbare-  
48 Energien-Gesetzes (EEG). Wir Grünen wollen die jährlichen Ausbauziele kräftig anheben und an  
49 die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens anpassen. Millionen Bürgerinnen und Bürger, die  
50 ihr Dach oder ihren Keller zum Kraftwerk machen oder sich an Energiegenossenschaften  
51 beteiligen, sind und bleiben dabei unsere wichtigsten Verbündeten. Sie treiben den  
52 dezentralen Ausbau voran. Darum wollen wir sie vom bürokratischen Ausschreibungszwang  
53 befreien. Indem wir Mieterstrommodelle ermöglichen, bringen wir die Energiewende mit  
54 Solarzellen auch auf die Dächer von Mietshäusern und lassen alle von den Vorteilen einer  
55 klimafreundlichen und kostengünstigen Energieversorgung profitieren. Wir führen die  
56 milliardenschweren Strompreisrabatte für die Industrie auf ein Minimum zurück und entlasten  
57 stattdessen die Verbraucherinnen und Verbraucher. Nur noch solche Unternehmen, die  
58 tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen, sowie energieintensive Prozesse sollen  
59 Rabatte erhalten, diese sollen zudem an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen geknüpft  
60 werden.

61 Den Ausbau notwendiger Netze wollen wir klug planen und Bürgerinnen und Bürger mit  
62 frühzeitiger Bürgerbeteiligung, Erdkabeln und einem Überspannungsverbot für Wohnhäuser die  
63 Möglichkeit geben, mitzugestalten. Durch eine Reform des Strommarktes schaffen wir neue  
64 Anreize dafür, Energie flexibel und effektiv dann zu nutzen oder zu speichern, wenn viel  
65 Strom aus Sonne und Wind verfügbar ist. Überschüssige Strommengen wollen wir in Batterien  
66 speichern oder in Wärme oder Gas umwandeln, um damit Wohnungen zu heizen oder Fahrzeuge  
67 anzutreiben. Wir wollen die dezentrale, klimafreundliche Kraft-Wärme-Kopplung fördern. Wir  
68 machen es möglich, aus erneuerbaren Quellen Strom und Wärme zu erzeugen. Schikanöse Umlagen,  
69 Entgelte und überbordende Bürokratie werden wir verhindern.

#### 70 **Effizienzrevolution auslösen**

71 Nach wie vor gilt: Die beste Kilowattstunde ist die, die nicht verbraucht wird. Wir wollen  
72 eine Effizienzrevolution einleiten. Darum legen wir ein Energiespargesetz vor, das  
73 ambitionierte, aber realistische Vorgaben macht. Insbesondere in der Industrie gibt es noch  
74 viele Einsparpotentiale. Mit unserem Programm "Faire Wärme" und konkreten Fördermaßnahmen  
75 zum Energiesparen greifen wir dabei auch den Privathaushalten unter die Arme. Wir wollen die  
76 Nutzung erneuerbarer Wärme im Gebäudebestand voranbringen, durch Förderung für die  
77 energetische Modernisierung von Häusern und ganzen Stadtviertel, für Nahwärme und  
78 Abwärmenutzung.

79 Klar ist: Der Umstieg auf klimaschonende Wärme gelingt nur, wenn Wohnen und Heizen bezahlbar  
80 bleiben. Stromsparmchecks und Energieberatung sollen Standard werden. Gerade Haushalte mit  
81 kleinem Geldbeutel wollen wir Grünen damit unterstützen. In Brüssel werden wir uns dafür  
82 einsetzen, das Toprunner-Prinzip europaweit zu verankern. So werden vom Durchlauferhitzer  
83 bis zum Gefrierfach immer die effizientesten Geräte zum technischen Standard erhoben, an dem  
84 sich alle anderen messen müssen. So werden Stromfresser schrittweise aus den Läden  
85 verschwinden.

#### 86 **Atomkraft endgültig abschalten**

87 Auf dem Weg in die neue Stromwelt wollen wir die atomare Vergangenheit endgültig hinter uns  
88 lassen. 2022 wird der letzte Meiler in Deutschland vom Netz gehen. Aber so lange noch

89 Atomkraftwerke laufen, müssen sie höchsten Sicherheitsstandards entsprechen. Die  
90 Subventionierung der Atomkraft muss ein Ende haben. Das wollen wir mit der Wiedereinführung  
91 der Brennelementesteuer erreichen.

92 Mit dem Ende des Betriebs von Atomkraftwerken ist das atomare Zeitalter jedoch noch lange  
93 nicht Geschichte. Für den hochgefährlichen Atommüll brauchen wir ein Endlager. Mit dem von  
94 Winfried Kretschmann angestoßenen Endlagersuchgesetz und dem Ergebnis der Endlagerkommission  
95 wurde dafür eine gute Grundlage geschaffen. Wir werden das bestmögliche Endlager finden. Und  
96 das kann und wird nicht Gorleben sein, denn wir haben für scharfe wissenschaftliche  
97 Kriterien in der Endlagersuche gesorgt.

98 Unser Ziel ist jedoch, dass überall in Europa das atomare Russisch Roulette ein Ende hat.  
99 Schrottreaktoren wie Tihange und Doel in Belgien oder Fessenheim und Cattenom in Frankreich  
100 müssen sofort vom Netz. Unseren Kampf gegen die Atomkraft werden wir erst dann beenden, wenn  
101 der Atomausstieg erreicht ist – in Deutschland, Europa und weltweit. Deswegen wollen wir  
102 auch den Betrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau und der Brennelementefabrik in  
103 Lingen, die noch ganz Europa mit radioaktiv strahlendem Brennstoff versorgen, rechtssicher  
104 beenden.

105 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

106

---

### 107 **Förderprogramm bezahlbare Wärme – Energie und Geld sparen**

108 Die Energiewende muss auch im Wärmebereich vorankommen und die Menschen dabei mitnehmen:  
109 Denn der Umstieg auf klimaschonende Wärme gelingt nur, wenn Wohnen und Heizen bezahlbar  
110 bleiben. Dazu wollen wir das Förderprogramm “Faire Wärm”e auflegen. Mit zwei Milliarden Euro  
111 jährlich unterstützen wir die energetische Sanierung ganzer Wohnviertel. Mieterinnen und  
112 Mieter stärken wir durch eine robuste Mietpreisbremse. Wir verringern die Umlage von  
113 Modernisierungskosten und führen ein neues Klimawohngeld ein, damit auch Wohngeldempfänger  
114 energieeffizient wohnen können. Wir unterstützen Städte und Gemeinden bei der nachhaltigen  
115 Wärmeversorgung mit 400 Millionen Euro für 10.000 Wärmespeicher.

116

---

### 117 **Für grüne Energie - komplett auf Erneuerbare umsteigen**

118 Wir wollen die menschengemachte Klimakrise noch aufhalten. Das geht nur mit 100%  
119 Erneuerbaren. Bis 2030 wollen wir unseren Strombedarf vollständig aus Erneuerbaren Energien  
120 decken. Dazu werden wir die Obergrenzen für den Ausbau Erneuerbarer Energien abschaffen, das  
121 Strommarktdesign sowie das komplizierte Abgabensystem auf Energie zugunsten der Erneuerbaren  
122 novellieren und ein Marktanzreizprogramm für Speicher starten. Bis zum Jahr 2050 soll die  
123 Energieversorgung auch für Wärme, Mobilität und Industrie ausschließlich aus Erneuerbaren  
124 Energien erfolgen. Darum steigen wir zügig in die Verbindung der Sektoren Strom, Wärme und  
125 Mobilität ein und nutzen alle Möglichkeiten der Elektrifizierung.

126

---

### 127 **Die atomare Lieferkette zerschneiden**

128 Der Atomausstieg in Deutschland ist so lange unvollständig, wie wir weiter Europas  
129 Atomreaktoren mit Brennelementen versorgen. Als Grüne wollen wir deshalb die  
130 Urananreicherung in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen schließen. So lange  
131 Atomkraftwerke noch laufen, müssen sie höchsten Sicherheitsstandards entsprechen. Der  
132 Siedewasserreaktor Gundremmingen aber stellt ein besonderes Risiko dar. Ebenso die  
133 Schrottreaktoren an unseren Grenzen wie Tihange und Doel in Belgien, Fessenheim und Cattenom

134 in Frankreich, Beznau in der Schweiz oder Temelin in Tschechien. Wir wollen dafür sorgen,  
135 dass sie sofort vom Netz gehen.

136

---

## **UK-BM-01** Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir sorgen für saubere, bezahlbare und bequeme Mobilität**

1 Wir sind jeden Tag unterwegs - zur Arbeit oder zum Einkaufen, wir besuchen weit entfernte  
2 Verwandte und fahren in den Urlaub. Mobil zu sein gehört zu unserem Leben. Wir Grünen wollen  
3 es für jeden einfach machen, sein Ziel so umweltfreundlich und nachhaltig wie möglich zu  
4 erreichen. Verkehr 2017 heißt: Immer mehr Menschen steigen um auf Bus, Bahn und Fahrrad –  
5 vor allem in den Städten. Der öffentliche Nahverkehr erreicht neue Fahrgastrekorde.  
6 Fahrradfahren und der Verkauf von E-Bikes boomen. Carsharing meldet immer höhere  
7 Nutzerzahlen. Die Menschen stimmen "mit den Füßen" ab und trotzen den oft noch widrigen  
8 Zuständen. Verpasste Anschlusszüge, überfüllte Busse und Straßenbahnen sind genauso wie  
9 trostlose Bahnhöfe traurige Realität. Für viele heißt Verkehr 2017 deswegen immer noch in  
10 erster Linie Auto fahren, auch da es zu oft keine Alternativen gibt. Wir werden dafür  
11 sorgen, dass die Menschen in Zukunft sauber und umweltfreundlich fahren können.

12 Verkehr 2017 heißt daher auch: 70 Prozent aller klimaschädlichen Emissionen kommen in  
13 unseren Städten aus dem Verkehr, zwei Drittel aller Bürgerinnen und Bürger fühlen sich durch  
14 Verkehrslärm belästigt. Stickoxide und Feinstaub verursachen Atemwegserkrankungen. An vielen  
15 Kreuzungen in Großstädten übersteigt die Schadstoffbelastung die zulässigen Grenzwerte.  
16 Staus addieren sich im Jahr auf eine Gesamtlänge von einer Million Kilometer. Der  
17 Bundesverkehrsminister versagt hier komplett: Statt Verkehr zu vermeiden oder zu verlagern,  
18 wird Landschaft zubetoniert, werden Lärm und Abgase erzeugt und immer mehr Ressourcen  
19 verbraucht. Auf jeden neuen vermeintlichen Engpass reagiert der Verkehrsminister mit dem  
20 Aus- und Neubau von Straßen. Überteuerte Prestigeprojekte wie Stuttgart 21 graben gezielten  
21 Investitionen in eine verlässliche Alltagsmobilität das Wasser ab. Überflüssige  
22 Regionalflughäfen werden durch Millionensubventionen künstlich am Leben gehalten.

23 Wir Grünen wollen Mobilität neu denken – ohne Lärm, Dreck und Stau. Und dort, wo wir  
24 regieren, setzen wir das um. In Berlin bringt die grüne Verkehrsverwaltung gemeinsam mit den  
25 Radfahrerinnen und Radfahrer ein Radgesetz als Teil eines Mobilitätsgesetzes auf den Weg,  
26 Baden-Württemberg prescht voran beim Ausbau der Infrastruktur für die E-Mobilität. Wir laden  
27 alle ein, an der Verkehrswende aktiv mitzuwirken. Während die Große Koalition in den 60er  
28 Jahren stecken geblieben ist und ihre Verkehrspolitik weiterhin nur auf das Auto ausrichtet,  
29 wollen wir in ein neues, zukunftsfähiges und vielfältiges Mobilitätsangebot investieren.  
30 Dazu gehört für uns ein dichtes und modernisiertes Bahnnetz, das zuverlässig Pünktlichkeit  
31 und aufeinander abgestimmte Anschlüsse in ganz Deutschland garantiert. Ebenso gehören dazu  
32 sichere und schnelle Wege für Fahrradfahrer, leise Autos ohne Auspuff und mit Fahrspaß und  
33 die Stromtankstelle gleich um die Ecke. Unser Ziel sind nachhaltige Mobilität statt immer  
34 mehr Verkehr, saubere Autos und mehr Carsharing, ein besseres Zug- und ÖPNV-Angebot. Wir  
35 wollen mehr Raum zum Spielen und Flanieren in unseren Städten, bessere Luft zum Atmen. Und  
36 dass jeder ruhig schlafen kann, auch in der Nähe von Flughäfen, Bahnstrecken und  
37 vielbefahrenen Straßen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir diese  
38 Verkehrswende einleiten.

39 **Erhalt vor Neubau, Schiene vor Straße, mehr Geld für Radwege**

40 Die Bedingungen für den Verkehr in Deutschland sind derzeit einseitig auf das Auto  
41 ausgerichtet. Das wollen wir ändern, damit unsere Mobilität zukunftsfähig wird. Mit einem  
42 Bundesnetzplan anstelle des betonlastigen Bundesverkehrswegeplans beenden wir Grünen das  
43 derzeitige Chaos in der Verkehrsplanung. Wir setzen auf: Erhalt vor Neubau, Schiene vor  
44 Straße, mehr Geld für Radwege.

45 Außerdem schaffen wir faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger. Während jede  
46 Lokomotive auf jedem Streckenkilometer Trassengebühren bezahlen muss, ist nur knapp ein  
47 Prozent des Straßennetzes mautpflichtig. Wir wollen alle LKW ab 3,5 Tonnen und schrittweise  
48 das gesamte Straßennetz der Bundes- und Landesstraßen in die LKW-Maut einbeziehen. Das ist  
49 verursachergerecht, denn ein einziger LKW verschleißt Straßen und Brücken so stark wie  
50 10.000 PKW. Fluggesellschaften müssen gerecht besteuert werden. Es ist nicht einzusehen,  
51 dass Airlines von der Kerosinsteuer und auf Auslandsflügen sogar von der Mehrwertsteuer  
52 befreit sind.

53 Damit man überall entspannt von A nach B kommt, ist es unser Ziel, die 130 Verkehrsverbünde  
54 so miteinander zu verbinden, das man nur ein Ticket braucht. Mit dem grünen MobilPass  
55 schaffen wir die Möglichkeit, die eigene Reise durch ganz Deutschland genau wie das Pendeln  
56 zur Arbeit mit einer einzigen Smartcard oder App zu buchen und zu bezahlen – von Tür zu Tür.  
57 Die Fahrgäste sollen dann auch überall in Deutschland verschiedene Verkehrsmittel vernetzt  
58 nutzen und kombinieren können: Busse, Bahnen, Fähren, Taxis, Carsharing und Leihräder.

59 Alle sollen sich grüne Mobilität leisten können, deshalb wollen wir kostengünstige und  
60 maßgeschneiderte Angebote für Schüler\*innen und Senior\*innen. Auf Länderebene gibt es häufig  
61 bereits Schüler- und Seniorenzeitkarten. Der Bund muss gemeinsam mit den Ländern dafür  
62 sorgen, dass diese Tarife flächendeckend angeboten werden. Auch alle, die wenig Geld haben,  
63 sollen sich über Sozialtickets Mobilität ohne eigenes Auto leisten können. Eine  
64 entscheidende Lebensphase ist die der Familiengründung. Junge Eltern wollen wir mit einem  
65 Elternzeit-Ticket unterstützen.

#### 66 **Gute Bahn für alle**

67 Entscheidend für die Verkehrswende sind gute Bahnen – im Fern- und im Nahverkehr. Wir Grünen  
68 wollen den öffentlichen Verkehr stärken und die Fahrgastzahlen verdoppeln. Milliarden Euro  
69 werden derzeit in Subventionen für Diesel, Dienstwagen und Flugverkehr oder für überflüssige  
70 Straßen und Flugplätze verschwendet. Das ist ökologisch enorm schädlich. Wir wollen  
71 stattdessen Schienennetze und den Nahverkehr ausbauen. Mit dem „Zukunftsprogramm Nahverkehr“  
72 wollen wir das Angebot und die Qualität vor Ort mit jährlich einer Milliarde Euro  
73 verbessern. Außerdem wollen wir mehr in den Lärmschutz investieren.

74 Mit dem Deutschland-Takt, einem bundesweit verknüpften Fahrplan, wollen wir Fernverkehr und  
75 regionalen ÖPNV optimal aufeinander abstimmen. Dann sind lange Wartezeiten auf Anschlüsse  
76 Vergangenheit. Wenn der Zugverkehr zuverlässig und reibungslos funktioniert, ist das  
77 Zugfahren für viele die erste Wahl. Wir wollen eine Bahnreform in Angriff nehmen, die die  
78 Interessen der Fahrgäste in den Mittelpunkt stellt und ein vielfältiges und attraktives  
79 Angebot auf der Schiene entstehen lässt. Das Bahnfahren soll billiger werden, dafür wollen  
80 wir die Trassengebühren senken. Diese Reform muss das Netz von den Transportgesellschaften  
81 der DB AG sauber trennen und in neutrale staatliche Verantwortung überführen. So schaffen  
82 wir die Voraussetzung für mehr Verkehr auf der Schiene. Auf dem Schienennetz ist  
83 Elektromobilität längst bewährte Praxis. Allerdings nur auf etwa 60 Prozent des Netzes. Wir  
84 wollen diesen Anteil mit einem Elektrifizierungsprogramm rasch erhöhen.

#### 85 **Das Auto der Zukunft fährt ohne Abgase**

86 Selbstverständlich werden wir auch morgen noch mit Autos unterwegs sein – mit dem eigenen,  
87 mit dem gemieteten oder dem geteilten. Gerade im ländlichen Raum sind die Alternativen



88 Carsharing und ÖPNV oft keine. Aber es werden insgesamt weniger Autos sein und sie werden  
89 mit Strom aus Sonne und Wind oder Wasserstoff statt mit Diesel und Benzin angetrieben. Mit  
90 abgasfreien Fahrzeugen machen wir den Autoverkehr klima- und umweltfreundlicher. Ziel muss  
91 es sein, einen erfolgreichen Technologiewandel einzuleiten. Nur mit innovativen Antrieben  
92 werden unsere Automobilhersteller wettbewerbsfähig bleiben und zugleich wertvolle  
93 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie erhalten. Das wirksamste Instrument sind  
94 ambitionierte CO<sub>2</sub>-Grenzwerte, also Verbrauchsgrenzen, die auch auf der Straße eingehalten  
95 werden. Aus industrie- und Klimaschutzpolitischen Gründen muss die nächste Bundesregierung  
96 ein klares Ziel setzen: Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos vom Band rollen. Das  
97 Zeitalter der fossilen Verbrennungsmotoren ist dann zu Ende. Dafür werden wir  
98 Elektromobilität im Straßenverkehr gezielt stärken durch eine Förderung aller Kommunen, die  
99 ihren innerstädtischen Logistikverkehr auf E-Fahrzeuge und Lastenfahrräder umstellen, sowie  
100 durch zeitlich befristete finanzielle Zuschüsse für Elektro-Nahverkehrsbusse, Elektroautos  
101 und Elektrolastenfahrräder. Für eine gerechte Finanzierung wollen wir die Kfz-Steuer reformieren  
102 und ein Bonus-Malus-System für Neuwagen einführen. Wer viel CO<sub>2</sub> verursacht, zahlt dann mehr,  
103 wer weniger Abgase ausstößt, zahlt weniger.

104 Unsere Autos sollen nicht nur auf dem Papier die vorgeschriebenen Grenzwerte einhalten. Was  
105 zählt, ist der Verbrauch auf der Straße. Anders als die Große Koalition, die den Betrug der  
106 Autokonzerne an Umwelt und Verbraucher\*innen gedeckt und vertuscht hat, finden wir Grünen  
107 uns nicht damit ab, dass Abgasvorschriften für PKW nur auf dem Prüfstand eingehalten werden.  
108 Wir werden diesen Schwindel und die bewusst in Kauf genommene Verletzung unserer Gesundheit  
109 beenden. Abgas- und Verbrauchstests müssen realistisch und ihre Ergebnisse nachvollziehbar  
110 werden. Die Autoindustrie muss auch bereits im Betrieb befindliche Fahrzeuge ohne Nachteile  
111 für den Halter so umrüsten, dass diese die Grenzwerte einhalten. Wir wollen, dass  
112 unabhängige Institutionen wirksame Kontrollen schaffen. Kommunen brauchen zusätzlich  
113 Unterstützung, um Grenzwerte für bessere Luft auch durchzusetzen. Wir Grünen geben ihnen  
114 rechtliche Instrumente an die Hand, Umweltzonen zu stärken, zum Beispiel durch die  
115 Einführung einer Blauen Plakette. Zu schnelles Fahren ist kein Kavaliersdelikt sondern eine  
116 tödliche Gefahr, gegen die wir mehr tun müssen. Dazu fordern wir ein Tempolimit auf  
117 Autobahnen von 120 und erleichterte Möglichkeiten für Kommunen für Tempobeschränkungen.

118 Unser Straßenverkehr stößt an Grenzen. Viele Städte sind zugeparkt und leiden unter  
119 Luftbelastung und Verkehrslärm. Wir nehmen uns Städte wie Kopenhagen und Helsinki zum  
120 Vorbild und begrünen die Innenstädte. Denn ruhiger Verkehrsfluss, ausreichend Platz für  
121 Spiel und Bewegung sowie Natur inmitten der Stadt sprechen für eine hohe Lebensqualität. Für  
122 unsere Mobilität im Alltag gibt es gute Lösungen – und die Menschen wollen sie. Über 80  
123 Prozent der Deutschen fordern eine Verkehrsplanung, die auf mehr Fuß- und Radwege setzt,  
124 Carsharing-Angebote ausweitet und den öffentlichen Nahverkehr ausbaut. Bequem, bezahlbar und  
125 ohne Parkplatzsuche von A nach B kommen können in einer Stadt der kurzen Wege – das müssen  
126 Ziele einer modernen Verkehrspolitik sein.

127 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

128

---

### 129 **Deutschlandweiter MobilPass - überallhin, alles drin**

130 Wir wollen die grüne Mobilität voranbringen: Dafür führen wir den Mobil-Pass ein. Mit einer  
131 Smartcard oder App werden sämtliche Angebote des öffentlichen Verkehrs wie auch Car- und  
132 Bikesharing abrufbar sein. Urlaubsreisen genauso wie der Weg zur Arbeit können so aus einer  
133 Hand gebucht und bezahlt werden – ohne langes Studium von Tarif- und Nutzungsbedingungen.  
134 Nahtlos, kinderleicht und günstig. Mobilität für alle ☒ das heißt für uns: Schüler\*innen,  
135 Senior\*innen, sozial Schwächere sowie Eltern kleiner Kinder machen wir besonders günstige  
136 Angebote. Den Fernverkehr verknüpfen wir optimal mit den Anschlüssen des Regional- und

137 Nahverkehrs – mit dem Deutschland-Takt. Dieser Taktfahrplan macht deutschlandweit alle Ziele  
138 nahtlos und verlässlich erreichbar.

139

---

#### 140 **Ab 2030 rollen nur noch abgasfreie Autos vom Band**

141 Wir Grünen wollen, dass weiterhin automobiler Spitzentechnik in Deutschland entwickelt und  
142 produziert wird. Für uns Grüne ist die Entscheidung deshalb klar: Ab 2030 sollen nur noch  
143 abgasfreie Autos vom Band rollen. Dafür wollen wir jetzt die Bedingungen schaffen. So kann  
144 Deutschland die Klima- und Umweltziele erfüllen und die Industrie ihre Entwicklungsarbeit  
145 verlässlich auf Elektromobilität ausrichten. Wie die Große Koalition an Diesel- und  
146 Ottomotoren festzuhalten, ist überholt. Sie hemmt damit die Autoindustrie, sich fit für den  
147 Markt des 21. Jahrhunderts zu machen.

148

---

#### 149 **Radverkehr ausbauen – mehr Radwege schaffen**

150 Immer mehr Menschen nutzen das Rad, weil es schnell, preiswert und bequem ist. Wir wollen  
151 die Infrastruktur für Fahrräder deutlich verbessern. Der Bund muss dabei mehr Verantwortung  
152 übernehmen. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen bauen wir Radschnellwege und ein bundesweites  
153 Netz von hochwertigen Radfernwegen. Wir wollen die Fahrradmitnahme in allen Zügen  
154 durchsetzen. Wir werden Kaufanreize einführen, denn elektrisch unterstützte Lastenräder  
155 haben im Lieferverkehr großes Potential. In der Straßenverkehrsordnung schaffen wir  
156 fahrradfreundliche Regeln wie den „Grünpfeil“ für Radfahrerinnen und Radfahrer.

157

---

## **WB-01** Welt im Blick

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### Welt im Blick

1 In den vergangenen Jahrzehnten ist die Welt immer stärker zusammengerückt. In Europa erleben  
2 wir dank der zivilisierenden Kraft der Europäischen Union eine sehr lange Phase des  
3 friedlichen Zusammenlebens, solange wie nie zuvor. Auch weltweit wurden Grenzen geöffnet,  
4 Wirtschaftsbeziehungen globalisiert, länderübergreifende Kontakte selbstverständlich. Immer  
5 mehr Menschen leben in Freiheit und Demokratie. Immer weniger Menschen leben in extremer  
6 Armut. Eine prägende Erfahrung der vergangenen Jahre war, europäisch wie international, dass  
7 die Welt durch Zusammenarbeit an vielen Stellen zu einem besseren Ort gemacht wurde. Wir  
8 haben bei der Klimakonferenz in Paris erlebt, was geschafft werden kann, wenn der Wille da  
9 ist, gemeinsam anzupacken. Genauso gibt uns Hoffnung, dass es mit beharrlicher Diplomatie  
10 gelungen ist, ein Abkommen mit dem Iran zur nuklearen Nutzung zu schließen. Auch die  
11 Selbstverpflichtung der Vereinten Nationen, bis 2030 globale Nachhaltigkeitsziele zu  
12 erfüllen, war ein Erfolg internationaler Zusammenarbeit.

13 Doch gleichzeitig steht diese Welt vor dramatischen Herausforderungen. Der syrische  
14 Bürgerkrieg hat sich zu einem überaus grausamen regionalen Stellvertreterkrieg entwickelt,  
15 in dem Russland an der Seite des Assad-Regimes mit brutalem militärischem Eingreifen und der  
16 menschenverachtenden Bombardierung von Zivilisten Fakten schafft. Der „IS“ hat in Syrien, im  
17 Irak und in Libyen eine Terrorherrschaft errichtet und bedroht mit Terroranschlägen auch  
18 Europa und den Rest der Welt. So viele Menschen wie nie zuvor sind dazu gezwungen, ihre  
19 Heimat zu verlassen. Auf dem afrikanischen Kontinent fliehen Menschen vor Gewalt, Hunger und  
20 wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit. Gleichzeitig verschärft die Klimakrise bestehende  
21 weltweite Ungleichheiten. Ressourcenkonflikte um Wasser und Rohstoffe erhöhen die Spannungen  
22 in vielen Regionen der Welt. Wirtschaftlicher Prosperität und neuem Wohlstand stehen  
23 Ungleichheit und ökologischer Raubbau gegenüber.

24 Die zunehmend aggressive Großmachtspolitik von Präsident Putin hat Russland zu einer  
25 Bedrohung der europäischen Friedensordnung gemacht. In der Ukraine, dem Nachbarland der EU,  
26 wird Krieg geführt, seitdem Russland Teile des Landes völkerrechtswidrig annektiert hat.  
27 Infolgedessen haben die Spannungen zwischen Russland und dem NATO-Bündnis die längst  
28 überwunden geglaubte Abschreckungslogik wieder in Gang gesetzt. Doch auch die  
29 Präsidentschaft von Donald Trump in den USA stellt den Bezugsrahmen für die Politik des  
30 vereinigten Deutschlands seit 1990 grundlegend in Frage. Pläne für nationalistische  
31 Abschottung und Handelskriege, das Leugnen der Klimakrise, die Negierung der Genfer  
32 Konvention in Bezug auf das Hilfsgebot für Flüchtlinge und auf das Verbot von Folter  
33 untergraben das dringend notwendige gemeinsame Handeln. Die Herausforderungen für globales  
34 Engagement und eine Friedenspolitik könnten also kaum größer sein.

35 Wir Grünen wollen unseren Beitrag dazu leisten, das Leben in den kommenden Dekaden des 21.  
36 Jahrhundert politisch friedlich und sicher, ökologisch nachhaltig und sozial gerecht zu  
37 gestalten. Die Weltgemeinschaft muss Verantwortung für die globalen Entwicklungschancen und  
38 die Durchsetzung und Verwirklichung der Menschenrechte übernehmen. Das können wir erreichen,  
39 wenn wir Europa weiterentwickeln, internationale Institutionen stärken und unser  
40 Gerechtigkeitsempfinden nicht an Grenzen enden lassen. Es geht um Zusammenarbeit statt

41 Nationalismus. Wir Grünen glauben fest an die Notwendigkeit und den Vorteil multilateraler  
42 Kooperation. Mehr Sicherheit in der Welt werden wir am besten erreichen, wenn wir weiter  
43 international zusammenarbeiten und die gemeinsame europäische Demokratie stärken.

44 Wir Grünen wollen, dass Deutschland mehr globale Verantwortung übernimmt. So wollen wir  
45 endlich die versprochenen 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für die globale Entwicklung  
46 zur Verfügung stellen und damit Schluss machen, in Krisenregionen und Diktaturen Waffen zu  
47 exportieren. Wir Grünen wollen außerdem, dass Deutschland mehr tut, um Konflikte und Krisen  
48 zu lösen oder  besser noch  sie zu verhindern. Die Bekämpfung von Fluchtursachen und Armut  
49 darf nicht nur eine Floskel sein. Wer trotzdem vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung nach  
50 Deutschland flieht, dem wollen wir Schutz bieten. Aber auch mit Blick auf die Einwanderung  
51 muss Deutschland endlich begreifen, dass es sein Staatsbürgerschaftsrecht der Realität  
52 anpassen muss.

53 Eine starke, demokratische und reformierte Europäische Union ist genau das, was wir in einer  
54 Welt der Unsicherheiten brauchen. Wir Grünen wollen, dass Deutschland mehr dazu beiträgt,  
55 Europa zu einen und zu stärken. Die Europäische Union ist bis heute das beste Beispiel, wie  
56 supranationale Partnerschaft und Zusammenarbeit zum Nutzen aller funktionieren kann. Und sie  
57 macht damit Hoffnung: Eine friedlichere, eine bessere Welt ist möglich.

## **WB-EZ-01** Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

1 Die europäische Einigung ist eine wahrhaft große historische Errungenschaft. Sie bedeutet:  
2 Zusammenarbeit statt Nationalismus, nie wieder Krieg. Diese Leistung einiger Generationen  
3 von Europäerinnen und Europäern darf nicht gefährdet werden. Leider ist sie heute wieder  
4 sehr umstritten, rechtsnationalistische Bewegungen und Parteien stellen sie ganz in Frage.  
5 Es erfordert neues Engagement, um sie zu sichern und weiterzuentwickeln. Dafür stehen wir  
6 Grünen. Wir sind die politische Kraft, die Europa gegen den Rechtsnationalismus verteidigt  
7 und weiter den Weg der europäischen Integration geht. Denn die Europäische Union ist unser  
8 Zuhause.

9 Mit der europäischen Einigung wurde eine lange und schmerzvolle Geschichte von Kriegen,  
10 Feindseligkeiten und Zerstörungen endlich überwunden. Heute ist die Europäische Union ein  
11 Garant für den Frieden und für unsere europäischen Werte. Freiheit, Gleichheit, Demokratie,  
12 Rechtsstaatlichkeit, Religionsfreiheit, Achtung der Menschenwürde, Menschenrechte, Toleranz,  
13 das sind die Grundlagen der Europäischen Union. Heute können wir Europäerinnen und Europäer  
14 innerhalb der EU grenzenlos reisen, studieren, arbeiten und leben, wir können glauben, was,  
15 und lieben, wen wir wollen. Wir Grünen wollen diese Errungenschaften weiter ausbauen und für  
16 alle erfahrbar machen.

17 Bis heute ist die Art und Weise, wie die Menschen und Staaten in der Europäischen Union  
18 zusammenarbeiten und Konflikte lösen, einmalig auf der Welt. Für eine gute Zukunft brauchen  
19 wir die Europäische Union umso mehr. Die großen grenzüberschreitenden Probleme unserer Zeit  
20 sind für Kleinstaaterei zu groß: Kampf gegen die Klimakrise, Armut, Krieg und Terrorismus,  
21 Korruption und Fluchtursachen, die Gestaltung der Globalisierung sowie der Einsatz für die  
22 Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand und am Fortschritt. Wir können all das nur  
23 mit einer funktionierenden EU bewältigen. Sie ist die demokratische Antwort auf die  
24 Globalisierung. Auch deshalb sind und bleiben wir Grünen überzeugte Europäerinnen und  
25 Europäer.

26 Gerade weil wir die Europäische Union schätzen und brauchen, wollen wir sie sozialer,  
27 ökologischer und demokratischer machen. Gesellschaftliche Spaltung, Ausgrenzung,  
28 Willfährigkeit gegenüber starken Lobbys und autoritäre Tendenzen nehmen wir nicht hin. Wir  
29 Grünen werden die EU weiterentwickeln, denn wir haben noch viel mit ihr vor. Gerade jetzt.

#### 30 **Für ein starkes Europa ☒ gegen Spaltung und autoritäre Tendenzen**

31 Die Wahl des überzeugten Europäers Alexander Van der Bellen zum Bundespräsidenten von  
32 Österreich hat gezeigt, wie man mit einem klaren europäischen Kurs Menschen überzeugen kann.  
33 Wir lassen uns vom Ausgang des Brexit-Referendums und den Erfolgen der Rechtspopulisten  
34 nicht entmutigen und treten weiter für unsere Werte und unseren European Way of Life ein.

35 Die Debatte um die negativen Folgen des Brexits für Großbritannien zeigt erst recht: Durch  
36 Kooperation, gemeinsame Standards und gemeinsames Auftreten nach außen gewinnen am Ende  
37 alle. Mit großem Bedauern haben wir den Austrittsbeschluss der Briten zur Kenntnis genommen.  
38 Die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens gehören für uns zu Europa. Dem Wunsch der  
39 Schotten und Nordiren wie auch der vielen Menschen im Vereinigten Königreich, die in der EU

40 bleiben wollen, begegnen wir mit Offenheit und Sympathie. Wir werden uns darum auch in  
41 Zukunft für eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich  
42 einsetzen. Allerdings gehören die vier europäischen Grundfreiheiten, also die Freizügigkeit  
43 von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, für uns unverhandelbar zusammen. Zugang  
44 zum Binnenmarkt kann es nur mit einer vollständigen Freizügigkeit für Europäerinnen und  
45 Europäer geben. Allen schon länger in Deutschland lebenden Britinnen und Briten wollen wir  
46 einen einfachen Weg in die deutsche und damit einen Verbleib in der EU-Staatsbürgerschaft  
47 ermöglichen.

48 Wir wollen Europa zusammenhalten. Wir wissen, das wird nicht einfach. Denn die Differenzen  
49 innerhalb der Europäischen Union sind groß. Auch wir waren frustriert, dass nur wenige  
50 andere europäische Mitgliedsstaaten bereit waren, eine solidarische Flüchtlingspolitik zu  
51 unterstützen. Auch wir sind entsetzt, wie mitten in Europa, etwa in Ungarn oder Polen, die  
52 Demokratie und der Rechtsstaat ausgehöhlt werden. Dagegen stellen wir uns. Wir Grünen machen  
53 uns stark für ein Europa, das zusammenhält und in dem die einzelnen Staaten und  
54 Bewohner\*innen gegenseitige Solidarität zeigen. Dazu braucht es auch und gerade ein Umdenken  
55 vieler nationaler Regierungen. Das gilt ebenso für die deutsche Bundesregierung. Wir  
56 glauben, dass wir Europa wieder zusammenbringen können, wenn Deutschland bereit ist, zum  
57 Beispiel bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder bei Fragen der inneren und  
58 äußeren Sicherheit, stärker auf die Bedürfnisse anderer europäischer Staaten einzugehen. Es  
59 kann aber auch notwendig und sinnvoll sein, dass bei der Weiterentwicklung der europäischen  
60 Integration zukünftig auch eine Gruppe von Mitgliedstaaten vorangehen darf.

#### 61 **In ein ökologisches und soziales Europa investieren**

62 Die Wirtschaftskrise in Europa ist noch lange nicht überwunden. Besonders in Südeuropa sind  
63 immer noch Millionen von Jugendlichen ohne Job und Perspektive. Die Große Koalition beharrt  
64 auf einer einseitigen Sparpolitik und vertieft damit die Spaltung Europas. Wir brauchen  
65 einen europäischen Paradigmenwechsel ☒ weg von Austerität hin zu mehr Zukunftsinvestitionen.  
66 Europa braucht endlich einen ausgewogenen Dreiklang aus Investitionen, Strukturreformen und  
67 Haushaltskonsolidierung.

68 Dafür schlagen wir Grünen einen Pakt für nachhaltige Investitionen vor, unseren Green New  
69 Deal für Europa. Damit investieren wir in die soziale und ökologische Erneuerung der  
70 europäischen Wirtschaft. Wir bringen eine starke Klima- und Energieunion voran, unterstützen  
71 Innovation und neue Produktionstechnologien in der Industrie, nutzen Ressourcen und Energie  
72 effizient, setzen auf Kreislaufwirtschaft und eine Digitalisierung, die allen etwas bringt.  
73 Unsere Projekte sind bürgernah und gesamteuropäisch: grenzüberschreitende Bahn-, Energie-  
74 und Datennetze, Forschung, Kulturaustausch und Jugendprogramme. Der Green New Deal wird auch  
75 für junge Menschen Ausbildungsplätze und Jobs schaffen. Junge Menschen überall in Europa  
76 sollen wieder spüren, dass Europa sie nicht alleine lässt. Das finanzieren wir über einen  
77 Zukunftsfonds, der durch Mittel aus einem europäischen Steuerpakt gespeist wird. Der Pakt  
78 schafft mehr Steuergerechtigkeit und verringert Steuerausfälle. Denn die europäischen  
79 Steuersysteme sind ungerecht. Schweizer Steuer-CDs, Luxleaks oder die Panama-Papers zeigen  
80 beispielhaft, wie sich Superreiche und internationale Konzerne um ihren Beitrag für das  
81 Gemeinwohl herumdrücken. Steuervermeidung und -hinterziehung müssen wirkungsvoller  
82 verhindert und bestraft werden. Alle in der EU ansässigen Unternehmen müssen mit einer  
83 Mindestbesteuerung rechnen. Uns entgehen jedes Jahr viele Milliarden Euro durch die  
84 bisherige Untätigkeit. Wir werden bei dem Kampf gegen Steuerbetrug auch national vorangehen.  
85 Außerdem setzen wir uns ein für Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung.

#### 86 **Für mehr Transparenz, mehr Beteiligung und ein starkes EU-Parlament**

87 Europas Demokratie lebt vom Mitmachen, Mitentscheiden, Sicheinbringen und Einmischen. Die EU  
88 ist demokratisch legitimiert. Aber wie jede Demokratie hat sie Schwächen, die wir abbauen

89 wollen. Wir Grünen engagieren uns deshalb auch auf europäischer Ebene für mehr Beteiligung  
90 und transparente Prozesse. Sowohl die nationalen Parlamente als auch das europäische  
91 Parlament sind zu wenig in europäische Entscheidungen einbezogen, weil sie nur zwischen den  
92 Regierungen fallen. Das wollen wir ändern. Der zentrale Ort europäischer Entscheidungen soll  
93 das Europäische Parlament sein. Dazu muss es eigene Gesetzesvorschläge einbringen können.  
94 Auch im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll es gleichberechtigt zu Rat und  
95 Eurogruppe mitentscheiden. Außerdem sollte eine Mehrheit der Abgeordneten die Europäische  
96 Kommission und ihre Präsident\*in - so wie im deutschen Bundestag - abwählen können. Für  
97 Europäische Bürgerinitiativen gibt es heute unnötig hohe Hürden. Die wollen wir Grünen  
98 abbauen. Außerdem sollen alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in den EU-Staaten, in denen  
99 sie leben, die vollen bürgerlichen Rechte genießen. Die Unionsbürgerinnenschaft sollte zu  
100 einer europäischen Staatsbürgerinnenschaft fortentwickelt werden.

101 Wir fordern mehr Transparenz durch ein verpflichtendes und verbindliches Lobbyregister. Ein  
102 „legislativer Fußabdruck“ soll sichtbar machen, wer mit welchem Budget in wessen Auftrag und  
103 zu welchem Thema Einfluss auf die Politik nimmt. Für Kommissionsmitglieder und höchste  
104 Entscheidungsträger sollen striktere Karenzzeiten gelten, bevor sie in neue Positionen  
105 wechseln können.

### 106 **Die EU als handlungsfähige Akteurin in der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik**

107 Die europäischen Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass die EU bei der Außen-,  
108 Entwicklungs- und Sicherheitspolitik mehr leistet, öfter mit einer Stimme spricht, mehr für  
109 unsere innere und äußere Sicherheit tut. Wir Grünen setzen uns für eine stärkere  
110 Europäisierung der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik ein. Kein europäisches Land  
111 ist allein in der Lage, den internationalen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Das  
112 gilt umso mehr in einer Zeit, in der sich durch die aggressive Großmachtspolitik Russlands  
113 unter Präsident Putin, die von Abschottung und nationalistischem Denken geprägte Politik des  
114 amerikanischen Präsidenten Trump und die vielen Krisenherde im Nahen Osten und in Nordafrika  
115 die Rahmenbedingungen für die Sicherheit der EU grundlegend ändern.

116 Das Zivile steht dabei für uns im Vordergrund. Die Europäische Union sollte mit ihrer  
117 gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und dem Europäischen Auswärtigen  
118 Dienst weiter aktiv an einer globalen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen und  
119 an der Schaffung eines gesamteuropäischen Systems kooperativer Sicherheit, ausgehend von der  
120 OSZE und eingebettet in die NATO, mitarbeiten. Die neuen Sicherheitsbedenken der  
121 osteuropäischen Länder nehmen wir dabei sehr ernst.

122 Wir halten konkrete Schritte für eine verstärkte Zusammenarbeit und Integration der  
123 Streitkräfte in der Europäischen Union für sinnvoll und für einen Teil der Antwort auf die  
124 internationalen Entwicklungen. Dabei geht es um die Schaffung von militärischen und  
125 politischen Synergieeffekten. Dies muss allerdings mit einer Stärkung der Mitspracherechte  
126 für das Europäische Parlament einhergehen.

127 Wir werden Fähigkeiten auf europäischer Ebene bündeln, statt die Verschwendung öffentlicher  
128 Gelder bei der Rüstung fortzusetzen. Es ist zynisch, wenn die Große Koalition die Zielmarke  
129 von 0,7 Prozent bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit weit verpasst, dann aber  
130 bei der NATO verspricht, den Wehretat von 1,3 auf 2 Prozent zu erhöhen. Eine Erhöhung der  
131 Militärausgaben ist nicht sinnvoll und wir lehnen auch entsprechende Forderungen aus der  
132 NATO, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ab.

133 Die EU muss auch bei der Gestaltung ihrer Nachbarschaftspolitik aktiver werden. Die  
134 Erweiterungspolitik der EU ist für uns eine Erfolgsgeschichte. Sie steht für Frieden und  
135 Stabilität in Europa. Der Beitritt jedes einzelnen Landes muss aber weiter konsequent von  
136 Fortschritten im Beitrittsprozess abhängig gemacht werden. Wir wollen alle Staaten des

137 westlichen Balkans ohne Änderung ihrer Grenzen in die EU integrieren. Die Grünen stehen auch  
138 weiterhin fest an der Seite derjenigen in der Türkei, die für Demokratie,  
139 Rechtsstaatlichkeit und Weltoffenheit eintreten. Wir verurteilen die massiven Angriffe auf  
140 Oppositionelle, die Meinungs- und Pressefreiheit und die Zivilgesellschaft sowie die  
141 vorgesehene Verfassungsänderung von Präsident Erdogan hin zu einem autoritären  
142 Präsidialsystem. Die EU-Beitrittsverhandlungen liegen bereits auf Eis. Sie jetzt komplett  
143 abubrechen würde das falsche Signal an die proeuropäischen und demokratischen Kräfte in der  
144 Türkei senden. Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen  
145 bleiben.

146 Europa hat eine Verantwortung für seine Nachbarschaft. Das gilt ganz besonders auch für  
147 Afrika. Wir wollen neue Perspektiven für die Menschen vor Ort schaffen und Fluchtursachen  
148 effektiv bekämpfen. Deshalb werden wir Grünen uns für einen Grünen Marshall-Plan in Afrika  
149 stark machen.

150 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

151

---

### 152 **Europäischer Investitionspakt für mehr Jobs und besseren Umweltschutz**

153 Wir Grünen wollen Europa mit einem Green New Deal wirtschaftlich, sozial und ökologisch  
154 voranbringen. Dafür starten wir mit einer Investitionsoffensive für ökologische  
155 Modernisierung und mehr soziale Gerechtigkeit. Damit setzen wir die europäische  
156 Jugendgarantie endlich um: Alle jungen Europäerinnen und Europäer erhalten spätestens vier  
157 Monate nach ihrem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz.

158

---

### 159 **EU-Parlament stärken, Lobbymacht offenlegen**

160 Wir Grünen wollen verbindliche Lobbyregister sowie einen „legislativen Fußabdruck“, der  
161 genau erfasst, wer wann an einem Gesetz gearbeitet hat. Der Rat und seine vorbereitenden  
162 Gremien sollen in Zukunft öffentlich tagen. Wir wollen das direkt gewählte Europäische  
163 Parlament als zentralen Ort der europäischen Demokratie stärken. Es soll eigene  
164 Gesetzesvorschläge einbringen sowie der Europäischen Kommission und ihrem Präsidenten - so  
165 wie im deutschen Bundestag - auch das Misstrauen aussprechen und sie abwählen können. Und  
166 wir wollen die Europäischen Bürgerinitiativen ausbauen.

167

---

### 168 **Grüner Marshallplan für Afrika**

169 Die Europäische Union hat gegenüber Afrika eine historische Verantwortung und wir sind  
170 vielfältig miteinander verbunden. Wir wollen einen Grünen Marshallplan für Afrika, der drei  
171 Pfeiler umfasst: zivile Krisenprävention, Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen und  
172 Entwicklung auf Basis einer konsequenten Förderung von „green economy“ auf dem afrikanischen  
173 Kontinent. Damit können wir neue Perspektiven eröffnen und Fluchtursachen effektiv  
174 bekämpfen.

175

---



## **WB-FM-01** Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte**

1 Wir leben 2017 in einer Zeit dramatischer Umbrüche in der Weltpolitik. Die Hoffnung auf eine  
2 globale Friedensordnung droht zu schwinden. Kriege und Konflikte in der Nachbarschaft der  
3 Europäischen Union haben sich in den vergangenen Jahren weiter verschärft.

4 In einer solchen Lage sind Besonnenheit, eine multilaterale Ausrichtung, die Stärkung des  
5 Völkerrechts sowie zivile Ansätze dringender denn je. Unsere Orientierung sind die vielen  
6 demokratischen Aufbrüche der vergangenen Jahre, von Indonesien über Ghana bis Tunesien. Wir  
7 werden alle Länder, die dies wollen, darin bestärken, sich von innen heraus zu reformieren,  
8 den Kampf gegen die Korruption aufzunehmen ☒ sich nachhaltig zu entwickeln und in Freiheit  
9 zu leben.

10 Leitbild unseres außenpolitischen Engagements ist es, dass Deutschland und Europa mehr  
11 Verantwortung für die Gestaltung einer friedlichen und kooperativen Weltordnung übernehmen  
12 müssen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass durch globale Partnerschaft und  
13 Zusammenarbeit die Welt an vielen Stellen zu einem besseren Ort werden kann. Diesen Weg  
14 wollen wir Grünen entschlossen weitergehen. Wir stehen für die Stärkung des internationalen  
15 Rechts und einer multilateralen Politik, für eine wertegeleitete Außen-, Sicherheits- und  
16 Entwicklungspolitik, die fest in den Vereinten Nationen und der Europäischen Union verankert  
17 ist, eingebettet in die NATO und im Rahmen von regionalen Organisationen wie der OSZE und  
18 des Europarats agiert. Dies gilt gerade jetzt. Die Welt wird nur sicherer werden, wenn wir  
19 international nicht weniger, sondern enger zusammenarbeiten.

20 Im Mittelpunkt internationaler Politik steht für uns der Mensch mit seiner Würde, seinen  
21 unveräußerlichen Rechten und seiner Freiheit. Uns leiten die Wahrung von Frauen- und  
22 Menschenrechten und die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen. Das schließt auch den  
23 Kampf für soziale Gerechtigkeit und globale Entwicklung ein sowie die Bekämpfung von  
24 Geldwäsche und internationaler Korruption.

#### **Menschenrechte, Krisenprävention und Entwicklung in den Mittelpunkt**

26 In der globalisierten Welt sind Außen- und Innenpolitik heute kaum mehr voneinander zu  
27 trennen. Ressourcenkonflikte, Fluchtbewegungen und die gemeinsame Herausforderung der  
28 Klimakrise zeigen, dass die Probleme der Welt nicht vor der eigenen Haustür Halt machen.  
29 Frieden, Freiheit, ein Leben in Würde und der Schutz der globalen öffentlichen Güter stehen  
30 allen Menschen gleichermaßen zu. Wir kritisieren scharf, dass autoritäre Regime in vielen  
31 Ländern ihre Macht ausbauen. Demokratische Gesellschaftsmodelle geraten zunehmend unter  
32 Druck. Nicht nur in Russland, China oder Ägypten, auch in der Türkei, in Indien oder Vietnam  
33 ist die massive Einschränkung von Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit mittlerweile  
34 bittere Realität. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und demokratischen Bewegungen  
35 wird immer öfter von staatlicher Seite behindert und kriminalisiert. Das betrifft auch die  
36 politischen Stiftungen und ihre Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen vor Ort.

37 Entwicklungspolitik darf nicht für Abschottungsmaßnahmen oder militärische Zwecke  
38 missbraucht werden, sondern muss klar partnerschaftlich vereinbarten Zielen wie der  
39 Korruptionsbekämpfung, Stärkung staatlicher Strukturen, Reduzierung sozialer Ungleichheit,

40 Hungerbekämpfung und globaler Entwicklung dienen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter  
41 und die Durchsetzung der Frauenrechte sind dabei entscheidende Faktoren. Das inzwischen fast  
42 50-jährige und oft wiederholte Versprechen, 0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für die  
43 weltweite Entwicklung bereitzustellen, müssen wir endlich einlösen, genauso wie eine  
44 verlässliche humanitäre Hilfe für Menschen in Not sowie ein stärkeres finanzielles und  
45 personelles Engagement im Rahmen der VN, der EU und der OSZE. Die Auswärtige Kultur- und  
46 Bildungspolitik übernimmt beim Dialog zwischen und mit verschlossenen Gesellschaften eine  
47 wichtige Rolle. Wir wollen sie deshalb stärken.

48 Trotz der akuten Krisen im Nahen und Mittleren Osten dürfen Deutschland und die EU auch eine  
49 Friedenslösung im Nahostkonflikt nicht aus dem Blick verlieren. Wir Grünen setzen uns  
50 weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um den Fortbestand Israels als demokratischen  
51 Staat sowie die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates  
52 Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Wir bekennen uns zu der  
53 besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel sowie seinem Existenzrecht  
54 und seiner Sicherheit in gesicherten Grenzen als Eckpfeiler deutscher Außenpolitik. Zugleich  
55 setzen wir uns ein für das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser in  
56 Selbstbestimmung, Frieden und Sicherheit frei von Besatzung unter Wahrung ihrer  
57 Menschenrechte in ihrem eigenen Staat zu leben. Wir lehnen jegliche Strategien auf beiden  
58 Seiten ab, die Völkerrecht brechen oder auf Gewalt und Konfrontation setzen sowie auf die  
59 fortgesetzte Schaffung von Fakten, die der Erreichung einer stabilen Zwei-Staaten-Regelung  
60 entgegenstehen.

#### 61 **Rüstungsexporte in Krisenregionen stoppen, Abrüstung voranbringen**

62 Der Verkauf von Waffen und Rüstungsgütern in Regionen mit Krisen und Konflikten verschärft  
63 diese meist, statt sie einzudämmen und zu lösen. So nähren deutsche Rüstungsexporte an  
64 Saudi-Arabien und andere kriegführende Parteien die Kriege im Nahen Osten, aber auch den  
65 sogenannten Drogenkrieg in Mexiko. Das wirtschaftliche Interesse einzelner Unternehmen  
66 übertrumpft dabei das humanitäre Interesse an Konfliktprävention und Konfliktlösung. Damit  
67 muss endlich Schluss sein. Deshalb werden wir mit dem Rüstungsexportgesetz gesetzlich  
68 verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an klare  
69 Kriterien geknüpft, massiv begrenzt und der Export in Staaten außerhalb von NATO und  
70 Europäischer Union unterbunden wird. Insbesondere Exporte in Konfliktgebiete und Länder, in  
71 denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sollen gesetzlich verboten werden. Auf  
72 europäischer Ebene brauchen wir sowohl eine stärker koordinierte Sicherheits- und  
73 Verteidigungspolitik als auch verstärkte Anstrengungen zur Rüstungskontrolle. Sie müssen  
74 streng und umfänglich parlamentarisch durch Bundestag und Europäisches Parlament  
75 kontrolliert sein.

76 Wer Frieden will, muss sich für weltweite Abrüstung engagieren und dabei mit eigenem  
77 Beispiel vorangehen. Weltweite Abrüstung muss ein Grundpfeiler der deutschen und  
78 europäischen Außenpolitik werden – gerade in unruhigen Zeiten. Wir kämpfen für eine Welt  
79 ohne Atomwaffen und dafür, sie völkerrechtlich durch eine internationale Konvention zu  
80 ächten. Es ist unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August 2016 gegen  
81 einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat. Wir Grünen fordern den  
82 Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Wir setzen uns auch für eine internationale  
83 Konvention für das Verbot autonomer Waffen und Kampfroborer ein und sind gegen die  
84 Anschaffung bewaffneter unbemannter Fluggeräte, also sogenannter bewaffneter Drohnen, für  
85 die Bundeswehr.

#### 86 **Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren**

87 Wir Grünen setzen auf die Stärke des Rechts statt auf das Recht des Stärkeren. Die  
88 Anerkennung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen ist eine Voraussetzung dafür. Die VN

89 sind aber nur so stark, wie ihre Mitgliedstaaten es erlauben. Deshalb setzen wir uns dafür  
90 ein, dass Deutschland sich im Rahmen der VN, ihrer Unterorganisationen sowie regionaler  
91 Organisationen wie der OSZE stärker finanziell und personell engagiert.

92 Wir sind davon überzeugt, dass dauerhafter Frieden nur politisch, nicht militärisch erreicht  
93 werden kann. Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Deswegen sind zivile  
94 Konfliktprävention und zivile Konfliktbearbeitung zentrale Anliegen grüner internationaler  
95 Politik. Sie sind heute wichtiger denn je und gehören ins Zentrum der deutschen  
96 Außenpolitik.

97 Wir erkennen jedoch an, dass es Situationen gibt, in denen zur Eindämmung von Gewalt, zur  
98 Verhinderung schwerer Menschenrechtsverletzungen und zur kollektiven Friedenssicherung der  
99 Einsatz von Militär geboten sein kann. Das Konzept der Schutzverantwortung der VN besagt,  
100 dass es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist, aktiv zu werden, wenn nationale  
101 Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, Menschen vor schweren  
102 Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei geht es um die Pflicht zur Prävention, die  
103 Pflicht zur Reaktion sowie die Pflicht zum Wiederaufbau. An erster Stelle muss immer die  
104 Prävention stehen, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. Militärische Gewalt darf  
105 nur das äußerste Mittel zur Eindämmung von Gewalt sein. Sie darf nur dann eingesetzt werden,  
106 wenn alle anderen Maßnahmen keine Aussicht auf Erfolg haben und das Völkerrecht den Rahmen  
107 vorgibt. Der Einsatz sollte eingebettet sein in klare Konzepte für die Zukunft des  
108 betroffenen Staates. Ein stabiler Frieden setzt deutlich mehr als ein Ende der Gewalt  
109 voraus.

110 Die Blockade des VN-Sicherheitsrats bei zentralen Entscheidungen muss durchbrochen und das  
111 Gremium wieder handlungsfähig werden. Wird der VN-Sicherheitsrat nicht aktiv, sollte die  
112 Generalversammlung der VN das Recht beanspruchen, mit qualifizierter Mehrheit den  
113 Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle friedenserzwingende Maßnahmen  
114 nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen. Gleichzeitig sollte der Sicherheitsrat so  
115 reformiert werden, dass sich das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten verbessert. Ein  
116 gemeinsamer europäischer Sitz wäre hier ein wichtiger Schritt.

117 Wir wollen auch in diesem Zusammenhang die Vereinten Nationen politisch und materiell  
118 stärken und unterstützen. Hierin sehen wir, neben der Landesverteidigung, auch eine wichtige  
119 Aufgabe der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Jeder Kampfeinsatz  
120 erfordert ein Parlamentsmandat und darf nur im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit  
121 stattfinden. Dieser Parlamentsvorbehalt ist eine wichtige Vorgabe unserer Verfassung und  
122 darf nicht relativiert werden.

123 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

124 \_\_\_\_\_

125 **Versprechen halten: 0,7 Prozent des BIP für die ärmsten Länder**

126 Der Kampf gegen weltweite Armut und wirksamer Klimaschutz müssen Hand in Hand gehen. Wir  
127 wollen die Entwicklungsmöglichkeiten der ärmsten Länder ausbauen. Dazu gehört auch, dass  
128 sich diese Länder besser an die Folgen der Klimakrise anpassen können. Wir werden das Ziel,  
129 0,7 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen,  
130 endlich umsetzen. Damit Deutschland seine Zusagen bis 2021 einhält, werden wir die  
131 Entwicklungshilfe jedes Jahr erhöhen. Das wäre auch eine Politik, die Fluchtursachen  
132 bekämpft.

133 \_\_\_\_\_

134 **Für ein Rüstungsexportgesetz  keine Waffen in Krisenregionen**

135 Wir wollen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit einer hoch problematischen  
136 Menschenrechtsslage mit einem restriktiven und verbindlichen Rüstungsexportgesetz stoppen und  
137 die bisherige Gesetzeslage verschärfen. Die Federführung bei Rüstungsexportgenehmigungen  
138 wollen wir auf das Auswärtige Amt übertragen. Über die Exportgenehmigungen soll künftig die  
139 gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. In besonders heiklen Fällen soll der  
140 Bundestag vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Wir wollen  
141 Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um genehmigte  
142 Rüstungsexporte durch eine Klage überprüfen zu lassen. Auf europäischer Ebene kämpfen wir  
143 darum, eine europaweite Rüstungsexportkontrolle voranzubringen.

144

---

#### 145 **Für starke Vereinte Nationen - internationaler Schutzverantwortung gerecht werden**

146 Wir setzen auf eine Politik, die an den Menschenrechten und am Völkerrecht ausgerichtet ist.  
147 Der zentrale Akteur auf globaler Ebene sind die Vereinten Nationen. In den bestehenden  
148 Strukturen und ihrer derzeitigen Ausstattung können sie den wachsenden globalen  
149 Herausforderungen nicht mehr gerecht werden. Dazu gehört die Prävention und zivile  
150 Konfliktlösung. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) muss angesichts der  
151 rasant wachsenden Flüchtlingszahlen auf der Welt lebensrettende Aufgaben besser wahrnehmen  
152 können. Und die internationale Gemeinschaft muss aktiv werden, wenn nationale Regierungen  
153 nicht in der Lage oder willens sind, ihre Bürger vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu  
154 schützen. Wir wollen die Vereinten Nationen deshalb stärken, die Schutzverantwortung auch  
155 wirklich wahrnehmen zu können. Deshalb wollen wir Reformen in den Strukturen der Vereinten  
156 Nationen anstoßen und wir wollen sie besser ausstatten, personell und materiell.

157

---

## **WB-WH-01** Wir machen den Welthandel fair

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir machen den Welthandel fair**

1 Die Globalisierung ist durch drastische Widersprüche geprägt. Sie macht die Beziehungen und  
2 den Austausch zwischen Ländern enger. Nie war es so einfach, in ferne Länder zu reisen. Vom  
3 Aufstehen bis zum Schlafengehen umgeben uns Produkte, die es ohne weltweiten Handel nicht  
4 gäbe. Auch Wissenschaft und Kultur befruchten sich durch internationalen Austausch.  
5 Deutschland profitiert von offenen Märkten. Hunderte Millionen Menschen in Asien, Afrika und  
6 Südamerika konnten auch durch eine gesteuerte Integration in die Weltwirtschaft extreme  
7 Armut überwinden.

8 Doch die Globalisierung hat eben auch eine anarchische, ungerechte und brutale Seite. In  
9 vielen ärmeren wie reicheren Ländern werden Menschen in einer globalen Wertschöpfungskette  
10 ausgebeutet oder gegeneinander ausgespielt. Wohlstandsgewinne sind sehr ungleich und  
11 ungerecht verteilt – zwischen Staaten und innerhalb von Staaten. Die Zerstörung unserer  
12 natürlichen Lebensgrundlagen hat sich durch die Globalisierung beschleunigt. Und die  
13 entfesselten internationalen Finanzmärkte und große Konzerne haben einen zu großen Einfluss  
14 auf politisches Handeln gewonnen. Deswegen ist unser Ziel, die Globalisierung auch durch die  
15 Stärkung globaler Institutionen gerechter zu gestalten; zum Beispiel indem wir die  
16 internationalen Finanzströme besser regulieren (à Kapitel: Wir teilen den Wohlstand  
17 gerechter) und auch indem wir den internationalen Handel neu gestalten.

18 Hunderttausende Menschen in Deutschland und anderen Ländern Europas haben in den letzten  
19 Jahren gegen TTIP, TISA und CETA, gegen eine Fortsetzung der neoliberalen Globalisierung von  
20 oben demonstriert. Wir kämpfen an ihrer Seite.

21 Sowohl der nationalistische Weg, den Schattenseiten der Globalisierung mit Abschottung zu  
22 begegnen, als auch der neoliberale Weg, Globalisierung ohne Regulation zu forcieren, führt  
23 in den Abgrund. Wir stehen für einen anderen Weg – den Weg friedlicher und offener  
24 Kooperation. Gerechter globaler Handel kann dafür sorgen, dass die Vorteile der  
25 Globalisierung mehr Menschen zu Gute kommen.

26 Als exportorientierte Volkswirtschaft hat Deutschland eine besondere Verantwortung.  
27 Deutschland muss deshalb dazu beitragen, dass die Europäische Union als der größte  
28 Binnenmarkt selbstbewusst eine führende Rolle bei der Regulierung des Welthandels einnimmt  
29 und zeigt, wie fairer Handel möglich ist. Den brauchen wir für eine sozial-ökologische  
30 Transformation.

#### **Gerechte Regeln für die Welt**

32 Um Handel fair zu gestalten, müssen Regeln von allen Ländern gemeinsam verhandelt werden,  
33 also multilateral. Das muss im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) geschehen. Denn  
34 sonst machen die mächtigen Länder die Spielregeln und die Armen haben das Nachsehen. Damit  
35 das gelingt, muss die WTO grundlegend reformiert und unter dem Dach der Vereinten Nationen  
36 neu belebt werden.

37 Mit der Verabschiedung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und dem  
38 Abschluss des Pariser Klimaschutzabkommens hat die Weltgemeinschaft zentrale Zielmarken zur

39 Bekämpfung von Hunger und Armut, zur Reduzierung von globaler Ungleichheit und für den  
40 Erhalt unsere ökologischen Lebensgrundlagen gesetzt. Die Industriestaaten können und müssen  
41 dabei im Sinne einer fairen Lastenteilung vorangehen.

42 Diese Zielmarken müssen auch für die Gestaltung des Welthandels und eine Reform der WTO  
43 gelten.

44 So sollen alle am Welthandel Teilnehmenden die Kernarbeitsnormen der Internationalen  
45 Arbeitsorganisation (ILO) einhalten. Vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt muss Arbeit  
46 menschenwürdig sein und der weltweite Wettbewerb um die niedrigsten Löhne aufhören. Wir  
47 haben das Ziel, in Zukunft sowohl mit entwickelten wie auch sich entwickelnden Staaten eine  
48 neue Generation von fairen Handelsabkommen auszuhandeln. Durch ein Race to the Top von immer  
49 höheren globalen Standards werden wir gute Arbeit garantieren und lokale Wertschöpfung  
50 erhalten. Wir setzen damit in den fairen Handelsabkommen neben klassischen Handelsfragen  
51 auch soziale und ökologische Standards - also unter anderem Regeln zur Vermeidung von  
52 Steuerhinterziehung, für die Korruptionsbekämpfung, die Implementierung von internationalen  
53 Sozial-, Klima- und Umweltnormen sowie die freie Gewerkschaftsbildung. Alle sind  
54 gleichwertig einklagbar und sanktionierbar.

55 Die „Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer“ (G20) muss ebenfalls für eine  
56 faire Globalisierung eintreten. Auch wenn sie langfristig an die Vereinten Nationen  
57 rückgebunden werden sollte, kann es doch hilfreich sein, wenn die wirtschaftlich starken  
58 Länder zusammenkommen, um über internationale Regeln zu beraten. Den Impulsen der G20 zur  
59 Trockenlegung von Steuersümpfen und zur Kontrolle internationaler Finanzmärkte müssen aber  
60 auch Taten folgen. Die nächste Bundesregierung muss nicht nur weiter ambitionierte Ziele im  
61 Rahmen der G20 vorantreiben, sondern auch verbindliche Umsetzungsmechanismen über die  
62 multilateralen Organisationen etablieren.

63 Jährlich sterben mehr Menschen an Hunger als an AIDS, Malaria und Tuberkulose zusammen  
64 genommen. Wir werden den Kampf gegen den Hunger in der Welt fortführen, indem wir gegen die  
65 exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen und weiter auf eine dezentrale  
66 Landwirtschaft setzen.

#### 67 **Neustart bei den derzeitigen Handelsabkommen**

68 TTIP, CETA, TiSA oder andere Abkommen dieser Art sind so umstritten, weil hier die Rechte  
69 der Bürgerinnen und Bürger zur Verhandlungsmasse wurden. Wir Grünen lehnen diese Abkommen in  
70 ihrer jetzigen Form ab. Einige wenige große, länderübergreifende Konzerne profitieren,  
71 kleine und mittlere Unternehmen haben das Nachsehen. Deshalb demonstrieren dagegen  
72 Kleinbauern und -bäuerinnen in Burkina Faso genauso wie der bäuerliche Familienbetrieb in  
73 Baden-Württemberg. Dabei sollten faire Handelsabkommen Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz  
74 sowie Arbeitsnormen nicht schwächen, sondern international sichern und ausbauen.

75 Viele Kommunen fürchten, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in Handelsabkommen nicht  
76 ausreichend geschützt wird. Hier geht es um Krankenhäuser, die Wasserversorgung oder um die  
77 kulturelle Vielfalt. Wenn Ausnahmen für öffentliche Dienstleistungen nicht klar definiert  
78 sind, garantieren sie keinen ausreichenden Schutz. Vor allem sind diese Dienstleistungen  
79 nicht vom Investitionsschutz ausgenommen – Klagen gegen die kommunale Daseinsvorsorge vor  
80 einem Schiedsgericht würden so möglich.

81 Wir Grünen fordern, das Vorsorgeprinzip in allen Handelsverträgen zu verankern. Dieses  
82 Prinzip stellt sicher, dass Produkte bei uns erst auf den Markt dürfen, wenn klar ist, dass  
83 sie unbedenklich sind. Es sorgt dafür, dass in der EU zum Beispiel 1.300 Substanzen nicht  
84 für den Einsatz in Kosmetika zugelassen sind. Gentechnisch veränderte Lebensmittel, Asbest  
85 oder Hormonfleisch sind verboten. Sogenannte Investor-Staat-Schiedsverfahren oder ein  
86 Investitionsgerichtssystem (ICS) sehen Klageprivilegien für Konzerne vor. Wir wollen

87 nicht, dass demokratisch beschlossene Gesetze wie etwa der Atomausstieg oder Regeln für  
88 Aufdrucke auf Zigarettenpackungen dadurch unterlaufen werden. Für solche Verfahren gibt es  
89 keine Begründung. Sonderklagerechte für Investoren und große Konzerne lehnen wir entschieden  
90 ab. Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der  
91 Vereinten Nationen ein, der auch auf soziale, menschenrechtliche, umwelt- und klimarelevante  
92 völkerrechtliche Verpflichtungen achtet.

### 93 **Fairer Handel bringt Chancen für ärmere Länder**

94 Fairer Handel kann eine nachhaltige Entwicklung in Gang setzen. Wenn wir Entwicklungsländern  
95 Raum lassen, durch Zölle und Quoten ihre Märkte zu schützen, können sie ihre heimische  
96 Wirtschaft aufbauen. Im Moment aber stoßen wir dem globalen Süden die Leiter weg, auf der  
97 wir selbst unser heutiges Entwicklungsniveau erklimmen haben. Subventionierte Importe aus  
98 Europa können ganze Branchen in Entwicklungsländern zerstören. So hat zum Beispiel der  
99 europäische Export von Milchpulver, Tomaten oder Hähnchenteilen die heimische Produktion in  
100 Westafrika verdrängt. Die bestehenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den Ländern  
101 Afrikas, der Karibik und des Pazifik sind nicht fair. Die EU sollte für Entwicklungsländer  
102 Zölle auf verarbeitete Produkte senken, damit diese ihre Wirtschaften breiter aufstellen und  
103 mehr Gewinn im Land halten können. Das schafft vor Ort Perspektiven jenseits von  
104 Günstlingswirtschaft, Korruption oder der gefährlichen Flucht nach Europa.

105 Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns. Die  
106 europäischen Staaten haben beschlossen, die Verantwortung und Sorgfaltspflichten verbindlich  
107 zu regeln. Das ist ein hoffnungsvoller Schritt, doch es kann nicht der letzte sein. Die  
108 gesamte Lieferkette muss gesetzlich verbindlich offengelegt werden. Selbstverpflichtungen  
109 von Unternehmen wie im „Textilbündnis“ der Großen Koalition sind oft wirkungslos und reichen  
110 nicht aus. Um fair produzierten Produkten aus der Nische zu helfen, fordern wir Grünen eine  
111 bessere Kennzeichnung. So soll für Kundinnen und Kunden sofort erkennbar sein, welches  
112 Produkt echte Entwicklungschancen schafft.

### 113 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

114

---

#### 115 **Neustart für faire Handelsabkommen**

116 Handelsabkommen, die anders als TTIP und CETA, transparent verhandelt wurden und an  
117 sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind, können eine  
118 gerechte Globalisierung fördern. Sie sollten Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz sowie  
119 Arbeitsnormen international sichern. Wir fordern, das Vorsorgeprinzip in allen  
120 Handelsverträgen zu verankern, und dabei kommunale Daseinsvorsorge, öffentliche und soziale  
121 Dienstleistungen sowie Kultur auszunehmen. Statt Klageprivilegien für Konzerne fordern wir  
122 einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen. Er soll auf  
123 völkerrechtliche Verpflichtungen sowie die ILO-Kernarbeitsnormen achten. Wir wollen  
124 multilaterale Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) wieder stärken.

125

---

#### 126 **Lieferketten offenlegen für mehr Transparenz**

127 Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns.  
128 Lieferketten müssen gesetzlich verbindlich offengelegt werden. Selbstverpflichtungen von  
129 Unternehmen wie im „Textilbündnis“ der Großen Koalition sind oft wirkungslos und reichen  
130 nicht aus. Wir wollen Opfern von Menschenrechtsverletzungen, die durch Unternehmen  
131 verursacht wurden, zivilrechtliche Klagemöglichkeiten eröffnen. Beim Verstoß gegen diese  
132 Sorgfaltspflichten drohen den Unternehmen Sanktionen.

133

---

134 **Hunger bekämpfen - Exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln eindämmen**

135

136 Noch immer hungern weltweit etwa 800 Millionen Menschen, die meisten davon in Südasien und  
137 Afrika. Für die Ärmsten der Armen wird der Preis von Nahrungsmitteln schnell zur  
138 Überlebensfrage. Doch Spekulationen mit Nahrungsmitteln führen zu Hunger und Leid. Das  
139 wollen wir eindämmen. Dazu begrenzen wir die Menge, die ein einzelner Akteur von einem  
140 Produkt am Markt kaufen darf. Um dem Hunger in der Welt wirksam zu begegnen, setzen wir uns  
141 weiterhin ein für eine dezentrale Landwirtschaft, die agrarökologische Prinzipien in den  
142 Vordergrund stellt. Sie gewährleistet die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Bäuerinnen und  
143 Bauern, schützt die Biodiversität und unterstützt die regionalen Wirtschaftskreisläufe.

144

---



## **WB-FU-01** Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge**

1 Die Zahl der Menschen auf der Flucht wächst von Jahr zu Jahr. Weltweit sind über 60  
2 Millionen Menschen auf der Suche nach Schutz für sich und ihre Familien. Menschen fliehen  
3 vor Krieg, politischer Vertreibung und Gewalt, immer häufiger auch vor den Folgen der  
4 Klimakrise und Umweltzerstörung. Wir erleben die große Herausforderung der Fluchtbewegung an  
5 den Grenzen Europas genauso wie hierzulande. Doch die meisten Menschen fliehen in Regionen  
6 nahe ihrer Heimat, in der Hoffnung, zurückkehren zu können.

7  
8 Aber Flucht ist etwas anderes als Einwanderung. Menschen sind schon immer gewandert.  
9 Menschen auf der Flucht brauchen Sicherheit und unsere Hilfe. Für Menschen, die aus freien  
10 Stücken in Deutschland leben und arbeiten möchten, braucht es Regeln wie ein  
11 Einwanderungsgesetz (à Kapitel: Wir gestalten unser Einwanderungsland).

12 Unser Land hat in einer Zeit, wo andere Staaten sich weggeduckt haben, vielen Menschen  
13 Zuflucht geboten. Wo einige tausende gegen Flüchtlinge gehetzt haben, haben Millionen  
14 Menschen geholfen und dadurch gezeigt, wie stark die Zivilgesellschaft in Deutschland ist.  
15 Auch die Mitarbeitenden in Verwaltungen und Institutionen sind über sich hinausgewachsen.  
16 Viele Menschen in Deutschland haben selbst eine Fluchtgeschichte oder kennen die ihrer  
17 Eltern und Großeltern nur zu gut.

18 Die deutsche Bundesregierung hat zuerst mit großer Humanität reagiert. Dafür hatte sie  
19 unsere Unterstützung. Doch leider hat sie sich von dieser Politik abgewendet. Das Asylrecht  
20 hat sie massiv verschärft, und zusammen mit anderen europäischen Regierungen betreibt sie  
21 die Abschottung Europas. Während Trump plant, eine Mauer zu bauen, versteckt sich Europa  
22 mittlerweile hinter Zäunen und Stacheldraht. Diese Abschottung ist nicht nur unmenschlich.  
23 Sie verschärft auch auf Dauer die Probleme.

24 Wir wollen nicht zurück zur Situation des Jahres 2015. In der die Mitarbeiterinnen und  
25 Mitarbeiter der Kommunen an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit waren, in dem tausende  
26 Flüchtlinge nicht wussten, wo nun ihre neue Heimat ist, in dem mancher Flüchtling fünfmal  
27 und andere gar nicht registriert wurden. Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt, wir  
28 wollen geregelte Verfahren und eine Kontrolle der europäischen Außengrenze. Nicht jeder, der  
29 zu uns kommt, bleiben kann.

30 Das Asylrecht der Bundesrepublik ist eines der liberalsten der Welt - auch als Lehre aus der  
31 deutschen Geschichte. Das Grundrecht auf Asyl werden wir entschlossen verteidigen. Das  
32 Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Wir lassen nicht zu, dass sich Europa  
33 seiner Probleme entledigt, indem es Flüchtlinge in den Lagern Nordafrikas verelenden lässt.  
34 Denn für uns ist eines klar: Flüchtlinge sind keine Ströme, Lawinen oder Wellen, es sind  
35 Menschen. Menschen wie wir, mit Hoffnungen und Sorgen, mit Kindern und Familien, aber einem  
36 Schicksal, das es weniger gut mit ihnen meinte als mit uns.

37 Wir wollen eine aktive Flüchtlingspolitik betreiben, die für Menschen auf der Flucht sichere  
38 Wege schafft, Asylverfahren künftig binnen weniger Wochen durchführt, damit lange  
39 Wartezeiten für Asylsuchende ein Ende haben, und diejenigen, die in Deutschland bleiben, gut  
40 integriert.

41 **Unser Plan für eine aktive Flüchtlingspolitik**

42 Für uns besteht eine Flüchtlingspolitik aus vier Schritten. Erstens machen wir ernst mit der  
43 Bekämpfung von Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist eine, die Flucht unnötig  
44 macht.

45 Zweitens sorgen wir durch legale Wege dafür, dass Flüchtlinge nicht länger ihr Leben in die  
46 Hände krimineller Schlepperbanden legen müssen. Dafür wollen wir zum einen großzügige  
47 Kontingente schaffen, die Flüchtlingen direkt aus den Flüchtlingslagern in den  
48 Anrainerstaaten die legale Flucht nach Europa ermöglichen.

49 Der dritte, entscheidende Punkt sind schnelle, faire und rechtsstaatlich einwandfreie  
50 Verfahren. Es muss schnell Klarheit darüber geschaffen werden, ob ein Asylantrag anerkannt  
51 wird oder nicht. Erstversorgung und Unterbringung bis zur Verteilung sowie die  
52 Identifizierung, die Registrierung und die Weiterverteilung der Schutzsuchenden auf die  
53 Mitgliedstaaten sollten nach Möglichkeit bereits in den europäischen Hot Spots durchgeführt  
54 werden. Hot Spots dürfen keine Flüchtlingslager werden. In ihnen muss eine menschenwürdige  
55 Unterbringung gewährleistet werden, die insbesondere Rücksicht nimmt auf die Bedürfnisse von  
56 Kranken und Kindern. Mit schnellen Verfahren und schneller Rückkehr können wir am Ehesten  
57 verhindern, dass sich Menschen ohne Aussicht darauf in Deutschland bleiben zu können, auf  
58 den Weg machen. Bei denen, die nicht bleiben können, hat für uns die Förderung der  
59 freiwilligen Rückkehr den Vorrang vor Abschiebungen. Inakzeptabel sind dabei für uns  
60 Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen wie Afghanistan und Sammelabschiebungen, bei  
61 denen das Schicksal des Einzelnen keine Rolle mehr spielt.

62 Viertens werden wir diejenigen, die bleiben, gut aufnehmen und tatkräftig dabei  
63 unterstützen, unsere Sprache zu lernen, eine Wohnung und eine Arbeit zu finden, um  
64 schließlich hier eine neue Heimat finden zu können.

65 **Fluchtursachen bekämpfen**

66 Die beste Flüchtlingspolitik ist und bleibt diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre  
67 Heimat verlassen zu müssen. Eine Politik, die daran arbeitet, Perspektiven vor Ort zu  
68 schaffen. Dazu muss Europa mehr zur Bewältigung der Krisen und Kriege in seiner  
69 Nachbarschaft beitragen. Europa muss intensiver als bisher an einer Friedenslösung für  
70 Syrien arbeiten, damit Menschen dort wieder eine Lebensperspektive haben. Humanitäre Hilfe  
71 gehört unmittelbar dazu. Vor allem aber gilt: Ebenso wichtig wie Leid zu lindern ist es,  
72 Leid zu verhindern. Zivile Krisenprävention muss daher ein zentrales Feld grüner  
73 Außenpolitik bleiben.

74 Flucht hat ihre Ursachen auch in globaler Ungerechtigkeit, Korruption und schlechten  
75 Lebensbedingungen aufgrund der Klimaerhitzung. Insbesondere in afrikanischen Ländern sind  
76 die Auswirkungen der globalen Erhitzung drastisch. In einer solchen Situation können wir es  
77 uns nicht leisten, weniger als die vereinbarten 0,7 Prozent des Bundeshaushaltes für  
78 Entwicklungshilfe auszugeben. Klimapolitik ist Fluchtursachenbekämpfung. Wer mit der Kürzung  
79 von Entwicklungshilfegeldern droht, verstärkt die Gründe von Flucht.

80 Um Menschen zu helfen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, muss die deutsche  
81 humanitäre Hilfe in einer krisenhaften Zeit wie dieser auf weit über eine Milliarde Euro  
82 stabilisiert werden und UN-Hilfsorganisationen wie das World Food Programme brauchen zudem  
83 eine dem Bedarf entsprechende stabile Finanzierung. Länder wie Jordanien, Türkei, Pakistan,  
84 Libanon, Äthiopien oder Kenia nehmen weltweit die meisten Flüchtlinge auf. Die  
85 internationale Gemeinschaft darf diese Länder nicht im Stich lassen.

86 **Für eine menschliche und solidarische europäische Flüchtlingspolitik**

87 Alle europäischen Staaten müssen ihrer Verantwortung in Europa und der EU gerecht werden.  
88 Europa hat in seiner langen Geschichte bewiesen, dass es mit den Folgen von Flucht und  
89 Vertreibung umgehen und Menschen eine neue Heimat bieten kann. Eine menschliche  
90 Flüchtlingspolitik muss die Beseitigung von Fluchtursachen, die Schaffung legaler Fluchtwege  
91 nach Europa und die Seenotrettung im Fokus haben. Wir kämpfen für eine  
92 menschenrechtskonforme und rechtsstaatliche EU-Flüchtlingspolitik, die sich durch einen  
93 fairen Zugang zum Asylverfahren auszeichnet. Bei der Verteilung von Flüchtlingen zwischen  
94 den Mitgliedstaaten der Union, durch die Grenzstaaten wie Italien und Griechenland entlastet  
95 werden sollen, muss sowohl den Interessen der Aufnahmestaaten als auch denen der Flüchtlinge  
96 Rechnung getragen werden. Wir wollen europaweit einheitlich gute Asylverfahren mit hohen  
97 Standards implementieren. Dafür braucht es einen funktionierenden Verteilungsmechanismus und  
98 mehr Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten.

99 Nach unserem Verständnis der europäischen Werte und der Solidarität ist es Aufgabe aller 27  
100 Mitgliedstaaten, Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Bisher ist es ein großes Problem der  
101 Flüchtlingspolitik, dass sich einige EU-Staaten dieser Solidarität verweigern. Für dieses  
102 Dilemma gibt es kein Patentrezept. Wir glauben aber, dass wir etwas bewegen können, wenn  
103 Deutschland an anderen Stellen der Europapolitik mehr auf die Bedürfnisse anderer  
104 europäischer Staaten eingeht.

105 Zur Not kann das auch bedeuten, dass sich nur einzelne Staaten innerhalb der EU im Sinne  
106 einer offenen Flüchtlingspolitik koordinieren - aber eine dauerhafte Lösung ist das nicht.  
107 Die gegenwärtige Abschottungspolitik der EU und vieler nationaler Regierungen gegenüber  
108 Flüchtlingen ist menschenrechtlich verheerend, beschädigt die europäische Wertegemeinschaft,  
109 verstärkt nationale Egoismen und bietet in keiner Weise Lösungen für die Fluchtursachen. EU-  
110 Länder, die sich einer aktiven Aufnahme und den Standards für die Versorgung und die  
111 Verfahren der Flüchtlinge verweigern, müssen die finanziellen Aufwendungen der anderen  
112 Mitgliedstaaten mit tragen.

113 Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei ist falsch. Er schirmt Europa nicht nur vor  
114 Verantwortung, sondern Präsident Erdogan auch vor Kritik ab. Europa hat sich dadurch  
115 gegenüber der Türkei erpressbar gemacht. Statt die Grenzen dicht zu machen, setzen wir auf  
116 sichere Zugangswege nach Europa, etwa durch ein großzügiges EU-Kontingent bei der Aufnahme  
117 von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei. Zudem müssen Deutschland und die EU ihre  
118 humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge in der Türkei ausbauen.

119 Die falsche Politik des EU-Türkei-Deals darf keine Blaupause für neue Abkommen mit Staaten  
120 in Afrika und dem Nahen Osten sein. Derzeit bemühen sich die europäischen Regierungen darum,  
121 eine Reihe weiterer solcher Abkommen zu schließen und die Grenzen damit schon weit vor  
122 Europa in Afrika und im Nahen Osten zu schließen. Wir Grünen sind hingegen der Überzeugung,  
123 dass stärkere Wirtschaftsbeziehungen, Austauschprogramme und zivilgesellschaftliches  
124 Engagement ein besseres Modell sind, um mit nordafrikanischen Staaten in eine  
125 Dialogpartnerschaft zu treten und - wo nötig - auch bei der Rückkehrpolitik gegenüber  
126 abgelehnten Asylbewerbern gemeinsame Lösungen zu finden.

### 127 **Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik für Deutschland**

128 Deutschland muss sich weiterhin seiner Verantwortung in der Flüchtlingspolitik stellen. Die  
129 Bundesregierung hat die Entwicklung hoher Flüchtlingszahlen insbesondere aus Syrien viel zu  
130 lange ignoriert und war insbesondere im Jahr 2015 an vielen Stellen überfordert. Ohne das  
131 starke Engagement der Bürgerinnen und Bürger, von Kommunen und Vereinen wäre die Aufnahme  
132 der vielen Bürgerkriegsflüchtlinge nicht möglich gewesen.

133 Im Herbst 2015 hatte Angela Merkel für die Aufnahme der Flüchtlinge unsere Unterstützung.  
134 Mittlerweile hat ihre Regierung das Asylrecht beispiellos verschärft. Der Regierungspolitik

135 liegt der Irrglaube zu Grunde, dass ein unattraktives Asylrecht Flucht verhindert. Wir  
136 halten auch die von der CDU/ CSU und SPD betriebene Ausweitung von „sicheren  
137 Herkunftsstaaten“ für falsch. Unsichere Staaten lassen sich nicht per Gesetz für „sicher“  
138 erklären. Gerade für Minderheiten wie Roma, LGBTIQ aber auch Oppositionelle oder  
139 Journalistinnen und Journalisten sind viele Länder oft nicht sicher.

140 Wir Grünen stehen für die uneingeschränkte Bewahrung des individuellen Grund- und  
141 Menschenrechts auf Asyl, das entspricht unserer Verantwortung in einer globalisierten Welt  
142 und ist für uns ein Gebot der Menschlichkeit. Mit uns wird es deshalb keine Obergrenze  
143 geben.

#### 144 **Faire und rasche Verfahren**

145 Wir wollen Asylverfahren künftig binnen weniger Wochen durchführen, damit lange Wartezeiten  
146 für Asylsuchende ein Ende haben. Aufnahmezentren in Baden-Württemberg und Thüringen zeigen  
147 beispielhaft, wie es gelingt, zügige und gleichzeitig für die Flüchtlinge faire Verfahren zu  
148 organisieren. Das wollen wir überall erreichen. Dafür haben wir das Fast & Fair-Verfahren  
149 entwickelt. Der Antrag von Asylsuchenden soll beim Eintreffen in Deutschland sofort gestellt  
150 und sofort bearbeitet werden. Um die Verfahren qualitativ weiterzuentwickeln und um allen  
151 Asylantragstellerinnen und -antragsteller faire Verfahren zu ermöglichen, setzen wir darauf,  
152 dass verpflichtend unabhängige Rechtsberatung von Anfang an stattfindet.

153 Asylbewerberinnen und Asylbewerber, deren Anträge im Bundesamt für Migration und Flucht  
154 länger als ein Jahr im Verfahren sind, sogenannte Altfälle, sollen künftig eine  
155 Aufenthaltserlaubnis bekommen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass in asyl- und  
156 aufenthaltsrechtlichen Verfahren das Kindeswohl vorrangig berücksichtigt und kinderbezogene  
157 Fluchtgründe stärker anerkannt werden. Denn gerade die Lebenssituation der Kinder ist es,  
158 die Familien oftmals veranlasst, ihrer Heimat den Rücken zu kehren.

#### 159 **Die Integration von Flüchtlingen braucht gute Strukturen**

160 Für die Menschen, die hier Zuflucht finden, wollen wir ein Integrationsgesetz, das diesen  
161 Namen auch verdient. Zugang zu Sprachkursen für alle von Beginn an eine möglichst dezentrale  
162 Unterbringung von Geflüchteten und schneller Familiennachzug.

163 Menschen – insbesondere mit Kriegs- und Gewalterfahrungen – aufzunehmen ist eine  
164 Herausforderung für Neuankommende und Einheimische. Jeden Tag leisten viele Haupt- und  
165 Ehrenamtliche in unseren Kommunen Großartiges. Dieses Engagement muss flankiert werden von  
166 mehr professioneller Hilfe im Bereich psychosozialer Betreuung von Flüchtlingen. Wir wollen  
167 den Menschen das Ankommen erleichtern und ihnen unabhängig von Nationalität und  
168 vermeintlicher Bleibeperspektive das Recht auf einen Integrationskurs geben. Der  
169 Familiennachzug muss sofort wieder ermöglicht werden. Denn nur wer seine Nächsten in  
170 Sicherheit und in seiner Nähe weiß, kann sich auf die neue Heimat mit aller Kraft einlassen.  
171 Der grundgesetzlich garantierte, besondere Schutz gilt nicht nur für deutsche Familien.  
172 Flüchtlinge werden oft schon allein durch ihre Wohnsituation ausgegrenzt. Deswegen brauchen  
173 wir einen schnellen Wechsel von Massenunterkünften in Wohnungen und dafür ausreichend  
174 bezahlbaren Wohnraum. Der kommt allen zugute, genauso wie eine Bildungsoffensive für mehr  
175 gute Kindertagesstätten und Schulen. Menschen bringen nicht nur ihre Not, sondern auch ihre  
176 Fähigkeiten und ihre Motivation mit, wenn sie bei uns Zuflucht suchen. Deswegen wollen wir  
177 ihre Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller und großzügiger anerkennen, ein verlässliches  
178 Bleiberecht während und nach der Ausbildung schaffen und die Vorrangprüfung abschaffen, nach  
179 der deutsche Bewerberinnen und Bewerber bei Ausschreibungen bevorzugt werden müssen.  
180 Außerdem wollen wir die Beschränkungen aussetzen, die für Geflüchtete bei der Leiharbeit  
181 gelten. Geflüchtete Frauen können bisher zu wenig an den Angeboten der  
182 Arbeitsmarktintegration teilhaben. Dafür wollen wir niedrigschwellige Angebote schaffen – im

183 Bereich der Sprach- und Integrationskurse, als auch bei den Arbeitsagenturen. Dabei muss  
184 ausreichend Kinderbetreuung angeboten werden.

185 Wir setzen uns zudem für eine realitätstaugliche Bleiberechtsregelung und eine sichere  
186 Zukunftsperspektive für geduldete Menschen ein. Menschen ohne Aufenthaltsstatus sollen  
187 Zugang zu Gesundheit und Bildung erhalten. Wohnsitzauflage und Residenzpflicht für  
188 Flüchtlinge müssen wieder fallen. Das integrationsfeindliche Asylbewerberleistungsgesetz  
189 wollen wir abschaffen und die Gesundheitskarte für alle Geflüchteten einführen. Dafür muss  
190 der Bund den Ländern und Kommunen ausreichend Geld zur Verfügung stellen. In den grün  
191 regierten Ländern haben wir die Kommunen nicht alleingelassen, sondern massiv unterstützt.  
192 Frauen und Männer, die sich einer Zwangsverheiratung entziehen wollen, müssen ein  
193 eigenständiges und dauerhaftes Rückkehrrecht erhalten.

194 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

195

---

#### 196 **Das Sterben beenden, sichere und legale Fluchtwege schaffen**

197 Es muss sichere und legale Wege für Menschen auf der Flucht vor Krieg und Not geben.  
198 Menschen sollen nicht länger auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren oder an den Grenzen  
199 Europas in schlecht ausgestatteten Lagern ausharren müssen. Deswegen wollen wir die  
200 ausgesetzten Kontingente für Flüchtlinge und Seenotrettungsprogramme wieder einführen. Neben  
201 dem Asylrecht, das wir unangetastet lassen, werden wir ein großzügiges Aufnahmeprogramm (UN-  
202 Resettlement) des Bundes auflegen. Baden-Württemberg ist hier mit einem Kontingent für vom  
203 IS verfolgte Frauen und Kinder vorangegangen. Wir setzen uns dafür ein, humanitäre Visa  
204 einzuführen, die Menschen eine sichere Flucht ermöglichen.

205

---

#### 206 **Familien zusammenführen**

207 Sorge und Angst um die Liebsten sowie jahrelange Trennung von Familienangehörigen sind  
208 oftmals das größte Hindernis, in einer neuen Heimat anzukommen. Wir wollen deshalb die  
209 grausame und für die Integration hinderliche Aussetzung des Familiennachzugs für Geflüchtete  
210 wieder rückgängig machen. Auch für subsidiär geschützte Flüchtlinge wollen wir den  
211 Familiennachzug ermöglichen. Außerdem werden wir mehr Personal an den deutschen Botschaften  
212 einsetzen, um die Wartezeiten für Familienangehörigen-Visa zu verkürzen.

213

---

#### 214 **Integration von Flüchtlingen anpacken, Kommunen besser ausstatten**

215 Viele der Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg und Vertreibung suchen, können in  
216 absehbarer Zeit nicht in ihre Heimat zurückkehren. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, ihnen  
217 Perspektiven zu eröffnen. Die Grundlage dafür ist, dass sie schnellstmöglich an  
218 Integrations- und Sprachkursen teilnehmen können - ohne Einschränkung durch den  
219 Aufenthaltsstatus. Um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, wollen wir Ländern und Kommunen  
220 ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen, damit sie diese Herausforderungen gut  
221 bewältigen können. Nur wenn Integration von allen Ebenen gleichermaßen getragen wird, kann  
222 sie gelingen. Dieser Verantwortung wollen wir gerecht werden.

223

---

## **WB-EW-01** Wir gestalten unser Einwanderungsland

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir gestalten unser Einwanderungsland**

1 Schon immer hat Ein- und Auswanderung Deutschland geprägt und verändert, vor  
2 Herausforderungen gestellt und uns als Gesellschaft weitergebracht. In einem Europa der  
3 offenen Grenzen und in einer Welt, die durch Handel und Digitalisierung zusammengerückt ist,  
4 in der Krisen und Konflikte zunehmen, ist die Migration von Fachkräften und Arbeitssuchenden  
5 ein Teil unserer Realität.

6 Wir wollen diese Einwanderung vernünftig regeln und die Integration fördern, um das  
7 friedliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Religion zu  
8 sichern. Wir empfinden es als Reichtum, wenn wir in uns selbst, unseren Familien,  
9 Nachbarschaften und den Freundeskreisen unserer Kinder unterschiedlichen Kulturen begegnen.  
10 Für uns zählt nicht, woher ein Mensch kommt, es zählt, wo wo sie oder er hinwill. Wir kennen  
11 die Vorteile vielfältiger Gesellschaften: Sie entwickeln sich dynamischer und kreativer als  
12 solche in Abschottung.

13 Deutschland ist im Wettbewerb um den Zuzug von Fachkräften und um die besten Köpfe aus aller  
14 Welt bislang nur mäßig erfolgreich. Auch ist unser Aufenthaltsrecht nicht darauf  
15 eingestellt, die Folgen des demografischen Wandels durch die Einwanderung von Arbeitskräften  
16 zumindest abzumildern. Unser Einwanderungsrecht ist kompliziert, unübersichtlich und  
17 überholt.

#### **Ein modernes Einwanderungsrecht für ein modernes Einwanderungsland**

19 Wir Grünen haben einen Vorschlag vorgelegt, um das Einwanderungsrecht zu liberalisieren und  
20 zu entbürokratisieren, ohne die nachhaltige Entwicklung in anderen Ländern zu gefährden.  
21 Fachkräfte, deren Ideen und Motivation unser Land dringend braucht, sollen einfacher als  
22 bisher einen Arbeitsplatz in Deutschland suchen können. Wir werden Deutschland attraktiv  
23 machen für ausländische Studierende und Menschen, die in Deutschland eine berufliche  
24 Ausbildung absolvieren oder sich bei uns beruflich nachqualifizieren möchten. Sie sollen  
25 ebenso wie Asylsuchende und Geduldete ihren Aufenthaltsstatus einfacher ändern können, um  
26 sich dann als Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten einbringen zu können. Hier lebenden  
27 Migrantinnen und Migranten soll es möglich sein, sich länger im Ausland aufzuhalten (etwa  
28 aus beruflichen Gründen oder um sich im Herkunftsland zu engagieren), ohne ihren deutschen  
29 Aufenthaltstitel zu verlieren. Das ist eine zeitgemäße Einwanderungspolitik.

30 Wir wollen, dass ein Einwanderungsgesetz durch die Einrichtung eines eigenständigen  
31 Einwanderungs- und Integrationsministeriums flankiert wird, in dem alle migrations-,  
32 flüchtlings- integrations- und staatsangehörigkeitsrechtlichen Abteilungen zusammengefasst  
33 werden. Dies hat sich in grün-mitregierten Bundesländern bewährt.

#### **Mehr Integration wagen**

35 Integration stellt sowohl Anforderungen an die, die zu uns kommen, als auch an alle, die  
36 schon länger hier leben. Für die, die zu uns kommen, bedeutet Integration der Erwerb der  
37 deutschen Sprache, ein Zugang zu guter Bildung, die Eingliederung in den Arbeitsmarkt,

38 perspektivisch der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit sowie nicht zuletzt die  
39 Integration in die demokratische Wertegemeinschaft.

40 Wir wollen Einwanderinnen und Einwanderern attraktive Rahmenbedingungen anbieten, denn nur  
41 dann werden sie und ihre Familien sich für eine Zukunft in Deutschland entscheiden. Nur wer  
42 einen sicheren Aufenthaltsstatus bzw. eine Bleibeperspektive hat, findet die nötige  
43 Sicherheit, sich bei uns niederzulassen und sich ins politische und soziale Leben  
44 einzubringen. Wir werden für eine qualitativ hochwertige Sprachförderung sorgen, die das  
45 Ziel einer zeitnahen Eingliederung in den Arbeitsmarkt verfolgt. Wir wollen unbürokratische  
46 Möglichkeiten für den Mit- bzw. den Nachzug von Familienangehörigen. Das Bildungssystem  
47 werden wir so durchlässig gestalten, damit wir auch gegenüber Migrantinnen und Migranten das  
48 Versprechen eines sozialen Aufstiegs über gute Bildung einhalten können. Wir werden die  
49 Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller und großzügiger anerkennen und ein verlässliches  
50 Bleiberecht während und nach der Ausbildung schaffen.

51 Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, Religion und Kultur verlangt allen  
52 Anpassungsleistungen ab. Das Band, das eine Gesellschaft der Vielfalt eint und zusammenhält,  
53 ist unser Grundgesetz und seine Grundwerte. Bei der Akzeptanz von Grund- und Menschenrechten  
54 und der Freiheit anderer kann es für niemanden Rabatt geben, gleich ob jemand aus Damaskus  
55 oder aus Dresden kommt.

#### 56 **Mehr Demokratie für die Einwanderungsgesellschaft**

57 Wir wollen, dass aus Ausländern möglichst bald Inländer mit gleichen Rechten und Pflichten  
58 werden. Wir setzen uns für ein liberales Staatsbürgerschaftsrecht ein, das nicht nur  
59 schnelle Einbürgerungen, sondern auch das sogenannte Geburtsrecht sowie den Doppelpass  
60 ermöglicht. Wer in Deutschland geboren wird, ist für uns deutsch, wenn ein Elternteil einen  
61 legalen Aufenthaltstitel besitzt. Wir wollen die willkürliche Regelung, sich zwischen zwei  
62 Pässen entscheiden zu müssen, gänzlich abschaffen.

63 Einwanderinnen und Einwanderer sollen möglichst schnell und möglichst gleichberechtigt am  
64 wirtschaftlichen, am kulturellen, am gesellschaftlichen und am politischen Leben teilhaben  
65 können. Wir halten es daher für sinnvoll, dass auch Staatsangehörige eines Landes außerhalb  
66 der Europäischen Union (Drittstaat) mit ständigem Wohnsitz in Deutschland an kommunalen  
67 Wahlen teilnehmen können.

#### 68 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

69 \_\_\_\_\_

#### 70 **Ein Einwanderungsland braucht ein Einwanderungsgesetz**

71 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deshalb werden wir ein Einwanderungsgesetz vorlegen.  
72 Fachkräften ermöglichen wir ein Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche und schaffen dafür eine  
73 Einwanderungsquote mit Punktesystem. Auch ein möglicher Spurwechsel zwischen Asyl und  
74 Einwanderungsrecht hilft dabei, Fachkräfte zu gewinnen. So können Asylbewerber bei  
75 entsprechender Qualifikation eine Arbeitserlaubnis erhalten. Wir wollen bestehende  
76 Berufsabschlüsse besser anerkennen und die Arbeitsaufnahme in Deutschland erleichtern.

77 \_\_\_\_\_

#### 78 **Hier geboren, hier zu Hause ☒ für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht**

79 Ein zeitgemäßes Staatsbürgerschaftsrecht muss den Realitäten einer globalisierten Welt  
80 gerecht werden. Deshalb wollen wir den Erwerb der Staatsangehörigkeit nach dem  
81 Geburtsortprinzip verwirklichen. Wer in Deutschland geboren wird, ist deutsch, wenn sich ein  
82 Elternteil hier legal aufhält. Alle, die auch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen,  
83 müssen sich nicht mehr zwischen der einen oder der anderen entscheiden. Wir wollen

84 Einbürgerungen erleichtern. Alle Menschen, die ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht und  
85 ausreichende Deutschkenntnisse haben, sollen schneller einen Anspruch auf die deutsche  
86 Staatsangehörigkeit haben.

87

---

### 88 **Einwanderinnen und Einwanderern eine Stimme geben**

89 Demokratie und Beteiligung muss in einem Einwanderungsland entlang der Vielfalt der Menschen  
90 organisiert werden. Mehr Demokratie heißt für uns auch, dass mehr Menschen mitmachen und  
91 sich beteiligen dürfen. So wollen wir das kommunale Wahlrecht nach dem Wohnortprinzip regeln  
92 und nicht nach der Staatsbürgerschaft. Dann können auch diejenigen an kommunalen Wahlen  
93 teilnehmen, die keinen deutschen oder EU-Pass aber ihren ständigen Wohnsitz hier haben.  
94 Menschen, die hier leben, sollen auch mitbestimmen, wie wir zusammenleben.

95

---



## **FH-01** Freiheit im Herzen

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### Freiheit im Herzen

1 Deutschland ist heute ein weitgehend offenes und tolerantes Land. Die Menschen können selbst  
2 bestimmen, wie sie leben wollen. Sich in den vergangenen Jahrzehnten zu öffnen, hat  
3 Deutschland gut getan. Die Vielfalt ist ein Reichtum, die unser Land lebendig macht und  
4 wachsen lässt.

5 Doch diese offene Gesellschaft wird gerade massiv in Frage gestellt. Religiöse und  
6 politische Fanatiker fordern den Rechtsstaat mit terroristischen Anschlägen heraus.  
7 Rechtsnationale spalten die Menschen in ein völkisches „die“ und „wir“. Sie wollen zurück  
8 ins gesellschaftliche Vorgestern. Durch die sozialen Medien rollen Wellen von Hass und  
9 Hetze. Dagegen setzen wir Grünen: Keine Toleranz der Intoleranz! Wir kämpfen für Vielfalt,  
10 Offenheit und ein friedliches Zusammenleben. Wir werden überall da aktiv, wo der Rechtsstaat  
11 angegriffen wird. Denn nur ein starker Rechtsstaat gewährt Sicherheit und schützt die  
12 Freiheit.

13 Deutschland 2017 gründet auf Vielfalt und Gleichberechtigung. Mit uns gibt es keinen  
14 Rückfall in eine Gesellschaft, in der Richterinnen oder Automechanikerinnen nicht vorgesehen  
15 waren und alleinerziehende Eltern schief angeschaut wurden. Kein Zurück in eine Zeit, in der  
16 Männer, die Männer lieben, und Frauen, die Frauen lieben, zu einem öffentlichen Skandal  
17 wurden. Wir verteidigen unsere Demokratie und die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde,  
18 ganz gleich aus welcher Ecke Hass und Homophobie, Sexismus, Rassismus und Antisemitismus  
19 kommen.

20 Wir werden Freiheiten weiter ausbauen, Diskriminierung abbauen und die Gleichstellung in  
21 unserem Land vorantreiben. Denn immer noch wird heute einigen Menschen das Recht  
22 abgesprochen, gleichberechtigt dazuzugehören.

23 Deutschland ist ein sicheres Land. Wir wollen, dass es so bleibt. Wo Bedrohungslagen sich  
24 wandeln, reagieren wir mit einer Sicherheitspolitik, die wirksam neue Bedrohungen abwehrt,  
25 indem sie geltendes Recht effizient anwendet – statt mit politischen Placebos. Wir statten  
26 Polizei und Sicherheitsbehörden besser aus – mit mehr Personal, einer guten Aus- und  
27 Weiterbildung und zeitgemäßer Technik. Fehlerquellen werden wir schonungslos aufdecken und  
28 abstellen, Gesetze ändern wir dort, wo sie lückenhaft sind, nicht auf Verdacht. Wir schützen  
29 den öffentlichen Raum als Ort, in dem sich alle unbefangen und ohne Angst bewegen können.  
30 Wir sind überzeugt, dass ein starker Rechtsstaat gleichzeitig Bedrohungen effektiv abwehren,  
31 Grundrechte schützen und unsere Freiheit bewahren kann.

32 Wir wollen Humanität und Zusammenhalt stärken im Wissen, dass zu einer Demokratie der  
33 Kompromiss genauso gehört wie der Respekt voreinander. Unser Leitbild ist das Grundgesetz.  
34 Menschenwürde und die persönliche Freiheit des anderen zu achten, gleiche Rechte für Frauen  
35 und Männern sowie Religionsfreiheit und Religionskritik sind Fundamente unserer Demokratie.  
36 Die Rechte unseres Grundgesetzes gelten für jede und jeden gleichermaßen, ohne Einschränkung  
37 oder Relativierung. Sie zu schützen ist unsere Verpflichtung und eine Lehre aus den  
38 dunkelsten Kapiteln der deutschen Geschichte.

39 Demokratie lebt von Vertrauen. Vertrauen in diejenigen, die die Bürgerinnen und Bürger im  
40 Parlament vertreten sowie Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Wir wollen das  
41 Vertrauen in die politische Kultur stärken und zurückgewinnen. Wir stehen ein für faire  
42 Debatten, einen respektvollen Wettstreit um die besten Wege und eine erfolgreiche Suche nach  
43 Kompromissen.

## **FH-TV-01** Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung**

1 Unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert. In unseren Dörfern  
2 und Städten begegnen sich Menschen mit und ohne Glauben, verschiedenen Hautfarben und  
3 Geschlechtern. An unseren Schulen bringen Kinder unterschiedlichster Herkunft ihre  
4 Geschichten und Biografien ein. In Unternehmen arbeiten Junge und Alte, Frauen und Männer  
5 aus vielen Kulturen miteinander. Es gibt in unserem Land Familien, in denen über drei  
6 Generationen hinweg verschiedene Religionen und Sprachen durch Partnerschaft und Ehe  
7 zusammengekommen sind. Diese Vielfalt bereichert unser Land. Wir Grünen schauen auch hin,  
8 wenn Unterschiede zu Spannungen und Problemen führen. Ein friedliches Zusammenleben in  
9 Vielfalt muss gut organisiert werden, mit klaren und gleichen Regeln für alle. Das ist eine  
10 gemeinsame Aufgabe, die uns allen etwas abverlangt und von der wir alle profitieren.

11 Menschenfeindliche Ideologien verhindern Integration und gefährden den gesellschaftlichen  
12 Frieden – egal ob sie Rassismus, Islamismus, Antisemitismus oder Antiziganismus heißen.  
13 Solchen Angriffen stellen wir Grünen uns mit aller Entschlossenheit entgegen. Wir stehen für  
14 eine Gesellschaft, in der jede und jeder sicher und selbstbestimmt leben kann und die  
15 individuelle Freiheit sowie die persönliche Identität geschützt sind. Sie erfahren erst dort  
16 eine Grenze, wo die individuelle Freiheit anderer eingeschränkt wird. Unser Ziel ist eine  
17 inklusive Gesellschaft, die in ihrer Vielfalt zusammenhält und die Menschen vor  
18 Diskriminierung schützt. In der alle Menschen die gleichen Rechte und Pflichten haben, in  
19 der alle am sozialen und demokratischen Leben gleichberechtigt teilhaben können.

20 In einer offenen Gesellschaft müssen Konflikte friedlich und demokratisch ausgetragen  
21 werden. Deshalb wollen wir das Wissen über Demokratie in unseren Bildungseinrichtungen  
22 stärken. Wir fördern, dass sich in Sportvereinen, Museen, Theatern oder Behörden  
23 gesellschaftliche Vielfalt abbildet. Im Alltag kommt es immer noch oft zu Benachteiligungen  
24 gegenüber einzelnen Gruppen und Personen. Wir wollen daher das Allgemeine  
25 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) reformieren und ein Verbandsklagerecht einführen. Roma und  
26 Sinti sind seit Jahrhunderten in vielen Ländern Europas ganz besonders rassistischen  
27 Anfeindungen und Ausgrenzungen ausgesetzt – auch bei in Deutschland. Es wird Zeit, dass wir  
28 uns als Gesellschaft mit der Situation von Sinti und Roma ehrlich institutionell  
29 auseinandersetzen.

#### **Ein klarer Rahmen für das friedliche Zusammenleben der Religionen**

31 Eine vielfältige, offene Gesellschaft baut auf die Grundrechte des Grundgesetzes. Sie halten  
32 unsere Gesellschaft in ihrer Vielfalt zusammen und sichern das friedliche Zusammenleben.  
33 Dazu gehört, dass Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, Kultur und Weltanschauung  
34 selbstbestimmt leben und sich gegenseitig respektieren. Das gilt sowohl für diejenigen, die  
35 neu dazukommen, als auch für diejenigen, die schon lange hier leben.

36 Alle Menschen müssen die Freiheit haben, ihren Glauben zu leben, keinen Glauben zu haben  
37 oder gemeinsam einen Glauben zu pflegen – seien sie jüdisch oder christlich, muslimisch oder  
38 alevitisch, Humanist\*innen, Atheist\*innen oder frei von religiös-weltanschaulichem  
39 Bekenntnis. Religiöse Lehren, Praktiken und Traditionen dürfen kritisiert werden, auch in

40 der Kunst. Die Zahl der Menschen ohne organisierte religiöse Bindung ist gestiegen. Nicht  
41 nur ihnen, auch der wachsenden Vielfalt der Bekenntnisse in Deutschland wollen wir gerecht  
42 werden, etwa in der Wohlfahrtspflege oder der öffentlichen Trauerkultur.

43 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften können eine wichtige Säule einer lebendigen  
44 Demokratie sein. Viele Menschen engagieren sich aus ihrem Glauben heraus gemeinsam mit uns  
45 für Geflüchtete, eine saubere Umwelt, weltweite Gerechtigkeit oder gegen Armut in ihrer  
46 Nachbarschaft. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen  
47 Zusammenhalt.

48 Zu Pluralität und Demokratie gehört, dass sie sich Kritik und dem öffentlichen Diskurs  
49 stellen, eigene Ansichten nicht verabsolutieren und insofern nicht fundamentalistisch  
50 agieren. Egal wie wichtig es dem Einzelnen ist und um welches religiöses Bekenntnis es geht:  
51 Kein heiliges Buch steht über dem Grundgesetz. Religiösem Extremismus und Fanatismus stellen  
52 wir uns entschieden entgegen.

53 Für uns Grünen gehört auch der Islam zu Deutschland. Wir wollen islamische Gemeinschaften,  
54 die ihren Glauben als Teil der offenen Gesellschaft leben, mit Imamen und islamischen  
55 Religionslehrer\*innen, die an deutschen Hochschulen ausgebildet worden sind. Islamische  
56 Gemeinschaften können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die  
57 rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen: orientiert am religiösen Bekenntnis und nicht  
58 politisch oder sprachlich begründet. Sie können dann auch den Körperschaftsstatus erlangen  
59 und gegenüber den Kirchen gleichberechtigt werden. Die vier großen muslimischen Verbände  
60 DİTİB, Islamrat, Zentralrat der Muslime, V.I.K.Z. erfüllen aus grüner Sicht zum  
61 gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die vom Grundgesetz geforderten Voraussetzungen. Wenn sie sich  
62 neu aufstellen, können sie zu islamischen Glaubensgemeinschaften in Deutschland werden. Es  
63 ist jedoch inakzeptabel, dass Verbände aus dem Ausland gesteuert und zu politischen Zwecken  
64 bis hin zu Spitzeltätigkeiten genutzt werden.

### 65 **Endlich gleiche Rechte**

66 Die Eingetragene Lebenspartnerschaft hat die Akzeptanz von Lesben und Schwulen deutlich  
67 gestärkt, sie aber rechtlich nicht gleichgestellt. Deutschland ist hier der Zeit hinterher.  
68 Wir Grünen wollen die Ehe endlich für alle öffnen und gleichgeschlechtlichen Paaren die  
69 Adoption ermöglichen. Kinder aus allen Familienformen wollen wir gleichbehandeln und  
70 unterstützen.

71 Wir setzen uns für ein neues Transsexuellenrecht mit einfachen Verfahren zur Änderung des  
72 Vornamens und Berichtigung des Geschlechtseintrages ein. Wir wollen auch sicherstellen, dass  
73 geschlechtszuweisende und -anpassende Operationen an minderjährigen intersexuellen Menschen  
74 nur mit ihrer Einwilligung durchgeführt werden. Mit einem bundesweiten Aktionsplan für  
75 Vielfalt und gegen Homo- und Transphobie wollen wir Forschung, Prävention, Aus- und  
76 Fortbildung bei Polizei und Justiz sowie für eine sensible Opferhilfe verbessern. Bildungs-  
77 und Jugendpolitik soll Menschenrechtsbildung sowie Themen wie die Vielfalt sexueller  
78 Identitäten stärker berücksichtigen. In den Landesregierungen haben wir hier auch gegen  
79 Widerstände klare Akzente gesetzt, zum Beispiel mit den Bildungsplänen zur sexuellen  
80 Vielfalt in Baden-Württemberg und in Hessen.

### 81 **Barrierefrei und gleichberechtigt leben**

82 Wir Grünen streiten für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen  
83 selbstbestimmt leben und teilhaben können. Jede und jeder soll die Unterstützung erhalten,  
84 die jeweils benötigt wird. Inklusion ist ein Menschenrecht. Das Bundesteilhabegesetz der  
85 Großen Koalition erfüllt diesen Anspruch noch nicht. Menschen mit Behinderungen erleben  
86 immer wieder Einschränkungen: auf dem Bahnhof, wenn Fahrstühle fehlen, wenn die Kosten für  
87 Gebärdensprachdolmetschung nicht übernommen werden oder bei der Wahl des Wohnortes. Wir

88 wollen den Mehrkostenvorbehalt abschaffen und die Bedingungen für den Ausbau des  
89 selbständigen Wohnens mit Assistenz sowie des Betreuten Wohnens weiter verbessern.  
90 Integrationsunternehmen sollen ausgebaut werden als echte Alternativen zu den Werkstätten.  
91 Wer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten möchte, muss die dafür notwendige  
92 Unterstützung erhalten. Die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen  
93 mit Behinderungen muss endlich auch in Deutschland umgesetzt werden.

#### 94 **Für eine Drogenpolitik, die auf Prävention, Jugendschutz und Selbstbestimmung setzt**

95 Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik. Es ist längst klar, dass  
96 Kriminalisierung und Repression keine erfolgreichen Mittel gegen den Konsum und Missbrauch  
97 von Drogen sind. Die Ideologie geleitete Verbotstradition des Konsums von Cannabis  
98 verursacht mehr Probleme, als sie bekämpft. Statt sinnfreier Strafverfolgung, die zudem  
99 viele Millionen Euro kostet, setzen wir auf Prävention für Kinder und Jugendliche, eine  
100 Stärkung der Suchthilfe für Abhängige und eine strenge Regulierung von Cannabis für  
101 Erwachsene. Unser Cannabiskontrollgesetz weist den Weg, wie individuelle Freiheit für  
102 Erwachsene und strikter Jugendschutz in eine ausgewogene Balance gebracht werden können. Wir  
103 wollen einen Jugendschutz mit strengen Kontrollen, mehr Prävention und die Vermeidung von  
104 Gesundheitsrisiken für erwachsene Konsumenten durch Regulierung und Kontrolle der Qualität.

#### 105 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

106

---

#### 107 **Gleiche Rechte für gleiche Liebe – jetzt Ehe für alle öffnen!**

108 Ohne die volle Gleichstellung von homosexuellen Paaren bleibt jedes Reden über Toleranz  
109 heiße Luft. Für uns Grüne war es ein großer Erfolg, die eingetragene Lebenspartnerschaft  
110 einzuführen, aber noch sind wir nicht am Ziel. Noch immer bestehen Diskriminierungen. Wir  
111 wollen diese Ungleichbehandlung lesbischer und schwuler Partnerschaften beenden und  längst  
112 überfällig  die Ehe für alle Paare öffnen. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und  
113 gleiche Rechte.

114

---

#### 115 **Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen**

116 Wir wollen die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen stärken. Dafür werden wir die  
117 VN-Behindertenrechtskonvention konsequent umsetzen. Wir wollen, dass es keine Sonderwelten  
118 gibt, sondern Menschen mit und ohne Behinderung sich begegnen. Behinderte Menschen sollen  
119 freier darüber entscheiden können, wo und wie sie wohnen. Auch darüber, welche Assistenz,  
120 Pflege oder pädagogische Unterstützung sie möchten. Damit Werkstätten für Behinderte nicht  
121 die einzige Arbeitsmöglichkeit sind, unterstützen wir Menschen mit Behinderungen besser bei  
122 Bildung, Ausbildung und Arbeit.

123

---

#### 124 **Klare Regeln schaffen statt kriminalisieren – Cannabiskontrollgesetz einführen**

125 Für Anbau, Handel und Abgabe von Cannabis wollen wir ein klar geregeltes und kontrolliertes  
126 System schaffen. Dabei greifen – im Gegensatz zu heute – Verbraucher- und Jugendschutz sowie  
127 Suchtprävention. Inhaltsstoffe sollen zukünftig überwacht und Altersbeschränkungen  
128 eingehalten werden. Der Verkauf von Cannabis soll unter strenger Wahrung des Jugendschutzes  
129 durch lizenzierte private Verkäuferinnen und Verkäufer erfolgen. So trocken wir den  
130 Schwarzmarkt aus. Das entlastet Strafverfolgungsbehörden von zeitraubenden, kostspieligen  
131 und ineffektiven Massenverfahren. Therapie- und Hilfsangebote wollen wir bedarfsgerecht  
132 ausbauen.

## **FH-GB-01** Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit**

1 Die Hälfte der Macht den Frauen, das ist seit unserer Gründung unser Anspruch. Gemeinsam mit  
2 vielen mutigen, engagierten Frauen und so manchem Mann, der diese Zustände auch nicht  
3 akzeptieren wollte, haben wir Grünen in den vergangenen 35 Jahren einiges erreicht. Wir  
4 haben Themen in den Bundestag getragen, die zunächst verlacht und dann Jahrzehnte später  
5 doch umgesetzt wurden. Vergewaltigung in der Ehe ist heute strafbar. Diskriminierung ist  
6 verboten. Frauen sind heute oft sehr gut ausgebildet und beanspruchen selbstbewusst und  
7 selbstverständlich ihren Platz in vielen Bereichen unseres Zusammenlebens. Mädchen machen  
8 gute Schulabschlüsse. Wir haben Gesetze, die Hürden abbauen und Gleichberechtigung fördern.

9 Und dennoch glauben wir, dass es heute mehr denn je einen neuen feministischen Aufbruch  
10 braucht. Die Welle des Rechtsnationalismus, die über die USA und Europa rollt, richtet sich  
11 auch gegen die Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung von Frauen: In den USA  
12 regiert ein Präsident, der aus seiner Frauenverachtung keinen Hehl macht. In Polen konnte  
13 ein Gesetz gegen Abtreibung nur knapp verhindert werden. In Deutschland macht die AfD gegen  
14 Gleichstellung und Gender Mainstreaming mobil und will Frauen am liebsten wieder auf die  
15 Rolle am Herd reduzieren.

16 Wir wollen diesen alten und neuen Frauenfeinden keinen Millimeter nachgeben. Wir wollen  
17 nicht zurück in eine Gesellschaft, in der alleinerziehende Mütter schief angeschaut wurden  
18 und andere über das Leben von Frauen glaubten bestimmen zu können. Wir wollen stattdessen  
19 die noch bestehenden Ungerechtigkeiten beseitigen. Wir wollen mehr. Und unsere Gesellschaft  
20 kann mehr. Chancen, Macht, Geld und Zeit wollen wir endlich gerecht zwischen Frauen und  
21 Männern teilen. Pflegerinnen und Erzieherinnen werden schlecht bezahlt, vor allem schlechter  
22 als vergleichbare "Männerberufe". Das Dienstleistungsprekariat ist überwiegend weiblich. Das  
23 werden wir ändern, auch wenn es Zeit braucht. Anfangen müssen wir jetzt.

24 Wir wollen, dass Frauen endlich genauso viel verdienen wie Männer. Wir wollen Mädchen und  
25 Jungen die gleichen Chancen eröffnen. Wir wollen, dass niemand Frauen vorschreibt, wie sie  
26 zu leben haben, was sie werden wollen, wie sie sich kleiden – keine religiösen Ideologen,  
27 kein Staat, keine alten Patriarchen. Wir treten Gewalt gegen Frauen entgegen. Sexistische  
28 Bemerkungen, anzügliche Sprüche, körperliche Belästigung hat fast jede Frau schon erlebt.  
29 Das wollen wir nicht länger akzeptieren.

30 Wir kämpfen dabei für die Selbstbestimmung von allen Frauen. Wir wissen, dass es mehrfache  
31 Diskriminierungen gibt. Eine Frau Özlem hat größere Probleme auf dem Arbeitsmarkt als Frau  
32 Müller. Wir wollen, dass es jeder Frau möglich ist, so zu leben, wie sie es möchte. Wir  
33 wenden uns gegen alle Versuche, Frauenrechte zu missbrauchen, um die Angst von zugewanderten  
34 Menschen zu schüren oder für fremdenfeindliche Argumentationen zu instrumentalisieren.

#### **35 Die Hälfte der Kohle den Frauen!**

36 Uns Grünen geht es darum, dass Frauen und Männer so leben können, wie sie es wollen. Zu den  
37 Voraussetzungen gehört, dass Frauen am gesellschaftlichen Wohlstand, am Einkommen und  
38 Vermögen gleichberechtigt teilhaben. Da gibt es in Deutschland noch einiges zu tun. Mehr  
39 Frauen denn je sind berufstätig. Aber viel zu oft arbeiten sie in Minijobs oder prekärer

40 Beschäftigung. Sie verdienen weniger als Männer. Soziale Berufe, in denen überwiegend Frauen  
41 arbeiten, werden schlecht bezahlt. Die Renten vieler Frauen sind jetzt schon niedrig, und  
42 das wird sich in Zukunft eher noch verschlechtern. Das ist ungerecht. Und es schadet uns  
43 allen. Grüne Frauenpolitik unterstützt Frauen darin, wirtschaftlich unabhängig zu sein und  
44 sich im Job zu verwirklichen. Denn wer eigenes Geld verdient, kann sein Leben selbst  
45 gestalten.

46 Wir wollen ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz, das auch für kleine Betriebe gilt. So  
47 können Tarifverträge und Vereinbarungen auf Diskriminierung überprüft werden. Unser Ziel ist  
48 es Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln und dafür zu sorgen,  
49 dass die Beiträge durch Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander  
50 abgestimmt werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit  
51 Steuern und Abgaben nicht sprunghaft steigen. Und wir streiten dafür, typische Frauenberufe  
52 in der Erziehung, in der Pflege oder im Gesundheitssystem aufzuwerten und besser zu  
53 bezahlen.

54 Eine große Hürde für die Erwerbstätigkeit von Frauen ist das Ehegattensplitting. Wenn  
55 Menschen füreinander Verantwortung übernehmen und heiraten oder sich verpartnern, dann soll  
56 das auch im Steuerrecht honoriert werden. Aber das Ehegattensplitting ist unmodern und  
57 bildet die vielen Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens nicht ab. Es ist auch das  
58 Ehegattensplitting, das finanzielle Anreize setzt für keine oder nur geringfügige  
59 Beschäftigung, für kleine Teilzeitjobs mit nur wenigen Arbeitsstunden und birgt erhebliche  
60 Armutsrisiken in sich. Aus diesen Gründen werden wir zur individuellen Besteuerung übergehen  
61 und das Ehegattensplitting durch eine gezielte Förderung von Familien mit Kindern ersetzen.  
62 Dabei soll das neue Recht nur für Paare, die nach der Reform heiraten oder sich verpartnern,  
63 gelten. Für Paare, die bereits verheiratet oder verpartnert sind, ändert sich nichts. Die  
64 Reform des Ehegattensplittings werden wir mit Verbesserungen bei den Leistungen für Familien  
65 verknüpfen, damit Ehen mit Kindern nicht schlechter dastehen.

66 Frauen und Männer wünschen sich, Aufgaben im Beruf und zu Hause partnerschaftlich zu teilen.  
67 Diesen Wunsch zu verwirklichen, wird im Alltag für viele Paare deutlich schwieriger, wenn  
68 Kinder kommen. Das gilt vor allem für die Frauen. Denn sie übernehmen nach wie vor den  
69 Großteil der Arbeit im Haushalt und der Fürsorge für Kinder und Pflegebedürftige. Grüne  
70 Zeitpolitik unterstützt Menschen dabei, die Sorge für andere und die Anforderungen im Job  
71 unter einen Hut zu bringen und die Aufteilung dieser Arbeit zwischen Männern und Frauen fair  
72 zu verteilen. Für Kinderbetreuung, Pflege und Weiterbildung soll es möglich sein, finanziell  
73 abgesichert die Arbeitszeit zu reduzieren. Mit der „flexiblen Vollzeit“ können Beschäftigte  
74 ihre Arbeitszeit um bis zu zehn Wochenstunden reduzieren und wieder erhöhen. Frauen, die  
75 nach einer Familienphase wieder in den Beruf einsteigen wollen, brauchen bessere  
76 Unterstützung: Wir wollen deshalb endlich das Rückkehrrecht auf Vollzeit einführen.

77 Aber wir führen auch den Kampf weiter, in den Führungsgremien endlich Gleichberechtigung zu  
78 schaffen. Diese sind in Deutschland weitgehend Männerrunden. Daran ändert das bisherige  
79 Quotengesetz nur wenig: Es gilt für ganze 101 Unternehmen. Wir wollen das ändern, mit einer  
80 40-Prozent-Quote für die 3.500 börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen. So zieht  
81 Vielfalt in die Führungsetagen ein.

## 82 **Gewaltfrei leben**

83 Gewalt gegen Frauen ist immer noch ein großes Problem in unserer Gesellschaft. Sexistische  
84 Bemerkungen, anzügliche Sprüche, körperliche Belästigung hat fast jede Frau schon erlebt.  
85 Bedrohungen, sexuelle Übergriffe und Gewalt gegen Frauen sind widerliche Taten. Sie müssen  
86 konsequent verfolgt und bestraft werden, egal wer sie begeht.

87 Frauen sind oft im eigenen Zuhause, also dort, wo sie am sichersten sein sollten, von Gewalt  
88 betroffen. Die meisten Übergriffe geschehen in der Partnerschaft, durch Verwandte und  
89 Freunde. Vielen Frauen und ihren Kindern bleibt trotz der Hilfe durch das Gewaltschutzgesetz  
90 keine andere Wahl als der Weg in ein Frauenhaus. Aber weder die Zahl der Plätze in  
91 Frauenhäusern noch die Hilfs- und Beratungsangebote sind derzeit ausreichend. Das wollen wir  
92 ändern. Wir wollen für eine sichere Finanzierung von Frauenhäusern unter Beteiligung des  
93 Bundes sorgen und damit sicherstellen, dass keine Frau in Not abgewiesen werden muss.

94 Wir akzeptieren es nirgendwo, wenn ein Klima der Bedrohung für Frauen entsteht. Die  
95 Unbefangenheit und Angstfreiheit im öffentlichen Raum, der sichere nächtliche Bummel durch  
96 die Stadt – das ist gelebte Freiheit, die wir Grünen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln  
97 verteidigen. Der öffentliche Raum gehört allen, alle müssen sich dort aufhalten können,  
98 selbstverständlich und ohne Angst. Unsere Sicherheitspolitik, die auf mehr Polizei vor Ort  
99 setzt, zielt genau darauf.

100 Der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung muss ohne Wenn und Aber gelten. „Nein heißt nein“  
101 ist endlich Gesetz. Betroffene von sexualisierter Gewalt brauchen Unterstützung von Polizei,  
102 Ärzt\*innen und Justiz und keine Mythen, die ihnen, ihrer Kleidung oder ihrem Auftreten die  
103 Schuld zuweisen. Darum müssen Polizei und Justiz geschult sein im Umgang mit Betroffenen von  
104 sexualisierter Gewalt. Wir wollen, dass für Opfer von Vergewaltigungen eine qualifizierte  
105 Notfallversorgung einschließlich anonymer Spurensicherung und der Pille danach  
106 sichergestellt wird.

107 Wir wollen Menschenhandel, zum Beispiel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, konsequent  
108 bekämpfen. Opfer von Menschenhandel müssen besser vor Abschiebungen geschützt werden. Ein  
109 dauerhaftes Bleiberecht würde ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft deutlich erhöhen. Die  
110 Rechte und den Schutz von Frauen und Männern, die legal in der Prostitution arbeiten, wollen  
111 wir durchsetzen und stärken.

## 112 **Über den Körper selbst bestimmen**

113 Über den Körper selbst zu bestimmen, ist nicht leicht, wenn alle eine Meinung dazu haben.  
114 Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen über ihren Körper ein.  
115 Daher verteidigen wir die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen gegen die Angriffe von  
116 rechts. Frauen in Notlagen brauchen Unterstützung und Hilfe, keine Bevormundung und keine  
117 Strafe.

118 Schönheitsideale und Körpernormen, wie sie beispielsweise in der Werbung vermittelt werden,  
119 haben Auswirkungen auf unser Leben. Jungen und Mädchen, Frauen und Männer sollen möglichst  
120 frei von solchen Vorgaben leben können und nicht aufgrund ihres Äußeren Diskriminierung  
121 erfahren. Länder wie Norwegen oder Österreich zeigen Wege gegen sexistische Werbung auf. Wir  
122 wollen den Respekt vor körperlicher Vielfalt fördern. Dazu braucht es einen  
123 gesellschaftlichen Aushandlungsprozess, was geht und was nicht, den wir mit vorantreiben  
124 wollen.

125 Zur Selbstbestimmung gehört auch, dass Frauen die Wahl haben zu entscheiden, wie und wo sie  
126 entbinden, dass die Qualität der Versorgung überall gesichert ist und dass Hebammen nicht  
127 wegen unzumutbaren Versicherungskosten, schlechter Bezahlung oder schlechten  
128 Arbeitsbedingungen ihren Beruf aufgeben müssen.

## 129 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

130 

---

131 **Für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz – Frauen verdienen gleichen Lohn für gleiche Arbeit**



132 Wir wollen endlich Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen herstellen. Berufe mit  
133 hohem Frauenanteil wollen wir gesellschaftlich und finanziell aufwerten ☒ sei es in der  
134 Pflege, in der Kindertagesstätte oder in sozialen Projekten. Wir wollen ein  
135 Entgeltgleichheitsgesetz, das möglichst viele arbeitende Frauen erreicht, nicht nur wenige.  
136 Dabei soll ein Lohncheck aufdecken, ob Frauen ungleich bezahlt werden. Gewerkschaften und  
137 Arbeitgeber sollen verpflichtet sein, Tarifverträge und Vereinbarungen auf Diskriminierung  
138 zu überprüfen. Vor allem aber muss dieses Gesetz auch ein wirksames Verbandsklagerecht  
139 enthalten. Dann sind Frauen nicht auf den schwierigen individuellen Klageweg angewiesen,  
140 sondern Verbände können stellvertretend für einzelne Beschäftigte klagen.

141

---

#### 142 **Für eine gute Geburtshilfe ☒ Hebammen besser fördern**

143 Ohne Hebammen gibt es keine gute Geburtshilfe. Wir wollen daher sicherstellen, dass Hebammen  
144 nicht wegen unzumutbaren Versicherungskosten, schlechter Bezahlung und schlechten  
145 Arbeitsbedingungen ihren Beruf aufgeben müssen. Krankenhäuser mit Geburtsstationen sollen in  
146 allen Regionen schnell erreichbar sein. Wir wollen, dass neue Anreize gesetzt werden, damit  
147 Hebammen und Geburtshelfer\*innen auch in unterversorgten Regionen tätig sind. Wir streben  
148 eine 1:1-Betreuung durch Hebammen in wesentlichen Phasen der Geburt an. Für Geburten in und  
149 außerhalb von Krankenhäusern brauchen wir verbindlichere Qualitätsvorgaben.

150

---

#### 151 **Konsequent gegen Gewalt an Frauen**

152 Wir wollen Gewalt gegen Frauen überall bekämpfen, denn die körperliche Unversehrtheit ist  
153 ein zentrales Gut. Ob zu Hause, im öffentlichen Raum oder bei Cybergewalt. Um Schutz zu  
154 gewährleisten, brauchen Frauenhäuser genügend Plätze. Wir wollen die Finanzierung von  
155 Frauenhäusern und Beratungsstellen sicherstellen und den Bund dabei in die Pflicht nehmen.  
156 Für mehr Sicherheit und Schutz im öffentlichen Raum setzen wir auf wirksame  
157 Sicherheitskonzepte und eine gute Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden mit  
158 Fachberatungsstellen. Wir fördern Ansätze wie Security-Anlaufstellen für Frauen bei  
159 Großveranstaltungen. Wir wollen, dass Präventionskonzepte gegen sexualisierte Gewalt und  
160 Cybermobbing entwickelt und die Anlaufstellen für Betroffene ausgebaut werden.

161

---

**FH-GB-01-082** Wir schaffen endlich Gleichberechtigung und Lohnleichheit

Antragsteller\*in: KV Oldenburg-Land

Beschlussdatum: 02.05.2017

**Verschieben des Unterkapitels "Gewaltfrei Leben" in das Kap. FH-SF-01**

- 1 Zeile 82 – 128:
- 2 Der Unterpunkt „Gewaltfrei leben“ sollte in das Kap. FH-SF-01 „Wir sorgen für Sicherheit“
- 3 verschoben werden.
- 4 *Ergänzung:*
- 5 Viele Männer fühlen sich diskriminiert, wenn es um die Frage der Aufenthaltsbestimmung von
- 6 gemeinsamen Kindern geht. Deshalb fordern wir, dass im Trennungsfall ein 50 : 50 Aufenthalt
- 7 des gemeinsamen Kindes gesetzlich vorgesehen ist. (EX)(Ehe)partner können andere Regelungen
- 8 im gemeinsamen Einverständnis treffen

## **FH-SF-01** Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit**

- 1 Deutschland ist ein sicheres Land, und es soll sicher bleiben. Wir wollen einen starken  
2 Rechtsstaat, der vor Kriminalität und Terror schützt und den Bürgerrechten verpflichtet ist.  
3 .
- 4 Religiöse und politische Fanatiker fordern unseren Rechtsstaat heraus. Der  
5 menschenverachtende Terror des Dschihadismus und die offene Bedrohung durch Rechtsextreme  
6 wie Neonazis und Reichsbürger\*innen zielen gleichermaßen auf unsere freie Gesellschaft und  
7 ihre Werte. Ihnen stellen wir uns entgegen. Wir tun dies entschlossen, effektiv und  
8 rechtsstaatlich, mit zielgerichteter Gefahrenabwehr statt mit pauschalen Verdächtigungen und  
9 Massenüberwachung. Dabei ist für uns klar, Freiheit ist ohne Sicherheit nicht zu haben ☒ und  
10 das gilt auch umgekehrt. Es ist daher richtig, zu prüfen, ob die neuen Herausforderungen  
11 auch Gesetzesänderungen notwendig machen. Aber wir sind nicht bereit, falsche Antworten zu  
12 akzeptieren, die nur alten ideologischen Reflexen folgen und unwirksam sind ☒ so wie zum  
13 Beispiel die Vorratsdatenspeicherung oder der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Es ist viel  
14 wirksamer, gezielt einige hundert Gefährder zu überwachen als 80 Millionen Bürgerinnen und  
15 Bürger.
- 16 Der schreckliche Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz hat erneut massive  
17 sicherheitspolitische Defizite in der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden offenbart. Auch  
18 die nahezu täglichen Übergriffe und Anschläge von Rechten auf Asylbewerberinnen und -  
19 bewerber zeigen Defizite auf. Das Vertrauen in den Staat war schon zuvor durch rechtswidrige  
20 Massenüberwachung, das Eigenleben des Verfassungsschutzes und den NSU-Skandal beschädigt.
- 21 Zum Vertrauensverlust hat beigetragen, dass das seit zwölf Jahren CDU/CSU-geführte  
22 Bundesinnenministerium auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen immer die gleichen  
23 hilflosen Antworten gibt. Eilig und ohne Fehleranalyse forciert es Gesetzesänderungen im  
24 Hauruckverfahren ☒ ohne seriöse Folgenabschätzung, die im besten Fall sicherheitspolitische  
25 Placebos, im schlechtesten Fall tiefe Eingriffe in den Rechtsstaat sind. Innenpolitischer  
26 Aktionismus und fehlende Kontrolle durch den sozialdemokratischen Justizminister vermitteln  
27 das Bild eines hilflosen Staates, der von jedem Anschlag überrumpelt wird und der  
28 Kriminalität beständig hinterherhinkt.
- 29 Wir stellen dagegen unser Konzept einer bürgernahen, personell und materiell gut  
30 ausgestatteten, zielgerichtet arbeitenden Polizei und eines auf klaren rechtsstaatlichen  
31 Prinzipien beruhenden Informationsaustauschs zwischen den europäischen Sicherheitsbehörden.
- 32 **Sicherheit in einem starken Rechtsstaat**
- 33 In der Sicherheitspolitik brauchen wir fachkundige und professionelle Polizeiarbeit. Dafür  
34 setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. Die Polizei muss auch als  
35 Arbeitgeber attraktiv und in der Gesellschaft anerkannt sein. Die Einsparungen der  
36 vergangenen Jahre waren ein schwerer Fehler. Wir wollen eine motivierte, vielfältige,  
37 personell und sachlich ihren Aufgaben angemessen ausgestattete Polizei. Sowohl in der  
38 Kriminalitätsbekämpfung als auch im Kampf gegen Rechtsextremismus oder den islamistischen

39 Terrorismus mangelt es an gut ausgebildetem und geschultem Personal. Wir brauchen  
40 Sicherheitsbehörden, die ein Abbild unserer Gesellschaft sind. Mehr Sicherheitsbeamte mit  
41 Migrationshintergrund und Kenntnis mehrerer Sprachen sind ein Gewinn für den Rechtsstaat und  
42 für die Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung. Eine Polizei, die an der Seite der Menschen  
43 für Sicherheit sorgt und eindeutig für den Rechtsstaat und eine offene Demokratie eintritt.  
44 Auch deshalb setzen wir uns für unabhängige Polizeibeauftragte als Ansprechpartner für  
45 Beamt\*innen wie Bürger\*innen ein, so wie ihn mehrere grün-mitregierte Länder bereits  
46 eingeführt haben.

47 Videoüberwachung oder Videobeobachtung kann an Orten mit hoher Kriminalitätsbelastung und  
48 sensiblen, gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein. Kameratechnik  
49 ersetzt aber keine Polizeistreifen.

50 Bedrohungslagen wandeln sich. Während die Kriminalität insgesamt sinkt, bereitet die  
51 wachsende Zahl der Wohnungseinbrüche vielen Menschen Sorge. Wir setzen auf mehr  
52 Unterstützung zur Einbruchsprävention. Und wir brauchen eine zielgerichtete,  
53 länderübergreifende Polizeizusammenarbeit, um die gegenwärtige Gefahr abzubauen und auf  
54 künftige Bedrohungen flexibler als durch Gesetzesänderungen reagieren zu können.

55 Mehr Personal mit guter Ausstattung und eine optimierte internationale Zusammenarbeit der  
56 Polizei, die nicht zwei Millionen Überstunden vor sich herschieben, sind zwar nicht so  
57 billig wie Gesetzesverschärfungen, verbessern aber direkt die Sicherheitslage. Bei der  
58 Gefahrenabwehr räumen wir der Polizeiarbeit einen Vorrang gegenüber den Geheimdiensten sein.  
59 Gefährder der öffentlichen Sicherheit müssen rund um die Uhr gezielt überwacht werden  
60 können, so dass sie bei konkreter Gefahr jederzeit festgesetzt werden können.

61 Den regelmäßigen Rufen nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren erteilen wir eine klare  
62 Absage. Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt  
63 wollen wir beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim  
64 Bundeskriminalamt (BKA) konzentriert werden. Weil Terror und internationale Kriminalität  
65 keine Grenzen kennen, brauchen wir Sicherheitsbehörden, die international nach klaren  
66 rechtsstaatlichen Kriterien, gemeinsamen Grundrechtsstandards und von den Parlamenten  
67 kontrolliert zusammenarbeiten. Deshalb wollen wir gemeinsame Ermittlungsteams bei Europol in  
68 der Terrorismusbekämpfung und im Bereich der organisierten Kriminalität stärken. Die Praxis,  
69 die Sicherung der Außengrenzen der EU auf die Länder am Rand der EU abzuschieben, wollen wir  
70 beenden. Europa hat eine gemeinsame Verantwortung für ein europäisches Grenzregime, das den  
71 Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat, Rechtssicherheit garantiert sowie das Vertrauen  
72 in das Schengen-System stärkt.

### 73 **Kein Fußbreit den Faschisten**

74 Rechtsextreme Fanatiker\*innen, Reichsbürger\*innen, Nazis und sogenannte Identitäre formieren  
75 sich. Es gibt eine zunehmend laute rechte und rechtspopulistische Szene in Deutschland, die  
76 sich im Internet oder bei den Pegida-Demos mit ihrer Hetzerei Gehör verschaffen. Die Zahl  
77 rechter Straftaten hat ein Rekordniveau erreicht. Wir erwarten, dass Polizei und Justiz  
78 rassistische und rechtsextreme Straftaten konsequent ahnden. Wir wollen den Schutz für Opfer  
79 rechter Gewalt verbessern. Wer zum Beispiel Opfer von rechter Gewalt geworden ist, sollte  
80 nicht abgeschoben werden.

81 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus,  
82 antimuslimischer Rassismus, Trans- und Homophobie, Sexismus sowie die Abwertung von  
83 Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung gibt es nicht nur am rechten  
84 Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu  
85 sorgen, dass sich alle Menschen ☒ unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer

86 sexuellen Identität oder Religion ☒ frei und sicher bewegen können – egal ob in Berlin,  
87 Sachsen oder Baden-Württemberg.

88 Wo immer Bürgerinnen und Bürger sich gegen Nazis engagieren durch Bildungs- und  
89 Beratungsarbeit, durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen oder in der  
90 antifaschistischen Einhornaktion, haben sie volle Unterstützung und Solidarität von uns.  
91 Vereine, Initiativen und Kirchen engagieren sich seit Jahren für mehr Demokratie. Das wollen  
92 wir besser anerkennen und ihre finanzielle Ausstattung sicherstellen.

### 93 **Zäsur beim Verfassungsschutz**

94 Der Staat muss Rechtsextremismus, alltäglichen und institutionell verankerten Rassismus mit  
95 allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Sicherheitsbehörden müssen den Blick nach rechts  
96 außen schärfen und dazu das breite Wissen zivilgesellschaftlicher Initiativen besser  
97 würdigen und als Expertenwissen in ihre Analysen einbeziehen. Das Versagen gegenüber dem  
98 rechtsterroristischen NSU hat deutlich gemacht: Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist  
99 dauerhaft auf dem rechten Auge blind und nicht in der Lage, für die Demokratie gefährliche  
100 Entwicklungen zu erkennen. Auch die zweifelhafte Rolle des Verfassungsschutzes im Fall Amri  
101 und beim Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz weist auf Fehleinschätzungen hin. Wir  
102 wollen daher die Verfassungsschutzbehörden grundlegend reformieren.

103 Es braucht beim Verfassungsschutz einen Neustart. Statt des Bundesamtes für  
104 Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein personell und  
105 strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen, das mit  
106 nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet

107 Die allgemeine Beobachtung demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen soll ein  
108 unabhängiges Institut zum Schutz der Verfassung übernehmen, das ausschließlich öffentliche  
109 Quellen nutzt. Wissenschaft und engagierte Zivilgesellschaft sind regelmäßig besser  
110 informiert als das Bundesamt für Verfassungsschutz.

### 111 **Prävention ausbauen ☒ für eine Kultur des Hinschauens**

112 Wir wollen Prävention und Partizipation ausbauen. Wir müssen alles unternehmen, damit junge  
113 Menschen erst gar nicht in menschenverachtende und Gewalt verherrlichende Ideologien  
114 abgleiten, seien sie rechtsextremistisch oder islamistisch. Das gelingt durch eine Kultur  
115 des Hinschauens. Wir wollen Radikalisierung von Anfang an verhindern: Deshalb fordern wir  
116 eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen, die Förderung von Demokratie- und  
117 Medienkompetenz junger Menschen sowie eine Stärkung von Beratungsstellen, Jugendverbänden  
118 und aufsuchender Jugendarbeit. Dazu gehören auch Justizvollzugsanstalten, denn sie waren in  
119 der Vergangenheit ebenfalls Stationen der Radikalisierung.

120 Wir wollen Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus, als auch gewaltbereiten Islamismus  
121 und Salafismus massiv ausbauen und zivilgesellschaftliche Ansätze stärken. Auch  
122 Moscheegemeinden und im Besonderen Imame sind in der Verantwortung, zu kooperieren und ihren  
123 Beitrag zur Prävention und Verhinderung der Radikalisierung von Jugendlichen zu leisten.

124 Wir wollen Straftaten vorbeugen. Deshalb sollen Bund, Länder, Kommunen und  
125 zivilgesellschaftliche Institutionen gemeinsam in einem bundesweiten Präventionszentrum  
126 arbeiten. Programme zur Deradikalisierung und für Aussteiger aus der rechtsextremen und  
127 islamistischen Szene wollen wir stärken. Um Terrorakte und Amoktaten zu verhindern, muss der  
128 Zugang zu Waffen erschwert werden. Es ist immer noch viel zu einfach, an illegale  
129 Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen.

### 130 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

131

---

**132 Kampf gegen rechts stärken**

133 Wir sagen rechten und rechtspopulistischen Kräften in unserer Gesellschaft den Kampf an.  
134 Viele Initiativen, Vereine oder Kirche machen sich gegen Nazis und für eine weltoffene  
135 Demokratie stark. Diese zivilgesellschaftlichen Institutionen verdienen staatliche und  
136 politische Unterstützung und Anerkennung. Wir Grünen wollen sie deshalb dauerhaft mit einem  
137 Demokratiefördergesetz stärken, das ihnen verlässlich die nötigen finanziellen Grundlagen  
138 garantiert. Jeglichen staatlichen Generalverdacht und Druck gegen zivilgesellschaftliche  
139 Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab.

---

140

**141 Der Radikalisierung von Jugendlichen vorbeugen**

142 Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen nicht in menschenverachtende, Gewalt  
143 propagierende Ideologien abgleiten. Dazu wollen wir eine umfassende und wirkungsvolle  
144 Präventionsstrategie gegen gewaltbereiten Islamismus anwenden. Ein bundesweites  
145 Präventionszentrum soll die Aufgaben koordinieren und alle relevanten staatlichen und  
146 zivilgesellschaftlichen Akteure vernetzen. Dazu gehören: verschiedene Ressorts der  
147 Bundesregierung, die Sicherheitsbehörden, Länder und Kommunen sowie Jugendhilfe,  
148 Jugendverbände, Demokratieinitiativen, islamische Organisationen, Wissenschaft und Medien.  
149 Auch Präventionsnetzwerke vor Ort, die gegen den gewaltbereiten Islamismus angehen, wollen  
150 wir fördern.

---

151

**152 Polizei stärken, Sicherheitsbehörden reformieren**

153 Für mehr Sicherheit braucht es einen rationalen Ansatz, grundlegende Reformen und mehr  
154 Ressourcen. Die Bundespolizei muss personell und technisch besser ausgestattet werden. Das  
155 ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir  
156 beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt  
157 konzentriert werden. Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des  
158 Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein  
159 personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen,  
160 das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Wir brauchen außerdem ein  
161 verschärftes Waffenrecht. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und die  
162 Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine  
163 europaweit einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die Deaktivierung von  
164 Feuerwaffen einführen.

---

165

## **FH-SF-02** Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hessen

Beschlussdatum: 02.05.2017

### **Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit**

1 Freiheit, Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechte gehen alle an. Sie zu schützen ist die  
2 Aufgabe der gesamten Gesellschaft.

3 Die Voraussetzungen für ein freies, selbstbestimmtes Leben zu schaffen, ist das Ziel der  
4 Sicherheitspolitik von Bündnis 90/Die Grünen. Wir wollen auch künftig selbst entscheiden,  
5 wohin unsere Gesellschaft sich entwickelt, wen wir lieben, wie wir uns kleiden, welche Wege  
6 wir für unser eigenes Leben wählen.

7 Das deutsche Grundgesetz gibt allen Bürgerinnen und Bürgern gleiche Rechte. Es schließt  
8 Diskriminierung wegen Geschlecht, sexueller Orientierung, Abstammung, Sprache, Herkunft,  
9 Glauben, religiöser oder politischer Anschauungen oder Behinderung aus und garantiert die  
10 Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Bürgerinnen und Bürger kontrollieren über Öffentlichkeit  
11 und Parlamente das staatliche Handeln. Dadurch entsteht die wichtigste Ressource jeder  
12 Sicherheitspolitik: Das Vertrauen und die praktische Unterstützung der Bevölkerung.

13 In demokratisch verfassten Gesellschaften geht es nicht mehr darum, den Staat vor seinen  
14 Bürgern zu schützen. Aufgabe der Sicherheitsinstitutionen ist es vielmehr, die Rechte der  
15 Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen und neue wie alte Gefahren für Freiheit und Sicherheit  
16 wirksam zu bekämpfen. Die Garantie der Menschenrechte ist dabei der Maßstab, an dem wir  
17 unsere Politik messen. Wir Grüne setzen uns deshalb für gut ausgestattete, ausgebildete und  
18 geführte sowie demokratisch verantwortete Institutionen von Polizei, Justiz und  
19 Nachrichtendiensten ein. Diese müssen nicht nur wirksam und vorausschauend handeln, sondern  
20 auch lernen, das eigene Handeln in Frage zu stellen, Fehler zu korrigieren und erfolgreiche  
21 Strategien weiter zu verbessern.

22 Der schreckliche Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz hat sich gegen unsere Freiheit und  
23 unsere demokratische Selbstbestimmung gerichtet. Die islamistischen Ideologen werden damit  
24 keinen Erfolg haben. Dasselbe gilt für rassistische und antidemokratische Organisationen,  
25 die sich gegen Freiheit, Demokratie und Menschenrechte wenden. Wir fordern eine konsequente  
26 Aufklärung aller terroristischen Taten und deren effektive Prävention. Zugleich wenden wir  
27 uns im politischen Kampf gegen diejenigen Kräfte, die sich innerhalb des parlamentarischen  
28 Systems die unsere demokratische Ordnung angreifen und menschenfeindlichen Ideologien den  
29 Boden bereiten.

30 Erfolgreiche Sicherheitspolitik ist eine Politik, die für Freiheit kämpft. Sie ist kein  
31 Monopol angeblicher „Sicherheitsexperten“, die aus jedem Ereignis in der Welt eine  
32 Verschärfung irgendeines Paragraphen zu folgern in der Lage sind. Viele vermeintliche  
33 Sicherheitsdebatten beschäftigen Öffentlichkeit und Bevölkerung mit Scheinproblemen (ein  
34 Beispiel ist die Erklärung von Staaten zu „sicheren Herkunftsstaaten“), während vorhandene  
35 rechtliche Regelungen wie im Fall Anis Amri „übersehen“ und die Verantwortung zwischen  
36 schlecht koordinierten Behörden hin und her verschoben wird.

37 **Gegen Effekthascherei: Weg von einer ideologischen und hin zu einer wirksamen**  
38 **Sicherheitspolitik**

39 Auch wenn populistische Ideologen das glauben machen wollen: Unsere Sicherheit wird nicht  
40 durch zu viel Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gefährdet. Deutschland verdankt sinkende  
41 Verbrechenszahlen nicht zuletzt den Erfolgen der Strafrechtsreformen der letzten Jahrzehnte.  
42 Wir stehen zu diesen Reformen - z. B. einem vernünftigen, menschenrechtskonformen  
43 Strafvollzug, einem erziehungsorientierten Jugendstrafrecht, einem modernen Sexualstrafrecht  
44 - die gegen den düsteren Teil der Traditionen der deutschen Justiz- und Sicherheitsbehörden  
45 erkämpft wurden. Attacken gegen wissenschaftliche Vernunft und praktisches Expertenwissen  
46 sind für uns nicht akzeptabel. Ideologische Scharfmacherei schafft nicht mehr, sondern  
47 weniger Sicherheit. Schärfere Strafen oder Einschränkungen des Jugendstrafrechtes verhindern  
48 keine Verbrechen. Gefängnisstrafen für Bagatelldelikte sind schon deshalb so weit als  
49 möglich zu vermeiden, weil alle Erfahrungen zeigen, dass das Gefängnis ein zentraler Ort von  
50 Radikalisierung und Professionalisierung politischer wie gewöhnlicher Krimineller und  
51 Terroristen ist.

## 52 **Sicherheit in einem starken Rechtsstaat**

53 Die gegenwärtige Regierung vermittelt das Bild eines hilflosen Staates, der von jedem  
54 Anschlag überrumpelt wird und der Kriminalität beständig hinterherhinkt. Dazu hat  
55 beigetragen, dass das seit zwölf Jahren CDU/CSU-geführte Bundesinnenministerium auf neue  
56 sicherheitspolitische Herausforderungen immer die gleichen hilflosen Antworten gibt. Anstatt  
57 Fehler zu analysieren und abzustellen forciert es Gesetzesverschärfungen im  
58 Hauruckverfahren, deren Folgen nicht abgeschätzt werden. Im besten Fall sind sie  
59 sicherheitspolitische Placebos, im schlechtesten Fall stellen sie wichtige Grundsätze des  
60 Rechtsstaats in Frage.

61 Wir stellen dagegen das Konzept der bürgernahen Sicherheit: Einer personell und materiell  
62 gut ausgestatteten, zielgerichtet arbeitenden Polizei und einer auf klaren rechtsstaatlichen  
63 Prinzipien beruhenden Arbeit der Nachrichtendienste sowie eines geregelten  
64 Informationsaustauschs der deutschen sowie der europäischen Sicherheitsbehörden. Damit  
65 sogenannte „Gefährdungen“ wirksam, zuverlässig und bundeseinheitlich und nach klaren  
66 rechtsstaatlichen Regeln überwacht werden können ist eine eindeutige Definition des Begriffs  
67 Gefährdeter\*in durch den Gesetzgeber erforderlich.

68 Für mehr Sicherheit brauchen wir fachkundige und professionelle Polizeiarbeit sowie eine  
69 motivierte, vielfältige, personell und sachlich ihren Aufgaben angemessen ausgestattete  
70 Polizei. Dafür setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. Die Polizei  
71 muss auch als Arbeitgeber attraktiv und in der Gesellschaft anerkannt sein.

72 Die Einsparungen der vergangenen Jahre bei der Bundespolizei waren ein Fehler. Während die  
73 Kriminalität insgesamt sinkt, bereiten Deliktformen wie Wohnungseinbrüche vielen Menschen  
74 Sorge. Gegen solche, in manchen Fällen auch überregional vernetzte Kriminalität setzen wir  
75 zielgerichtete, länderübergreifende Polizeizusammenarbeit sowie auf verstärkte Prävention  
76 und Aufklärung.

77 Unser Ziel ist eine Polizei, die an der Seite der Menschen für Sicherheit sorgt und zugleich  
78 für eine lebendige Demokratie eintritt. Auch deshalb setzen wir uns für unabhängige  
79 Polizeibeauftragte als Ansprechpartner für Beamt\*innen wie Bürger\*innen ein, so wie sie  
80 mehrere grün-mitregierte Länder bereits eingeführt haben.

81 Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen  
82 wir beenden. Weil Terror und internationale Kriminalität keine Grenzen kennen, müssen  
83 Sicherheitsbehörden international nach klaren rechtsstaatlichen Regeln, gemeinsamen  
84 Grundrechtsstandards und parlamentarisch kontrolliert zusammenarbeiten. Europa hat eine  
85 gemeinsame Verantwortung für ein europäisches Grenzregime, das den Schutz der Menschenrechte  
86 zur Grundlage hat, Rechtssicherheit garantiert sowie das Vertrauen in das Schengen-System



87 stärkt. Den immer wieder geforderten Einsatz der Bundeswehr im Innern lehnen wir als  
88 gefährlichen Unsinn ab. Ein wirksames Mittel, um Terrorakte und Amoktaten zu verhindern, ist  
89 die Erschwerung des Zuganges zu Waffen. Es ist immer noch viel zu einfach, an illegale  
90 Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen.

91 Videoüberwachung oder Videobeobachtung kann an Orten mit hoher Kriminalitätsbelastung und  
92 gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein. Auch hier ist der Gesetzgeber  
93 gefragt, damit die Rahmenbedingungen für derartige Maßnahmen sowie die Möglichkeiten zu  
94 ihrer parlamentarischen Überprüfung rechtsstaatlich verbindlich geklärt werden. Zugleich  
95 weisen wir aber darauf hin, dass Kameratechnik keine Polizeistreifen ersetzt.

### 96 **Gewaltmonopol des Rechtsstaates durchsetzen**

97 Wir Grüne stehen für gewaltfreie Formen des politischen Protestes und für das Gewaltmonopol  
98 des Rechtsstaates. Gewalttäter sind – gleich welche Begründung sie für ihre Handlungen  
99 vortragen – in den dafür vorgesehenen Verfahren zur Verantwortung zu ziehen.

100 Die Zahl rechtsextremer Straftaten hat in den letzten Jahren ein Rekordniveau erreicht. Es  
101 gibt inzwischen in Deutschland Regionen, in die Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe  
102 sich nicht mehr trauen – eine Schande für den Rechtsstaat. Deshalb ist es eine absolut  
103 vordringliche Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass sich alle Menschen unabhängig von  
104 ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität oder Religion frei und sicher  
105 bewegen können – egal ob in Berlin, Sachsen oder Baden-Württemberg. Sicherheitsbehörden und  
106 Justiz müssen so ausgestattet werden dass sie rechtsstaatliche Verhältnisse überall  
107 garantieren können, indem sie rassistische und andere extremistische Straftaten konsequent  
108 ahnden und Strategien für den Schutz von Minderheiten entwickeln.

109 Wir wollen den Schutz für Opfer rechter Gewalt verbessern. Wer Opfer von rassistischer  
110 Gewalt geworden ist, sollte nicht abgeschoben werden.

### 111 **Zäsur beim Verfassungsschutz**

112 Das Versagen gegenüber dem rechtsterroristischen NSU hat deutlich gemacht: Das Bundesamt für  
113 Verfassungsschutz war in der Vergangenheit häufig nicht in der Lage, angemessene Strategien  
114 gegen gefährliche Entwicklungen am rechten Rand zu entwickeln. Auch die zweifelhafte Rolle  
115 des Verfassungsschutzes beim Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz weist auf schlimme  
116 Fehleinschätzungen hin.

117 Wir wollen daher die Verfassungsschutzbehörden grundlegend reformieren. Wir wollen das  
118 aktuelle Bundesamt für Verfassungsschutz durch ein personell und strukturell reformiertes  
119 Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr ersetzen, das mit nachrichtendienstlichen Mitteln  
120 klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Die allgemeine Beobachtung demokratie-  
121 und menschenfeindlicher Bestrebungen soll ein unabhängiges Institut zum Schutz der  
122 Verfassung übernehmen, das ausschließlich öffentliche Quellen nutzt und auch das breite  
123 Wissen zivilgesellschaftlicher Institutionen für seine Analysen nutzt. Bisher sind  
124 Wissenschaft und engagierte Zivilgesellschaft regelmäßig besser informiert als das Bundesamt  
125 für Verfassungsschutz.

### 126 **Menschenrechtliches Engagement und Prävention stärken**

127 Vereine, Initiativen und Kirchen engagieren sich seit Jahren für mehr Demokratie. Das wollen  
128 wir besser anerkennen und ihre finanzielle Ausstattung sicherstellen. Wo immer Bürgerinnen  
129 und Bürger sich gegen Nazis engagieren durch Bildungs- und Beratungsarbeit, durch Demos und  
130 friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen oder in der antifaschistischen Einhornaktion,  
131 haben sie unsere volle Unterstützung und Solidarität.

132 Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen erst gar nicht in menschenverachtende und  
133 Gewalt verherrlichende Ideologien abgleiten. Deshalb fordern wir die Förderung von  
134 Demokratie- und Medienkompetenz junger Menschen sowie eine Stärkung von Beratungsstellen,  
135 Jugendverbänden und aufsuchender Jugendarbeit. Dazu gehören auch Justizvollzugsanstalten,  
136 denn sie waren in der Vergangenheit ebenfalls Stationen der Radikalisierung.

137 Wir wollen die Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus sowie gewaltbereiten Islamismus  
138 und Salafismus massiv ausbauen und Programme zur Deradikalisierung und für Aussteiger  
139 insbesondere aus der rechtsextremen und islamistischen Szene stärken. Dabei haben für uns  
140 die wirksamen zivilgesellschaftlichen Ansätze Vorrang. Moscheegemeinden und im Besonderen  
141 ihre Imame sind in der Verantwortung, ihren Beitrag zur Prävention und Verhinderung der  
142 Radikalisierung von Jugendlichen zu leisten.

143 Bund, Länder, Kommunen und zivilgesellschaftliche Institutionen sollen dabei gemeinsam in  
144 einem bundesweiten Präventionszentrum arbeiten. Dieses Zentrum soll sich nicht nur mit  
145 politisch motivierter, sondern auch mit anderen Formen der Kriminalität befassen und die  
146 erheblichen Potentiale von Präventionsprogrammen in diesem Bereich wirksam machen.

#### 147 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

---

148

#### 149 **Rechtsstaatliche Verhältnisse für alle**

150 Wir sehen es als absolut vordringliche Aufgabe der Politik an, dafür zu sorgen, dass sich  
151 alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität  
152 oder Religion frei und sicher bewegen können. Polizei und Justiz müssen dafür sorgen, dass  
153 rechtsstaatliche Verhältnisse wieder im gesamten Bundesgebiet gelten, indem sie rassistische  
154 und andere menschenrechtsfeindliche Straftaten konsequent ahnden und Strategien für den  
155 Schutz von Minderheiten entwickeln. Die personellen und organisatorischen Voraussetzungen  
156 hierfür müssen umgehend geschaffen werden.

157

---

#### 158 **Präventionsstrategien zu Schwerpunkt machen**

159 Viele Initiativen, Vereine oder Kirche machen sich gegen Nazis und für eine weltoffene  
160 Demokratie stark. Zivilgesellschaftliche Institutionen, die durch  
161 Deradikalisierungsprogramme, Opferberatung oder Präventionsprojekte wichtige Arbeit gegen  
162 rassistisch oder islamistisch motivierte Gewalt leisten, verdienen staatliche und politische  
163 Unterstützung und Anerkennung. Wir Grüne wollen sie deshalb auch finanziell wirksam  
164 stärken. Wir wollen zugleich eine umfassende und wirkungsvolle Präventionsstrategie gegen  
165 gewaltbereiten Islamismus entwickeln und umsetzen. Präventionsstrategien bieten darüber  
166 hinaus erhebliche Potentiale für die allgemeine Kriminalitätsbekämpfung. Sie sollen durch  
167 ein bundesweites Präventionszentrum koordiniert werden und alle relevanten staatlichen und  
168 zivilgesellschaftlichen Akteure vernetzen. Dazu gehören: verschiedene Ressorts der  
169 Bundesregierung, die Sicherheitsbehörden, Länder und Kommunen sowie Jugendhilfe,  
170 Jugendverbände, Demokratieinitiativen, islamische Organisationen, Wissenschaft und Medien.

171

---

#### 172 **Polizei stärken, Sicherheitsbehörden reformieren**

173 Für mehr Sicherheit braucht es einen rationalen Ansatz, grundlegende Reformen und mehr  
174 Ressourcen. Die Bundespolizei muss personell und technisch besser ausgestattet werden. Das  
175 ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir  
176 beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt  
177 konzentriert werden. Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des

178 Bundesamt für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein  
 179 personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen,  
 180 das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Wir brauchen außerdem ein  
 181 verschärftes Waffenrecht. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und die  
 182 Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine  
 183 europaweit einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die Deaktivierung von  
 184 Feuerwaffen einführen.

185

## Begründung

**Schwächen des alten Entwurfs:** Der vorhandene Text handelt bereits in der dritten Zeile von dem, was die Feinde der Freiheit bzw. die politischen Gegner wollen. Er macht nicht die eigenen Ziele stark, sondern arbeitet sich an den Gegnern und Fehlern oder auch Mißerfolgen ab. Das ist unter Kommunikationsgesichtspunkten kontraproduktiv: Man stärkt bekanntlich auch dann die Argumentation des Gegners, wenn man sie kritisch referiert. Der gesamte Antragstext FH-SF-01 wirkt deshalb extrem defensiv. Zentrale grüne und liberale Forderungen tauchen nicht mehr auf, offenbar aus Angst vor populistischen Angriffen. Es gibt für eine derart übertrieben defensive Haltung weder sachliche noch politische Gründe. Vor zwei Jahren haben Bündnis 90/Die Grünen sich als Partei der Freiheit öffentlich präsentiert. Die ängstliche und in Teile widersprüchliche Darstellung des eigenen Staatsverständnisses „ex negativo“ reicht nicht aus, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Dem vorliegenden Entwurf gelingt deshalb nicht einmal im Ansatz, eine Programmatik für die glaubwürdige Übernahme von Sicherheitsverantwortung und die Führung von sicherheitsrelevanten Institutionen vorzulegen, wie es der Anspruch von Bündnis 90/Die Grünen sein muss.

**Begründung für die neue Textfassung (Zeilen auf den alten Entwurf bezogen):** Der neue Text betont die Zentralität der Menschenrechte. Er geht von der Ebene der Werte und Ziele aus und kommt dann zu den Institutionen und ihrer politischen Gestaltung. Zentraler Begriff ist der des gesellschaftlichen Vertrauens in Verbindung mit der Forderung nach demokratischer Offenheit der Arbeit der Institutionen. Einzelne Argumentationen, etwa die Ablehnung von Gesetzesverschärfungen als Allheilmittel, werden übernommen.

**Zeilen 31 neuer Absatz:** Anscheinend aus Angst vor populistischen Angriffen verzichtet der vorliegende Text darauf, die Verwurzelung grüner Sicherheitspolitik in der Tradition einer modernen, freiheitlichen Justizpolitik auch nur zu erwähnen. Das ist politisch ein Fehler. Da unsere Haltung als bekannt vorausgesetzt werden kann, wirkt es opportunistisch und unglaubwürdig, wenn wir sie nicht offen benennen und aktiv für sie eintreten. Außerdem zeigt die Erfahrung, dass liberale Justiz- und Strafvollzugssysteme bei der Verbrechensbekämpfung erfolgreicher sind als alle populistischen Strafphantasien. Damit sollten wir punkten. Auch wenn das bei der Bild-Zeitung nicht leicht sein wird, sind unsere Wählerinnen und Wähler klug genug, den Gedanken zu erfassen.

**Zeilen 32-72:** Die Forderungen zur Stärkung der Polizei bzw. zum Umbau der Sicherheitsinstitutionen werden in sprachlich modifizierter Form übernommen. Die Videoüberwachung, deren Ausweitung in vielen Fällen im Programm nicht abgelehnt wird, bedarf einer besseren rechtsstaatlichen Fundierung durch den Gesetzgeber. Im bisherigen Text fehlt dieser Hinweis.

Die im alten Entwurf formulierte, radikal klingende (tatsächlich aber ebenso selbstverständliche wie schwierig zu realisierende Forderung, „Gefährder“ lückenlos zu überwachen und „bei Bedarf festzusetzen“ wird durch die Forderung nach einer rechtsstaatsverträglichen Definition dieses Begriffs durch das Parlament ergänzt. Diese wäre Voraussetzung für wirksames bundeseinheitliches Handeln der Behörden.

**Zeilen 73-92:** Der erste Satz Zeile 73 klingt wie eine Erfolgsmeldung des politischen Gegners, dem wachsender Einfluss bescheinigt wird und wurde deshalb gestrichen. Die nächsten Sätze wurden

modifiziert übernommen. Die Formulierung „Keinen Fußbreit den Faschisten“ ist linker Agitprop aus den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Sie machte damals (angesichts des Staates der Weimarer Republik, dessen Vertreter insbesondere bei der Polizei, diese ablehnten, verständlich) die physische Auseinandersetzung auf der Straße zum entscheidenden Faktor bei der Bekämpfung rechtsradikaler Strömungen. Im Programm einer gewaltfreien Partei, die das Gewaltmonopol des Staates zur Grundlage ihrer Politik gemacht hat, hat eine solche Formulierung nichts verloren. Im Entwurfstext führt die historisierend-heroisierende „linke“ Selbstüberschätzung dazu, dass die Verpflichtung des Rechtsstaates und seiner Institutionen, Sicherheit für alle seine Bürger\*innen zu garantieren, im Programm nicht formuliert wird. Der Skandal, dass viele Menschen anderer Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung sich nicht überall in Deutschland selbstverständlich angstfrei bewegen können, wird nicht einmal benannt. Dass Gewalt immer nur von rechten oder islamistischen Gruppen oder Individuen ausgeht, wie der Text nahelegt, trifft im Übrigen nicht zu – die nächste (politisch für die Wahl relevante) Gelegenheit, sich von dieser Tatsache zu überzeugen, wird der G-20-Gipfel in Hamburg bieten. Deshalb wird die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols sowie eine prinzipielle Ablehnung von Gewalt im neuen Text betont. Entsprechend wird später das erste der drei Projekte neu formuliert: Die Aufgabe, die Freiheitsrechte aller in Deutschland tatsächlich durchzusetzen, ist eine Pflicht des Staates, zu der die Zivilgesellschaft in begrenztem Umfang beitragen kann – nicht umgekehrt.

**Zeilen 93-110:** Dass Bundesamt für Verfassungsschutz „dauerhaft auf dem rechten Auge blind“ sei, ist offenbar nicht zu belegen. Die polemischen Formulierungen wurden deshalb abgeschwächt. Ein „personell und strukturell völlig neues Bundesamt“ gründen zu wollen, ist erkennbar überzogen und praktisch nicht realisierbar. Ob die Aufteilung in ein öffentliche Quellen und ein zweites, geheimdienstliche Quellen nutzendes Amt sinnvoll ist, sei dahin gestellt; die Forderung wurde trotzdem übernommen.

**Zeilen 111-129:** Im vorhanden Text wurden Wiederholungen korrigiert und Formulierungen geändert. So wurde die geforderte „Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen“ gestrichen (man muss der heute-show nicht noch die Arbeit erledigen).

**Zeile 131-140:** Das Projekt stellt ausdrücklich fest, dass es die Pflicht des Staates ist, die Menschenrechte aller zu schützen. Die in der alten Fassung enthaltene Forderung, zivilgesellschaftliche Institutionen für wichtige Arbeit – Opferberatung, Prävention etc. – zu fördern, wurde in die neue Formulierung des 2. Projektes verschoben. Hingegen wird der Vorschlag für ein „Demokratiefördergesetz“ nicht übernommen. Ein solches Gesetz ist überflüssig und kontraproduktiv. Entweder die Demokratie überzeugt durch ihre Institutionen und die Personen, die sie vertreten – oder, wenn ihr das nicht gelingt, ist ihr durch ein Gesetz, das ein paar Millionen vom Staat auf die „Zivilgesellschaft“ umverteilt (die eigentlich ja dadurch definiert ist, dass sie staatsfern und staatsunabhängig handelt) auch nicht zu helfen. Ein solches Gesetz als Bundesgesetz ist in der Partei, soweit bekannt, nicht diskutiert worden. Die Gefahr ist groß, dass es zum Rohrkrepiereur würde. Wer genau soll warum als „Demokrat“ gefördert werden? Sportvereine? Die CSU-Ortsgruppe irgendwo? Wo liegen die Grenzen für ein solches Vorhaben, wie soll es finanziell ausgestattet werden? Wie verhält sich ein solches Bundesgesetz zu den zahllosen Möglichkeiten auf Landes- und kommunaler Ebene, sinnvolle Arbeit vor Ort zielgenau zu fördern? Die Vermutung, die Grünen agierten hier als Lobbyorganisation, um ihre Klientel (die ebenso denkt wie sie selbst) zu finanzieren, würde jede Diskussion beherrschen. Der Satz: „Jedlichen staatlichen Generalverdacht und Druck gegen zivilgesellschaftliche Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab“ am Ende dieses Absatzes wurde gestrichen. Er passt dort nicht hin (was hat er mit dem Thema des Absatzes bzw dem Projekt zu tun?). Im Übrigen ist „anlasslose“ Überwachung exakt die Aufgabe von Nachrichtendiensten, weil sie der Polizei nicht erlaubt ist. Wenn man es genau nimmt, wird durch diese Formulierung in einem Nebensatz die Abschaffung von Geheimdiensten gefordert. Dazu bedürfte es allerdings eines bewusst gefassten Beschlusses auf der Bundesversammlung.

**Zeile 141-150:** Die Forderungen zum Thema Prävention und Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die im alten Text teilweise im 1. Projekt standen, werden in dieser Fassung zusammengeführt und um die Forderung nach Stärkung von Prävention auch im Bereich der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung ergänzt.

## **FH-DS-01** Wir stärken die Demokratie

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir stärken die Demokratie**

1 Demokratie ist weder selbstverständlich noch unveränderlich. Sie braucht Bürgerinnen und  
2 Bürger, die sich einmischen und für ihre Rechte und Werte einstehen. Sie braucht  
3 demokratische Institutionen, die für Beteiligung offen sind. Sie braucht ein starkes  
4 Parlament, eine unabhängige Justiz und freie und unabhängige Medien. Und lebendige  
5 Organisationen, die sich vielfältig einbringen, von Parteien über Gewerkschaften, Kirchen  
6 und Religionsgemeinschaften bis hin zu NGOs, Stiftungen, Vereinen und Initiativen. Wir  
7 setzen auf einen starken Rechtsstaat, der unsere Freiheit sichert. Demokratie braucht eine  
8 vernünftige Debatte, die auf Fakten baut, auf gegenseitigem Respekt und den Austausch von  
9 Argumenten  statt auf Hass, Hetze und dumpfe Parolen. Der Erfolg autoritärer und  
10 antidemokratischer Kräfte in Europa und den USA macht deutlich, dass wir uns an einem  
11 historischen Scheideweg befinden: Wir müssen als Gesellschaft für die europäische Tradition  
12 und Geschichte seit der Aufklärung und der französischen Revolution, für die erkämpften  
13 Grund- und Freiheitsrechte sowie die Demokratie und die Prinzipien der offenen Gesellschaft  
14 einstehen. Diese Errungenschaften machen uns aus und machen uns stark. Wir werden deshalb  
15 mit aller Entschlossenheit verhindern, dass die Uhr wieder zurückgedreht wird.  
16 Nationalismus, Rassismus und die Feindschaft zwischen den Religionen und Bevölkerungsgruppen  
17 haben bei uns keine Chance.

### **Demokratie stärken durch mehr Transparenz und Beteiligung**

19 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger\*innen in ihre Repräsentant\*innen, in ihre  
20 Institutionen und Entscheidungsprozesse. Mit großer Sorge sehen wir Grünen, dass dieses  
21 Vertrauen in Deutschland und Europa geringer wird. Wir wollen deshalb die Demokratie stärken  
22 – auch indem wir für mehr Transparenz und bessere Beteiligung sorgen. Das Paralement ist für  
23 uns als zentrale Vertretung der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands die Herzkammer unserer  
24 Demokratie. Doch wir haben gesehen: In Zeiten einer erdrückenden Mehrheit einer Großen  
25 Koalition sind die Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle und Mitwirkung empfindlich  
26 eingeschränkt. Deshalb wollen wir sie ausbauen. Die Arbeit des Bundestages muss  
27 transparenter werden, die Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen. Den Einfluss von  
28 Lobbyisten und Interessengruppen wollen wir offenlegen und ein verpflichtendes öffentliches  
29 Lobbyregister einrichten. Wer was an Parteien spendet oder diese mit Sponsoring unterstützt,  
30 soll sichtbar sein. Die Veröffentlichungsgrenzen für Parteispenden wollen wir absenken und  
31 diese Regeln auch für das Parteisponsoring einführen. Wir wollen Open Government  
32 voranbringen, eine Verwaltung, die transparent und auf Augenhöhe mit Bürgerinnen und Bürger  
33 kommuniziert. Amtliche Dokumente werden dann nach den Kriterien von Open Data im Internet  
34 veröffentlicht. In Kommunen, Ländern und auf Bundesebene bauen wir Beteiligung aus. In den  
35 Länder zeigen wir: Wir stehen für eine Politik des Gehörtwerdens und der Bürgerbeteiligung.  
36 Wir beziehen Bürgerinnen und Bürger verbindlich über die bestehenden Vorschriften hinaus bei  
37 der Bauplanung ein, gerade auch von Großprojekten. Das Petitionsrecht wollen wir zu einem  
38 wirksamen Mittel der Bürgerbeteiligung weiterentwickeln.

39 Elemente direkter Demokratie wollen wir Grünen auch in der Bundespolitik stärken. Wir wollen  
40 Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide in die Verfassung einführen. Die Rechte

41 von Minderheiten sowie Grundrechte und wesentliche Verfassungsprinzipien dürfen durch  
42 Volksentscheide nicht zur Disposition gestellt werden. Zum Kern der Demokratie gehört die  
43 Mehrheitsentscheidung genauso wie der Minderheitenschutz.

44 Damit möglichst viele Menschen an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen, wollen wir  
45 Kommunalwahlen auch für Menschen mit festem Wohnsitz, aber ohne deutschen oder EU-Pass  
46 öffnen. Damit sich gerade junge Menschen früh einbringen können, wollen wir das Wahlalter  
47 bei allen Wahlen auf 16 Jahre absenken. Denn junge Menschen sollen mitentscheiden, wie ihre  
48 Welt aussieht, und mitbestimmen, wer ihre Welt gestaltet.

#### 49 **Gesellschaftliches Engagement fördern, Whistleblower schützen**

50 Millionen Menschen mischen mit und bringen sich ein. Ihr Engagement ist vielfältig und bunt:  
51 Es reicht von der Feuerwehr bis zu Nachbarschaftshilfe, vom Chor über den Sportverein bis  
52 zum Engagement in Kirche, Synagoge und Moschee. Wer mitmisch und sich engagiert, trägt im  
53 Kleinen zum großen Ganzen, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Das wollen wir Grünen  
54 fördern und für mehr gesellschaftliche Anerkennung dieses Engagements sorgen. Auch  
55 Bürgerinnen und Bürger, die ☒ oft unter großen Risiken ☒ Informationen über Missstände der  
56 Öffentlichkeit zugänglich machen, müssen unterstützt und mit einem Whistleblower-  
57 Schutzgesetz geschützt werden. Sie decken Unrecht und Ungerechtigkeiten auf und leisten  
58 einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag. Es ist widersinnig, sie dafür strafrechtlich zu  
59 verfolgen.

#### 60 **Freie Medien stärken**

61 Freie und unabhängige Medien und der allgemeine Zugang zu vielfältigen Informationen sind  
62 ein „Grundnahrungsmittel“ der Demokratie. Doch sie stehen heute enorm unter Druck, die  
63 Medienwelt hat sich in den vergangenen Jahren drastisch gewandelt. Wir Grünen wollen eine  
64 vielfältige und unabhängige Medienlandschaft verteidigen, auch gegen die Angriffe von  
65 Populisten und Hetzern, die ihrerseits mit Falschmeldungen und Meinungsrobotern objektive  
66 Information durch Propaganda ersetzen. Journalistinnen und Journalisten dürfen nicht unter  
67 dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung überwacht werden. Auch der Informantenschutz muss  
68 gesichert sein. Unser Ziel ist eine Medienlandschaft, die vielfältig und innovativ ist und  
69 auch die kleinen Player ernst nimmt. Eine Voraussetzung für Qualitätsjournalismus sind  
70 Arbeitsbedingungen für Journalistinnen und Journalisten, die ein unabhängiges und  
71 anspruchsvolles Recherchieren und Berichten erlauben. Das rückwärtsgewandte  
72 Leistungsschutzrecht für Presseverleger, das niemandem nützt, wollen wir so bald wie möglich  
73 wieder abschaffen. Stattdessen brauchen wir eine sinnvolle Förderung der Vielfalt von  
74 Medien. Für eine unabhängige und qualitätsvolle Berichterstattung kommt dem öffentlich-  
75 rechtlichen Rundfunk eine wichtige Rolle zu. Diese gilt es zu erhalten und vor Einflussnahme  
76 der Politik zu schützen. Jedoch spiegeln die Rundfunk- und Fernsehärte oft nicht die  
77 gesellschaftliche, religiöse und weltanschauliche Pluralität Deutschlands wider. Das wollen  
78 wir ändern. Beitragsfinanzierte Inhalte müssen auch langfristig im Netz abrufbar sein. Die  
79 Beschränkungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an dieser Stelle sind unzeitgemäß. Wir  
80 setzen uns ein für eine Vereinheitlichung des Jugendmedienschutzes über die verschiedenen  
81 Medien hinweg.

#### 82 **Kultur in ihrer Vielfalt fördern**

83 Kultur ist für eine lebendige Demokratie unverzichtbar. Sie ist oft provozierend, hält der  
84 Gesellschaft den Spiegel vor und bietet Raum für neue Ideen und Visionen. Kultur kann in  
85 Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche aber auch Orientierung und ein Gefühl von Zugehörigkeit  
86 geben. Eine offene und demokratische Gesellschaft lebt davon, dass sie Freiräume ermöglicht  
87 und schützt. Wir Grünen verteidigen die Freiheit von Kunst und Kultur. Sie dürfen weder

88 staatlich bevormundet noch ökonomisch vereinnahmt werden. Kunst hat keinen moralischen  
89 Auftrag zu erfüllen und muss sich nicht rechnen, um gute Kunst zu sein.

90 Unser Umgang mit Geschichte, insbesondere der Shoa, prägt auch unsere gemeinsame Gegenwart  
91 und Zukunft. Mit der Unterstützung von Kulturprojekten, einer ausreichenden Finanzierung von  
92 Gedenkstätten und einem Fonds für interkulturelle Arbeit wollen wir Erinnerungskultur auch  
93 in der Einwanderungsgesellschaft fördern. Jede fünfte Einwohner\*in in Deutschland hat eine  
94 Migrationsgeschichte. Wir brauchen neue Formen der Erinnerungskultur, um über Trennendes in  
95 den Dialog zu treten und uns über gemeinsame Werte zu verständigen. Kultur entsteht nicht  
96 durch Abschottung, sondern im Austausch mit anderen. Wir Grünen widersetzen uns deswegen  
97 allen Versuchen, eine nationale „Leitkultur“ durchzusetzen. In der Kultur darf es keine  
98 Grenzen geben, die im Namen einer angeblichen „kulturellen Identität“ darüber bestimmen, wer  
99 dazugehört und wer nicht. Wir wollen die kulturelle Bildung in Schulen in Zusammenarbeit mit  
100 freien Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen besser ausstatten.

101 Kultur lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Förderentscheidungen in der  
102 Kulturpolitik müssen nachvollziehbar sein. Die Bundeskulturpolitik darf nicht allein auf  
103 Schaufenster- und Großprojekte beschränkt werden, vielmehr sollten ebenso die vielen kleinen  
104 Initiativen in ihrer ganzen Bandbreite finanziell gefördert werden. Auch das Thema „Kultur  
105 in ländlichen Räumen“ wollen wir weiter aufwerten. Kultur muss für alle zugänglich und  
106 erlebbar sein ☒ unabhängig von Wohnort, Geldbeutel, Herkunft, Alter, körperlichen  
107 Voraussetzungen oder Identität.

108 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

109

---

#### 110 **Lobbyregister einführen**

111 Wir Grünen wollen unsere Demokratie durch mehr Transparenz stärken. Insbesondere der  
112 Einfluss von Lobbygruppen auf die Gesetzgebung muss offengelegt und allgemein sichtbar  
113 werden. Dafür wollen wir ein öffentliches Lobbyregister einführen, das deren Einfluss  
114 transparent macht. Im Parteiengesetz wollen wir die Grenze absenken, ab der eine  
115 Parteispende veröffentlicht werden muss. Diese Regeln wollen wir auch für Sponsoring von  
116 Parteien und Parteitagern verpflichtend machen. So wird auch beim Sponsoring jederzeit  
117 ersichtlich, wer wen in welcher Höhe unterstützt.

118

---

#### 119 **Whistleblower gesetzlich schützen**

120 Edward Snowden haben wir viel zu verdanken. Nur durch seinen Mut, mit Informationen an die  
121 Öffentlichkeit zu gehen, wurde die skandalöse Ausspähung und Massenüberwachung von  
122 Bürgerinnen und Bürgern durch die NSA bekannt. Auch die Offenlegung von massenhafter und  
123 organisierter Steuerhinterziehung durch die Panama-Papiere und Luxleaks verdanken wir  
124 Whistleblowern. Bürgerinnen und Bürger, die sich dafür einsetzen, Informationen der  
125 Öffentlichkeit zugänglich zu machen, die dem öffentlichen Interesse und dem Allgemeinwohl  
126 dienen, müssen dabei unterstützt und geschützt werden. Deshalb wollen wir Grünen ein  
127 Whistleblower-Schutzgesetz, das diese Menschen vor Strafverfolgung schützt.

128

---

#### 129 **Wahlalter auf 16 Jahre absenken**

130 Ihre Meinungen, Wünsche und Vorstellungen können Jugendliche am besten dann äußern, wenn sie  
131 mitbestimmen können. Wir setzen uns dafür ein, das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre  
132 abzusenken. Denn das Recht auf frühe Mitbestimmung und die entsprechende demokratische  
133 Bildung motiviert junge Menschen, sich selbstbestimmt und eigenverantwortlich in die

134 Gesellschaft einzubringen. Wer früh lernt, wählen zu gehen, setzt dies auch später fort und  
135 motiviert andere, auch zu wählen.

136

---



## **FH-VS-01** Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark**

1 Täuschung, Tricksereien und Betrug – viele Menschen werden auch im Jahr 2017 noch zu oft  
2 über den Tisch gezogen. Während US-amerikanische VW-Kunden angemessene Entschädigungen für  
3 manipulierte Autos bekommen, gehen deutsche Kunden leer aus. Datenkraken und mächtige  
4 Internetkonzerne sammeln unsere Daten und dealen damit ungefragt. Hinter bunten Verpackungen  
5 und Fake-Siegeln verbirgt die Lebensmittelindustrie ungesundes Essen von teils minderer  
6 Qualität.

7 Verbraucherschutz betrifft alle Menschen – in nahezu allen Lebensbereichen. Von der ersten  
8 Kontoeröffnung über den täglichen Einkauf bis zur Altersvorsorge. Als Grüne schützen wir  
9 Verbraucherinnen und Verbraucher vor Täuschung, Vertrags-Tricksereien und Missbrauch von  
10 Daten. Wir kämpfen für mehr Transparenz, mehr gesetzlichen Schutz und faire Klagerechte: So  
11 sieht grüner Verbraucherschutz aus.

#### **12 Nachhaltigen Konsum ermöglichen**

13 Ob T-Shirt, Steak oder Smartphone: Woher ein Produkt kommt, was es enthält und wie es  
14 produziert wurde, bleibt viel zu oft im Dunkeln. Wer will schon mit seinem Einkauf für  
15 Kinderarbeit, verseuchte Flüsse oder Tierqual verantwortlich sein? Deshalb wollen wir  
16 transparente Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards. Es muss klar sein,  
17 was in einer Verpackung steckt. Nur wenn draufsteht, was drin ist, hat nachhaltiger Konsum  
18 eine Chance.

19 Für Fleisch und Milch wollen wir eine einfache Kennzeichnung einführen, die klar und  
20 deutlich zeigt, wie das Tier gehalten wurde – so wie bei Eiern längst etabliert. Diese muss  
21 auch für verarbeitete Produkte gelten. Dann können Konsument\*innen Tierquäl\*innen und  
22 Umweltzerstörer\*innen die rote Karte zeigen.

23 Kundinnen und Kunden werden entmündigt, wenn unverständliche Nährwertangaben Dickmacher  
24 verschleiern oder vegetarische und vegane Lebensmittel unklar gekennzeichnet sind. Wir  
25 wollen, dass die Lebensmittelpackung die Wahrheit sagt, beispielsweise durch eine  
26 Nährwertampel.

27 Transparenz muss auch bei der Lebensmittelhygiene gelten. Wir wollen ein Hygienebarometer  
28 für Gaststätten einführen. So können Verbraucherinnen und Verbraucher erkennen, wie ein  
29 Betrieb bei der Lebensmittelüberwachung abgeschnitten hat.

30 Für Kleidung, Lebensmittel und Möbel existiert derzeit ein undurchsichtiger Siegel-  
31 Dschungel. Zwischen nichtssagender Industrierwerbung und einem kontrollierten Qualitätssiegel  
32 lässt sich schwer unterscheiden. Man muss teils Sherlock Holmes spielen, um herauszufinden,  
33 wo und wie etwas produziert wurde. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit ganzer Branchen.

34 Wir wollen mit dem Siegel-Dschungel aufräumen. Deshalb engagieren wir Grünen uns für  
35 Mindestanforderungen für die wichtigsten Branchen und klare Kriterien wie „fair“ oder  
36 „regional“. So schaffen wir die Voraussetzungen, dass ein Siegel pro Sektor echte  
37 Orientierung gibt.

38 Viele Verbraucher\*innen und Verbraucher wollen nachhaltig und ressourcenschonend  
39 konsumieren. Doch Produkte zu reparieren, ist oft sehr schwer oder wird sogar unmöglich  
40 gemacht, wenn etwa Akkus fest verschweißt werden. Updates werden nicht mehr zur Verfügung  
41 gestellt, Kabel passen nicht mehr. So wird technologischer Fortschritt zum ökologischen und  
42 verbraucherpolitischen Rückschritt. So entstehen Müllberge aus Elektronikschrott. In Zukunft  
43 müssen Produkte so gebaut sein, dass sie einfach zu reparieren und Akkus und Batterien  
44 austauschbar sind. Das wollen wir über Vorgaben für ein ökologisch sinnvolles Design und  
45 längere Gewährleistungsfristen sicherstellen.

#### 46 **Von VW bis Facebook – Verbraucherrechte gelten im Netz wie auf der Straße**

47 Bisher gibt es in Deutschland keine finanziellen Entschädigungen für die von VW Betrogenen.  
48 Anders in den USA, wo es ein starkes Gruppenklagerecht gibt, das auch mächtige Konzerne zur  
49 Einhaltung ihrer Verantwortung zwingt. In Deutschland dagegen ist es für Einzelne oft viel  
50 zu schwer, das geltende Recht auch zur Geltung zu bringen. So weigern sich etwa  
51 Fluggesellschaften, Entschädigungsansprüchen nachzukommen. Wir wollen endlich Gruppenklagen  
52 ermöglichen, die das Prozessrisiko auf viele Schultern verteilen.

53 Der Dieselskandal hat gezeigt, dass Verbraucher- und Gesundheitsschutz für die  
54 Bundesregierung allenfalls zweitrangig gegenüber der Diesel-Lobby ist. Wir brauchen eine  
55 Kehrtwende. Staatliche Aufsichtsbehörden müssen endlich auch den Schutz der Verbraucherinnen  
56 und Verbraucher zu ihrem Ziel machen. Sie müssen sich dafür starkmachen, dass  
57 Verbraucherinnen und Verbraucher voll entschädigt werden, wenn sie über den Tisch gezogen  
58 wurden. Unrechtmäßig erzielte Gewinne, beispielsweise durch Kartellverstöße, sollen den  
59 Verbraucherinnen und Verbrauchern zurückgegeben werden, indem aus diesen Mitteln die  
60 unabhängige Verbraucherberatung gestärkt wird.

61 Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher auch im Netz stärken und schützen. Wir  
62 akzeptieren nicht, dass Google, Facebook, WhatsApp und Co. unsere persönlichsten  
63 Informationen horten und exakte Persönlichkeitsprofile von uns anlegen. Wer im Internet  
64 unterwegs ist, hat das Recht, zu wissen, an wen seine oder ihre Daten weitergegeben werden,  
65 und muss dagegen widersprechen können. Gesundheitsdaten müssen auch digital geschützt  
66 werden. Auch in Zeiten von Big Data müssen unsere Daten uns gehören. Wir wollen die  
67 Kontrolle über unsere Daten zurück. Die Grundsätze des Datenschutzes –  
68 Einwilligungsvorbehalt, Zweckbindung und Datensparsamkeit – müssen auch online konsequent  
69 durchgesetzt werden.

70 Die Menschen müssen sich auf ihr Recht auf kostenfreie Auskunft, Korrektur und Löschung  
71 ihrer Daten verlassen können. Sie müssen entscheiden dürfen, wer welche Daten sammeln und  
72 auswerten darf.

73 Algorithmen bestimmen heute, wer wie viel zahlt, welche Werbung angezeigt wird und welche  
74 Kreditbedingungen wir bekommen. Je nach Wohnort oder Endgerät sind manche Produkte  
75 unterschiedlich teuer. Gegen versteckte Ausspähung und Diskriminierungseffekte braucht es  
76 klare Regeln ☒ für Transparenz und Verbraucherschutz im Digitalen.

#### 77 **Besserer Schutz vor Abzocke durch Banken und Versicherer**

78 Fünf Euro fürs Geldabheben an fremden Automaten, überhöhte Gebühren für Basiskonten,  
79 unverhältnismäßige Dispozinsen und unzureichende Beratung bei Vermögensanlagen und  
80 Versicherungen. Finanzieller Verbraucherschutz ist dringend notwendig, schützt vor Abzocke  
81 und steht für eine bessere Beratung: vom ersten Konto über Anlageberatung bis zur  
82 Altersvorsorge.

83 Die finanziellen Verluste durch falsche Anlageberatung werden jährlich für die deutschen  
84 Verbraucherinnen und Verbraucher auf ca. 50 Milliarden Euro geschätzt. Das ist nicht nur

85 volkswirtschaftlicher Irrsinn, sondern beraubt Sparer\*innen und Versicherte und zerstört im  
86 schlimmsten Fall Existenzen. Doch trotz aller Versprechungen der Großen Koalition stehen  
87 dabei immer noch nicht die Bedürfnisse und Wünsche der Kundinnen und Kunden im Vordergrund,  
88 sondern Verkaufsvorgaben und Provisionsversprechen für die „Berater“. Deshalb werden wir  
89 Provisionen und Gebühren deckeln und transparent machen. Unser Ziel, eine wirklich  
90 unabhängige Finanzberatung auf Honorarbasis für alle, wollen wir nach einer angemessenen  
91 Übergangszeit erreichen. Aber auch da, wo es nicht um die großen finanziellen Fragen des  
92 Lebens geht, sind Verbraucherinnen und Verbraucher den Instituten oft schutzlos  
93 ausgeliefert. Dispozinsen von zwölf Prozent und mehr sind keine Ausnahme. Wir Grünen wollen,  
94 dass kein Bankkunde in die Dispozinsfalle läuft. Deshalb werden wir den Dispozins deckeln.  
95 Ebenso muss der Zugang zu einem günstigen Basiskonto sichergestellt sein, denn  
96 gesellschaftliche Teilhabe hängt heute auch von der eigenen EC-Karte ab. In der  
97 Altersvorsorge wollen wir mit einem staatlichen Basisprodukt eine transparente Alternative  
98 zum Dschungel der Altersvorsorgeprodukte schaffen.

99 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

100

---

### 101 **Wissen, was drin ist ☒ Tierprodukte kennzeichnen**

102 Kein Ei mit der 3! So lautet der Spruch der wohl erfolgreichsten Tierschutzinitiative aller  
103 Zeiten. Seit die Haltungsform der Legehennen gekennzeichnet werden muss, ist nämlich Schluss  
104 mit der Käfighaltung. Die Käufer\*innen haben „mit dem Einkaufsbeutel“ abgestimmt. Wir sind  
105 sicher: Das wird auch bei Fleisch funktionieren. Deshalb fordern wir eine klare und einfache  
106 Kennzeichnung der Art der Tierhaltung auf allen Fleischprodukten – wie beim Ei. Damit  
107 Verbraucherinnen und Verbraucher bewusst entscheiden können, müssen sämtliche Tierprodukte  
108 gekennzeichnet werden. Auch bei verarbeiteten Produkten soll die Packung besagen, was in ihr  
109 steckt. Künftig muss daher auf der Packung gut sichtbar sein, wo und wie die Tiere gehalten  
110 wurden – das gilt für Eier, Milch und Fleisch.

111

---

### 112 **Datenschutz ausweiten ☒ Privatsphäre wahren**

113 Datenhungrige Unternehmen speichern individuelles Verhalten ihrer Kund\*innen und nutzen  
114 diese Daten zur Profilerstellung. Die bestehenden Schutzmechanismen wie das Prinzip der  
115 Einwilligung laufen dabei ins Leere. Alle Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht,  
116 zu wissen, wer was wann und wo über sie speichert. Nur sie selbst – kein Arbeitgeber, kein  
117 Internetanbieter, keine Krankenkasse und auch nicht der Staat – dürfen bestimmen, wer  
118 Zugriff auf ihre Daten hat und was damit geschehen soll. Wir werden darauf drängen, dass bei  
119 der Anpassung der deutschen Datenschutzgesetze an die EU-Datenschutzreform die hohen EU-  
120 Standards für klare Grenzen von Sammlung und Verwertung persönlicher Daten und Informationen  
121 nicht aufgeweicht werden.

122

---

### 123 **Gruppenklagen für Verbraucherinnen und Verbraucher ermöglichen**

124 Der Fall VW hat einmal mehr deutlich gemacht. Es ist für Verbraucherinnen und Verbraucher zu  
125 schwer, ihre Rechte wirksam durchzusetzen. Viele überlegen zweimal, ob sie den Aufwand auf  
126 sich nehmen ihre Rechte gerichtlich gegen einen Großkonzern durchzusetzen. Wir wollen das  
127 einfacher machen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen sich zu Gruppenklagen  
128 zusammenschließen und gemeinsam durch Gruppenklagen ihre Ansprüche klären können.

129

---

## **FH-IF-01** Wir machen das Internet frei und sicher

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir machen das Internet frei und sicher**

1 Smartphones, Internet, soziale Netzwerke: Der digitale Wandel verändert unsere Gesellschaft  
2 in einem ungeheuren Ausmaß. Digitale Dienstleistungen erhöhen dabei unsere Lebensqualität,  
3 vom Zugang zu Informationen, Open Data und onlinebasierter Bürgerbeteiligung bis zu  
4 Carsharing und intelligent gesteuerter Stromversorgung. Gleichzeitig sind viele Menschen  
5 verunsichert. Ständig müssen wir erreichbar sein, Unternehmen erstellen detaillierte  
6 Profile, Internetkonzerne wissen immer mehr über uns und unser Leben, im Netz wachsen  
7 Brutstätten des Hasses. Ängste vor digitaler Spaltung oder Jobverlust nehmen zu.

8 Unsere Digitalpolitik richtet sich an den Bedürfnissen der Menschen aus. Demokratische  
9 Grundpfeiler wie das Recht auf digitale Selbstbestimmung, ein innovativer Daten- und  
10 Verbraucherschutz, eine effektive IT-Sicherheit und die Chancengleichheit stehen im  
11 Mittelpunkt unserer Konzepte für eine lebenswerte digitale Gesellschaft. Wir wollen den  
12 digitalen Wandel aktiv gestalten. Dazu gehört es, mühsam erkämpfte Rechte online  
13 durchzusetzen. In der digitalen Welt müssen wir für Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit  
14 und Demokratie und gegen Hass, Hetze und Gewalt genauso streiten wie in der analogen. Genau  
15 das hat die Große Koalition sträflich verpasst. Jahrelang erkämpfte Fortschritte beim Schutz  
16 der Privatsphäre, der Persönlichkeit oder von Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen nicht  
17 im und durch das Netz einfach abgeräumt werden.

18 Wir Grünen stellen uns auch übermächtig erscheinenden IT-Konzernen entgegen. Das Recht auf  
19 digitale Selbstbestimmung ist zentral im digitalen Zeitalter. Wir streiten mit aller  
20 Entschlossenheit für einen innovativen Daten- und Verbraucherschutz mit höchsten Standards,  
21 eine effektive IT-Sicherheit und digitale Chancengleichheit. Der Staat bleibt in der  
22 Pflicht, private Kommunikation und digitale Infrastrukturen effektiv zu schützen. Gemeinsam  
23 mit einer engagierten Zivilgesellschaft streiten wir für Innovationen, mehr E-Government,  
24 offene Daten, Vertrauen und Sicherheit in der digitalen Welt und gegen Massenüberwachung –  
25 egal ob durch Unternehmen oder Geheimdienste. Nur wenn wir der Sicherheit des Netzes  
26 vertrauen können, können wir auch die Potentiale des digitalen Wandels für Bildung, sozialen  
27 Fortschritt und eine nachhaltige Wirtschaft voll ausschöpfen.

#### **Ein Netz für alle**

29 Wir wollen schnelles Internet für alle Haushalte und Unternehmen, überall in Deutschland.  
30 Ein schneller Internetanschluss gehört wie ein Telefonanschluss zur staatlichen  
31 Daseinsvorsorge. Deshalb haben wir beispielsweise in Baden-Württemberg bereits die weißen  
32 Flecken bei der Netzabdeckung um 80 Prozent reduziert. Der Stillstand im Bund beim  
33 Breitbandausbau steht sinnbildlich für das digitalpolitische Versagen der Großen Koalition.  
34 Noch immer gibt es viel zu viele „weiße Flecken“. Das wollen wir ändern. Wir wollen einen  
35 zukunftsfähigen und umfassenden Breitbandausbau auf der Basis von Glasfaser. Dafür widmen  
36 wir die Telekom-Aktien im Wert von rund zehn Milliarden Euro in Bundesbesitz um und  
37 investieren sie in den Breitbandausbau.

38 Wir setzen uns für echte Netzneutralität, für offene und rechtssichere WLAN-Zugänge und die  
39 Förderung von Freifunk ein. Denn echte Netzneutralität ist die Voraussetzung für einen

40 fairen digitalen Wettbewerb und einen offenen, barrierefreien Zugang. Ein „Zwei-Klassen-  
41 Internet“ braucht niemand. Schon seit langem stellt der digitale Wandel uns auch vor die  
42 Frage der Nutzung und Vergütung digitaler Inhalte. Wir wollen eine Reform des Urheberrechts,  
43 die den Ansprüchen der neuen, digitalen Realität genügt. Sie soll bürgerrechtskonform sein  
44 und die Interessen von Verbraucher\*innen und Urheber\*innen fair ausgleichen. Nutzerinnen und  
45 Nutzer digitaler Inhalte sollen bei Ausleihe und Weiterveräußerung nicht schlechter gestellt  
46 werden als bei analogen Gütern. Gleichzeitig müssen Urheber\*innen angemessen vergütet  
47 werden.

#### 48 **Gemeinsam gegen Hass im Netz**

49 Mit Sorge beobachten wir die Verbreitung von Hass und Hetze im Netz. Die Strafverfolgung  
50 hingegen hinkt diesen Auswüchsen weit hinterher. Wir Grünen wollen dafür sorgen, dass  
51 Menschen, die sich volksverhetzend äußern oder andere mit Mord- und  
52 Vergewaltigungsphantasien bedrohen, konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.  
53 Internetunternehmen müssen in die Pflicht genommen werden, rechtswidrige Posts und  
54 Kommentare nach umgehender Prüfung sofort zu löschen und zu dokumentieren, um eine effektive  
55 Strafverfolgung und Durchsetzung individueller Rechte zu ermöglichen.  
56 Strafverfolgungsbehörden und Gerichte müssen technisch und personell so ausgestattet werden,  
57 dass sie Rechtsverstöße im Netz in angemessener Zeit bearbeiten können. Im Netz muss  
58 erkennbar sein, ob Mensch oder Maschine kommunizieren. Wir fordern deshalb eine  
59 Kennzeichnungspflicht für Computerprogramme (Social Bots), die eine menschliche Identität  
60 vortäuschen und zu Zwecken der Manipulation und Desinformation eingesetzt werden können.

61 Nicht alles, was hetzerisch im Netz geäußert wird, ist rechtswidrig. Meinungsfreiheit gilt  
62 auch für abseitige, oftmals schwer erträgliche Positionen. Plattformen wie Facebook müssen  
63 in die Pflicht genommen werden, Community-Standards durchzusetzen. Dies benötigt eine  
64 aktive digitale Zivilgesellschaft, die sich einbringt, Inhalte kritisch hinterfragt und  
65 Hausregeln auf der Webseite auch durchsetzt. Ein demokratisches Netz braucht Nutzerinnen und  
66 Nutzer, die Hass und Fakes eine klare, ethisch begründete Haltung entgegensetzen.

67 Digitale Kompetenz ist heute eine Grundvoraussetzung für gleichberechtigtes und  
68 selbstbestimmtes Leben. Wir wollen daher mehr Programme für digitale und kulturelle Bildung  
69 in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Auch Polizei und  
70 Staatsanwaltschaften müssen hier ihre Kompetenz erweitern. Für Frauen und Mädchen, die Opfer  
71 von Cybermobbing und Gewalt im Netz geworden sind, benötigen wir mehr Beratungs- und  
72 Anlaufstellen sowie geschulte Strafverfolgungsbehörden.

#### 73 **Vertrauen im Netz sichern**

74 Wer ständig überwacht wird, ist nicht frei. Selbst wer glaubt, „nichts zu verbergen zu  
75 haben“, ist angreifbar. Effektiver Grundrechtsschutz ist das Fundament einer freien  
76 Gesellschaft. Dies gilt auch im digitalen Zeitalter. Menschen müssen wissen, wer wann was  
77 über sie weiß. Datenschutz ist aber mehr als nur informationelle Selbstbestimmung. Die  
78 Wahrung von Grundrechten im Digitalen darf keinesfalls auf den Einzelnen abgewälzt werden.  
79 Vielmehr bleibt der Staat in der Pflicht, private Kommunikation, persönliche Daten und  
80 digitale Infrastrukturen effektiv zu schützen. Wir werden weiter auf allen politischen  
81 Ebenen für starke Regeln zur Vertraulichkeit elektronischer Kommunikation und höchste IT-  
82 Sicherheitsstandards kämpfen.

83 Hier setzen wir auf klare rechtliche Vorgaben, wollen aber auch Anreize für Unternehmen  
84 schaffen, in gute und sichere IT-Lösungen zu investieren. Den effektivsten Schutz vor  
85 Angriffen bietet Prävention. Die bestehenden Aufsichtsstrukturen werden wir personell und  
86 rechtlich deutlich stärken, um den Verbraucher- und Datenschutz konsequent zu gewährleisten.  
87 Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) werden wir unabhängig stellen.

88 Private Kommunikation, öffentliche Stellen, die Wirtschaft sowie digitale Infrastrukturen  
89 werden wir effektiv vor IT-Angriffen schützen.

90 Mit der Vernetzung von immer mehr Gegenständen des täglichen Lebens („Internet of Things“)  
91 wachsen die Anforderungen an eine verlässliche IT-Sicherheit. Wir wollen daher auch für  
92 Software die seit Jahren fehlende Produkthaftung einführen und bei Geräten mit  
93 Internetanschluss die Hersteller zu regelmäßigen Sicherheits-Updates verpflichten.

#### 94 **Was macht ihr mit meinen Daten?**

95 Seit wir immer mehr online erledigen, wissen auch unzählige Unternehmen, wohin wir gehen,  
96 was wir lesen, was wir kaufen, wer unsere Freunde sind oder wie oft wir verschuldet waren.  
97 Die Methoden werden besser, die Daten immer mehr. Wir müssen die Kontrolle über die Daten  
98 zurückerkämpfen ☒ denn sie gehören uns! Deshalb ist für uns der Verbraucherschutz im Netz so  
99 wichtig (à Kapitel: Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark). Nutzerinnen und  
100 Nutzer brauchen ein Recht auf kostenfreie Auskunft, Korrektur und Löschung ihrer Daten  
101 gegenüber internationalen Unternehmen. . Automatisierte Diskriminierung wollen wir  
102 unterbinden, sei es beim individuellen Preis-Profilung, beim Kredit-Scoring oder auch bei  
103 der inneren Sicherheit. Und wir müssen dafür sorgen, dass sich alle Unternehmen an die  
104 rechtlichen Vorgaben wie das neue EU-Datenschutzrecht halten.

#### 105 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

106

---

#### 107 **Schnelles Internet für alle ☒ Glasfaser ausbauen**

108 Wir wollen, dass schnelles Internet in jedem Stadtviertel, jeder Gemeinde und jedem Dorf  
109 Standard ist. Dafür werden wir die Breitbandversorgung überall in Deutschland verbessern und  
110 die Glasfaserkabel ausbauen ☒ von der Banken-City bis zu jedem Bauernhof. Der Bund soll  
111 dafür seine Telekom-Aktien in Höhe von zehn Milliarden Euro verkaufen und die Einnahmen in  
112 den Breitbandausbau investieren. Der Ausbau von Leerrohren als Basis für die Glasfaserkabel  
113 steht dabei im Vordergrund. Um Wettbewerb zu sichern, können sowohl Kommunen als auch  
114 Unternehmen die Leitungen legen und die Netze betreiben.

115

---

#### 116 **Datenschützer\*innen stärken, neues Klagerecht einführen**

117 Die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern und die Verbraucherschutzverbände sind für  
118 wirksamen Datenschutz enorm wichtig. Sie müssen mit der Digitalisierung von immer mehr  
119 Lebensbereichen Schritt halten. Von Big Data, Internet der Dinge, Industrie 4.0 bis zur  
120 Digitalisierung im Gesundheitswesen, im Verkehr oder der Energieversorgung: Für immer mehr  
121 Bereiche brauchen wir Schutzkonzepte und aufmerksame Datenschützer\*innen. Auch die neue EU-  
122 Datenschutzgrundverordnung stellt neue Anforderungen. Um diese Aufgaben zu bewältigen,  
123 wollen wir unsere Datenschutzaufsichtsbehörden institutionell und personell stärken. Neben  
124 mehr Personal fordern wir, ihnen ein Klagerecht vor Zivilgerichten einzuräumen, damit sie  
125 wirkungsvoller gegen Datenschutzverstöße von Unternehmen vorgehen können.

126

---

#### 127 **Moderne Verwaltung mit E-Government**

128 Mit mehr Mut zu Open Data, barrierefreien E-Government-Dienstleistungen und Open Government  
129 werden wir einen entscheidenden Beitrag leisten, um unsere Verwaltung zu modernisieren,  
130 Bürokratie abzubauen und unsere Demokratie zu beleben. Wir setzen uns für Open-Data-Regeln  
131 ein, die Behörden verpflichten, vorhandene Daten von sich aus leicht auffindbar,  
132 maschinenlesbar und kosten- und lizenzfrei für die Öffentlichkeit bereitzustellen.

## **FH-BW-01** Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen**

1 Zu Hause, auf der Straße, bei der Arbeit, in Kindertagesstätten und der Schule verbringen  
2 wir zusammen unser Leben. Vor Ort werden unsere Alltagsfragen beantwortet. Ist der Weg zum  
3 Job schnell erreichbar und die Miete bezahlbar? Ist der Arzt oder die Ärztin nur einen  
4 Katzensprung entfernt? Fährt der Bus alle fünf Minuten oder existiert gar keine Haltestelle?  
5 Gibt es fußläufig eine Lieblingskneipe, Kinos und ausreichend Sportstätten? Ist der  
6 Dorfladen ein naher und geliebter Treffpunkt oder längst geschlossen? Kann man einfach mal  
7 losradeln, ohne Slalom durch Schlaglöcher fahren zu müssen? Diese Grundlagen des Alltags  
8 sorgen für Wohlbefinden oder Frust. Sie prägen unser Zusammenleben und bestimmen, ob ein  
9 Arbeitsplatz erreichbar und die Balance zwischen Familie und Arbeit möglich ist und ob alle  
10 Menschen leben können, wie und wo sie wollen. Sie bestimmen, ob Kinder gut aufwachsen, ob  
11 ein gutes Leben im Alter möglich ist und die Pflege reibungslos funktioniert. Die  
12 Lebensqualität wird vom Angebot vor Ort entschieden, egal ob auf dem Land oder in der Stadt.  
13 Unsere Wohnorte sollen Teilhabe und Chancen im Alltag unabhängig vom eigenen Geldbeutel  
14 ermöglichen. Ein umfangreiches und hochwertiges öffentliches Angebot vor Ort ist ein  
15 Sprungbrett ins gesellschaftliche Leben, gerade für Menschen ohne großen finanziellen  
16 Spielraum.

#### **17 Heft des Handelns in die Hände vor Ort**

18 Kein Ort gleicht dem anderen. Es gibt wohlhabende und finanzschwache, wachsende und halb  
19 verlassene, alte und junge Städte und Gemeinden – oft in direkter Nachbarschaft. Bei aller  
20 Vielfalt vor Ort und der gemeinsamen Aufgabe, einen eigenen Weg einzuschlagen, ist eines für  
21 alle gleich: Städte und Gemeinden müssen das Heft des Handelns in der Hand behalten. Nur so  
22 können sie autonom handeln und passend entscheiden, wer das Busangebot stellt, bezahlbares  
23 Wohnen schafft oder das Wasserwerk und das Stromnetz betreibt.

24 Öffentliche Museen und Theater, sanierte Schulen, gute Sportplätze und intakte Quartiere  
25 sorgen an vielen Orten für eine hohe Lebensqualität. Marode Turnhallen, geschlossene  
26 Büchereien und Kultureinrichtungen sowie schimmelige Schwimmbäder konzentrieren sich in  
27 anderen. Die Schere zwischen armen und reichen Städten, Gemeinden, Kreisen und  
28 Nachbarschaften geht immer weiter auseinander. Wir Grünen wollen deshalb struktur- und  
29 finanzschwachen Kommunen unabhängig von der Himmelsrichtung unter die Arme greifen. Unser  
30 Ziel ist eine angemessene finanzielle Ausstattung für alle. Mit einem Altschuldenfonds  
31 ermöglichen wir hochverschuldeten Städten und Gemeinden einen Neustart. Spürbare  
32 Entlastungen von Sozialausgaben erleichtern gerade strukturschwachen Kommunen das tägliche  
33 Geschäft. Die Einnahmen werden wir mit der kommunalen Wirtschaftssteuer verlässlicher und  
34 die Grundsteuer gerechter machen. Der Bund und die Länder dürfen unsere Städte und Gemeinden  
35 nicht mehr mit immer neuen Aufgaben belasten, ohne das nötige Geld dafür zur Verfügung zu  
36 stellen. Unser Grundsatz lautet: Wer bestellt, bezahlt. Außerdem brauchen wir viel mehr  
37 Investitionen. Seit Jahrzehnten fallen immer wieder Sanierungen und Instandsetzungen von  
38 öffentlicher Infrastruktur dem Rotstift zum Opfer. Dieser Investitionsstau konzentriert sich  
39 ausgerechnet auf die ohnehin finanziell gebeutelten Kommunen. Mit unserem grünen

40 Investitionsprogramm im zweistelligen Milliardenbereich wollen wir in einem ersten Schritt  
41 bei der Sanierung von Schulen helfen, da hier in vielen Orten die Not am größten ist.

#### 42 **Bezahlbares Wohnen für alle**

43 Die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung mitten in der Stadt ist vielerorts vergleichbar mit  
44 der Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Wohnungen sind heiß begehrt und häufig entscheidet  
45 die Dicke des Geldbeutels über die neue Mieter\*in. Gerade lebendige, bunte Stadtteile sind  
46 hip und durch starke Nachfrage auf frei werdende Wohnungen von Gentrifizierung bedroht. Doch  
47 der Geldbeutel darf nicht darüber entscheiden, ob Freunde, Kindertagesstätte, Jobs und  
48 Familie von der eigenen Wohnungstür aus schnell zu erreichen sind. Wir Grünen wollen eine  
49 Million neue bezahlbare Wohnungen, dauerhaft günstig, lebenswert und mittendrin. Wir stecken  
50 wieder Geld in preiswerten Wohnraum, statt den Bau von Luxusobjekten zu unterstützen. Wir  
51 fördern Wohnungen für junge Familien und Menschen mit weniger Einkommen. Wir wollen mit  
52 einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit faires, gutes und günstiges Wohnen schaffen,  
53 Genossenschaften wiederbeleben und den sozialen Wohnungsbau viel stärker fördern. Außerdem  
54 werden wir Grünen auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, Wohneigentum und  
55 Anteile an Genossenschaften zu erwerben. Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen  
56 Daseinsvorsorge.

57 All das reicht aber noch lange nicht aus. Wir werden Mietsteigerung begrenzen, die Praxis  
58 des Raussanierens bekämpfen und Verdrängung beenden. Eine richtige Mietpreisbremse ohne  
59 Hintertür muss her. Wir wollen ein ökologisches und soziales Mietrecht einführen, damit in  
60 guter Lage die klimafreundliche, warme Wohnung bezahlbar bleibt. Wir werden durch die  
61 Anhebung des Wohngeldes bedürftigen Menschen zusätzlich unter die Arme greifen. Wir wollen  
62 kurze Wege, mehr Grün in der Stadt und mehr Treffpunkte und Leben in den Quartieren durch  
63 Stadtteilzentren fördern. Wir unterstützen urbane Gärten, Wohnprojekte, Bürgerenergie und  
64 generationengerechtes Wohnen. Flächensparendes Bauen wollen wir stärken, den  
65 Flächenverbrauch auf der grünen Wiese eindämmen und mehr nachwachsende Baustoffe einsetzen.  
66 Das Baurecht werden wir modernisieren und ein faires grünes Wärmepaket auflegen, um  
67 Ressourcen und das Klima zu schonen – und zwar für alle bezahlbar. Für lebenswerte Städte  
68 und Dörfer mit Identität, für öffentliche Plätze, Straßen und Gebäude zum Wohlfühlen  
69 unterstützen wir die Entwicklung der Baukultur in den Metropolen wie in den ländlichen  
70 Räumen.

#### 71 **Ländlicher Raum – lebenswert und zukunftsfähig**

72 Günstiger Wohnraum, ein eigener Garten und der Badensee gleich um die Ecke, wer erträumt sich  
73 das nicht? Keine gute Schule, Einkaufsmöglichkeiten, Busanbindungen,  
74 Ausbildungsmöglichkeiten oder Jobs, eine schlechtere soziale und ärztliche Versorgung sind  
75 leider allzu oft die Kehrseite der Medaille, wenn man auf dem Land lebt. Doch auch die Orte,  
76 die nicht so sehr im Fokus stehen, wollen wir erhalten, pflegen und gedeihen lassen.

77 Dabei stehen wir vor großen Herausforderungen, denn die Alterung der Gesellschaft ist im  
78 ländlichen Raum besonders stark zu spüren. Es sind vor allem die Jüngeren, die nach der  
79 Schule ihr Dorf oder ihre Kleinstadt verlassen. Ein Nebeneinander von wachsenden Städten  
80 sowie Dörfern und Gemeinden, in denen immer weniger Menschen leben, entsteht. Wir wollen die  
81 Möglichkeiten suchen und nutzen, die sich aus den Umbrüchen und dem Wandel vor Ort ergeben.

82 Wir wollen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Erholen von Beginn an in der gesamten Region  
83 zusammen denken und planen, barrierefrei und generationengerecht. Wir wissen, wie das auch  
84 mit knappen Ressourcen gelingen kann. Hierfür wollen wir einiges umkrempeln. Die Frage, wie  
85 ein Lebensweg verläuft, darf nicht der geografische Zufall entscheiden. Das ist auch eine  
86 Frage von Gerechtigkeit. Deshalb wollen wir die Förderpolitik des Bundes stärker an der  
87 Raumordnung orientieren, damit Gelder da ankommen, wo sie gebraucht werden. Wir machen uns



88 stark für lebendige Ortskerne, damit Innenstädte und Dorfkerne weiter Wohnorte bleiben. Wir  
89 wollen schnelles Netz – überall; wie wir das machen, beschreiben wir im Kapitel à Wir  
90 gestalten die Digitalisierung. Ärzt\*innen und Krankenhäuser müssen erreichbar sein. Deshalb  
91 wollen wir die „Gesundheitsversorgung aus einer Hand“ stärken. Wir unterstützen auch auf dem  
92 Land das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“. In ländlichen Zwergschulen können Kinder  
93 gemeinsam in kleinen Klassen jahrgangsübergreifend lernen und werden ganztägig gut betreut.  
94 Wir wollen Vereine und Jugendarbeit stärken und so in den Zusammenhalt investieren.  
95 Kleinbetriebe sollen zusammenarbeiten können, um auszubilden. Damit der  
96 Fachkräftenachwuchs auf hochwertige Arbeits- und Ausbildungsplätze trifft, wollen wir  
97 regionale Wirtschaftskreisläufe in Schwung bringen. So bleibt die Wertschöpfung vor Ort und  
98 wir können Regionen beleben, die heute mehr und mehr verweisen.

99 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

100

---

101 **Kommunen finanziell entlasten**

102 Die Schere zwischen armen und reichen Städten, Gemeinden und Kreisen geht immer weiter  
103 auseinander. Wir wollen struktur- und finanzschwachen Kommunen unter die Arme greifen. Wir  
104 werden die Kommunen spürbar von den Sozialausgaben entlasten. Wir ermöglichen  
105 hochverschuldeten Städten einen Neustart, indem wir übermäßig hohe Schulden in einen  
106 gemeinsamen Fonds (Altschuldentilgungsfonds) überführen. Das entlastet sie von drückenden  
107 Zinsen. Die Einnahmen wollen wir mit der kommunalen Wirtschaftssteuer verlässlicher machen.

108

---

109 **Eine Million neue, bezahlbare Wohnungen**

110 Wir brauchen einen Aufbruch für bezahlbares Wohnen. Die Zeit des Verkaufs und der  
111 Spekulation mit Sozialwohnungen muss enden. Wir wollen eine Million neue preiswerte  
112 Wohnungen bauen, dauerhaft günstig und lebenswert. Mit dem Konzept der Neuen  
113 Wohnungsgemeinnützigkeit werden wir wieder Genossenschaften, kommunale Wohnungsunternehmen  
114 und private Investoren für den sozialen Wohnungsbau gewinnen. Das Prinzip dabei ist: Zulagen  
115 und Steuerförderung im Tausch gegen günstigen Wohnraum.

116

---

117 **Mietpreise bremsen – für ein Mietrecht ohne Schlupflöcher**

118 Die Mieten explodieren seit Jahren. Damit muss jetzt Schluss sein. Die Mietpreisbremse  
119 ziehen wir endlich richtig an und schaffen unnötige Ausnahmen ab. Niemand darf wegen  
120 Luxusmodernisierungen verdrängt werden. Dafür senken wir die Modernisierungumlage deutlich  
121 ab. Die Miethöhen müssen bei den Mietspiegeln über einen längeren Zeitraum abgebildet  
122 werden. Die Zeitspanne ohne Mieterhöhungen werden wir ausweiten. Wir verdoppeln das  
123 Wohngeld, passen es dynamisch an und berücksichtigen die Heizkosten wieder. Zudem führen wir  
124 beim Wohngeld einen Klimazuschuss für energetisch modernisierte Wohnungen ein, damit auch  
125 Wohngeldempfänger energieeffizient wohnen können.

126

---

## **GS-01** Gerechtigkeit im Sinn

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### Gerechtigkeit im Sinn

- 1 Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Unseren Wohlstand verdanken wir vielen engagierten  
2 Beschäftigten, innovativen Unternehmen und einer langen Tradition sozialer  
3 Sicherungssysteme. Doch auch bei uns haben Reichtum, Wohlstand und Armut viele Gesichter.
- 4 Während es in vielen Regionen seit Jahren nahezu Vollbeschäftigung mit gut bezahlten Jobs  
5 gibt, gibt es zugleich Gebiete, in denen viele junge und ältere Menschen arbeitslos sind und  
6 keine Perspektiven sehen. Andere haben Jobs mit Zukunft, reiben sich aber auf, um Familie,  
7 eigene Interessen, und Arbeit in Einklang zu bringen. Zu viele arbeiten unter schlechten  
8 Bedingungen und hangeln sich von einer befristeten Beschäftigung zur nächsten. Während viele  
9 von Globalisierung und Digitalisierung profitieren, fürchten andere, ihre Jobs an Roboter  
10 oder ans Ausland zu verlieren. Insbesondere Beschäftigte, die einfache Dienstleistungen  
11 erbringen, leben mit stagnierenden Löhnen und teilweise schlechten Arbeitsbedingungen. Der  
12 Pfleger und die Pflegerin, die Erzieherin und der Polizist müssen trotz ihrer  
13 gesellschaftlich enorm wichtigen Arbeit mit vergleichsweise niedrigen Einkommen über die  
14 Runden kommen. Die hohe Vermögenskonzentration bei einigen wenigen schadet auch laut OECD  
15 der Wirtschaft und Gesellschaft, während viele mit geringem Einkommen Schulden haben, kaum  
16 in die Zukunft ihrer Kinder investieren, geschweige denn etwas zur Seite legen können. Diese  
17 Probleme löst man nicht, indem man nur über die Erfolge redet.
- 18 Eine der wichtigsten Aufgabe der Politik ist es, Bedingungen zu schaffen, damit alle  
19 Menschen ihre Fähigkeiten einbringen und ein gutes, selbstbestimmtes Leben führen können.  
20 Deshalb wollen wir neue Chancen und bessere Arbeitsbedingungen schaffen. Unsere Gesellschaft  
21 wird stark bleiben, wenn sie alle fair am erwirtschafteten Wohlstand beteiligt. Sie wird  
22 aber noch stärker werden, wenn sie allen gleiche Chancen und Möglichkeiten bietet. Die  
23 Sprossen der gesellschaftlichen Leiter dürfen nicht so weit auseinanderliegen, dass Aufstieg  
24 kaum möglich ist. In unserer Gesellschaft darf Armut keinen Platz haben, denn Armut schadet  
25 uns allen: den Menschen, die um ihre Zukunftschancen und die Aussicht auf ein  
26 selbstbestimmtes Leben beraubt werden, ebenso wie der Gesellschaft, die auf die Talente und  
27 Fähigkeiten aller angewiesen ist. Deshalb nehmen wir es nicht hin, dass in unserem Land zwei  
28 Millionen Kinder in Armut leben. Wir wollen, dass jede und jeder mit eigener Anstrengung und  
29 der solidarischen Unterstützung der Gesellschaft ein gutes Leben führen kann.
- 30 Bildung spielt für uns dabei eine entscheidende Rolle. Unser Bildungssystem ist durch die  
31 Reformen vieler grün-mitregierter Länder gerechter und durchlässiger geworden. Doch für  
32 echte Chancengleichheit sorgt es noch nicht. Immer noch entscheidet zu oft die soziale  
33 Herkunft über Bildungs- und Aufstiegschancen, nicht Talent oder Fleiß. Wir wollen eine  
34 Schule, die ermutigt und ertüchtigt, keine, die bremst oder blockiert. Um das zu erreichen,  
35 wollen wir das Kooperationsverbot im Schulbereich aufheben. Wir wollen, dass Bund, Länder  
36 und Kommunen ohne Hindernisse zusammenarbeiten, um Chancengleichheit zu schaffen.
- 37 Wir werden ein großes Reformpaket auf den Weg bringen, um Kinderarmut zu bekämpfen, Familien  
38 finanziell zu entlasten und die Unterstützung von Alleinerziehenden deutlich zu verbessern.  
39 Wir werden Steuersümpfe trockenlegen und dafür sorgen, dass auch Superreiche endlich ihren  
40 fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Wir wollen damit in Kindertagesstätten, Schulen,

41 Jobcenter, Stadtbüchereien, Jugendzentren und in bezahlbare Wohnungen investieren – all das  
42 sind Orte, auf die sozial Benachteiligte besonders angewiesen sind, von deren guter  
43 Ausstattung aber die gesamte Gesellschaft profitiert.

44 Wir werden die Zweiklassenmedizin abschaffen und stattdessen mit einer Bürgerversicherung  
45 eine gute Gesundheitsversorgung für alle ermöglichen. Wir streiten für auskömmliche Renten  
46 und eine gute Pflege im Alter. Wir wollen verhindern, dass Menschen sich von einem  
47 unsicheren Arbeitsplatz zum nächsten hangeln müssen. Wir wollen den Menschen wieder mehr  
48 Souveränität über ihre eigene Zeit geben, damit sie Beruf, Familie und Engagement besser  
49 miteinander verbinden können.

50 Eine starker Sozialstaat und eine starke Wirtschaft bedingen sich gegenseitig. Deshalb  
51 setzen wir auf eine Wirtschaft, die fair und stabil, innovativ und voller Gründergeist ist.  
52 Die Chancen der Digitalisierung wollen wir ergreifen und diese Umwälzung so gestalten, dass  
53 sie allen nutzt.

54 So stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Akzeptanz unserer Demokratie, die  
55 durch Ungerechtigkeiten gefährdet sind. So schaffen wir es, dass alle an die Möglichkeiten  
56 in unserem Land glauben und sie auch nutzen können.

## **GS-KS-01** Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten**

1 Wenn das Kind aus einer Arbeiterfamilie später Unternehmerin oder Unternehmer wird und gute  
2 Arbeitsplätze schafft, wenn die alleinerziehende Krankenschwester es sich leisten kann,  
3 Pflegemanagement zu studieren, wenn der seit längerem arbeitslose Lagerist nach einer  
4 Weiterbildung einen neuen Job findet, wenn der schwerhörige Junge zusammen mit den  
5 Nachbarskindern in der Schule um die Ecke lernt und die aus Syrien nach Deutschland  
6 geflüchtete Frau Medizin studiert, dann haben wir viel erreicht. Dann sind wir unserem Ziel,  
7 allen Menschen in Deutschland eine Chance auf ein gutes Leben zu ermöglichen, ein gutes  
8 Stück näher gekommen. An manchen Orten klappt das schon, da haben sich Menschen längst auf  
9 den Weg gemacht: etwa an der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln. Einst als „Deutschlands  
10 schlimmste Schule“ bezeichnet, machen Schülerinnen und Schüler dort nun Abitur – viele von  
11 ihnen als Erste ihrer Familie. Oder an der Universität Duisburg-Essen, die gezielt  
12 Jugendliche aus Familien ohne akademische Erfahrung bis zum Bachelor begleitet. Davon  
13 brauchen wir mehr. Zu oft bestimmt immer noch die Herkunft über die eigene Zukunft, und  
14 nicht etwa Talent oder Fleiß. Es ist ein Skandal, dass es für Kinder aus Arbeiterfamilien  
15 bei uns so schwierig ist, aufzusteigen. Das wollen wir Grünen ändern. Jeder soll die Chance  
16 auf ein gutes Leben bekommen. Wirtschaft und Gesellschaft brauchen die Ideen und die Kraft  
17 aller jungen Menschen. Wir können und wollen es uns nicht leisten, Menschen perspektivlos  
18 und abgehängt zurückzulassen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der nicht soziale  
19 Herkunft, ethnische Wurzeln oder körperliche Voraussetzungen über die Zukunft von Menschen  
20 entscheiden, sondern deren Wünsche und Potentiale. Wir stemmen uns gegen die Spaltung in  
21 drinnen und draußen, wollen die Gesellschaft zusammenhalten und Chancen gerechter verteilen.

#### **22 Mit guter, inklusiver Bildung Türen öffnen**

23 Kindertagesstätten, Schulen, Jobcenter, Stadtbüchereien, Jugendzentren – all das sind Orte,  
24 auf die Benachteiligte besonders angewiesen sind. Dort werden Chancen verteilt – oder eben  
25 nicht. Deshalb ist die öffentliche Infrastruktur vor Ort so wichtig. Doch ausgerechnet hier  
26 hat Deutschland dringend Nachholbedarf. Investitionen fallen seit Jahrzehnten dem Rotstift  
27 zum Opfer. Öffentliche Stellen werden gestrichen. Schulen verwaisten, Jugendzentren werden  
28 geschlossen und Stadtbüchereien zusammengelegt. Diese falsche Schwerpunktsetzung werden wir  
29 beenden. Wir werden der allgemeinen Bildung und der Forschung und Entwicklung wieder Vorrang  
30 einräumen. Es muss unser Ziel bleiben, sieben Prozent der Wirtschaftsleistung in die  
31 allgemeine Bildung und 3,5 Prozent in Forschung und Entwicklung zu investieren. Wir Grünen  
32 wollen Länder und Kommunen dabei unterstützen, Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen  
33 und Hochschulen besser auszustatten. Diese Investitionen in die Zukunft zahlen sich aus.  
34 Denn sie schaffen für jede und jeden die Chance, von der eigenen Arbeit zu leben und der  
35 Gesellschaft etwas zurückgeben zu können. In NRW oder Baden-Württemberg wurde unter Grüner  
36 Beteiligung deshalb so viel Geld in Bildung investiert wie noch nie zuvor.

37 Konkret heißt das: Alle Kinder bekommen einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in einer  
38 guten Kita Kindergarten, der im fröbelschen Sinne mehr als nur eine Beutreuungs Einrichtung  
39 ist und in dem Kinder von 0 bis zur Einschulung ganzheitlich gefördert werden, in der dem  
40 die Erzieher\*in Zeit hat, jedes einzelne Kind zu unterstützen. Als das Land in dem das

41 international verbreitete Erfolgskonzept des Kindergartens erfunden wurde, wollen wir den  
42 ganzheitlichen Gedanken nach vorne stellen und Qualität sichern. Mindeststandards für die  
43 Qualität sollen das bundesweit sicherstellen und der Bund soll sich an den Kosten  
44 beteiligen. Schulen haben in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Aufgaben bekommen, die  
45 viele Lehrerinnen und Lehrer unter teils schwierigen Bedingungen bereits mit großem  
46 Engagement übernehmen: gemeinsamer Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung,  
47 digitale und kulturelle Bildung, Willkommensklassen oder auch Schulsozialarbeit. Schulen, an  
48 denen junge Menschen fürs Leben lernen und die auf eine gute Zukunft vorbereiten, müssen  
49 selbst Orte der Zukunft sein. Zuweilen ist das durchschnittliche Parkhaus in Deutschland  
50 aber in einem besseren Zustand als so manches Schulgebäude. Der Bund sollte seine neuen  
51 Möglichkeiten, finanzschwache Kommunen im Bildungsbereich zu unterstützen, nun rasch nutzen  
52 und ein Förderprogramm zur Sanierung von maroden Schulen auflegen, das auch die baulichen  
53 Grundlagen für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen legt. Damit Schulen den Kindern  
54 Chancen eröffnen, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, und auch jene fordern, die  
55 viel leisten können. Diese schmale Öffnung der Verfassung war ein erster Schritt. Wir Grünen  
56 streiten weiter dafür, das Kooperationsverbot komplett aufzuheben. Bund und Länder müssen  
57 ihre gemeinsame Verantwortung auch gemeinsam übernehmen können.

58 Uns Grünen geht es um gleiche Freiheit für alle, das eigene Leben selbstbestimmt zu  
59 gestalten. Im Moment aber spaltet sich die Gesellschaft immer mehr in Gewinner\*innen und  
60 Verlierer\*innen. Erwerbstätige mit Berufsausbildung verdienen im Laufe ihres Berufslebens  
61 eine Viertel Million Euro mehr als diejenigen ohne Ausbildung. Mit einem Hochschulabschluss  
62 ist es sogar eine Million Euro mehr. Deshalb fordern wir Grünen eine Ausbildungsgarantie,  
63 die an die Stelle des unübersichtlichen Durcheinanders von Fördermaßnahmen des Arbeitsamtes  
64 tritt. Alle Jugendlichen sollen direkt nach der Schule eine anerkannte Berufsausbildung  
65 beginnen können, anstatt ziellos von Maßnahme zu Maßnahme geschoben zu werden.

66 Hochschulen müssen offen sein für alle – ob Arbeiter- oder Akademikerkind, ob Mann oder  
67 Frau, ob einheimisch, eingewandert oder hierher geflüchtet. Es liegt nicht am Können, dass  
68 heute nur ein Viertel der Nichtakademikerkinder studieren, gleichzeitig aber drei Viertel  
69 der Kinder aus Akademikerfamilien. Allerdings muss dafür die Studienfinanzierung grundlegend  
70 verändert werden: Das BAföG muss wieder zum Leben reichen. Mittelfristig soll die  
71 Studienfinanzierung aus einem Studierendenzuschuss für alle und einem Bedarfzuschuss für  
72 Studierende aus ärmeren Elternhäusern bestehen. Studiengebühren lehnen wir ab. Doch der  
73 Zugang zum Studium allein reicht noch nicht aus. Auch bessere Studienbedingungen sind  
74 wichtig, also gute Lehre, ausreichend Beratungsangebote und mehr Lehrende zur Unterstützung  
75 der Studierenden. Auch dafür wollen wir die Finanzierung des Hochschulpakts und des  
76 Qualitätspakts Lehre verstetigen. Der Zugang zur Wissenschaft als Beruf muss gerecht  
77 gestaltet sein. Junge Forschende brauchen faire Arbeitsverträge und mehr unbefristete  
78 Beschäftigungsmöglichkeiten, um mit Sicherheit gut forschen zu können. Mit einem Bund-  
79 Länder-Programm für Nachwuchsstellen und einer weiteren Novelle des  
80 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes verbessern wir die Situation für Wissenschaftlerinnen und  
81 Wissenschaftler. Wir Grünen werden durch die konsequente Umsetzung der  
82 Gleichstellungsstandards unser Wissenschaftssystem auf allen Ebenen für Frauen öffnen.

### 83 **Zugänge in Arbeit schaffen**

84 Chancengerechtigkeit ist nicht nur eine Frage für junge Menschen. Es muss auch darum gehen,  
85 dass Menschen, die mitten im Leben stehen oder deren Lebensweg nicht gradlinig verläuft,  
86 ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen können. Das heißt für uns, dass es auch später im  
87 Leben möglich sein muss, etwas dazulernen, sich weiterzubilden oder auch beruflich zu  
88 verändern. Gute Bildung kostet Zeit und Geld. Beides ist für viele Menschen Mangelware. Die  
89 grüne BildungsZeit Plus sorgt mit einem Mix aus Zuschuss und Darlehen dafür, dass gerade die

90 Menschen, die heute noch viel zu selten an Weiterbildungen teilnehmen, die Zeit und die  
91 Kosten dafür aufbringen können.

92 Aber auch Menschen mit Handicap, Jugendliche ohne Ausbildung, Langzeitarbeitslose oder  
93 ältere Beschäftigte brauchen passgenaue Integrationsstrategien. Die Arbeitslosenversicherung  
94 muss zu einer Arbeitsversicherung werden, die alle Menschen unterstützt – und zwar schon  
95 bevor sie arbeitslos werden. Für Arbeitslose, die in absehbarer Zeit nicht in reguläre Jobs  
96 zu vermitteln sind, ist die Einrichtung eines Sozialen Arbeitsmarktes notwendig.

97 Erfolgreiche Integration fußt auf Chancen und Perspektiven. Wer neu in Deutschland ankommt,  
98 soll seinen Alltag möglichst schnell selbständig meistern können. Deshalb wollen wir, dass  
99 Geflüchteten der Weg in die Arbeitswelt rasch offensteht. Dort lernen sie den deutschen  
100 Arbeitsalltag, einheimische Gepflogenheiten und hiesige Berufe kennen. Wir legen Wert auf  
101 frühzeitige Bildungsangebote und passende Sprachförderung. Damit eine Ausbildung nicht  
102 länger an einer unsicheren Bleibeperspektive scheitert, wollen wir, dass Asylsuchende und  
103 Geduldete eine Aufenthaltserlaubnis für die Ausbildung und die anschließende Beschäftigung  
104 erhalten.

105 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

106

---

107 **Qualität in Kindertagesstätten sichern – mehr Erzieherinnen und Erzieher für unsere**  
108 **Kleinsten**

109 Die Zukunft beginnt in der Kindertagesstätte. Kindertagesstätten bieten Raum zum Spielen,  
110 Lernen und Sprechen ☒ und Kindern die Chance auf Bildungserfolg. Die Zeit, die eine  
111 Fachkraft für die unmittelbare pädagogische Arbeit mit den Kindern hat, ist häufig zu knapp  
112 bemessen. Deswegen wollen wir bundesweit in einem Gesetz Qualitätsstandards festlegen. Eine  
113 Erzieherin oder ein Erzieher soll künftig höchstens vier Kinder unter drei Jahren bzw.  
114 höchstens zehn ältere Kinder betreuen. Auch in die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen  
115 und Erzieher wollen wir investieren. Der Bund soll sich mit einer Milliarde Euro an den  
116 zusätzlichen Kosten beteiligen.

117

---

118 **10.000 Schulen fit für die Zukunft machen**

119 Wir wollen dafür sorgen, dass der Schulerfolg endlich nicht mehr durch die soziale Herkunft  
120 vorbestimmt wird. Individuelle Förderung braucht Zeit und Raum. In Ganztagschulen können  
121 *alle* Schülerinnen und Schüler ihre Begabungen und Interessen in Kunst, Kultur und Sport gut  
122 entwickeln. Wir wollen finanzschwache Kommunen gezielt entlasten und den enormen  
123 Sanierungsstau auflösen. Um Schulen zu sanieren, stellen wir in den nächsten fünf Jahren  
124 zehn Milliarden Euro bereit und machen damit 10.000 Schulen fit für die Zukunft. Wir  
125 unterstützen Kommunen dabei, Raum für die vielen neuen Schülerinnen und Schüler zu schaffen.  
126 Wir arbeiten weiter daran, das Kooperationsverbot aufzuheben, so dass der Bund sich  
127 finanziell beteiligen kann, den Aufbau von zehntausenden guten Ganztagschulplätzen überall  
128 im Land anzustoßen.

129

---

130 **Studieren besser finanzieren**

131 Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns, allen Studienchancen zu eröffnen. Jede\*r muss  
132 unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und von der Herkunft studieren können. Wir wollen in  
133 einem ersten Schritt dafür sorgen, dass das BAföG künftig automatisch erhöht wird. So können  
134 Studierende steigende Lebenshaltungskosten und Mieten schultern. Im zweiten Schritt wollen  
135 wir die Studienfinanzierung zum Zwei-Säulen-Modell weiterentwickeln. In der ersten Säule

136 erhalten alle Studierenden einen Studierendenzuschuss  einen gleich hohen Basisbetrag für  
137 alle. Mit der zweiten Säule kommt ein individuell bemessener Bedarfszuschuss hinzu. Beides  
138 soll, anders als das jetzige BAföG, nicht zurückgezahlt werden müssen.

139

---

## **GS-WG-01** Wir teilen den Wohlstand gerechter

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### Wir teilen den Wohlstand gerechter

1 Der gesellschaftliche Zusammenhalt bröckelt, wenn das Wohlstandsgefälle in der Bevölkerung  
2 zu hoch ist. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in Deutschland in den vergangenen  
3 Jahrzehnten zu weit geöffnet. Obwohl die Wirtschaft stets gewachsen ist, sank das reale  
4 Einkommen von Geringverdiener\*innen und Teilen der Mittelschicht, die Einkommen und Vermögen  
5 der Topverdiener\*innen wuchsen dagegen deutlich. Wir Grünen wollen das ändern und alle fair  
6 an Wohlstand und Lebensqualität beteiligen. Niemand sollte in Armut leben. Wohlhabende  
7 sollten einen fairen Beitrag zum Gemeinwesen leisten.

8 Das Auseinanderdriften von Arm und Reich schafft wirtschaftliche Probleme. Wenn  
9 Wohlstandsgewinne bei der Mehrheit der Menschen nicht ankommen, ist das nicht nur ungerecht  
10 – es fehlen auch kaufkräftige Kunden. Stattdessen fließt zu viel Geld auf den globalen  
11 Finanzmarkt, wo schon zu oft durch spekulative Blasen, überhitzte Immobilienmärkte und  
12 Finanzkrisen Wohlstand vernichtet wurde. Zu große Ungleichheit schadet einer demokratischen  
13 Gesellschaft. Denn sie gibt wenigen Menschen zu viel Macht. Und sie ist ungerecht, denn der  
14 Bezug von großem Reichtum zu gesellschaftlich anerkannter Leistung geht verloren, während  
15 viele Menschen trotz harter Arbeit kaum über die Runden kommen. Menschen respektieren hohes  
16 Einkommen, wenn es durch Anstrengung, tolle Leistung oder großes Talent erzielt wird. Aber  
17 wenn Finanzjongleure Millionen machen, Managerinnen und Manager das Hundertfache ihrer  
18 Angestellten verdienen und Krankenschwestern, Polizist\*innen oder Erzieher\*innen  
19 unterbezahlt sind, dann läuft etwas falsch.

#### 20 **Für eine Wende am Finanzmarkt**

21 Entfesselte und aufgeblähte Finanzmärkte haben keinen Nutzen für die Gesellschaft und  
22 verschärfen die Ungleichheit. Der Anteil der Finanzgeschäfte an der Volkswirtschaft ist in  
23 den vergangenen drei Jahrzehnten stark gestiegen. Viele davon haben keine sinnvolle Funktion  
24 für die reale Wirtschaft, weil Beschäftigte, Unternehmen oder Verbraucherinnen und  
25 Verbraucher nichts davon haben. Doch wenn Spekulationsblasen platzen, zahlen sie die Zeche.  
26 Seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 sind in Europa noch immer Millionen Menschen ohne Arbeit,  
27 die Jugendarbeitslosigkeit in einigen südeuropäischen Staaten beträgt über 40 Prozent. Mit  
28 Milliarden Euro wurden Banken gerettet, Staaten ächzen unter den Schulden, Geld für  
29 öffentliche Investitionen fehlt. Die europäischen Regierungen haben daraufhin leider viel zu  
30 zaghaft reguliert. Der Finanzsektor bläht sich wieder auf, Immobilienpreise und Mieten  
31 steigen, Steuersümpfe florieren. Europäische Banken sind weiter instabil, auch  
32 Bausparkassen, Lebensversicherer oder Pensionskassen haben Probleme.

33 Wir müssen die Finanzmärkte nach der Finanzkrise noch besser regulieren, damit sie wieder  
34 der Gesellschaft und der Realwirtschaft dienen, sinnvoll die Investitionen in einer  
35 Volkswirtschaft lenken und den Menschen vernünftige Geldanlagen ermöglichen. Wir Grünen  
36 fordern eine Schuldenbremse für Banken, damit sie selbst für ihre Verluste einstehen können.  
37 Auch Versicherungen brauchen mehr Eigenkapital und für Schattenbanken sind viel strengere  
38 Regeln nötig. Den Hochfrequenzhandel werden wir mit einer Finanztransaktionssteuer und  
39 geeigneten Marktregeln ausbremsen, damit langfristig orientierte Akteure am Finanzmarkt  
40 nicht geschädigt werden. Wenn nötig, muss der Staat auch den Vertrieb von schädlichen oder



41 intransparenten Anlageprodukten verbieten. Zu große Banken sind eine Gefahr für die  
42 Realwirtschaft, da wir sie nicht ohne Schaden für alle abwickeln können. Deshalb brauchen  
43 wir eine stärkere Fusionskontrolle. Sind Banken bereits zu groß, wollen wir sie entflechten  
44 und das Einlagengeschäft vom krisenanfälligen Handelsgeschäft trennen. Für Kleinstbanken  
45 wollen wir dagegen weniger Bürokratie. Verbraucherinnen und Verbraucher, müssen besser vor  
46 undurchsichtigen und gefährlichen Finanzprodukten geschützt werden. Die provisionsgetriebene  
47 Beratung wollen wir verbieten und einen Umstieg zur Honorarberatung organisieren (à Kapitel:  
48 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark).

#### 49 **Für faire Löhne – Leistung soll sich für alle lohnen**

50 Die Kapitaleinkommen sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen, während die  
51 Arbeitseinkommen über viele Jahre weitgehend stagnierten. Zuletzt sind die Reallöhne zwar  
52 wieder gestiegen, aber es muss jetzt darum gehen, diese Tendenz zu verstetigen. Dafür wollen  
53 wir das Tarifsysteem wieder stärken. Tarifverträge sollten einfacher allgemein verbindlich  
54 für alle Betriebe einer Branche gelten. Davon profitieren Beschäftigte und Arbeitgeber\*innen  
55 gleichermaßen.

56 Vorstände in großen Unternehmen konnten in den vergangenen Jahren sehr hohe  
57 Gehaltssteigerungen durchsetzen. Das Verhältnis zwischen ihren Einkommen und normalen Löhnen  
58 ist inzwischen oft unverhältnismäßig zur Leistung. Diesem Trend wollen wir entgegenwirken,  
59 indem wir die Rechte der Aktionäre stärken. So wollen wir, dass Unternehmen verpflichtend  
60 die Vorstandvergütung in Relation zur Normalbelegschaft veröffentlichen müssen. Die  
61 Mitfinanzierung von überhöhten Gehältern, Abfindungen und Versorgungszusagen durch die  
62 Bürgerinnen und Bürger wollen wir begrenzen. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Abfindungen  
63 wollen wir daher bei einer Millionen Euro pro Kopf deckeln, jene von Gehältern bei 500.000  
64 Euro pro Jahr und Kopf. Erfolgsbeteiligungen sollen grundsätzlich an den langfristigen  
65 Erfolg des Unternehmens anknüpfen. Gleichzeitig sind bei Geringverdienerinnen und  
66 Geringverdienern die Löhne in den vergangenen Jahrzehnten real gesunken. Der eingeführte  
67 Mindestlohn war ein wichtiger Etappensieg. Er muss ausnahmslos für alle regulär Angestellten  
68 gelten. Damit Geringverdienende mehr im Geldbeutel haben, wollen wir sie bei den  
69 Sozialabgaben entlasten. Viele Millionen Menschen arbeiten in Leiharbeit oder befristet. Was  
70 im Sinne der Flexibilität gelegentlich sinnvoll sein kann, wird oft missbraucht, um Löhne  
71 dauerhaft zu senken. Den Trend zu immer mehr unsicheren Jobs wollen wir Grünen umkehren.  
72 Ohne guten sachlichen Grund sollten Jobs nicht mehr befristet werden können und Leiharbeit  
73 ab dem ersten Tag gleich bezahlt werden – plus Flexibilitätsprämie. Ein selbstbestimmtes  
74 Leben darf auch keine Frage des Geschlechts sein. Wir Grünen wollen, dass Frauen und Männer  
75 endlich die gleichen Karrierechancen haben und gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige  
76 Arbeit erhalten. Wir setzen uns für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz, die bessere  
77 Bezahlung von typischen Frauenberufen sowie eine funktionierende Frauenquote ein.

78 Minijobs wollen wir in sozialversicherungspflichtige Jobs umwandeln und dafür sorgen, dass  
79 die Beiträge durch Steuern, Abgaben und soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt werden,  
80 dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern und Abgaben  
81 nicht sprunghaft steigen. So wird es attraktiver, mehr als nur geringfügig zu arbeiten.

#### 82 **Für eine faire und ausgleichende Steuerpolitik**

83 Steuern finanzieren unser Gemeinwesen. Sicherheit, Infrastruktur und Bildung sind  
84 Voraussetzungen für eine funktionierende Gesellschaft. Von ihnen profitiert auch unsere  
85 Wirtschaft. Die aktuell entspannte gesamtstaatliche Haushaltssituation ist bedingt durch  
86 historisch niedrige Zinsen und den hohen Beschäftigungsstand. Sie darf nicht darüber  
87 hinwegtäuschen, dass strukturelle Risiken weiter bestehen. Um den Investitionsstau in  
88 unserem Land aufzulösen, braucht es deshalb größere finanzielle Spielräume – insbesondere  
89 für die Kommunen.

90 Ein gerechtes Steuersystem sorgt dafür, dass alle nach ihrer Leistungskraft zu einer  
91 intakten und funktionierenden Gesellschaft beitragen. Hier liegt in Deutschland jedoch  
92 einiges im Argen. Arbeit wird bei uns häufig höher besteuert als Zinsen und Renditen. Das  
93 wollen wir Grünen ändern. Kapitalerträge sollen mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz  
94 belegt werden. Noch immer gehen uns hohe Steuereinnahmen verloren. Mit aggressiven  
95 Steuertricks, dem Bankgeheimnis und den Steuerdumpingländern gibt es gerade für Superreiche  
96 zu viele Möglichkeiten, sich der Steuerverantwortung zu entziehen. Dieser Praxis sagen wir  
97 den Kampf an. Es darf keine anonymen Briefkastenfirmen mehr geben, Geschäfte in  
98 Steuersümpfen, die Steuerbetrug systematisch unterstützen, werden wir sanktionieren,  
99 Steuerpflicht binden wir an die Staatsangehörigkeit. Alle international tätigen Unternehmen  
100 sollen ab einer gewissen Größe ihre Gewinne und Steuerzahlungen nach Staaten offenlegen,  
101 damit sichtbar wird, wenn Konzerne wie Starbucks, Apple oder Google ihre Gewinne so  
102 verschieben, dass sie in den Ländern, in denen sie gute Geschäfte machen, keine Steuern  
103 zahlen. Tricksereien mit Lizenzgebühren und Zinsen wollen wir unterbinden. So stärken wir  
104 auch unseren Mittelstand. Es herrscht kein fairer Wettbewerb, wenn Amazon weniger Steuern  
105 zahlt als die Buchhändlerin um die Ecke.

106 Auch Vermögende können mehr zu unserem Gemeinwesen beitragen. Wir Grünen wollen eine  
107 verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche.  
108 Selbstverständlich legen wir dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die  
109 Innovationskraft von Unternehmen. Die Große Koalition hat die Erbschaftssteuer komplizierter  
110 und nicht gerechter gemacht. Sollte sie abermals vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern,  
111 werden wir ein einfaches und gerechtes Erbschaftssteuermodell entwickeln, das mit dem  
112 Grundgesetz übereinstimmt. Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des  
113 Grundfreibetrags entlasten und zur Gegenfinanzierung den Spitzensteuersatz oberhalb von  
114 100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen. Für Mittelstand, Selbständige und  
115 Arbeitnehmer\*innen wollen wir das Steuersystem gleichzeitig vereinfachen, um sie dadurch zu  
116 entlasten. Dazu gehören erhöhte Abschreibungsgrenzen für geringwertige Wirtschaftsgüter  
117 sowie eine Vereinfachung bei der Umsatzsteuer mit Blick auf die aufwändigen Verfahren beim  
118 Handel innerhalb der EU.

119 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

120

---

### 121 **Schuldenbremse für Banken – Schattenbanken regulieren**

122 Wenn eine Bank in Schieflage gerät, dann darf nicht länger der Steuerzahler die Last tragen.  
123 Wir wollen eine einfache, aber harte Eigenkapitalquote, die Banken verpflichtet, ihre  
124 Geschäfte mit mehr Eigenkapital zu unterlegen. So können sie für ihre Risiken besser selbst  
125 einstehen. Damit risikoreiche Anlagen nicht länger aus dem regulierten Bereich ausgelagert  
126 werden können, muss der Schattenbankensektor analog zum regulären Bankensektor klare Regeln  
127 erhalten. Alle Gesellschaften, die im weiteren Sinne Bankgeschäfte betreiben, müssen den  
128 gleichen Regeln unterliegen wie Kreditinstitute.

129

---

### 130 **Steuersümpfe trockenlegen – weltweite Regeln gegen Steuervermeidung**

131 Panama Papers, Offshore- oder Luxemburg-Leaks – wir nehmen nicht hin, dass Konzerne und  
132 Superreiche mit Hilfe von Bankgeheimnis und Steuerdumpingländern ihren Beitrag zum  
133 Gemeinwohl unterschlagen. Darum kämpfen wir für ein international verbindliches Regelwerk,  
134 das Mindeststandards für die Steuerpflichten von Unternehmen und Staaten setzt. Auch zu  
135 Hause werden wir aktiv: Banken und Kanzleien untersagen wir Geschäfte mit unkooperativen  
136 Ländern, internationale Konzerne müssen ihre Gewinne nach Ländern aufschlüsseln und  
137 Briefkastenfirmen entziehen wir durch ein Transparenzregister die Grundlage. So sorgen wir

138 dafür, dass alle Unternehmen ihre Verantwortung für das Gemeinwesen wahrnehmen und ihren  
139 steuerlichen Beitrag leisten ☒ der internationale Kaffeekonzern ebenso, wie es heute schon  
140 der Bäcker an der Ecke tut.

141

---

## 142 **Mehr für das Gemeinwohl – Superreiche in die Verantwortung nehmen**

143 Wir wollen nicht, dass sich Superreiche und Spitzenmanager von der Gesellschaft abkoppeln.  
144 Zu oft verliert die Vergütung von Managern und Managerinnen den Bezug zum eigenen Beitrag  
145 und zum Durchschnittsverdiener. Wir setzen ein klares Stoppsignal: Zukünftig sollen  
146 Unternehmen nur noch maximal 500.000 Euro pro Kopf von der Steuer absetzen können. Auch weil  
147 Manager-Gehälter zu Lasten der Allgemeinheit gehen, wenn Unternehmen die Zahlungen als  
148 Betriebsausgaben absetzen. Außerdem braucht es eine verfassungsfeste, ergiebige und  
149 umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche, denn in wenigen Ländern Europas sind die  
150 Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Selbstverständlich legen wir dabei  
151 besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Innovationskraft von Unternehmen.  
152 Denn wir wollen, dass alle einen fairen Beitrag leisten, wenn unser Gemeinwesen finanziert  
153 wird und Zukunftsinvestitionen getätigt werden.

154

---

## **GS-SZ-01** Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest**

1 Gesund bleiben, auch im Alter würdig und selbstbestimmt leben, einen Platz in der  
2 Gesellschaft finden: All das schaffen wir nicht allein. Nur zusammen und solidarisch können  
3 wir einander soziale Sicherheit geben, uns bei Krankheit, Armut oder Verlust des  
4 Arbeitsplatzes gegenseitig zur Seite stehen. Unser Ziel: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen  
5 gegen die großen Risiken des Lebens gut abgesichert sein – zu fairen und gerechten  
6 Bedingungen.

7 Unsere sozialen Sicherungssysteme leisten viel, gerade auch im internationalen Vergleich.  
8 Aber wir müssen dafür sorgen, dass der Sozialstaat sein Versprechen auf Sicherheit auch in  
9 Zukunft noch einlösen kann und dass es dabei gerecht zugeht. Viele Menschen machen sich zu  
10 Recht Gedanken darüber, ob die Rente für einen guten Ruhestand reicht oder ob beim  
11 Jobverlust Armut droht. Wenn Menschen den Abstieg fürchten, ist das Gift für den sozialen  
12 Zusammenhalt. Deshalb ist soziale Sicherheit eine Bedingung für den inneren Frieden. Sie ist  
13 auch eine Voraussetzung für Kreativität und Lebensmut. Denn wer verunsichert ist, kann nicht  
14 frei aufspielen. Gerade weil wir außen-, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch in  
15 unruhigen Zeiten leben, ist soziale Sicherheit wichtiger denn je. Solidarität ist das  
16 Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es gibt Gruppen, die sind schlecht abgesichert: prekär  
17 Selbständige mit unsteten Lebensläufen, Frauen ohne eigene Rentenansprüche, niedrig  
18 Entlohnte ohne Geld für die Altersvorsorge. Wir müssen den Sozialstaat verbessern, damit er  
19 sein Sicherheitsversprechen für alle halten kann.

#### **20 Wie die Rente wirklich sicher wird**

21 Um die Rente wieder sicher und verlässlich zu machen, wollen wir alle drei Pfeiler der  
22 Alterssicherung stärken  zuallererst die gesetzliche Rentenversicherung. Denn sie ist und  
23 bleibt die wichtigste Säule der Altersvorsorge. Durch die Rentenreformen der vergangenen  
24 Jahre ist das Rentenniveau gesunken. Eine Stabilisierung ist dringend notwendig. Das  
25 heutige  gegenüber dem Jahr 1998 bereits erheblich abgesenkte  Rentenniveau sollte nicht  
26 weiter fallen. Dabei müssen Rentenniveau und Beitragssatz in einem angemessenen Verhältnis  
27 stehen, damit auch die junge Generation weiter in die gesetzliche Rente vertrauen kann. Wer  
28 viele Jahre eingezahlt hat, soll von seiner Rente auch leben können. Für alle Menschen, die  
29 den größten Teil ihres Lebens rentenversichert waren, gearbeitet, Kinder erzogen oder andere  
30 Menschen gepflegt haben, schlagen wir Grünen eine steuerfinanzierte Garantierente oberhalb  
31 des Grundsicherungsniveaus vor.

32 Um die gesetzliche Rente finanziell und solidarisch breiter aufzustellen, wollen wir  
33 versicherungsfremde Leistungen aus Steuern bezahlen und die Beschäftigungsbedingungen gerade  
34 für Frauen so verbessern, dass sie öfter erwerbstätig sind.

35 Wir wollen den ersten Schritt zur Bürgerversicherung gehen und hierfür die nicht anderweitig  
36 abgesicherten Selbständigen, Minijobber\*innen, Langzeitarbeitslose und Abgeordnete in die  
37 gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Für die Selbständigen und insbesondere die  
38 Existenzgründerinnen und -gründer wird es Übergangsregelungen geben. Zudem wollen wir  
39 Selbständigen mit Beitragsrückständen bei der Krankenversicherung helfen und Schulden

40 erlassen. In einem späteren Schritt wollen wir auch Freiberufler\*innen und Beamt\*innen in  
41 die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Hierfür werden wir mit den Ländern  
42 zusammenarbeiten. Bereits erworbene Anwartschaften auf Versorgung und bestehende  
43 Beamtenverhältnisse bleiben dabei aus Gründen des Vertrauensschutzes unberührt.

44 Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen es Menschen aber leichter  
45 machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen. Dazu fördern wir eine  
46 echte Altersteilzeit durch eine attraktive Teilrente ab 60 Jahren, die insbesondere  
47 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in belastenden Berufen zugutekommt. Für Menschen, die  
48 länger arbeiten wollen, soll sich das lohnen. Damit sie eine höhere Rente erhalten, führen  
49 wir einfache Hinzuverdienstregeln ein und erleichtern es, Teilrente und Erwerbseinkommen zu  
50 kombinieren. So erleichtern wir es Menschen, selbst zu bestimmen, wann sie in Rente gehen.  
51 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht mehr arbeiten können, sollen nicht länger auch  
52 noch dafür bestraft werden, deshalb schaffen wir die Abschläge bei der  
53 Erwerbsminderungsrente ab.

54 Neben der gesetzlichen Rente wollen wir auch die private und betriebliche Altersvorsorge  
55 stärken. Alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen künftig ihren Beschäftigten eine  
56 Betriebsrente anbieten und mit einem eigenen Arbeitgeberbeitrag unterstützen. Kleinen  
57 Betrieben erleichtern wir dies mit einer Änderung der Haftungsregeln. Um die private  
58 Altersvorsorge zu fördern, wurde die Riester-Rente entwickelt. Sie ist in ihrer bisherigen  
59 Form gescheitert, denn zu wenige Menschen sorgen vor und die Anlageprodukte sind nicht  
60 kundenfreundlich genug. Wir brauchen daher einen Neustart bei der geförderten privaten  
61 Altersvorsorge. Dazu wollen wir ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt  
62 einführen. Und die Förderung für Neuverträge gezielt im Sinne von Geringverdienenden  
63 umgestalten. Es soll auch Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge offenstehen. Der  
64 Bürgerfonds soll nachhaltig investieren und dabei soziale und ökologische Belange  
65 berücksichtigen. Die Förderung der privaten Vorsorge konzentrieren wir künftig vor allem bei  
66 Geringverdienerinnen und Geringverdienern.

67 Viele Frauen sind von Armut im Alter bedroht. Sie leisten mehr Erziehungs- und Pflegearbeit,  
68 arbeiten oft in Teilzeit oder in schlecht bezahlten Branchen und erwerben weniger  
69 Rentenansprüche. Für Frauen muss es einfacher werden, sich durch Erwerbsarbeit selbst besser  
70 abzusichern. Mit guten Angeboten für die Kinderbetreuung, einer Umwandlung der Minijobs in  
71 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, einem Rückkehrrecht auf Vollzeit, einer echten  
72 Pflegezeit und mit gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit können wir die  
73 Rentenlücke für Frauen mittelfristig schließen.

#### 74 **Raus aus der Zwei-Klassen-Medizin ☒ Gesundheit solidarisch für alle**

75 Leider haben wir heute in Deutschland eine Zwei-Klassen-Medizin. Gesetzlich Versicherte  
76 bekommen später einen Termin bei Fachärztin oder Facharzt als privat Versicherte. Ärztinnen  
77 und Ärzte lassen sich vor allem dort nieder, wo viele privat Versicherte wohnen. In der  
78 Privaten Krankenversicherung (PKV) zahlen Alte und Kranke mehr als Junge und Gesunde. Oft  
79 sind Versicherte durch die hohen Beiträge in der PKV schnell überfordert, doch einfach zur  
80 Gesetzlichen wechseln können sie nicht. Gleichzeitig verabschieden sich viele  
81 Gutverdienerinnen und Gutverdiener durch die PKV aus der Solidarität mit den sozial  
82 Benachteiligten. Das übernehmen dann die gesetzlich Versicherten, also die mit geringen und  
83 mittleren Einkommen. Ein solches System ist ungerecht.

84 Wir Grünen wollen die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen zu einer  
85 Bürgerversicherung weiterentwickeln. Alle Bürgerinnen und Bürger, auch Beamt\*innen,  
86 Selbständige und Gutverdienende beteiligen sich. Auf Aktiengewinne und Kapitaleinkünfte  
87 werden ebenfalls Beiträge erhoben. Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen übernehmen  
88 wieder jeweils die Hälfte des Beitrags und die bisher allein von den Arbeitnehmer\*innen

89 getragenem Zusatzbeiträge werden wieder abgeschafft. Es gibt keine Unterschiede mehr bei den  
90 Arzthonoraren. Mit der Bürgerversicherung wäre Gesundheit stabil und fair finanziert und  
91 alle Kassen würden um die beste Versorgung konkurrieren.

92 Die Patientinnen und Patienten gehören in den Mittelpunkt, an ihren Bedürfnissen muss sich  
93 die Versorgung ausrichten. Wir sollten nicht erst handeln, wenn die Krankheit schon da ist.  
94 Das Gesundheitswesen muss Gesundheit besser fördern: Von der Kindertagesstätte über die  
95 Schule bis hin zum Arbeitsleben und dem Leben im Alter wollen wir den Menschen Wissen über  
96 eine gesundheitsbewusste Lebensweise vermitteln. Geschlechtsspezifische Aspekte müssen bei  
97 der Prävention und der Behandlung, aber auch in der Forschung stärkere Beachtung finden.

98 Wir schaffen eine Patientenstiftung und stärken wieder die unabhängige Patientenberatung. Um  
99 auch dünner besiedelte Regionen besser zu versorgen, brauchen Kommunen und Regionen mehr  
100 Einfluss. Den Personalnotstand in den Krankenhäusern werden wir bekämpfen und die  
101 Arbeitsbedingungen verbessern. Für alle Schwangeren muss Begleitung durch Hebammen  
102 gewährleistet sein. Für Hebammen in Krankenhäusern fordern wir einen ausreichend  
103 dimensionierten Personalschlüssel und angemessene Vergütung. Freiberufliche Hebammen  
104 brauchen eine dauerhafte Lösung für die hohen Beiträge der Haftpflichtversicherung durch  
105 einen Haftungsfonds, bevor noch mehr ihren Beruf aufgeben. Die Digitalisierung kann im  
106 Gesundheitswesen vieles verbessern, etwa für chronisch Kranke. Patientinnen und Patienten  
107 brauchen dabei selbstbestimmten Zugang zu ihren Daten.

#### 108 **Gute Pflege – ein selbstbestimmter und würdiger Lebensabend**

109 Durch den demografischen Wandel steigt die Zahl der alten und hochbetagten Menschen. Sie  
110 alle sollen gut und selbstbestimmt im Alter leben können. Darauf ist das Pflegesystem nicht  
111 ausreichend vorbereitet. Zu wenige Pflegepersonen versorgen immer mehr Pflegebedürftige. Die  
112 Qualität der Pflege ist dadurch oft schlecht und auf Dauer ist das System nicht ausreichend  
113 finanziert. Wir wollen Menschen, die Verwandte oder Freunde pflegen, besser unterstützen.  
114 Dafür schlagen wir die dreimonatige PflegeZeit Plus und jährlich zehn Tage für akute  
115 Notsituationen vor. Pflegenden erhalten eine Lohnersatzleistung und werden von der Arbeit  
116 freigestellt. Wir stärken die Pflege im vertrauten Wohnumfeld, um den Pflegebedürftigen ein  
117 selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Beim Aufbau von Hilfenetzen wollen wir die Kommunen  
118 unterstützen und ihnen mehr Rechte geben, selbst aktiv zu werden. Denn die Angebote vor Ort  
119 bestimmen, ob auch Menschen mit kleiner Rente die Hilfe bekommen, die sie brauchen.  
120 Pflegerinnen und Pfleger müssen besser bezahlt werden. Durch ausreichendes Personal wollen  
121 wir Überlastung vermeiden. Der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Wir schlagen dazu eine  
122 gestufte Ausbildung vor, die spezialisiertes Fachwissen erhält und die Durchlässigkeit  
123 zwischen den Pflegeberufen erhöht. Und wir brauchen ein neues, unabhängiges Institut für  
124 Qualität in der Pflege. Schließlich wollen wir auch die Pflegeversicherung zu einer  
125 Bürgerversicherung machen und so langfristig ausreichend finanzieren.

#### 126 **Schutz vor Armut, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit**

127 Die Grundsicherung muss das soziokulturelle Existenzminimum für alle gewährleisten. Das  
128 verlangt die Würde des Menschen. Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II muss so berechnet  
129 werden, dass man menschenwürdig davon leben kann. Die Kinderregelsätze müssen sachgerecht  
130 ermittelt werden, damit alle Kinder wirklich teilhaben können. Für die Stromkosten wollen  
131 wir eine gesonderte Pauschale einführen. Die Grundsicherung werden wir zu einer  
132 individuellen Leistung weiterentwickeln, denn das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften  
133 benachteiligt Frauen und zementiert ihre Abhängigkeit.

134 Wir wollen eine Arbeitsagentur als Dienstleisterin der Arbeitssuchenden und die  
135 Sozialgerichte von den vielen Klagen entlasten. Sanktionen gefährden die kooperative  
136 Zusammenarbeit zwischen Arbeitslosen und Fallmanagern in den Arbeitsagenturen, wie auch ein

137 menschenwürdiges Existenzminimum. Unser Ziel ist ein Ende der Sanktionen. Besonders  
138 profitieren würden unter 25-Jährige, die bisher deutlich schärferen Sanktionsmöglichkeiten  
139 ausgesetzt sind.

140 Wir wollen aber nicht nur die nackte Existenz sichern, sondern Arbeitslose auch passgenau  
141 dabei unterstützen, einen neuen Job zu finden, etwa durch Weiterbildung, Sprachförderung,  
142 Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse. Arbeit ist noch immer das wichtigste Feld der  
143 sozialen Teilhabe, der Anerkennung und der Sinnggebung im Alltag. Deshalb wollen wir die  
144 Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die Arbeitnehmer bereits  
145 im Job, aber auch bei Arbeitslosigkeit bei der Weiterbildung unterstützt (à Kapitel: Wir  
146 kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit). Wir geben auch Langzeitarbeitslose nicht  
147 auf und fordern einen verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt.

#### 148 **Sicherheit in der Selbständigkeit**

149 Um die soziale und ökologische Modernisierung zu meistern, brauchen wir auch die innovative  
150 Kraft von Gründerinnen und Gründern. Wir wollen alle, die den mutigen Schritt in die  
151 Selbstständigkeit wagen, dabei unterstützen, sich besser und einfacher abzusichern.  
152 Gesetzlich versicherte Selbständige wollen wir bei den Kranken- und  
153 Pflegeversicherungsbeiträgen mit geringeren Mindestbeiträgen entlasten. Wir wollen eine  
154 freiwillige Arbeitsversicherung für Selbständige, die erschwinglich, für alle  
155 Selbstständigen geöffnet und gerechter ausgestaltet ist. Wahltarife sollen dabei mehr  
156 Flexibilität für Selbständige ermöglichen. Wir wollen alle nicht anderweitig abgesicherten  
157 Selbständigen in die gesetzliche Rente einbeziehen und ihnen eine größere  
158 Beitragsflexibilität als heute ermöglichen. Selbständige sollen in guten Zeiten höhere  
159 Beiträge vor- oder nachzahlen können, damit sie in schlechten Zeiten entlastet werden. Wir  
160 stehen ohne Wenn und Aber zur Künstlersozialkasse. Analog zu Mindestlöhnen, die nur abhängig  
161 Beschäftigten zustehen, wollen wir auch branchenspezifische Mindesthonorare ermöglichen.

#### 162 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

163

---

#### 164 **Gesetzliche Rente stärken, das Rentenniveau stabil halten**

165 Die gesetzliche Rente ist nach wie vor die zentrale Säule der Altersvorsorge für die meisten  
166 Menschen. Und sie ist viel besser als ihr Ruf. Das Niveau der gesetzlichen Rente sollte  
167 nicht weiter sinken. Wir können das schaffen und werden dabei darauf achten, dass  
168 Rentenniveau und Beitragssatz in einem angemessenen Verhältnis stehen, so dass auch die  
169 junge Generation bedacht wird. Um die gesetzliche Rente finanziell besser aufzustellen und  
170 solidarischer zu finanzieren, wollen wir versicherungsfremde Leistungen aus Steuergeldern  
171 bezahlen und insbesondere Frauen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Damit  
172 verbessert sich auch ihre persönliche Absicherung deutlich. Mittelfristig streben wir eine  
173 Rentenversicherung für alle an, in die auch Beamtinnen und Beamte, Freiberuflerinnen und  
174 Abgeordnete einbezogen sind. In einem ersten Schritt zu einer solchen Bürgerversicherung  
175 wollen wir Selbständige aufnehmen und damit ihre Absicherung verbessern.

176

---

#### 177 **Die Bürgerversicherung im Gesundheitssystem – Erstklassig für alle!**

178 Wir wollen eine gerecht finanzierte Bürgerversicherung im Gesundheitssystem. Alle zahlen  
179 dort ein, auch Beamt\*innen, Selbständige, Unternehmerinnen und Abgeordnete werden  
180 einbezogen. Alle werden beim Arzt oder der Ärztin auf dem gleichen hohen Niveau behandelt.  
181 Das Zwei-Klassen-System, in dem Privatpatientinnen und -patienten bevorzugt werden, hat ein  
182 Ende. Neben Löhnen und Gehältern werden auch auf Kapitaleinkünfte Beiträge erhoben. Bei den  
183 Löhnen zahlen Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen wieder jeweils die Hälfte des

184 Beitrages und die pauschalen Zusatzbeiträge werden abgeschafft. So wird Gesundheit fair  
185 finanziert und die Bürgerinnen und Bürger können dennoch wählen: Alle Krankenversicherungen  
186 bieten künftig die Bürgerversicherung an und konkurrieren über die Höhe des Beitrages, über  
187 den Service, das zusätzliche Leistungsangebot und die Qualität.

188

---

### 189 **Zeit für mehr – Vereinbarkeit von Pflege und Beruf fördern**

190 Wenn nahestehende Menschen pflegebedürftig werden, müssen viele Dinge geregelt werden. Dafür  
191 benötigt man Zeit. Viele Menschen wollen zudem ihren Angehörigen nahe sein und eine Zeit  
192 lang selbst die Pflege übernehmen. Das wollen wir ihnen erleichtern: Mit der PflegeZeit Plus  
193 gibt es erstmals einen Lohnersatz für die Zeit der Pflege. Für drei Monate ersetzen wir  
194 Menschen, die Angehörige selbst pflegen, ihren Lohn, genauso, wie für Eltern in der  
195 Elternzeit. Zudem sollen sich Pflegenden zehn Tage im Jahr frei nehmen können, um sich  
196 besonders intensiv um eine zu pflegende Person zu kümmern. Ganz so, wie sich Eltern frei  
197 nehmen können, wenn ihr Kind krank ist. Wir finden, wer für einen pflegebedürftigen Menschen  
198 Verantwortung übernimmt, hat unsere Unterstützung und Wertschätzung verdient. Die PflegeZeit  
199 Plus ist unsere Antwort darauf.

200

---



## **GS-KA-01** Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir holen Kinder aus der Armut und fördern Familien**

1 Familien geben vielen Menschen Halt. In Familien stehen Menschen sich nahe, sie lernen  
2 voneinander. Kinder können geborgen zu selbstbewussten Persönlichkeiten heranwachsen.  
3 Familien begleiten alte Menschen in der letzten Phase ihres Lebens. Für uns Grüne ist  
4 Familie überall da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Familien leisten viel:  
5 füreinander, aber auch für die Gesellschaft insgesamt. Doch viele tun das unter oft  
6 schwierigen Bedingungen: In Einelternfamilien muss eine Person die Aufgaben allein  
7 schultern; in manch einer Familie reicht das Geld hinten und vorne nicht. Immer noch  
8 übernehmen Frauen im Durchschnitt fast doppelt so viele Stunden der unbezahlten häuslichen  
9 Arbeit als Männer. Doch immer mehr Paare wollen sich die Fürsorge und Erziehung  
10 partnerschaftlich teilen, ohne dass dies zu Lasten der beruflichen Perspektiven geht. Wir  
11 Grünen stehen für eine zeitgemäße Familienpolitik, die diese Lücke zwischen Wunsch und  
12 Wirklichkeit schließt. Fürsorge für andere kann das Leben bereichern. Und gleichzeitig  
13 funktioniert auch unsere Gesellschaft nur, wenn Menschen zusammenhalten.

14 Familien sind inzwischen so vielfältig wie das Leben selbst: Es gibt verheiratete Paare mit  
15 Kindern, Alleinerziehende, Patchwork-Familien, nichteheliche Familien oder  
16 Regenbogenfamilien. Wir Grünen machen eine Politik, die Familien in allen Formen und  
17 Modellen unterstützt. Deshalb sorgen wir dafür, dass die finanzielle Absicherung von Kindern  
18 und Familien nicht länger vom Lebensmodell der Eltern abhängt. Den sozialen Eltern, also  
19 Menschen, die wie in vielen Patchwork-Familien langfristig Verantwortung für ein Kind  
20 übernehmen, ohne dessen leibliche Eltern zu sein, fehlt ein rechtlicher Rahmen für ihre  
21 Familienform. Und das, obwohl sie feste Wegbegleiter\*innen ihrer Kinder sind.

#### **22 Mehr Unterstützung für Familien**

23 Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ist heute eine der größten Herausforderungen für  
24 Familien, nach wie vor vor allem für Frauen. Wir wollen dafür sorgen, dass Eltern nicht die  
25 Puste ausgeht. Beweglichkeit und ein Abschiednehmen von überholten Mustern ist gefragt, um  
26 die Anforderungen der Arbeitswelt mit den Bedürfnissen der Beschäftigten mehr in Einklang zu  
27 bringen und dafür zu sorgen, dass die Arbeit besser ins Leben passt. Viele Unternehmen haben  
28 dies erkannt und angefangen, Arbeitszeit neu zu denken und innovative Konzepte für ihre  
29 Belegschaften zu entwickeln. Solche Wege wollen wir unterstützen: mit einer flexiblen  
30 Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht, freier zu entscheiden, wie innerhalb eines  
31 Korridors von 30 bis 40 Stunden ihre persönliche Vollzeit aussieht; mit einem Rückkehrrecht  
32 auf die ursprüngliche Stundenzahl nach einer Phase der Teilzeit; mit einem Recht auf Home  
33 Office als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz sowie mit einer Pflegezeit, die hilft, die  
34 Sorge für einen nahestehenden Menschen mit dem Beruf besser zu vereinbaren. Vor allem aber  
35 mit einer gezielten Förderung von Familien durch unser Konzept KinderZeit Plus. Die  
36 KinderZeit Plus ergänzt mit einer Lohnersatzleistung das Elterngeld und macht es rechtlich  
37 möglich, auch nach dem ersten Geburtstag des Kindes phasenweise die Arbeitszeit zu  
38 reduzieren. Familien bekommen damit mehr Beweglichkeit.

39 Familien brauchen eine sie unterstützende Infrastruktur. Frauen und Männer können ihre  
40 Arbeit und ihr Leben mit Kindern nur dann gut verbinden, wenn es gute Betreuungsangebote

41 gibt. Neben einem Rechtsanspruch auf eine ganztägige Kinderbetreuung gehört dazu ganz  
42 zentral der flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen, mindestens aber ein Rechtsanspruch  
43 auf Hortbetreuung. Andernfalls brechen in vielen Familien alle Arrangements zur  
44 Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der Einschulung des Kindes weg. Zur Entlastung  
45 pflegender Angehöriger sollen ambulante Unterstützungsangebote flächendeckend ausgebaut  
46 werden. So ist ein selbstbestimmtes Leben in vertrauter Umgebung für Pflegebedürftige und  
47 ihre Angehörigen möglich.

48 Die Kinder- und Jugendhilfe unterstützt junge Menschen auf dem Weg ins Erwachsenenleben. Ob  
49 Kinderbetreuung, Jugendarbeit, Hortbetreuung oder Hilfen bei der Erziehung: Fast alle nutzen  
50 im Laufe ihres Lebens einmal diese Angebote. Und die Aufgaben wachsen. Junge Menschen und  
51 ihre Familien brauchen eine gut ausgestattete Kinder- und Jugendhilfe und eine Jugendarbeit,  
52 welche die Jugendlichen – so verschieden sie auch sind – erreicht. Notwendig sind auch eine  
53 Zusammenführung der Leistungs- und Unterstützungssysteme für Kinder mit und ohne  
54 Behinderungen im Jugendhilferecht sowie der Erhalt des individuellen Rechtsanspruchs auf  
55 Hilfen zur Erziehung. Das Aufwachsen von Kindern muss bestmöglich unterstützt werden. Hier  
56 darf es auch keine unterschiedlichen Standards für einheimische und geflüchtete Kinder  
57 geben. Alle Kinder und Jugendlichen sollen bestmöglich vor Vernachlässigung, emotionaler und  
58 körperlicher Misshandlung oder sexuellem Missbrauch geschützt werden. Deshalb: Wir brauchen  
59 mehr Präventionsangebote, damit es erst gar nicht so weit kommt, sowie ausreichend Hilfs-,  
60 Beratungs- und Therapieangebote für Kinder, denen etwas zugestoßen ist.

#### 61 **Familien entlasten und Kinder fördern ☒ mit dem grünen Familien-Budget**

62 Kinder leben bei uns sehr unterschiedlich. Sie haben alle die gleichen Rechte, kommen aber  
63 nicht alle gleichermaßen zu ihrem Recht. Um viele Kinder muss sich die Gesellschaft  
64 glücklicherweise keine Sorgen machen. Doch aktuell leben auch fast drei Millionen Kinder in  
65 Deutschland in Armut oder sind von Armut bedroht. Besonders gefährdet sind Alleinerziehende  
66 und ihre Kinder sowie Familien mit drei und mehr Kindern. Armut schmerzt und grenzt aus.

67 Mit dem grünen Familien-Budget schnüren wir ein großes Reformpaket, das zahlreiche  
68 Schwachstellen bei der Familienförderung angeht. Mit 12 Milliarden Euro wollen wir Familien  
69 entlasten. Für uns ist die Bekämpfung von Kinderarmut ein prioritäres Ziel. Wir stärken  
70 Alleinerziehende durch eine echte Existenzsicherung für Kinder. Wir entlasten Familien mit  
71 geringem und mittlerem Einkommen, indem wir endlich die ungleiche Unterstützung von Kindern  
72 entlang dem Einkommen ihrer Eltern beenden.

73 Das Familien-Budget basiert auf drei Säulen. Erste Säule: Regelsätze für Kinder, die so hoch  
74 sein müssen, dass sie den tatsächlichen Bedarf decken – und zwar auch den für Teilhabe an  
75 Bildung, Kultur und Mobilität. Zweite Säule: Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen und  
76 Alleinerziehende sollen künftig eine bedarfsdeckende Unterstützung aus einer Hand erhalten –  
77 einen Kindergeld-Bonus. Er soll nicht beantragt werden müssen wie der jetzige Kinderzuschlag  
78 und auch nicht befristet sein wie der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende. Dritte  
79 Säule: eine Kindergrundsicherung, die die bisherige Förderung zu einer einheitlichen  
80 Leistung für alle Kinder zusammenfasst. Damit beenden wir die Ungerechtigkeit, dass sich die  
81 staatliche Unterstützung für Kinder am Einkommen ihrer Eltern bemisst und die Kinder  
82 wohlhabender Eltern mehr bekommen als die anderen.

83 Für bereits Verheiratete gilt: Sie können entscheiden, ob sie das alte Recht mit  
84 Ehegattensplitting, Kinderfreibeträgen und Kindergeld behalten oder die neue Regelung mit  
85 Individualbesteuerung und grünem Familien-Budget für sie günstiger ist. So stellen wir  
86 sicher, dass von unserer Reform alle profitieren.

87 Das beste Mittel gegen Kinderarmut bleibt nach wie vor die Erwerbstätigkeit der Eltern. Auch  
88 deshalb ist es so wichtig, dafür zu sorgen, dass Beruf und Familie vereinbar sind.

**89 Kinder und Jugendliche sollen mitbestimmen, wie ihre Welt aussieht**

90 Wir Grünen machen Politik für ein kinderfreundliches Land. Darin kommen alle Kinder zu ihrem  
91 Recht, die aus den akademischen Haushalten genauso wie die aus den Arbeiterfamilien; die,  
92 deren Familien immer schon am gleichen Ort wohnen, genauso wie die, deren Eltern nach  
93 Deutschland eingewandert oder erst vor kurzem zu uns gekommen sind; die mit Behinderung  
94 genauso wie die ohne; Mädchen genauso wie Jungs. Ganz vorn steht deshalb für uns die  
95 Festschreibung der Kinderrechte im Grundgesetz. Kinder und Jugendliche sollen mitbestimmen,  
96 wer ihre Welt gestaltet. Deshalb wollen wir das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre  
97 senken. Wer in der Kindheit ernst genommen wird und spürt, dass man Dinge selbst verändern  
98 kann, geht als Erwachsener sicherer durchs Leben.

**99 Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**100

---

**101 Für ein modernes Familienrecht – Alle Familienformen anerkennen und schützen**

102 Familie ist da, wo Kinder sind. Über 30 Prozent aller Familien, in denen minderjährige  
103 Kinder leben, sind keine Ehen, sondern: nichteheliche Familien, Alleinerziehende mit Kind,  
104 Patchwork-Familien oder Regenbogenfamilien. Für viele dieser heute selbstverständlichen  
105 Familienkonstellationen gibt es keinen klaren Rahmen, der ihre Rechte benennt und ihre  
106 Familienform absichert. Wir wollen das Familienrecht weiterentwickeln und für diese Familien  
107 ein Angebot schaffen, das sie in ihrer Verantwortung als Eltern rechtlich stärkt  
108 (Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung). Damit wollen wir klar regeln, welche  
109 Rechte und Pflichten, beispielsweise in der Schule, beim Arztbesuch oder im Alltag, aber  
110 auch welche Verantwortung für das Kind die leiblichen und die nicht leiblichen, aber  
111 miterziehenden Eltern haben.

112

---

**113 KinderZeit Plus – damit Eltern mehr für ihre Kinder da sein können**

114 Eltern müssen vieles gleichzeitig schaffen: Die Arbeit, den Haushalt, Zeit für die Kinder,  
115 die Freunde- und sie wollen möglichst auch ein wenig Zeit für sich selbst haben. Dabei ist es  
116 ihnen wichtig, Erwerbsarbeit und Kindererziehung partnerschaftlich untereinander  
117 aufzuteilen. Diese Ziele unterstützen wir durch unsere grüne Zeitpolitik: Mit der KinderZeit  
118 Plus lösen wir das Elterngeld ab. Denn es sind nicht nur die Kleinsten, die ihre Eltern  
119 brauchen. Die grüne KinderZeit Plus ermöglicht es, die Arbeitszeit für bestimmte Phasen zu  
120 reduzieren. Die KinderZeit Plus kann genommen werden, bis die Kinder 14 Jahre alt sind.  
121 Damit unterstützen wir Eltern auch nach dem ersten Geburtstag des Kindes. So bekommen auch  
122 Eltern mit geringem Einkommen mehr Spielraum, um sich Zeit für ihre schon etwas größeren  
123 Kinder zu nehmen. In der KinderZeit Plus erhält jeder Elternteil acht Monate finanzielle  
124 Unterstützung – weitere acht Monate können frei zwischen den Eltern aufgeteilt werden. Wir  
125 unterstützen Eltern insgesamt also zwei Jahre lang.

126

---

**127 Familien entlasten, Kinder fördern - Mit dem grünen Familien-Budget**

128 Mit dem grünen Familien-Budget schnüren wir ein 12-Mrd-Euro-Entlastungspaket, das zahlreiche  
129 Schwachstellen bei der Familienförderung angeht. Denn derzeit ist die Kinder- und  
130 Familienförderung trotz ihrer Vielzahl an Leistungen weder gerecht noch wirksam. Jedes  
131 fünfte Kind in Deutschland lebt in einer Familie, die arm oder von Armut bedroht ist. Das  
132 wollen wir ändern. Dazu wollen wir endlich die ungleiche Unterstützung von Kindern entlang  
133 des Einkommens ihrer Eltern beenden. Denn heute steht die Familienförderung Kopf. Eltern mit  
134 hohem Einkommen erhalten für ihre Kinder mehr Unterstützung vom Staat als Eltern mit kleinem

135 oder mittleren Einkommen. Alleinerziehende werden durch dieses System besonders  
136 benachteiligt. Mit dem grünen Familien-Budget werden wir alle Kinder gleich gut unterstützen  
137 und Familien in erheblichem Maße entlasten.

138

---

## **GS-GA-01** Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### **Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit**

1 Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit ein ganz zentraler Teil ihres Lebens. Sie stecken  
2 Energie, Lebenszeit, Können und Kreativität in ihre Aufgaben. Bei guter Arbeit wissen sie  
3 sich gebraucht und finden Anerkennung bei Kolleg\*innen, Mitarbeiter\*innen und Vorgesetzten.  
4 Fast jede und jeder wünscht sich eine gute Arbeit, die finanziell absichert, erfüllt und  
5 Freude macht. Auch darin, nicht nur im Lohn, liegt die große Bedeutung der Erwerbsarbeit für  
6 unsere Gesellschaft. Und auch deshalb sind Arbeitslosigkeit und ungerechte Löhne großer  
7 Sprengstoff für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

8 Heute sind in Deutschland mehr Menschen erwerbstätig denn je, in den letzten Jahren sind  
9 hunderttausende neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden und die  
10 Erwerbslosigkeit ist relativ gering. Ein Viertel der Beschäftigten befindet sich jedoch in  
11 kleinen Teilzeitjobs, Leiharbeit, Minijobs oder immer wieder in befristeten Jobs. Viele  
12 dieser Jobs sind unsicher, schlecht bezahlt, erschweren die Lebens- und Familienplanung und  
13 führen auf Dauer zu Armut im Alter. Nach wie vor sind Frauen am Arbeitsmarkt benachteiligt.  
14 Überlastung, Stress und Zeitnot führen zum Raubbau an der eigenen Gesundheit und Person.

15 Das wollen wir ändern. Unsere Arbeitswelt wandelt sich sehr stark durch globalisierte  
16 Unternehmen und digitalisierte Arbeitsplätze. Wir Grünen wollen diese Entwicklungen fair für  
17 alle gestalten. Jede und jeder soll unter guten Bedingungen arbeiten können. Arbeitsplätze  
18 müssen alters- und alternsgerecht ausgestaltet werden. Soziale Berufe, in denen vor allem  
19 Frauen arbeiten, wollen wir aufwerten. Zudem sollen Frauen und Männer endlich gleichen Lohn  
20 für gleiche und gleichwertige Arbeit bekommen. Wir unterstützen eine partnerschaftliche  
21 Aufteilung von bezahlten und unbezahlten Aufgaben. Beide Partner\*innen sollen wirtschaftlich  
22 unabhängig sein, damit sie selbstbestimmt leben können – auch im Alter.

#### **23 Gute Arbeit statt prekärer Jobs**

24 Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Der allgemeine Mindestlohn ist ein Meilenstein dorthin.  
25 Doch noch viel zu oft wird er umgangen. Der Mindestlohn muss für alle regulär Angestellten  
26 gelten. Außerdem brauchen wir mehr branchenspezifische Lohnuntergrenzen oberhalb des  
27 Mindestlohns, damit der unternehmerische Konkurrenzkampf nicht zu Lasten der Beschäftigten  
28 geht.

29 Gute Arbeit braucht gute Arbeitsbedingungen, insbesondere in Bereichen, in denen Überlastung  
30 und prekäre Arbeit häufig vorkommen. Flexibilität ist gut – es muss aber auf die richtige  
31 Balance mit Blick auf die soziale Absicherung und die Mitsprachemöglichkeiten der  
32 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geachtet werden. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter  
33 sollen vom ersten Tag an mindestens die gleiche Entlohnung erhalten wie Stammbeschäftigte -  
34 plus Flexibilitätsprämie. Von Werk- oder Dienstverträgen muss die Leiharbeit klar abgegrenzt  
35 werden. Scheinselbständigkeit gilt es mit rechtssicheren Kriterien zu unterbinden. Ohne  
36 sachlichen Grund sollten Jobs nicht mehr befristet werden können. Immer weniger Jobs sind  
37 heute durch Tarifverträge abgedeckt. Das muss sich wieder ändern. Tarifverträge sollten  
38 leichter allgemein verbindlich gemacht werden können und auch atypische Jobs umfassen. Wir  
39 brauchen starke Betriebsräte. Wir wollen ihre Mitbestimmungsrechte ausbauen und werden den

40 Schwellenwert für paritätische Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte absenken. Denn  
41 Partizipation und Demokratie sind auch im Wirtschaftsleben wichtig. Das soll ebenso für  
42 einen der größten Arbeitgeber im Land – die Kirchen – gelten: Auch für ihre Beschäftigten  
43 wollen wir Koalitionsfreiheit und Streikrecht gewährleisten. Zudem halten wir die  
44 persönlichen Loyalitätspflichten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei kirchlichen  
45 Trägern außerhalb des religiösen Verkündigungsbereiches für unverhältnismäßig. Wir wollen  
46 deshalb die Rechte der kirchlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken und  
47 Ausnahmeregelungen beschränken.

48 Minijobs scheinen eine gute Gelegenheit, etwas dazuzuverdienen. Aber sie haben zu keiner  
49 Zeit das Ziel erreicht, Brücken in reguläre Beschäftigung zu bauen. Stattdessen haben sie  
50 sich als berufliche Sackgasse und Armutsrisiko erwiesen, insbesondere für viele Frauen.  
51 Minijobs wollen wir deshalb in sozialversicherungspflichtige Jobs umwandeln und dafür  
52 sorgen, dass die Beiträge durch Steuern und Abgaben und soziale Leistungen so aufeinander  
53 abgestimmt werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit  
54 Steuern und Abgaben nicht sprunghaft steigen. So wird es attraktiver, mehr als geringfügig  
55 zu arbeiten.

### 56 **Gute Aus- und Weiterbildung für gute Jobs**

57 Wir Grünen wollen alle Menschen in die Zukunft der Arbeit mitnehmen. Die berufliche Aus- und  
58 Weiterbildung ist dafür ganz zentral. Jungen Menschen geben wir eine Ausbildungsgarantie.  
59 Wer keine Lehrstelle in einem Betrieb findet, bekommt ein Angebot für eine überbetriebliche  
60 Ausbildung, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Weiterbildung wird immer  
61 wichtiger – auch, weil die Menschen immer älter werden und länger arbeiten. Mit der  
62 BildungsZeit Plus, einem Mix aus Darlehen und Zuschuss, können wir Erwachsene, die sich  
63 weiterbilden wollen, unterstützen. Damit es gar nicht erst zu Arbeitslosigkeit kommt, wollen  
64 wir die Arbeitslosenversicherung zur grünen Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die für  
65 alle Beschäftigten und Selbständigen da ist. Sie wird - anders als bisher - nicht erst im  
66 "Versicherungsfall Arbeitslosigkeit" tätig, sondern unterstützt vorbeugend mit  
67 Weiterbildungen und Qualifizierungen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Sie ist damit ein  
68 wirksames Instrument, um Menschen in Zeiten von technologischen Umbrüchen Sicherheit zu  
69 gewähren und neue Perspektiven zu eröffnen. Sie bietet soziale Sicherheit bei  
70 Arbeitslosigkeit und hilft beim erfolgreichen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt.

71 Erwerbslose Menschen sollen in gut ausgestatteten Jobcentern und Agenturen passgenau betreut  
72 werden, um sie dauerhaft in Arbeit zu vermitteln. Auch Menschen mit Behinderungen oder  
73 geflüchtete Menschen brauchen genau auf sie zugeschnittene Angebote. Dazu gehören vor allem  
74 Qualifizierungen, Sprachförderung, Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse.

### 75 **Zeit für mehr**

76 Bisher forderten vor allem die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Flexibilität von ihren  
77 Beschäftigten. Jetzt wird es Zeit, dass auch die Beschäftigten mehr Zeitsouveränität  
78 bekommen, um Arbeit und Privatleben besser vereinbaren zu können. Dafür brauchen sie mehr  
79 Mitspracherecht über den Umfang, die Lage und den Ort ihrer Arbeit. Durch Wahlarbeitszeiten  
80 zwischen 30 und 40 Wochenstunden wollen wir Vollzeit neu definieren und zu einem flexiblen  
81 Arbeitszeitkorridor umgestalten. Damit können Frauen leichter als bisher ihre Beschäftigung  
82 ausweiten und Männer können in Teilzeit gehen, ohne Karriereinschnitte fürchten zu müssen.  
83 Auch ein Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Stundenzahl muss endlich kommen. Für  
84 Betriebsräte soll es möglich werden, Betriebsvereinbarungen zu Vereinbarkeitsfragen zu  
85 verhandeln. Zeitsouveränität darf nicht dazu führen, dass unbezahlte Mehrarbeit entsteht und  
86 die Grenzen von Arbeit und Freizeit immer mehr verschwimmen. Deshalb gehört ein zeitgemäßer  
87 Arbeitsschutz unbedingt dazu sowie ein wirksamer Beschäftigtendatenschutz. In den  
88 Unternehmen ist Kreativität gefragt, damit die Anforderungen der heutigen Arbeitswelt mit

89 den Bedürfnissen der Beschäftigten besser in Einklang gebracht werden. Immer mehr  
90 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber haben dies bereits erkannt, sich von überholten Mustern  
91 verabschiedet und innovative Konzepte für ihre Belegschaften entwickelt. Alle anderen wollen  
92 wir davon noch überzeugen.

93 Das Leben lässt sich nicht immer planen. Manchmal wird die Pflege der Mutter wichtiger als  
94 der Beruf, manchmal wird ein Kind krank. Wir wollen Menschen dabei unterstützen, das  
95 Verhältnis zwischen Arbeit und den Wechselfällen des Lebens neu auszubalancieren. Grüne  
96 Arbeitszeitpolitik will mehr Selbstbestimmung über die eigene (Arbeits-)Zeit ermöglichen.  
97 Wir wollen anerkennen und unterstützen, wenn jemand Verantwortung für andere übernimmt. Denn  
98 die Unterstützung und Pflege alter und kranker Menschen ist keine private Aufgabe. Sie ist  
99 gesellschaftlich wichtig und sie wird derzeit überwiegend von Frauen geleistet. Wer für  
100 Pflegebedürftige Verantwortung übernimmt, für den schlagen wir eine dreimonatige Pflegezeit  
101 Plus mit Lohnersatzleistung vor. Sie soll sich am Einkommen orientieren, wie es beim  
102 Elterngeld der Fall ist.

103 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

104

---

### 105 **Gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen**

106 Alle Menschen haben das Recht, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, auch  
107 Menschen mit Behinderungen. Wir wollen, dass es für alle behinderten Menschen leichter wird,  
108 Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden. Daher möchten wir die Ausgleichsabgabe  
109 erhöhen: Wer in größeren Betrieben keine behinderten Menschen beschäftigt, soll finanziell  
110 stärker dazu beitragen, dass behinderte Menschen anderswo Arbeit auf dem allgemeinen  
111 Arbeitsmarkt finden. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen aber auch schneller und  
112 zuverlässiger unterstützt werden, wenn sie behinderte Menschen beschäftigen. Die  
113 Schwerbehindertenvertretung, Expert\*innen für die Teilhabe behinderter Menschen in  
114 Unternehmen, möchten wir genau wie Werkstatträte stärken. Werkstätten dürfen Menschen nicht  
115 isolieren, sie sollen einen gerechten Lohn zahlen und auf den allgemeinen Arbeitsmarkt  
116 vorbereiten.

117

---

### 118 **Flexible Vollzeit – Arbeitszeit freier gestalten**

119 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen mehr Mitspracherechte über das Wieviel, Wann und  
120 Wo ihrer Erwerbstätigkeit. Wir schlagen einen Vollzeit-Arbeitszeitkorridor im Bereich von 30  
121 bis 40 Stunden vor. Innerhalb dieses Stundenkorridors sollen Beschäftigte ihren  
122 Arbeitszeitumfang frei bestimmen können. Um Beschäftigten wie Unternehmen Planungssicherheit  
123 zu geben, müssen dabei Ankündigungsfristen eingehalten werden. Nur dringende betriebliche  
124 Gründe sollen die Anpassung der Stundenzahl verhindern können. Der bestehende Rechtsanspruch  
125 auf Teilzeit soll um ein Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang ergänzt werden.

126

---

### 127 **Mit einer Arbeitsversicherung Weiterbildung ermöglichen**

128 Wir investieren verstärkt in die Qualifizierung und Weiterbildung von Beschäftigten und  
129 Arbeitslosen, um sie für Berufe mit Zukunft fit zu machen und damit ihre Jobchancen zu  
130 verbessern. Dafür wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer umfassenden  
131 Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Sie soll für alle Beschäftigten und Selbständigen da  
132 sein und sie absichern. Mit dieser grundsätzlichen Reform der Arbeitsförderung kann es  
133 gelingen, Zugänge in Arbeit auch für die zu schaffen, die es heute besonders schwer haben:  
134 Für Menschen mit Handicap, Jugendliche ohne Ausbildung, Langzeitarbeitslose, ältere

135 Beschäftigte und Flüchtlinge gibt es künftig passgenaue und individuelle  
136 Integrationsstrategien.

137

---



## **GS-DG-01** Wir gestalten die Digitalisierung

Antragsteller\*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 08.03.2017

### Wir gestalten die Digitalisierung

1 Smartphones, 3D-Drucker, Amazon, Uber oder Ebay – schon heute verändert die digitale  
2 Revolution unsere Wirtschaft, unsere Arbeitswelt und unseren Alltag grundlegend. Vieles  
3 spricht dafür, dass sich dieser Prozess noch einmal beschleunigen wird. Selbstfahrende Autos  
4 sind vielleicht schon in wenigen Jahren auf der Straße, am Horizont winken künstliche  
5 Intelligenz und Pflegeroboter. Wir wollen den digitalen Wandel aktiv gestalten. Denn wir  
6 sehen viele Chancen und Möglichkeiten durch die Digitalisierung, die wir ergreifen wollen.

7 Wir wollen neue, gute Jobs in neuen Arbeitsfeldern fördern. Wir wollen die ökologischen  
8 Möglichkeiten nutzen, die sich für die Energie- und Verkehrswende durch intelligente  
9 Steuerung, Automatisierung oder Vernetzung ergeben. Für all das werden wir die richtigen  
10 Weichen stellen. Wir wollen alle ermuntern und fördern, die den Mut haben, etwas Neues zu  
11 wagen. Und wir wollen diejenigen unterstützen, deren Arbeitsplätze oder deren Zukunft  
12 bedroht sind.

13 Die Digitalisierung trifft auf eine Wirtschaft, in der mit ökologischen Langzeitschäden,  
14 Investitions- und Nachfrageschwäche, zu starker Konzentration von Vermögen und zu großem  
15 Ressourcenhunger einiges im Argen liegt. Wir wollen Ordnung in dieses System bringen. Dafür  
16 brauchen wir mehr Investitionen, damit unsere Wirtschaft krisenfester und dynamischer wird.  
17 Dafür brauchen wir eine öffentliche Hand, die auch gegenüber Konzernen durchgreifen kann, um  
18 für fairen Wettbewerb, den Schutz der Verbraucher\*innen und den Erhalt öffentlicher Güter zu  
19 sorgen.

20 Es ist uns wichtig, die Digitalisierung mit klaren Regeln so zu gestalten, dass die Vorteile  
21 nicht nur wenigen in unserer Gesellschaft zugutekommen und Risiken, zum Beispiel beim  
22 Datenschutz oder bei der Machtkonzentration einiger weniger Internetkonzerne, begrenzt  
23 werden. Die Digitalisierung wird wie jede technologische Revolution dafür sorgen, dass  
24 bestehende Tätigkeiten und Arbeitsplätze wegfallen und neue entstehen. Das ist für viele  
25 Menschen ein berechtigter Grund zur Sorge. Hier sind wir als Solidargemeinschaft gefragt.  
26 Wir wollen uns umso stärker aktiv für neue Jobs einsetzen. Wir werden unsere sozialen  
27 Sicherungssysteme auf diesen Wandel einstellen und ihre Zukunftsfähigkeit sichern. Wir  
28 werden dafür sorgen, dass alle gute Bildung genießen können – und zwar ein Leben lang. So  
29 können wir es schaffen, dass die Digitalisierung zu einem Gewinn für unser Land wird.

30 Wir wollen einen digitalen Aufbruch, bei dem Unternehmen, Zivilgesellschaft und Politik  
31 gemeinsam dafür sorgen, dass wir durch die Digitalisierung unserem Ziel, einer ökologischen  
32 und sozialen Marktwirtschaft, die sich am langfristigen Wohlstandsgewinn statt an  
33 kurzfristigen Profiten orientiert, näher kommen.

#### **Mehr und nachhaltiger in unsere Zukunft investieren**

35 Investitionen sind die Voraussetzung für eine dynamische und zukunftsfähige Wirtschaft und  
36 für wettbewerbsfähige Unternehmen. Die Erträge, zum Beispiel von Investitionen in Bildung,  
37 sind deutlich höher als die Zinsen, die wir derzeit für unsere Kredite bezahlen müssen, und  
38 Zukunftsinvestitionen bedeuten mehr Nachfrage und damit mehr Aufträge für unsere Wirtschaft  
39 vor Ort und gute Arbeitsplätze. Auch das trägt dazu bei, die Wirtschaft krisenfester zu

40 machen. Wir investieren in Deutschland jedoch seit langem viel zu wenig – sowohl die  
41 Unternehmen als auch der Staat. Unsere Kinder und Enkelkinder werden diese Fehlentwicklung  
42 ausgleichen müssen, wenn wir nicht schnell umsteuern. Die ausschließliche Fixierung auf die  
43 schwarze Null trägt nicht zur Generationengerechtigkeit bei. Diese erreichen wir erst, wenn  
44 neben der Begrenzung der Verschuldung Investitionen in die Zukunft des Landes getätigt  
45 werden. Deshalb wollen wir mindestens 12 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich investieren.

46 Wir Grünen wollen in moderne Mobilität, bezahlbare und energieeffiziente Wohnungen und einen  
47 Bildungsaufbruch – also in die Zukunft unseres Wohlstandes - investieren. Wenn wir die  
48 Chancen der Digitalisierung nutzen und sicherstellen wollen, dass die digitale Gründerzeit  
49 überall in Deutschland möglich ist, müssen wir jetzt in ein schnelles und flächendeckendes  
50 Internet investieren. Grundvoraussetzung dafür ist ein zukunftsfähiger Breitbandausbau auf  
51 Basis von Glasfaser. Wir wollen dazu den Bundesbesitz an Telekom-Aktien im Wert von rund  
52 zehn Milliarden Euro veräußern und in den Breitbandausbau investieren. Die Kompetenzen für  
53 das Thema Digitalisierung wollen wir in der Bundesregierung stärker bündeln.

54 Wir schaffen Planungssicherheit durch verlässliche Rahmenbedingungen und wollen Unternehmen,  
55 die ihre Gewinne nicht entnehmen, sondern reinvestieren, besonders fördern. Damit das  
56 öffentliche Vermögen nicht weiter schmilzt, soll eine neue Investitionsregel die bestehende  
57 Schuldenbremse ergänzen. Durch den konsequenten Abbau umweltschädlicher Subventionen  
58 schaffen wir weitere Haushaltsspielräume für Investitionen.

#### 59 **Fairer Wettbewerb statt Machtwirtschaft**

60 Konzentrierte und verkrustete Märkte sind Gift für fairen Wettbewerb. Wir Grünen setzen uns  
61 für diskriminierungsfreie und offene Märkte ein, etwa bei der Netzneutralität. Echte  
62 Netzneutralität ist die Voraussetzung für einen fairen digitalen Wettbewerb. Ein "Zwei-  
63 Klassen-Internet" braucht niemand.

64 Wir sorgen für Preise, die die ökologische und soziale Wahrheit sagen- wie bei der  
65 ökologischen Finanzreform und der Leiharbeit. So haben nicht diejenigen Vorteile, die am  
66 meisten verschmutzen oder ausbeuten. Die Rahmenbedingungen sollten so formuliert sein, dass  
67 kleine oder junge Unternehmen sie ebenfalls meistern können. Einfache, aber wirksame Regeln  
68 wie eine Schuldenbremse für Banken, ein EU-weiter Mindeststeuersatz für Unternehmen und ein  
69 funktionierender CO2-Emissionshandel sind weitere wichtige Hebel für einen fairen  
70 Wettbewerb. Sektoren und Märkte mit sehr mächtigen Einzelunternehmen, wollen wir besser  
71 regulieren, damit nicht Einzelne auf Kosten der Verbraucher\*innen, der Umwelt, des  
72 Datenschutzes oder der Steuerzahler\*innen ihre Profite hochschrauben können.

73 Große Internetkonzerne wie Google, Facebook, Amazon und Co. verändern die Art und Weise, wie  
74 wir leben und wie unsere Wirtschaft funktioniert gerade rapide. Daten und Vernetzung  
75 gewinnen für die Produktion, aber auch den Wert von Gütern und Dienstleistungen eine immer  
76 größere Bedeutung. Es ist denkbar, dass der Wert eines Autos sehr bald stärker davon  
77 abhängt, wie gut seine Vernetzung mit dem Internet ist und welche datengetriebenen Dienste  
78 und Programme es den Fahrerinnen und Fahrern anbietet, als wie gut der Motor oder die  
79 Verarbeitung ist. Große Plattformen und Portale gewinnen mit jeder Nutzerin und jedem Nutzer  
80 an Bedeutung. Generell gilt, wer die Daten hat und sie nutzt, hat einen Wettbewerbsvorteil.  
81 Zum einen wollen wir sicherstellen, dass der Schutz unserer Daten dabei immer gewährleistet  
82 wird. Zum anderen stellt diese veränderte Wertschöpfung eine enorme Herausforderung für die  
83 deutsche Wirtschaft dar. Unternehmen dürfen den Trend nicht verschlafen und müssen durch  
84 Innovationen fit bleiben. Wir wollen sie dabei unterstützen, wettbewerbsfähig zu bleiben.  
85 Monopolartige Strukturen wollen wir verhindern. Daher wird die öffentliche Hand als Hüterin  
86 des fairen Wettbewerbs immer wichtiger. Wir setzen uns deshalb für einen neuen politischen  
87 wie rechtlichen Ordnungsrahmen und eine Weiterentwicklung des Wettbewerbs- und Kartellrechts  
88 ein, welche die Informations-, Markt- und Datenmacht einzelner Unternehmen effektiv

89 begrenzt. Das bedeutet auch, dass Großkonzerne, Banken, die „Too Big to Fail“ sind, oder  
90 Netzmonopole in extremen Fällen entflochten werden sollten.

91 Damit der Mittelstand im Zuge der Digitalisierung im Wettbewerb mit großen Unternehmen gut  
92 aufgestellt ist, wollen wir ein IT-Beratungsnetzwerk für den digitalen Wandel einrichten.  
93 Dieses dezentrale Netzwerk von Beraterinnen und Beratern soll in die Unternehmen gehen  
94 können, die IT-Sicherheit überprüfen und anbieterunabhängige Verbesserungsvorschläge geben.  
95 Dabei sollen auch Empfehlungen ausgesprochen werden, wie das Unternehmen sich im Prozess von  
96 Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung zukunftsfähig aufstellen kann.

97 Milliarden schwere Großunternehmen ☒ auch aus der Digitalbranche ☒ nehmen wir in die Pflicht,  
98 ihrer gesellschaftlichen Verantwortung wieder gerecht zu werden. Für Großunternehmen muss es  
99 wieder eine Selbstverständlichkeit sein, Steuern auf Gewinne zu zahlen ☒ wir werden sie  
100 darauf verpflichten. Ebenso müssen sie sich an klare rechtliche Vorgaben zu halten, wie zum  
101 Beispiel das neue und von uns federführend verhandelte EU-Datenschutzrecht. Außerdem wollen  
102 wir einen europäischen digitalen Binnenmarkt schaffen, dadurch würden sich vielen  
103 innovative, europäischen Unternehmen neue Chancen eröffnen.

#### 104 **Gute Arbeit 4.0**

105 Die Digitalisierung wird unsere Wirtschafts- und Arbeitswelt grundlegend verändern. Vieles  
106 spricht dafür, dass sie vernetzter, technischer und auch flexibler sein wird. Das schafft  
107 Freiräume für eine humanere, familienfreundlichere und ökologischere Arbeitswelt. Wir stehen  
108 aber auch vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Die Grenze zwischen Arbeit und  
109 Freizeit verschwimmt und kann zu dauerhafter Verfügbarkeit und Mehrarbeit führen. Um den  
110 bestmöglichen Interessenausgleich zwischen Beschäftigten und Unternehmen zu sichern, müssen  
111 geltende Sozial- und Arbeitsstandards für die digitale Arbeitswelt weiterentwickelt werden.  
112 Dabei sollen vor allem Arbeitszeit und -ort stärker an den Bedürfnissen der Beschäftigten  
113 ausgerichtet werden. So fordern wir zum Beispiel ein Recht auf Home-Office als Ergänzung zum  
114 festen Arbeitsplatz und unter Berücksichtigung der betrieblichen Möglichkeiten sowie eine  
115 flexible Vollzeit, mit der Beschäftigte ihren Arbeitszeitumfang bedarfsgerecht anpassen  
116 können.

117 Während einerseits neue Arbeitsplätze entstehen, werden andere Menschen auch ihren Job  
118 verlieren. Dem müssen wir entgegenwirken, indem wir diesen Strukturwandel der Wirtschaft  
119 politisch steuern und diesen Menschen helfen, rasch einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Die  
120 ökologische Modernisierung kann dabei eine Chance sein, gerade auch Jobs nicht nur für  
121 Programmierer, sondern auch für Handwerkerinnen, Bauarbeiter und Facharbeiterinnen zu  
122 schaffen. Qualifizierung und Weiterbildung werden dabei von zentraler Bedeutung sein. Dafür  
123 wandeln wir die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung um und fördern  
124 Weiterbildungen bereits im Job und nicht nur bei Arbeitslosigkeit (à Kapitel: Wir kämpfen  
125 für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit, Projekt Arbeitsversicherung). Dazu gehören  
126 insbesondere Aus- und Weiterbildungsangebote für gering qualifizierte Menschen. Auch für  
127 digitale Plattformen müssen soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards gelten. Sie  
128 dürfen weder für Lohndumping noch als rechtsfreier Vertriebskanal missbraucht werden. Der  
129 digitale Wandel der Arbeitswelt hat bereits begonnen. Wir wollen ihn positiv gestalten.

#### 130 **Unternehmensgründungen fördern**

131 Mit ihren Ideen und ihrer Schaffenskraft fordern Gründerinnen und Gründer etablierte  
132 Unternehmen heraus, wagen Neues und modernisieren so unsere Wirtschaft. Aufgrund der  
133 Digitalisierung erleben wir gerade eine neue Gründerzeit. Es sind die Unternehmerinnen und  
134 Unternehmer, die die Energie-, Mobilitäts- und Agrarwende in die Praxis umsetzen und zu  
135 einem Erfolgsmodell machen. Sie gehen ins Risiko und finden kreative Lösungen. Wir wollen  
136 sie dabei unterstützen, indem wir für Selbständige den Zugang zu den sozialen

137 Sicherungssystemen verbessern, neue Finanzierungsformen wie Crowdfunding stärken und diese  
138 mit Förderbanken vernetzen sowie Co-Working- und Gewerberäume für Gründerinnen und Gründern  
139 fördern.

140 Neben der Projekt- und Gründerförderung wollen wir Forschungsaktivitäten in kleinen und  
141 mittleren Unternehmen auch steuerlich begünstigen, um das kreative Potential und den  
142 Erfindergeist dort noch stärker zu mobilisieren. Durch eine Steuergutschrift von 15 Prozent  
143 sollen ihre Forschungs- und Entwicklungsausgaben künftig gefördert werden. Wir wollen ein  
144 unbürokratisches und wirksames Förderinstrument für alle Gründungswilligen. Mit dem grünen  
145 Gründungskapital bekommt jeder, der sich selbständig machen will und ein überzeugendes  
146 Konzept vorlegt, einmalig ein flexibles und zinsfreies Darlehen von bis zu 25.000 Euro. Die  
147 Rückzahlung erfolgt, sobald das Unternehmen Fuß gefasst hat. Offene Standards, offene  
148 Schnittstellen, offene Daten und offene Software erleichtern es findigen Köpfen, neue  
149 Geschäftsideen umzusetzen. Zudem wollen wir die Grenze zur Sofortabschreibung geringwertiger  
150 Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro anheben. Und wir wollen einen bundesweiten One-Stop-Shop für  
151 Gründerinnen und Gründer einrichten, so dass alle nötigen bürokratischen Voraussetzungen und  
152 Beratungsleistungen an einem Ort aufzufinden sind.

153 Ein innovatives Land braucht starke Hochschulen. Wissenschaft braucht neugierige Menschen  
154 und diese brauchen ausreichend Räume und eine gute Ausstattung, also eine moderne  
155 Infrastruktur des Wissens. Wir schlagen ein Modernisierungsprogramm vor, dass die Bauten und  
156 die Ausstattung der Hochschulen wieder auf die Höhe der Zeit bringt. Und wir werden die  
157 Grundfinanzierung der Hochschulen verbessern, damit vielfältige, unabhängige und exzellente  
158 Forschung und Lehre möglich ist.

159 Die Digitalisierung erleichtert auch die Gründung von Unternehmen, die alternative  
160 Wirtschaftsformen im Blick haben ☒ angefangen bei solidarischer Ökonomie über Social  
161 Entrepreneurship bis hin zur Sharing Economy. Wir wollen solche Modelle politisch stärken  
162 und Offenheit als Leitprinzip für digitale Modelle des Teilens verankern.

163 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

164

#### 165 **Wir investieren in die Infrastruktur der Zukunft**

166 Wir Grünen wollen in die Infrastruktur der Zukunft investieren. Den Ausbau von schnellem  
167 Internet wollen wir beschleunigen, indem wir zehn Milliarden Euro in den Breitbandausbau  
168 investieren. Dafür veräußern wir die Telekom-Anteile des Bundes. Wir wollen Elektromobilität  
169 fördern – und zwar auf allen Ebenen, sei es beim Auto, der Ladeinfrastruktur, bei Bussen  
170 oder Lastenrädern. Auch Radschnellwege werden wir fördern für die Mobilität der Zukunft. Mit  
171 dem „Zukunftsprogramm Nahverkehr“ verbessern wir das Angebot und die Qualität des  
172 Nahverkehrs vor Ort mit jährlich einer Milliarde Euro. Wir wollen als Bund den Ländern  
173 mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr für die Wohnraumförderung geben – so schaffen wir  
174 genügend bezahlbare Wohnungen. Unser Investitionspaket für bessere Infrastrukturen in  
175 Bildung, Ausbildung und Wissenschaft umfasst ein fünfjähriges Schulsanierungsprogramm und  
176 ein Modernisierungsprogramm für die Ausstattung von Hochschulen.

177

#### 178 **Ideen freisetzen – Mit dem Forschungsbonus für Unternehmen**

179 Kleine und mittlere Unternehmen gestalten den ökologischen und sozialen Wandel mit.  
180 Forschung und Entwicklung sind dabei ihre wichtigsten Ressourcen. Wir wollen neue Ideen  
181 einfach und unbürokratisch fördern ☒ mit unserem steuerlichen Forschungsbonus von 15 Prozent  
182 auf alle Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Firmen, die noch keine Gewinne erzielen,

183 bekommen diesen Bonus ausgezahlt. Das hilft besonders den Gründerinnen und Gründern und  
184 innovativen Start-ups.

185

---

186 **Kleine Selbständige, Gründer\*innen, Kulturschaffende und Kreative besser absichern**

187 Viele Selbständige schätzen ihre unternehmerische und kreative Freiheit sehr. Einige von  
188 ihnen mit geringen oder unregelmäßigen Einkünften sind jedoch genauso wie viele  
189 Kulturschaffende und Kreative nicht ausreichend abgesichert. Wir wollen sie besser  
190 unterstützen. Dazu wollen wir die Mindestbeiträge für die gesetzliche Kranken- und  
191 Pflegeversicherung sowie zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung senken. Als ersten  
192 Schritt zu einer Bürgerversicherung wollen wir Selbständige, die nicht anderweitig  
193 abgesichert sind, auch in die Rentenversicherung aufnehmen. Die Künstlersozialkasse wollen  
194 wir erhalten und weiter stärken.

195

---

## **V-01** TOP Verschiedenes

Antragsteller\*in: Niklas Graf (Wesel KV)

### **Grüne Inhalte international kommunizieren!**

- 1 Alle auf Bundesdelegiertenkonferenzen final abgestimmten Leitanträge und V-Anträge werden
- 2 ins Englische übersetzt und deren Inhalte unseren Parteifreund\*innen unter dem Dach der
- 3 European Greens zur Verfügung gestellt.
- 4 Die zentralen Inhalte der Online-Präsenz des Bundesverbandes unserer Partei werden zukünftig
- 5 ebenfalls in englischer Sprache, auf einem parallelen Angebot, zur Verfügung gestellt. Es
- 6 wird darauf geachtet, dies mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit zu kombinieren.
- 7 Die Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, in einer Testphase zu prüfen, welche
- 8 finanziellen Mittel für eine vergleichbare Umsetzung zur Verfügung stehen und geeignet
- 9 erscheinen, sowie darüber zu berichten.

### **Begründung**

Wir Grüne in Deutschland verstehen uns als Keimzelle und tragende Säule der globalen grünen Bewegung für einen ökologischen Wandel in allen Lebensbereichen. Wir wollen unsere jahrzehntelange Arbeit den transnationalen Mitstreiter\*innen und dem internationalen Publikum leichter zugänglich machen und es ermöglichen, von unserer Vorarbeit und täglichen Anstrengung zu profitieren.

Ein europäischer Diskurs verlangt eine für alle verständliche Informationsbasis. Deutsch als Kommunikationssprache reicht nicht aus, um auch in anderen Ländern gelesen und beachtet zu werden.

Neben der Nutzung von leichter Sprache haben wir als weltoffene und integrative Partei auch den Anspruch, uns mehrsprachig an die nationale Bevölkerung und internationale Gemeinschaft zu wenden. Niemand darf aufgrund von Sprachbarrieren von Partizipation und Informationsfluss ausgeschlossen werden. Die Hürden zu Politik, ihren Ideen und Forderungen, zum Staat, zur Staatengemeinschaft und deren Regeln, Gesetzen und Hilfeleistungen müssen für jedes Mitglied und jeden interessierten Menschen so gering wie möglich sein. Dies kann vor allem durch die Nutzung von multilingualer Ansprache geschehen und den europäischen Integrationsprozess fördern.

### **Unterstützer\*innen**

Marc Kersten (Köln KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Marcus Lamprecht (Viersen KV); Anne-Kristina Zippel (Düsseldorf KV); Petra Schmidt-Niersmann (Wesel KV); Bruno Jöbkes (Kleve KV); Eva Mira Bröckelmann (Düsseldorf KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Martin van Elten (Halle KV); Stefan Meiners (Wesel KV); Werner Hager (Rhein-Berg KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Ute Koczy (Lippe KV); Gregor Kaiser (Olpe KV); Horst F. Meyer (Karlsruhe-Land KV); Alexander Tietz-Latza (Aachen KV); Dorothea Meuren (Neckar-Bergstraße KV); Nik Riesmeier (Lippe KV); Holger Schoel (Wesel KV)

## **V-02** TOP Verschiedenes

Antragsteller\*in: Amelie Berg (Kiel KV)

### **Für saubere Meere und Gewässer – Plastikfrei, auch im Wahlkampf!**

- 1 Die Reduzierung von Plastikprodukten ist erklärtes Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN! Wir
- 2 wollen eine Strategie zum Schutz der Umwelt, insbesondere der Meere vor Plastikmüll
- 3 entwickeln und als Regierungspartei umsetzen. Auch als Partei treten wir für dieses Ziel ein
- 4 und verzichten daher in zukünftigen Wahlkämpfen auf das Verteilen von Give-Aways, die aus
- 5 Kunststoffen produziert wurden, die nicht ökologisch abbaubar sind. Wir verpflichten uns
- 6 dazu, unsere Wahlkampfmittel möglichst aus umweltfreundlichen und fair gehandelten
- 7 Materialien zu gestalten.

### **Begründung**

Die Belastung der Weltmeere mit Plastik steigt seit Jahren und gefährdet diese empfindlichen Ökosysteme. Müllinseln, an Plastik verendete Vögel und Fische sowie verschmutzte Strände sind hierfür die deutlichsten Zeichen. Plastik hat eine lange Verweildauer im Meer, reichert sich in der Nahrungskette und schlussendlich auch in unseren Lebensmitteln an. Die Tiere und Pflanzen im und am Meer, sowie die Küstenbewohner\*innen leiden unter den teils dramatischen Folgen dieser Meeresverschmutzung. Die gegen den Plastikmüll eingesetzte maschinelle Strandreinigung beeinträchtigt Strandlebewesen, die die Nahrungsgrundlage für Küstenvögel bilden. Ein erheblicher Teil des weltweit produzierten Plastiks stammt dabei aus der Produktion deutscher Firmen, sodass eine besondere Verantwortung auch bei uns liegt. Wirkungsvolle Maßnahmen zur Bekämpfung des globalen Plastikmüllproblems können die Forschung an umweltverträglichen Ersatzstoffen für Plastik, ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetikprodukten und die Förderung des Wissenstransfers mit den Ländern des Globalen Südens sein. „Global denken, lokal handeln“ war und ist grünes Leitmotiv und sollte auch im Wahlkampf unsere Devise sein. Im Wahlkampf werden wir als Partei mit unseren Wahlkampfmitteln unter besonderer Beobachtung stehen. Wir gehen mit gutem Beispiel voran und nutzen die vielfältigen, qualitativ hochwertigen Give-Aways ohne Plastik!

### **Unterstützer\*innen**

Paulina Spiess (Kiel KV); Christof Martin (Rendsburg-Eckernförde KV); Joschka Knuth (Rendsburg-Eckernförde KV); Steffen Regis (Kiel KV); Malte-Jannik Krüger (Kiel KV); Karen Kristina Jakstadt (Kiel KV); Jörg Nickel (Kiel KV); Aminata Touré (Neumünster KV); Luise Amtsberg (Kiel KV); Udo Hansen (Schleswig-Flensburg KV); Dörte Schnitzler (Kiel KV); Bernd Voß (Steinburg KV); Thorsten Berndt (Pinneberg KV); Murat Birkandan (Plön KV); Hans-Jürgen Bethe (Pinneberg KV); Ian Arne Winkler (Flensburg KV); Maria-Elisabeth Fritzen (Ostholstein KV); Barbara Ganter (Nordfriesland KV); Renate Stockfisch (Ostholstein KV); Monika Heinold (Kiel KV)